

**#hoertdiesignale**



**JUSOS**

**Hört die Signale!**  
**Bundeskongress 2017**

**Beschlussbuch**

**24. - 26. November**  
**Saarbrücken**

# Inhaltsverzeichnis

## A Arbeitsprogramm

---

A1	Bundesvorstand	Hört die Signale! – Bundesarbeitsprogramm der Jusos 2017-2019	2
----	----------------	---	---

---

## B Beschäftigung & Gute Arbeit

---

B1	Braunschweig	Konsequenzen aus dem Abgasskandal: Solidarität mit den Beschäftigten, Transparenz gewährleisten und VW Gesetz sichern!	20
B3	Bayern	Pflegeberufe stärken und zukunftsfähig machen	24

---

## C Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

---

C7	Bayern	Endlich Rechtssicherheit für Dual Studierende schaffen!	29
C16	Sachsen-Anhalt	Abschaffung des Hausberufungsverbots	32
C19	JSAG über Bundesvorstand	Ausbau von WLAN an allen öffentlichen Schulen	33

---

## F Frieden & Internationales

---

F4	Rheinland-Pfalz	Verstaatlichung der Rüstungsproduktion	35
----	-----------------	--	----

---

## G Gleichstellung, Feminismus & Gender

---

G5	Sachsen	Queer ist keine Krankheit! Konversionstherapie verbieten	39
G9	Hannover	Neufassung des TSG: Auch die Würde von Trans*menschen ist unantastbar	41

---

## I Inneres, Justiz & Verbraucherschutz

---

I1	Nordrhein-Westfalen	G20 – Aufarbeitung auf ganzer Linie	44
I5	Weser-Ems	Keine geheime Datensammlung mehr – 5 Punkte für den Umgang mit Verbunddateien	47

---

## J Jugendpolitik

---

J1	Nord-Niedersachsen	Kostenerstattung für den Arbeitsweg für Jugendfreiwilligendienstleistende	50
----	--------------------	---	----

---

## **M Migration, Integration, Asyl- & Flüchtlingspolitik**

M5	Berlin	Sichere Fluchtrouten statt Festung Europa!	52
----	--------	--	----

## **O Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten & Kommunales**

O3	Baden- Württemberg	Wohnraum – Woher nehmen, wenn nicht stehlen!	58
O6	Bremen	Bewohner*innen- und Mieter*innenräte einrichten!	62

## **P Pflege, Gesundheit & Soziales**

P1	Brandenburg	Selbstbestimmtes Sterben – für eine klare Regelung des Assis- tierten Suizids	65
----	-------------	--	----

## **R Rente, Generationen & Familie**

R3	Hessen-Süd	Keine Generationenfrage – Für eine solidarische und gerechte Alterssicherung	68
----	------------	---	----

## **U Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit**

U1	Thüringen	Voll geladen! – Mobilität von morgen	74
----	-----------	--------------------------------------	----

## **X Organisationspolitik**

X7	Hamburg	Schluss mit willkürlichen Kooptierungen – Juso- Bundesvorstand demokratisieren!	84
----	---------	--	----

## **Z Initiativanträge**

Z1	Projektgruppe „Arbeit 4.0 und Wirtschaft 4.0“ über Bundesvorstand	Kapitalismus 4.0: Same shit, different number	86
Z2		Hört die Signale! – Die SPD für das 21. Jahrhundert neu aufstellen	99
Z3		#nogroko – Für eine inhaltlich klare und glaubwürdige SPD	106
Z4	Thüringen, Bundesvorstand, NRW, Sachsen, Bayern, Berlin, Hessen-Süd	Solidarität mit den Siemens-Beschäftigten!	109
Z5	Hessen-Nord	Resolution – Für eine Reform	110

# A Arbeitsprogramm

## A Arbeitsprogramm

---

A1	Bundeschvorstand	Hört die Signale! – Bundesarbeitsprogramm der Jusos 2017-2019	2
----	------------------	---	---

---

# A1

<b>Titel</b>	Hört die Signale! – Bundesarbeitsprogramm der Jusos 2017- 2019
<b>AntragstellerInnen</b>	Bundесvorstand

---

## Hört die Signale! – Bundesarbeitsprogramm der Jusos 2017-2019

### 1 **Prolog – Wir Jusos**

2 Wir Jusos richten unser politisches Handeln nach den Maßstäben von Freiheit, Gleichheit und Solidarität aus.  
3 Die Politik, für die wir kämpfen, ist demokratisch und sozialistisch. Doch der Weg in die Gesellschaft der Freien  
4 und Gleichen ist noch ein langer, in Deutschland. Deshalb kämpfen wir nicht allein. Wir sind Teil der gesell-  
5 schaftlichen Linken in Deutschland und der SPD in kritischer Solidarität verbunden. Aus der langen Geschichte  
6 unserer Organisation wissen wir, dass ohne die Sozialdemokratie kaum Fortschritt möglich ist. Dieses Potenzial  
7 zu entfalten, indem wir linke Politik- und Gesellschaftsentwürfe spektren-, strömungs- und wo nötig auch par-  
8 teiübergreifend entwickeln und durchsetzen, ist integraler Bestandteil unseres politischen Handelns.

### 9 **Die Welt, in der wir leben wollen**

10 Wir wollen die gerechte Gesellschaft. Sie verbindet sozialen und ökonomischen Fortschritt mit der freien Ent-  
11 wicklung und Entfaltung aller auf Basis ökonomischer Sicherheit. Die Überwindung kapitalistischer Produkti-  
12 onsverhältnisse sowie die Humanisierung der Erwerbsarbeit sind für das Erreichen dieser Ziele zentral. Pa-  
13 triarchat, Zwang, Ausbeutung, Unterdrückung und jede Form der Menschenfeindlichkeit bedeuten Unfreiheit.  
14 Unfreiheit steht der gerechten Gesellschaft entgegen und ist mit ihr unvereinbar. In der gerechten Gesellschaft  
15 ist gleiche Teilhabe an Wohlstand und gleicher Zugang zu gesellschaftlicher Macht gewährleistet; Geschlecht,  
16 Herkunft, soziale Stellung und individuelle Vorlieben spielen dabei keine Rolle. Die gerechte Gesellschaft steht  
17 allen offen. Als Internationalist\*innen streben wir sie nicht aus egoistischen Motiven an. Unsere gerechte Ge-  
18 sellschaft kennt keine Grenzen. Dieses Streben hin zu einer solchen Gesellschaft ist der Demokratische Sozia-  
19 lismus.

### 20 **Einleitung**

#### 21 **Die Welt, in der wir leben**

22 Die Welt, in der wir leben, ist weiterhin geprägt von Ungleichheit, Armut und Konflikten. Sie wandelt sich rasant,  
23 doch vielerorts erkennbar nicht zum Wohle eines Großteils der Bevölkerung. Weltweit befinden sich Millionen  
24 Menschen auf der Flucht. Hunger und Epidemien sind noch immer weit verbreitet, Kinderarbeit und andere  
25 Ausbeutung an der Tagesordnung. Kriege und asymmetrische Konflikte sowie Terror werden von der interna-  
26 tionalen Gemeinschaft nahezu phlegmatisch hingenommen, solange sie sich nicht auf dem Boden westlicher  
27 Industrienationen abspielen. In Libyen und Teilen des Nahen und Mittleren Ostens sind infolgedessen faktisch  
28 rechtsfreie Räume entstanden, in denen Tag für Tag nach archaischem Muster das Recht des Stärkeren über  
29 menschliche Schicksale entscheidet. Die Folgen des Klimawandels und der Raubbau an der Natur vernichten  
30 derweil Lebensgrundlagen und mit ihnen Existenzen. Protektionismus nach innen sowie Außenhandelsüber-  
31 schüsse bilden derweil in Deutschland und anderen Industrienationen eine für den globalen Handel toxische  
32 Mischung. Abschottung – erst ökonomisch, später dann militärisch – sowie Ausbeutung und massenhafte Er-  
33 werbslosigkeit sind wesentliche Folgen, die wir beobachten können.

34 Die zahlreichen und insbesondere im globalen Süden davon betroffenen Menschen bedürfen der dringenden  
35 Hilfe der gesamten Welt. Doch ihnen stehen in den reichen Industrienationen des globalen Nordens wachsen-  
36 de politische Strömungen entgegen, deren rassistisches und nationalistisches Geschäft darin besteht, ihren

37 Wähler\*innen zu vermitteln, es würde der ganzen Welt geholfen – nur ihnen nicht. Dieser unsere Zeit prägen-  
38 de Antagonismus ist Kern des zu beklagenden Rechtsrucks. Doch Chauvinismen vermögen die Welt nicht zum  
39 Besseren zu verändern – weder im Norden, noch im Süden.

#### 40 **Für eine starke, geeinte Linke**

41 In diesen Zeiten, in denen sich neue Entwicklungen und grundlegende Umwälzungen in immer schnellerer Fol-  
42 ge vollziehen und von vielen Menschen kaum noch nachvollzogen werden können, braucht es eine politische  
43 Linke, die ohne Hass und Angst Interpretationen und Lösungen anbietet. Eine Linke, die begrifflich macht,  
44 dass Teilhabe am globalen Wohlstand, Frieden und Sicherheit allen zustehen und nur dann Wirklichkeit wer-  
45 den, wenn sie ihre Wut nicht gegeneinander, sondern vielmehr gegen die Ursachen dieser Zustände richten.  
46 Eine Linke, die bereit ist nicht mehr nur Symptome, sondern endlich auch wieder die Ursachen eklatanter Un-  
47 gerechtigkeiten zu erkennen und zu beheben. Eine Linke, die sich wieder über die offensichtlichen Missstände  
48 unserer Gesellschaft empört und Lösungsansätze bereitstellt. Eine Linke, die an der Seite von Gewerkschaften,  
49 Sozialen Bewegungen und Betroffenen gegen Armut, Ausbeutung, Demütigung und Verwertungslogik kämpft.  
50 Eine Linke, die den gegenwärtigen Klassenkampf von oben mutig annimmt und den Widerstand gegen ihn or-  
51 ganisiert und anführt.

52 Eine solche Linke muss sich drei zentralen Aufgaben stellen.

- 53 • Sie muss ihre weitgehend deskriptive Sicht auf die Verhältnisse erweitern und wieder bereit sein, neue  
54 gesellschaftliche Mehrheiten im Diskurs zu erkämpfen. Wenn der Zeitgeist rechts ist, dann kann die  
55 Antwort nicht die Orientierung am Zeitgeist sein, sondern immer nur seine Änderung.
- 56 • Sie muss neben der Zivilisierung der Verhältnisse nach den Maßstäben ihrer Grundwerte auch willens  
57 und in der Lage sein, einen eigenständigen und positiven Entwurf der Zukunft zu zeichnen. Die Sozial-  
58 demokratie ist eine zukunftsbejahende Bewegung. Ihre Erzählung fußte immer auf der Idee, dass die  
59 Zukunft etwas Besseres bringen würde, als das Hier und Jetzt. Real existierende Zukunftsängste sind  
60 nicht etwa ein Grund, diesen Anspruch aufzugeben, sondern vielmehr die Verpflichtung, die eigenen  
61 Anstrengungen zu intensivieren.
- 62 • Sie muss sich international besser organisieren. Die Sozialdemokratie ist vielerorts in der Defensive,  
63 mancherorts sogar nahezu pulverisiert. Dieser Umstand muss uns beschäftigen und zum Handeln  
64 drängen. In einer Welt, die geprägt ist von globalen Ungerechtigkeitsstrukturen, sind die politischen  
65 Antworten notwendigerweise international zu geben. Niederlagen und Orientierungslosigkeiten unse-  
66 rer Schwesterparteien sowie die Fragmentierung unserer einstmaligen starken internationalen Zusam-  
67 menschlüsse sind daher auch unsere Niederlagen. Die deutsche Sozialdemokratie muss ein existenzi-  
68 elles Interesse an der Stärkung ihrer globalen Familie haben.

#### 69 **Die Sozialdemokratie**

##### 70 **Eine anhaltende Krise**

71 Doch die SPD selbst ist im Herbst 2017 in besorgniserregender Verfassung. Seit 1998 hat sie 15 Jahre lang in un-  
72 terschiedlichen Konstellationen die Bundesregierung gestellt. Während annähernd desselben Zeitraumes hat  
73 sich die Wähler\*innenschaft der SPD halbiert. Zugleich hat sie ca. 300.000 Mitglieder eingebüßt. Die SPD hat  
74 massive Wähler\*innenabwanderungen zu verzeichnen. In manchen Regionen Deutschlands, insbesondere im  
75 Osten und Süden, hat die SPD derzeit nicht einmal mehr die Aussicht, zweitstärkste Kraft zu werden, sondern  
76 rangiert weit abgeschlagen hinter CDU/CSU und AfD. In sechs von 16 Bundesländern hat die SPD überhaupt  
77 kein Direktmandat gewinnen können, in vieren jeweils nur eines. Zwar gibt es einen Unterschied zwischen  
78 verschiedenen Regionen, jedoch kann die schiere Dimension dieses politischen Niedergangs niemanden kalt  
79 lassen, der oder die es mit der Sozialdemokratie gut meint. Die Trendwende einzuleiten genießt nun oberste  
80 Priorität. Außerdem ergeben sich auch organisationspolitische Herausforderungen von exorbitanter Tragwei-  
81 te, die uns Jusos mit betreffen.

82 Besorgniserregend ist derweil die Verankerung der SPD in den unterschiedlichen Wähler\*innengruppen. Ihre  
83 Wahlergebnisse ähneln sich quer durch alle Milieus, Altersgruppen und Berufsstände, relevante Abweichun-  
84 gen sind kaum feststellbar. Was auf den ersten Blick nach Stärke durch Vielfalt ausschauen mag, ist bei näherer  
85 Betrachtung Teil des Problems: Wer alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen (wenig) anspricht, dem mangelt  
86 es erkennbar an Profil. Offenkundig fühlt sich kein bestimmtes Klientel oder Milieu in besonderer Weise von

87 der Sozialdemokratie vertreten. Auch über Milieugrenzen hinaus vermag die SPD nicht zu überzeugen. Für eine  
88 Programmpartei ist dies ein unhaltbarer Zustand.

### 89 **Es ist Zeit für einen neuen Gesellschaftsentwurf**

90 Als ein ausschlaggebender Grund kann die anhaltend mangelnde inhaltliche Polarisierung zwischen den po-  
91 litischen Lagern angesehen werden. Die Wahlprogramme von Union und SPD wurden in der Bevölkerung  
92 als kaum unterscheidbar wahrgenommen. Die Wahl zwischen SPD und Union ließ sich vielfach nicht anhand  
93 politischer Lagerzugehörigkeit, sondern höchstens an einzelnen Sachfragen festmachen. Der Effekt der man-  
94 gelnden Polarisierung wurde zudem durch die absehbar möglichen Regierungskonstellationen verstärkt. Mit  
95 dem erneuten faktischen Ausschluss einer rot-rot-grünen Koalition war die Große Koalition zuletzt für die SPD  
96 die einzige realistische Option, an der Regierung beteiligt zu sein. Es war daher im Wahlkampf schwer vermit-  
97 telbar, dass sich die SPD nach der Wahl von der Union abgrenzen und eine progressive Regierungskoalition  
98 würde bilden können. Diese mangelnden Optionen einer Regierung jenseits der Großen Koalition prägen die  
99 Bundestagswahlkämpfe seit 2009 und haben stark zum Eindruck beigetragen, dass die SPD keine ernsthafte  
100 Option für ein linkes Regierungsprojekt darstellen könne.

101 Der Höhenflug der SPD im Frühjahr 2017 gründete sich auf der Annahme, dass neues Personal in Verbin-  
102 dung mit einer zumindest vermuteten politischen Kurskorrektur ein Politikangebot bilden würden, welches er  
103 wert sein könnte mit einem stärkeren politischen Mandat ausgestattet zu werden. Stattdessen wurde die SPD  
104 am 24. September aber – wie auch schon bei vorangegangenen Wahlen – hauptsächlich ihrer Sachlösungs-  
105 kompetenz wegen gewählt. Die politischen Instrumente und Forderungen im Wahlprogramm der SPD stießen  
106 ganz überwiegend auf Zustimmung. Doch auch wenn deutlich war, dass eine Mehrheit der SPD-Wähler\*innen  
107 die meisten politischen Forderungen der SPD für richtig hielt, konnten paradoxerweise zugleich vier aus fünf  
108 von ihnen nicht sagen, wie die von der SPD geforderte soziale Gerechtigkeit grundsätzlich zu verstehen sei.  
109 Dieser widersprüchliche Befund führt zu der Folgerung, dass es der SPD nicht an politischen Lösungsvorschlä-  
110 gen für Einzelprobleme, sondern an einem politischen Gesamtkonzept mangelt. Der letzte mehr oder weniger  
111 umfassende Gesellschaftsentwurf, den die SPD präsentieren konnte, war das rot-grüne Regierungsprojekt von  
112 1998-2005, das im Hamburger Grundsatzprogramm der SPD von 2007 weitgehend seine Entsprechung gefun-  
113 den hat und welches heute insbesondere mit der sich am neoliberalen Zeitgeist orientierenden Agenda-Politik  
114 verknüpft wird. Seit 2005 sind es vor allem Veränderungen jener Agenda-Politik, mit denen sich die SPD her-  
115 vorgetan hat; die innerparteiliche Diskussion dreht sich dabei meist – ob positiv Bezug nehmend oder in Kritik  
116 distanzierend – um diesen Teil des rot-grünen Erbes.

117 Dabei ist die Zeit reif, einen neuen Gesellschaftsentwurf zu präsentieren. Weltweit finden tiefgreifende Um-  
118 brüche und gesellschaftliche Umwälzungen statt. Diese Umbrüche werden von vielen Menschen wahrgenom-  
119 men. Sie führen häufig zu Verunsicherungen und wecken bei Menschen das Bedürfnis, sich an Bekanntem,  
120 Bestehendem festzuhalten. Gleichzeitig bieten diese gesellschaftlichen Umwälzungen – und vor allem die ih-  
121 nen zugrundeliegenden Fortschritte, die die Menschheit heute macht – die Möglichkeit, unsere Gesellschaft  
122 in einem grundlegenden Sinne zu verändern und fortschrittlicher, das heißt freier und gerechter zu gestal-  
123 ten.

### 124 **Utopie statt Demoskopie**

125 Es wäre an der Sozialdemokratie, den Gesellschaftsentwurf für ein überfälliges, umfassendes und neues Fort-  
126 schrittsprojekt zu formulieren. Die Sozialdemokratie war stets der politische Nährboden für jeden umfassen-  
127 den gesellschaftlichen Fortschritt – sie ist die Partei des Fortschritts. Als solche streitet sie zugleich für die Ge-  
128 rechtigkeit. Sie vertritt die Interessen derjenigen, die unter den bestehenden Verhältnissen keine Gerechtigkeit  
129 erfahren und den besagten Fortschritt somit als individuelle oder kollektive Bedrohung erleben. Sie streitet für  
130 all diejenigen, die ihr Potenzial nicht vollständig ausleben können. Sie streitet für die Menschen, die nicht er-  
131 halten, was ihnen zusteht. Sie streitet für diejenigen, die unter diesen Verhältnissen leiden oder unfrei in ihnen  
132 sind. Doch die Versöhnung von Fortschritt und Gerechtigkeit unter eben diesen Prämissen würde vorausset-  
133 zen, dass die SPD wieder spürbar parteiisch agiert. Eine Neuauflage dessen, was in der Sozialdemokratie lange  
134 Zeit als Klassenstandpunkt firmierte, ist folglich dringend angezeigt. Es geht um die unmissverständliche Posi-  
135 tionierung an der Seite der abhängig Beschäftigten, der Marginalisierten und der solidarischen Mehrheit. Ohne  
136 die deutlich vernehmbare Skandalisierung herrschender Ungerechtigkeiten wird dies nicht gelingen.

137 Dafür muss auch ein für alle Mal Schluss sein mit demoskopiegetriebenen Politikansätzen. Verschärfungen  
138 des Asylrechts, der Verzicht auf substanzielle Vermögensbesteuerung oder auch eine restriktivere Innen- und

139 Sicherheitspolitik sind beispielhafte Eckpfeiler einer Politik, die ihren emanzipatorischen Anspruch portions-  
140 weise über Bord wirft. Geben wir den Anspruch auf, Stimmungen in unserem Sinne zu verändern und laufen  
141 wir ihnen stattdessen hinterher, so verwirren wir mittelfristig unsere Daseinsberechtigung als progressive po-  
142 litische Kraft. Außerdem verspielen wir so die Chance, potenzielle Bündnispartner\*innen von Gewerkschaften  
143 bis zur organisierten Zivilgesellschaft eng an uns zu binden, die auf verlässliche politische Partner\*innen drin-  
144 gend angewiesen sind.

#### 145 **Jugendverband im Spannungsverhältnis**

146 Wir Jusos blicken zwiespältig auf das Wahljahr 2017 zurück. Der Zäsur des historisch schlechten Wahlergeb-  
147 nisses, das auch vor der jungen Zielgruppe keineswegs Halt gemacht hat, stehen tausende neue Mitglieder  
148 gegenüber, die Tatendrang sowie Begeisterung versprühen und unseren Verband dabei wachsen lassen. Ein  
149 weiterer Lichtblick 2017 war die Landtagswahl in Niedersachsen, bei welcher die Niedersachsen-SPD eine be-  
150 eindruckende Aufholjagd einlegte und das beste Ergebnis seit 1998 einholte. Das Regierungsprogramm der  
151 SPD hat durch die Jusos zahlreiche substanzielle Verbesserungen erfahren. Mit unserer Kampagne „#gerech-  
152 tist“ haben wir erneut den Jugendwahlkampf der SPD verantwortet und dabei neue Akzente setzen können.  
153 Ob draußen oder im Netz – unsere Zielgruppe haben wir dort erreicht, wo sie Alltag und Freizeit verbringt.  
154 Dabei kamen Millionen Kontakte zustande, die den politischen Diskurs spürbar belebt haben. Vielerorts ha-  
155 ben die Jusos den örtlichen Wahlkampf ganz oder zumindest teilweise getragen. Dabei konnten und können  
156 sie häufig nur auf unzureichende Kapazitäten in der Hauptamtlichkeit, auf geringe oder gar keine finanziellen  
157 Ressourcen sowie auf eine oftmals sehr überschaubare politische Einflussosphäre zurückgreifen. Aufwand, An-  
158 erkennung und politischer Einfluss der Jusos stehen vom Unterbezirk bis zum Juso-Bundesverband nicht selten  
159 in keinem angemessenen Verhältnis zueinander. Dieser Umstand macht uns wütend. Er schadet letzten Endes  
160 der SPD, ihrer Kampagnenfähigkeit und Glaubwürdigkeit massiv. Ein Neuaufstellungsprozess darf daher für  
161 uns nicht nur auf Personalfragen und mehr junge Menschen und insbesondere Frauen in Führungspositionen  
162 gerichtet, sondern muss sich auch mit den strukturellen Defiziten innerhalb unserer Partei auseinandersetzen.  
163 Gemeinsam wollen wir für eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Jusos bundesweit streiten.  
164 Nicht zuletzt die finanzielle Anerkennung unserer Arbeit macht es uns möglich in den kommenden Jahren wei-  
165 terhin eine Säule der SPD, ein politischer Jugendverband und eine Anlaufstelle für junge Menschen zu sein,  
166 die sich politisch engagieren wollen. Jeder Unterbezirk hat einen Anspruch auf eine eigenständig verwaltetes  
167 Budget.

168 Die Ergebnisse der Jungwähler\*innen sowie zahlreiche Rückmeldungen zu unserer Kampagne fordern uns zu  
169 einer gründlichen Analyse heraus. Diese Herausforderung wollen wir annehmen und aus den Erfahrungen  
170 Schlüsse für die künftige politische Arbeit ziehen. Die Forderung nach einer gründlichen Bestandaufnahme  
171 und vorbehaltlosen Analyse adressieren wir selbstverständlich auch an uns selbst.

#### 172 **Keine Zukunft ohne uns**

173 Bereits jetzt ist unser Verband spürbar kampagnenfähiger, digitaler und besser vernetzt als noch vor zwei  
174 Jahren. Nicht besser geworden ist jedoch die politische Vertretung in geschäftsführenden Vorständen und  
175 Parlamenten, wo die SPD nicht selten unter faktischem Ausschluss der Jusos politisch debattiert. Gegen diese  
176 Umstände helfen erfahrungsgemäß keine bloßen Appelle, deshalb werden wir verbindliche Lösungen einfor-  
177 dern.

178 Umso entschiedener unterstreichen wir unseren Anspruch als mit über 70 000 Mitgliedern größter linker Ju-  
179 gendverband in Deutschland. Wir arbeiten mit dem Anspruch, linker Richtungsverband zu sein. Wir streben  
180 die Gesellschaft der Freien und Gleichen an und bemühen uns um die Überwindung des kapitalistischen Sys-  
181 tems und seiner alles durchdringenden Verwertungslogik. Die Ideen des Sozialismus, Feminismus und Inter-  
182 nationalismus sollen gleichermaßen unser Denken und Handeln prägen. Dem Antifaschismus sind wir aus  
183 Überzeugung verpflichtet. Unser politisches Tun ist darauf ausgerichtet, Partei und Gesellschaft gleicherma-  
184 ßen zu verändern und dabei eine treibende Mittlerfunktion einzunehmen. Kollektiv wie auch individuell ist  
185 diese Doppelstrategie maßgeblich für die Wahl unserer politischen Mittel.

186 Wir sind Teil der Parteilinken innerhalb der SPD und suchen dort die aktive Zusammenarbeit mit allen pro-  
187 gressiven Akteur\*innen. Mit Sorge betrachten wir jedoch die zunehmende Fragmentierung der linken Kräfte  
188 innerhalb der SPD und bemühen uns nachdrücklich, diese zu beheben. Dabei arbeiten wir sachorientiert und  
189 konstruktiv. Als größter manifester Teil der Parteilinken erheben wir darüber hinaus den Anspruch, Verant-  
190 wortung für und in unserer Partei zu übernehmen.



**191 Gemeinsam stärker – der Doppelstrategie verpflichtet**

192 Politische Kämpfe führen und gewinnen wir nicht alleine. Die Arbeit mit Partner\*innen und in Bündnissen ist  
193 deshalb seit jeher integraler Bestandteil unserer politischen Praxis. Am stärksten sind wir dabei immer dann,  
194 wenn wir es schaffen unsere angestrebte Scharnierfunktion zwischen SPD und gesellschaftlichen Gruppen  
195 mit Leben füllen zu können. Doch Bündnisarbeit ist für uns noch mehr. Ob mit Gewerkschaftsjugenden, den  
196 Verbänden der Arbeiter\*innenjugendbewegung, unseren internationalen Partner\*innenorganisationen oder  
197 auch linken Parteiorganisationen sowie mit verschiedensten zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen und  
198 außerparlamentarische sowie linksradikale Gruppen – wir setzen auf kontinuierlichen und anlassunabhän-  
199 gigen Austausch miteinander. Wir wollen dabei gemeinsame Interessen herausarbeiten, Projekte definieren  
200 und diese gemeinsam angehen. Klar ist dabei aber auch, dass wir unsere Standards in der Bündnisarbeit nicht  
201 aufgeben. Wer unsere Grundwerte verletzt, kann niemals Partner\*in sein.

202 Mitarbeit in Bündnissen und mit Partner\*innen bedeuten für uns immer auch aktive Mitarbeit. Wir sind nach-  
203 drücklich bemüht keine Mitarbeit zuzusagen, wenn diese im weiteren Verlauf nicht auch mit Leben gefüllt wer-  
204 den kann. Die Gewinnung der SPD für die punktuelle Mitarbeit in großen zivilgesellschaftlichen Bündnissen  
205 streben wir an, weil diese Form der zivilgesellschaftlichen Verankerung bislang leider nur eine stark unterge-  
206 ordnete Rolle gespielt hat. Bundesweite Bündnisse in denen wir aktiv sind, müssen wir stärker in den Verband  
207 tragen und in die SPD. Auch wenn die SPD in vielen Bündnissen aus teils nicht nachvollziehbaren Gründen  
208 nicht vertreten ist, müssen wir sie hier immer wieder auf die Wichtigkeit organisationsübergreifender Bünd-  
209 nisse aufmerksam machen und zumindest einen regen Informationsfluss gewährleisten. Nur so können wir für  
210 zentrale Ereignisse nicht nur die Genoss\*innen aus den Reihen der Jusos sondern auch aus den Reihen der  
211 Mutterpartei mobilisieren. Zur Sicherung einer kontinuierlichen Arbeit müssen wir uns in Bündnissen besser  
212 personell aufstellen. Hier ist in erster Linie Bundesvorstand in der Pflicht mindestens eine\*n Vertreter\*in zu  
213 entsenden, aber auch die Landesverbände, die Arbeit des Bundesvorstands in den Bündnissen praktisch zu  
214 unterstützen. Wir müssen unsere bundesweiten Bündnisse stärker in der Basis verankern, indem wir Mitmach-  
215 möglichkeiten auf allen Ebenen aufzeigen. Für längerfristige Bündnisse müssen wir uns eine Strategie geben,  
216 die sowohl die Kontinuität der Mitarbeit sicherstellt als auch für uns unsere Rolle in den Bündnissen und was  
217 unser Ziel bei der jeweiligen Bündnisarbeit ist definiert.

**218 Unsere Arbeitsschwerpunkte****219 1. Kampagne 2018: Everything now – Die Zukunft Europas gestalten**

220 Europa steht 2019 vor einer Schicksalswahl. Die unterschiedlichen Krisen seit 2007 – seien es die wirtschaftli-  
221 chen und politischen Auswirkungen des Platzens der Immobilienblase in den USA, die Rückkehr des Kriegs in  
222 Europa (Ukraine), der Brexit und seine Folgen oder die Herausforderungen der globalen Fluchtbewegungen  
223 – haben das Fundament der politischen Zusammenarbeit nachhaltig erodieren lassen. In vielen Staaten der  
224 Europäischen Union sind in den vergangenen Jahren zudem autoritäre, rassistische und demokratiefeindliche  
225 Bewegungen erstarkt, die den Nachkriegskonsens der schrittweisen europäischen Integration in Frage stellen  
226 und eine Rückkehr des Nationalen fordern. Dabei hält die EU insbesondere gegenüber der jungen Generation  
227 ihre Versprechen nicht. Das liegt insbesondere an der tiefen Verankerung eines neoliberalen Dogmas in den  
228 EU-Verträgen, das wir aufbrechen müssen, wenn wir ein soziales Europa erreichen wollen. Noch immer sind  
229 3,7 Millionen junge Menschen unter 25 arbeitslos. Es verwundert nicht, dass besonders in Griechenland, wo  
230 eine Jugendarbeitslosigkeit von 45% Prozent herrscht, fast 31% der jungen Griech\*innen für einen Austritt aus  
231 der EU plädieren. Insgesamt 37% der jungen Menschen in Europa vermissen zudem konkrete politische Ziele  
232 und Pläne der EU. Hier muss endlich etwas geschehen, denn die Zukunft unserer Generation liegt genau hier,  
233 in Europa!

234 Die Sozialdemokratie hat über ein Bekenntnis zu einem offenen und freien Europa hinaus allerdings keine  
235 angemessenen Antworten auf diese Entwicklungsprozesse gefunden. Europa wird zwar oftmals als Zukunfts-  
236 thema von Funktionär\*innen benannt, jedoch fristet es im Alltag der Partei- und Verbandsarbeit ein Schatten-  
237 dasein. Diesen Widerspruch wollen wir im Jahr 2018 auflösen, indem wir die Zukunft des europäischen Projekts  
238 in den Mittelpunkt unseres Verbandes stellen und ins Zentrum unserer Partei rücken werden. Ebenfalls muss  
239 der Frage nachgegangen werden, welche Bedeutung Europa als Friedensprojekt 100 Jahre nach dem Ende des  
240 Ersten Weltkrieges hat und wie ein friedvolles Zusammenleben der europäischen Völker auch in den nächsten  
241 100 Jahren garantiert werden kann.

242 Im Rahmen einer Schwerpunktkampagne, die letzten Endes in den Jugendwahlkampf 2019 münden soll, wollen

243 wir uns mit den zentralen politischen Herausforderungen auf europäischer Ebene beschäftigen. Zum einen  
 244 sollen dabei unsere Beschlusslagen und die Ergebnisse von unserm Kongress „Europe: turn left“ aufgearbeitet  
 245 und in die Breite des Verbandes sowie der

246 Zum anderen wollen wir aktuelle europapolitische Fragestellungen, auf die wir noch keine Antworten haben,  
 247 auf unsere Agenda setzen. Themen, die dabei eine wesentliche Rolle einnehmen werden, sind:

- 248 • *Europa als Motor für mehr Gerechtigkeit* (z.B. Konzept einer europäischen Bürgerversicherung; Aufbau  
 249 einer politischen Sozial- und Fiskalunion; Verständigung auf gemeinsame europäische Steuerpolitik;  
 250 Durchsetzung von europaweiten Arbeitnehmer\*innenrechten; Bekämpfung von sozialer Ungleichheit  
 251 und der gesellschaftlichen Spaltung im europäischen Kontext)
- 252 • *Europas Rolle in der Welt* (z.B. globale Durchsetzung von Sozial- und Klimastandards; Friedens- und Ent-  
 253 wicklungspolitik; Umgang mit der Militarisierung der Außenpolitik im Allgemeinen und der europäi-  
 254 schen in Besonderem)
- 255 • *Europäische Migrationsgesellschaft* (z.B. Leitbilddiskussion zur europäischen Migrationsgesellschaft; so-  
 256 zialdemokratische Vorstellungen für eine humane Flüchtlingspolitik; Festung Europa)
- 257 • *Europäisierung des feministischen und antifaschistischen/-rassistischen Kampfes* (z.B. linke Handlungsstra-  
 258 tegien gegen autoritäre Bewegungen und Regierungen; Verteidigung von und der Kampf für mehr  
 259 Frauenrechte in Europa; europäische Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Akteuren; Antworten auf  
 260 die Identitätskrise der europäischen Linken)
- 261 • *Demokratisierung der Europäischen Union* (z.B. Reform der europäischen Institutionen; europäischer Fö-  
 262 deralismus; Stärkung der europäischen Zivilgesellschaft)

### 263 **Wie wir arbeiten wollen**

264 Unsere Schwerpunktkampagne im Jahr 2018 soll unter Einbezug des gesamten Verbandes erarbeitet und  
 265 durchgeführt werden. Hierfür spielen die Unterbezirke und Kreisverbände eine entscheidende Rolle. Ihnen  
 266 wollen wir es erleichtern an die Arbeit der Bundesebene anzuknüpfen, Themenschwerpunkte zu erarbeiten  
 267 und bei Interesse in diesem Rahmen Aktionen durchführen zu können. Gleichzeitig möchten wir gemeinsam  
 268 mit den Kreis- und Unterbezirksverbänden anhand konkreter Projekte Europa wieder für die junge Generation  
 269 sichtbar machen. Wichtige Meilensteine werden dabei die Verbandswochenenden im Jahr 2018 sein, die dazu  
 270 dienen sollen, (1) den Verband mit unseren europapolitischen Positionen vertraut zu machen, neue Positionen  
 271 zu entwickeln und diese in einem vom Bundesvorstand aufzustellenden Forderungskatalog zur Europawahl  
 272 zusammenzufassen, (2) den Verband in der Breite kampagnenfähig zu machen und (3) durch offenere Mit-  
 273 machstrukturen neue Mitglieder für die Arbeit des Bundesverbandes zu gewinnen. Darüber hinaus planen  
 274 wir 2018 einen Europakongress. Wir wollen unsere Arbeit aber auch über unseren Verband und unsere Par-  
 275 teistrukturen hinaustragen. Hierfür ist die Zusammenarbeit mit unseren etablierten Bündnispartner\*innen  
 276 ebenso entscheidend wie die Suche nach neuen Mitstreiter\*innen sowie das permanente Bemühen unsere  
 277 Positionen in die Öffentlichkeit zu tragen.

278 Ein wesentliches Ziel der Kampagne ist die breite Erarbeitung jugendpolitischer Forderungen zur Europawahl  
 279 2019, die wir anschließend gemeinsam mit YES und unseren europäischen Partner\*innen nach außen tragen  
 280 wollen und auf dem Bundeskongress 2018 in Form einer Jugendwahlkampagne beschließen werden. Zudem  
 281 müssen auch im Europaparlament mehr junge Menschen vertreten sein. Wir werden intensiv dafür streiten,  
 282 dass auch junge Menschen die Chance auf einen Einzug in das Parlament erhalten und unsere jungen Kan-  
 283 didat\*innen besonders unterstützen. Ob Europa als Garant für Frieden eine Zukunft hat oder ins nationale  
 284 Klein-Klein abdriftet, ist heute noch nicht ausgemacht. Wir Jusos wollen in den nächsten Monaten eine neue  
 285 Erzählung für das europäische Projekt ausarbeiten, die die Begeisterung für Europa bei jungen Menschen  
 286 wieder entflammt. Besonders wichtig ist es uns, dass unser Kampf für eine solidarische und demokratische  
 287 Europäische Union nicht mit der Wahl 2019 endet. Wir nehmen es uns weiterhin zur Aufgabe, uns kontinuier-  
 288 lich für unsere Idee eines vereinten Europas zu engagieren und einzustehen.

### 289 **1. Arbeitsgruppen 2019 und fortwährende Schwerpunkte**

#### 290 **1. 50 Jahre Juso-Linkswende – Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft**

291 In der Geschichte der Jusos markiert die Linkswende im Jahr 1969 eine herausragende Wegmarke. Die Abkehr  
292 vom braven Parteinachwuchs und die politische Entscheidung für einen eigenständigen linken Richtungsver-  
293 band bildeten die maßgebliche Grundlage für die weitere Entwicklung des Verbandes, den wir heute vorfinden  
294 und gemeinsam gestalten. Die Linkswende markierte den Bruch mit der einseitigen Bindung an die SPD. Getra-  
295 gen auch von zahlreichen 68er\*innen nahm man von der bis dato nahezu bedingungslosen Loyalität Abstand  
296 und begann, grundlegende Veränderungen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu diskutieren. Dieser  
297 Anspruch trägt bis heute als Stützpfeiler unseren Verband. Wir nehmen auch weiterhin für uns in Anspruch,  
298 Politikentwürfe zu formulieren, die über die tagespolitische Dimension hinausreichen. Utopien sind notwen-  
299 diger Bestandteil unseres Diskurses.

300 Die kommenden zwei Jahre wollen wir nutzen, um einerseits die historische Dimension der Juso-Linkswende  
301 näher zu beleuchten, (Dis-)Kontinuitäten herauszuarbeiten und nicht zuletzt mit einer jungsozialistischen Ma-  
302 nifestation den Blick auf die nächsten 50 Jahre zu werfen, in denen ein starker jungsozialistischer Verband  
303 und seine kritische Solidarität zur Sozialdemokratie gebraucht werden. Bis zum Juso-Bundeskongress 2019  
304 wollen wir – zehn Jahre nach dem letzten Grundlagenpapier der Jusos – eine zeitgemäße Interpretation der  
305 Perspektive bieten, mit der Jusos heute auf Kapitalismus und Patriarchat, auf Staat und Nation, auf globale  
306 Ungerechtigkeit und lokale Kämpfe sowie vieles mehr schauen.

307

308 Arbeitsweise

309 Wir wollen die Arbeiten am Linkswende-Jubiläum bereits im Jahr 2018 beginnen. Dies geschieht einerseits  
310 durch die Ermunterung unserer Gliederungen, sich vorbereitend auf 2019 mit ihrer lokalen Juso-Historie so-  
311 wie mit möglichen Bestandteilen eines Juso-Grundsatzpapiers zu befassen. Andererseits werden wir zu die-  
312 sem Zweck eine Steuerungsgruppe einsetzen, die neben Mitgliedern des Juso-Bundesvorstands auch weitere  
313 personelle Expertise aus den vergangenen Dekaden der Juso-Geschichte umfassen wird. Die Steuerungsgrup-  
314 pe trägt in enger Abstimmung mit dem gesamten Juso-Bundesvorstand die Verantwortung für die historische  
315 Aufarbeitung sowie für die Konkretisierung der Arbeitsplanung für 2019. Auch das Archiv der Sozialen Demo-  
316 kratie und andere Institutionen sind mögliche Partner\*innen. Wegmarken im Jahr 2019 werden ein politischer  
317 Festakt an historischer Stelle in München sowie Vorbereitung und Beschlussfassung der geplanten Manifes-  
318 tation sein. Der Festakt wird gleichzeitig die Möglichkeit der verbandsöffentlichen Diskussion über zentrale  
319 Thesen der Manifestation bieten.

320 Eine zentrale Rolle bei der Erarbeitung der Manifestation soll auch eine erweiterte Arbeitsgruppe im Jahr 2019  
321 spielen. Nach dem Prinzip der freien Ausschreibung wollen wir dort eine vom Bundesvorstand geleitete Grup-  
322 pe einsetzen, die den Manifestationsprozess eng begleitet und die zwingend notwendige Rückkopplung in die  
323 Breite des Verbandes sicherstellt. Wir werden Synergien nutzen und sicherstellen, dass wesentliche Ergebnisse  
324 der Projektgruppen „Sozialismus“, „Feminismus“ und „Innenpolitik“ auch den Weg in die Manifestation finden  
325 werden. Enger Austausch zwischen all diesen Arbeitsgruppen ist dringend geboten.

326 **1. 100 Jahre Frauenwahlrecht und immer noch gilt: Wir brauchen Feminismus!**

327 Nach über hundert Jahren Kampf war es 1918 endlich soweit: Auch Frauen konnten in Deutschland ihre Stim-  
328 me abgeben! Als erste Frau in der Weimarer Nationalversammlung spricht die Sozialdemokratin Marie Juchacz  
329 und stellt zu Recht fest: „Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit: sie hat den Frau-  
330 en gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist.“ Weitere hundert Jahre sind 2018 seit  
331 diesem historischen Tag vergangen. Für uns stellt sich auch heute noch diese alte Frage: Was wird uns heute  
332 eigentlich noch immer zu Unrecht vorenthalten? Im neu gewählten Bundestag werden mit 31 Prozent so we-  
333 nig Frauen vertreten sein wie seit 19 Jahren nicht mehr. Wir erleben derzeit einen gesellschaftlichen Rollback,  
334 der sich nicht zuletzt im Erstarken der völkischen, rassistischen und patriarchalen AFD zeigt, der unsere Ge-  
335 sellschaft zurück in die 50er Jahre katapultieren soll. Dieser Rollback zeigt: Gesellschaftlicher Fortschritt, ein  
336 Mehr an Gleichberechtigung schreibt sich nicht automatisch fort, sondern muss immer gelebt, verteidigt und  
337 erkämpft werden!

338 Wir wollen dieses historische Datum der Einführung des Frauenwahlrechts zum Anlass nehmen, uns mit der  
339 Situation von Frauen in der politischen Landschaft auseinander zu setzen. Es ist aber nicht das einzige Jubilä-  
340 um im kommenden Jahr, was wir als feministischer Richtungsverband feiern wollen: Seit 30 Jahren gibt es in  
341 unseren Parteigliederungen die Frauenquote. Wie „weiblich“ ist Politik heute? Was haben wir bisher erreicht?

342 Welche Herausforderungen stehen noch vor uns? Im Rahmen eines Feminismuskongresses werden diese und  
343 andere feministischen Fragestellungen einen prominenten Platz in unserer Verbandsarbeit einnehmen. Dabei  
344 darf auch der kritische Blick in unsere eigenen Verbands- und vor allem Parteistrukturen nicht fehlen. Der Kon-  
345 gress wendet sich an den gesamten Verband, soll aber auch einen Part exklusiv für Frauen\* anbieten.

346 Wir kämpfen für ein gutes und freies Leben für alle. Daher sind wir Feminist\*innen und wollen auch die Ju-  
347 sos als feministischen Verband in Theorie und Praxis weiterentwickeln. Doch was bedeutet jungsozialistischer  
348 Feminismus heute eigentlich? Mit und für wen führen wir feministische Kämpfe, welche Identitäten und Le-  
349 bensrealitäten müssen einbezogen werden und worum geht es „dem“ Feminismus eigentlich? Wir wollen in  
350 den nächsten zwei Jahren in einer Arbeitsgruppe – im engen Austausch mit unseren feministischen Bündnis-  
351 partner\*innen – einen modernen, jungsozialistischen Feminismusbegriff entwickeln. Dabei wollen wir uns mit  
352 aktuellen feministischen Theorien auf der Höhe der Zeit befassen. Um unserem Anspruch eines Feminismus  
353 für alle gerecht zu werden, werden wir diese (queer-)feministische Diskursräume immer wieder auch für die  
354 Breite unseres Verbandes öffnen. Dies bedeutet auch, dass wir unseren „lila Faden“ im Verband evaluieren und  
355 auf ein neues Level heben müssen. Das bedeutet, dass wir unser gesamtes politisches Handeln stets auch mit  
356 einer feministischen Brille betrachten werden.

### 357 **We can do it – unsere feministische Praxis**

358 Patriarchale Strukturen in der Gesellschaft machen auch vor unserer eigenen Verbandsrealität nicht halt:  
359 Wir wollen, dass Frauen in unserem Verband entscheidende Akteurinnen sind und maßgeblich Einfluss  
360 auf unsere Arbeit haben. Dazu wollen wir das bestehende Awareness-Konzept fortführen und weiterent-  
361 wickeln. Deshalb wollen wir gemeinsam ihre Unterrepräsentation beheben und Sexismus bekämpfen. Mit  
362 dem Frauenempowerment-Programm haben wir im vergangenen Jahr Frauen in feministischen Strategien  
363 und Handlungsoptionen für die politische Arbeit geschult und miteinander vernetzt. Dieses erfolgreiche Pro-  
364 gramm wollen wir weiter fortführen. Darüber hinaus sollen Räume zur Frauenvernetzung, insbesondere auch  
365 zwischen den Funktionärinnen aus den Landesverbänden und Bezirken, sowie mit den Teilnehmer\*innen des  
366 Empowerment-Programms, geschaffen werden. Die Frauenvernetzung soll möglichst autonom ihre Schwer-  
367 punkte selbst setzen und vom Bundesverband begleitet, sowie mit den nötigen Ressourcen unterstützt wer-  
368 den. Zusätzlich wollen wir auch die internationale Frauenvernetzung stärken und YES und IUSY Networks  
369 (Queer/ Feminism) verstärkt nutzen. Langfristig wollen wir eine generationsübergreifende Frauenvernetzung  
370 und -solidarität erreichen.

371 Auch wenn wir jeden Tag für eine feministischere und freiere Gesellschaft streiten, wollen wir ein Augenmerk  
372 auf bestimmte Ereignisse legen und an diesen Tagen gezielt eine Öffentlichkeit und für die aktuellen Proble-  
373 me im patriarchalen System erzeugen. Dazu zählen für uns der Internationale Frauenkampftag, der Equal Pay  
374 Day und der internationale Tag gegen Gewalt gegen Frauen. Aber auch die Proteste gegen die Demonstrationen  
375 der sogenannten Lebensschützer\*innen wie sie beispielsweise in Annaberg-Buchholz und Berlin jährlich  
376 stattfinden. Im Bezug auf den internationalen Frauenkampftag sehen wir unsere Arbeit im Frauenkampftags-  
377 bündnis weiterhin als einen zentralen Pfeiler unserer feministischen Praxis an. Hier wollen wir in den kommen  
378 Jahren auf eine starke und kontinuierliche Arbeit setzen. Auch bundesweit wollen wir als Jusos zu der Großde-  
379 monstration in Berlin mobilisieren. Im Bezug auf die Demonstrationen gegen die sogenannten Lebensschüt-  
380 zer\*innen wollen wir von Bundesebene aus die Anstrengungen der jeweiligen Landesverbände und Bündnisse  
381 vor Ort solidarisch unterstützen und die Genoss\*innen überregional mobilisieren.

382 Der Equal Pay Day und der Internationale Tag gegen Gewalt gegen Frauen legen einen Fokus auf zwei große  
383 und Teils wenig beachtete Probleme im Kampf für Gleichstellung und den Schutz von Frauen. Beide Tage sind  
384 in den letzten Jahren mehr in den Fokus der Öffentlichkeit geraten. Dennoch ist es für uns als Jusos wichtig uns  
385 hier aktiv einzubringen und die Forderungen auf die Straße und an die Menschen zu bringen. Dazu wollen wir  
386 auf dezentrale Aktionen vor Ort setzen um möglichst viele Menschen zu erreichen und für das Problem zu sen-  
387 sibilisieren. Ein Aktionsleitfaden kann den Genoss\*innen vor Ort anhand von einigen Beispielen Anregungen  
388 gibt, wie sie das Thema mit Aktionen an dem Tag setzen können.

389

### 390 **We can't keep quiet: Kampagnenarbeit**

391 Ziel unserer Politik ist, dass alle Menschen gleiche Chancen und Möglichkeiten in unserer Gesellschaft haben,  
392 ohne dass ihnen ihre Herkunft, Klasse, aber eben auch das Geschlecht im Weg stehen. In der Gestaltung des

393 partner\*innenschaftlichen Zusammenlebens sehen wir ein zentrales Handlungsfeld, um Diskriminierungs-  
 394 muster in unserer Gesellschaft nachhaltig bekämpfen zu können. Wir wollen eine Kampagne entwickeln, die  
 395 unsere Forderungen nach einer Politik, die neue Formen des Zusammenlebens fördert und Diskriminierun-  
 396 gen abbaut, in den Fokus stellt. Dafür wollen wir uns in einer Arbeitsgruppe zunächst darauf verständigen, wie  
 397 eine moderne, jungsozialistische Politik in diesem Bereich aussehen sollte. Anschließend wollen wir die Er-  
 398 gebnisse mit einer Kampagne auch über unseren Verband hinaus bekannt machen und um gesellschaftliche  
 399 Mehrheiten werben.

#### 400 **1. Die Zeit ist reif: Das Projekt Sozialismus**

401 Unsere Gesellschaft befindet sich im Umbruch. Und uns Sozialist\*innen stellt sich wieder einmal die geschicht-  
 402 liche Frage: Sozialismus oder Barbarei – gelingt es uns, die geschichtlichen Entwicklungen richtig einzuschätzen  
 403 und den Fortschritt zum Sozialismus zu entwickeln, oder werden die reaktionären Antworten auf die gegen-  
 404 wärtigen Umbrüche die Oberhand gewinnen?

405 Das stellt uns vor zwei konkrete Fragen, die wir im Verband diskutieren und beantworten möchten: welche  
 406 Entwicklungen machen wir in der Gegenwart als wesentlich aus und welche Schlussfolgerungen ziehen wir  
 407 daraus für unsere jungsozialistische Strategie?

#### 408 **Keine revolutionäre Bewegung ohne revolutionäre Theorie**

409 Als Sozialist\*innen ist es unser Anspruch, unsere Gesellschaft bewusst zu gestalten. Aber nur wer die Gegen-  
 410 wart begreift, kann Zukunft gestalten. In den vergangenen zwei Jahren haben wir uns unter den Oberbegriffen  
 411 „Arbeit 4.0“ und „Wirtschaft 4.0“ intensiv mit dem Wandel der Arbeitswelt auseinandergesetzt. Wir haben Ant-  
 412 worten darauf formuliert, wie die negativen Auswirkungen dieses Wandels auf die Beschäftigten abgemildert  
 413 und wie er im Sinne der Menschen gestaltet werden kann. Aufbauend auf einer grundlegenden Analyse der  
 414 gegenwärtigen Ausdrucksformen des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit wollen wir uns nun damit aus-  
 415 einandersetzen, welche grundlegende Bedeutung der Wandel der Arbeitswelt für unsere Gegenwart hat und  
 416 welche weiteren wesentlichen Veränderungen unserer Gesellschaft wir derzeit beobachten können, wie bspw.  
 417 die Entwicklung neuer produktiver Kräfte und das Aufbrechen neuer gesellschaftlicher Widersprüche.

418 Bei der Betrachtung der kapitalistischen Verhältnisse der Gegenwart ist das Hauptaugenmerk vor allem auf  
 419 zwei Aspekte zu legen: Was sind besonders problematische gegenwärtige Entwicklungen auf der einen Seite?  
 420 Und welche neuen (bislang kapitalismusimmanenten) Entwicklungen gibt es auf der anderen Seite, die wir  
 421 möglicherweise für uns und den Fortschritt zum Sozialismus nutzbar machen könnten? Wir wollen untersu-  
 422 chen, ob und welche Auswirkungen die jüngsten Entwicklungen auf die Verschiebung von Machtverhältnissen  
 423 unter den gegenwärtigen Bedingungen haben. Dabei ist insbesondere zu untersuchen, ob die aktuellen Ent-  
 424 wicklungen zu einer stärkeren Machtkonzentration auf Seiten des Kapitals führen. Wir werden uns auch mit  
 425 aktuellen Verteilungsfragen beschäftigen und uns fragen, welche Möglichkeiten zur Umverteilung des gesell-  
 426 schaftlichen Reichtums es schon innerhalb der kapitalistischen Verhältnisse gibt.

427 Schließlich und vor allem wird es darum gehen, Perspektiven auf den Sozialismus zu entwickeln. Wir wollen  
 428 der Frage nachgehen, inwiefern die gegenwärtigen Entwicklungen über den Kapitalismus hinausweisen, ob sie  
 429 Perspektiven auf den Sozialismus eröffnen – und welche Konzepte zu ihm führen. Dabei werden wir uns auch  
 430 intensiv mit unserer Vorstellung vom Sozialismus beschäftigen und sie gegebenenfalls aktualisieren. Dafür  
 431 werden wir uns mit aktuellen sozialistischen Konzepten auseinandersetzen und neue entwickeln. Dabei wird  
 432 auch die Betrachtung aktueller sozialistischer Projekte weltweit eine Rolle spielen. Wir werden uns zum einen  
 433 die Frage stellen, ob sie realistisch sind, aber auch die, welche Wege zum Sozialismus wir für erstrebenswert  
 434 halten. Schließlich werden wir uns auch die Frage stellen müssen, wie Arbeit im Sozialismus zu organisieren  
 435 und wie der gesellschaftliche Reichtum zu verteilen sein wird. Dazu gehört auch, dass wir uns im Jubiläumsjahr  
 436 2018 mit dem Leben und dem Wirken von Karl Marx intensiv beschäftigen sowie inhaltlich auseinandersetzen.  
 437 Was bleibt 200 Jahre nach der Geburt des weltbekannten Begründers des Marxismus? Wie kann Kapitalismus-  
 438 kritik für uns aussehen, welche Lehren ziehen wir für das 21. Jahrhundert aus den Werken von Karl Marx und  
 439 wie sehen unsere Antworten auf die heutigen sozialen Missstände aus?

#### 440 **Arbeitsweise**

441 Das Projekt Sozialismus wird ein Schwerpunkt unserer Arbeit, in dem über einen längeren Zeitraum zum The-  
 442 ma gearbeitet wird. Das Projekt wird von einer Arbeitsgruppe vorbereitet und organisiert. Die Arbeitsgrup-  
 443 pe holt sich regelmäßig Expertise von außerhalb ein. Um Diskursräume im Verband zu schaffen, sollen auch

444 Zwischenstände der Arbeit z.B. auf den Verbandswochenenden und mit den Landesverbänden und Bezirken  
445 diskutiert werden; Ziel ist dabei eine verbandsweite Debatte unter Einbeziehung möglichst vieler Genoss\*in-  
446 nen.

447 Ziel des Projektes ist die Fortentwicklung und Verbreitung unserer sozialistischen Theorie. Die Ergebnisse sol-  
448 len daher in geeigneter Form dokumentiert und veröffentlicht werden. Auch für das Projekt Sozialismus wer-  
449 den wir ein geeignetes Debattenformat bereitstellen, in dem unsere sozialistische Theorie des 21. Jahrhunderts  
450 mit (prominenten) Gastbeiträgen sowie Perspektiven aus unserem Verband diskutiert und fortentwickelt wer-  
451 den kann. Dies kann auch über geeignete Plattformen im Internet, wie beispielsweise die Online-Argumente,  
452 erfolgen. Im Karl-Marx-Jubiläumsjahr soll im Rahmen einer Veranstaltung eine inhaltliche Auseinandersetzung  
453 mit marxistischer, sozialistischer und materialistischer Theorie stattfinden. Eine solche Veranstaltung soll für  
454 die breite Basis des Verbandes dazu dienen, sich mit den Arbeiten des Vordenkers aus Trier zu beschäftigen  
455 sowie deren Bedeutungen für uns als progressiven Jugendverband zu erarbeiten. Hierzu soll auch geprüft  
456 werden, ob eine Einbindung bzw. Kooperation mit Bündnispartner\*innen möglich ist.

457 Anschließend an den Prozess der theoretischen Arbeit sollen dessen Ergebnisse in einer breiter angelegten  
458 Bildungskampagne in den Verband getragen und diskutiert werden. Dabei sollen die Ergebnisse des Theorie-  
459 Prozesses in den Untergliederungen, insb. auf Landesverbands- und Bezirks-Ebene diskutiert werden, um  
460 unsere aktuelle sozialistische Theorie noch breiter in die Untergliederungen und in die Öffentlichkeit zu tra-  
461 gen. Dazu wird im Projekt Sozialismus ein Musterseminar erarbeitet, das den Untergliederungen, insb. auf  
462 Landesverbands- und Bezirks-Ebene, zur Bildungsarbeit vor Ort angeboten wird.

463 Die sozialistische Gesellschaftsanalyse der Jusos war Grundlage für die Linkswende und ist seitdem zentra-  
464 ler theoretischer und politischer Bezugspunkt unseres politischen Wirkens. Insbesondere in Hinleitung auf  
465 den Schwerpunkt Linkswende soll die Debatte um die Grundlagen sozialistischer Gesellschaftsanalyse und  
466 aktueller Sozialismusedwürfe deshalb breit im Verband diskutiert werden und eine zentrale Stellung beim  
467 „Linkswendekongress“ einnehmen.

#### 468 1. **Raus aus der Defensive: Linke Sicherheitspolitik und Bürger\*innenrechte**

469 Wir erleben, dass Fragen der sogenannten inneren Sicherheit in den letzten Jahren immer mehr an Bedeu-  
470 tung in der gesellschaftlichen Debatte gewinnen. Nach Jahren von Einsparungen im öffentlichen Dienst gibt es  
471 kaum einen Wahlkampf mehr, in dem nicht die Schaffung von mehr Stellen in Polizei und Justiz zentrale Dis-  
472 kussionspunkte sind. Auch der Ruf nach härteren Strafen und mehr Kompetenzen für Ermittlungsbehörden  
473 ist deutlich zu vernehmen: Der starke Staat soll „Sicherheit“ mit harter Hand durchsetzen

474 Diese Stärkung des Sicherheitsapparates steht in einem Spannungsfeld zur Sicherung von Bürger\*innenrech-  
475 ten und darüber hinaus in einem Spannungsverhältnis zu einem ganzheitlichen Verständnis von Sicherheit  
476 auch aus sozialer Sicht. Deutlich zu merken ist dies – um nur einige Beispiele zu nennen – bei der stetigen  
477 Ausweitung von Videoüberwachung im öffentlichen Raum oder bei der „Begleitung“ linker Demonstrationen  
478 durch Polizei und Versammlungsbehörden. Auch die Forderung von Rechts nach einer Obergrenze für die  
479 Aufnahme von Geflüchteten gehört in diese Reihe: Der Nationalstaat soll „die Grenzen sichern“, indem er das  
480 individuelle Grund- und Menschenrecht auf Asyl schleift. Wir wollen diesem rein repressiven Sicherheitsbegriff  
481 etwas entgegensetzen. Dafür müssen wir uns die Frage stellen, wie eine „linke Sicherheitspolitik“ aussehen  
482 muss: Welchen Zweck erfüllt Strafe jetzt und welchen soll und muss sie erfüllen? Wie wirken Strafjustiz und  
483 Gefängnisse auf Opfer, Täter\*innen und Gesellschaft? Gibt es Alternativen zum Einsatz von Strafe? Welche Rol-  
484 le spielen Sicherheitsbehörden in der Praxis und wie kann man hier regulierend eingreifen? Dabei muss auch  
485 beachtet werden, wie sich die kapitalistische Gesellschaftsordnung auf die Sicherheitsfrage auswirkt: Wessen  
486 Interessen vertritt der Staat gerade und wessen Sicherheit gewährleistet er? Leider wirkte sozialdemokratische  
487 Innenpolitik in den letzten Jahren zu oft getrieben von tagespolitischen Debatten und dem Druck rechter und  
488 konservativer law-and-order-Rhetorik. Wir sind überzeugt, dass die SPD bei innerer Sicherheit und Bürger\*in-  
489 nenrechten nur aus der Defensive kommen kann, wenn sie ihre Politik an einem eigenen und konsistenten  
490 Leitbild orientiert.

491 Dabei gilt es auch, den Blick darauf zu richten, dass gesellschaftliche Unterdrückungsstrukturen Auswirkungen  
492 auf die Praxis der Sicherheit in diesem Staat haben. Rassismus beispielsweise ist ein gesamtgesellschaftliches  
493 Problem und damit auch innerhalb von Sicherheitsbehörden vorhanden. Wer keine weiße Hautfarbe hat, wird  
494 sowohl bei der Einreise, als auch im Land deutlich öfter angehalten und intensiver kontrolliert, als mutmaßli-  
495 che Einheimische. Dies führt zur Betrachtung von Sicherheit auch als Gerechtigkeits- und Verteilungsproblem.

496 Dabei sollte man das Sicherheitssystem von innen betrachten (Wer sitzt für welche Delikte wie lange und wie  
497 oft im Gefängnis?), aber auch die Anforderungen der Gesellschaft an Sicherheit von außen (Gibt es einen Zu-  
498 sammenhang von ökonomischer Ungerechtigkeit und dem Zugang zu Sicherheit? Welche Funktion erfüllt der  
499 Sozialstaat für die Sicherheit einer Gesellschaft?) in den Blick nehmen. Darüber hinaus werden wir uns mit der  
500 Frage eines aktuellen und linken Staatsverständnisses aus jungsozialistischer Perspektive befassen.

501 Wir werden in den nächsten zwei Jahren ein klares Konzept von linker Sicherheitspolitik vorlegen, dass unsere  
502 Vorstellung einer gerechten und offenen Gesellschaft entspricht. Wir werden in der SPD die Debatte um eine  
503 eigenständige sozialdemokratische Innen- und Sicherheitspolitik forcieren und wollen mit unseren Impulsen  
504 dafür sorgen, dass die SPD als selbstbewusste und handlungsstarke Partei der Bürger\*innenrechte auftritt,  
505 statt kleinlaute Rückzugsgefechte gegen zunehmende Überwachung und Repression zu führen.

#### 506 **1. Hoch die internationale Solidarität – Internationale Arbeit bei den Jusos**

507 Unsere internationale Arbeit ist Kernstück unserer Identität als sozialistischer, feministischer und internationa-  
508 listischer Richtungsverband, denn der Kampf für Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit und die Überwindung des  
509 Kapitalismus endet nicht an Grenzen, sondern ist international. Unsere programmatischen, friedens-, handels-  
510 und entwicklungspolitische Grundlagen wurden in den letzten drei Jahren sehr breit diskutiert, erweitert und  
511 bilden eine gute Grundlage, um internationale Entwicklungen mit einem klaren Kompass zu diskutieren. Unser  
512 Internationalismus ist aber nicht nur programmatisch, sondern auch praktisch: Wir wollen die nächsten zwei  
513 Jahre dafür nutzen, unsere internationale Arbeit projektorientiert weiterzuentwickeln und so bi- und multila-  
514 terale Beziehungen zu weltweiten Partner\*innen und in unsere internationalen Dachverbände zu stärken. Wir  
515 Jusos sind ein kampagnenstarker Verband, das haben wir in den letzten Jahren unter Beweis gestellt. Die Er-  
516 fahrungen wollen wir noch stärker in unsere internationalen Dachverbände einbringen. Beginnen wollen wir  
517 damit bei der von YES ins Leben gerufenen Kampagne gegen Steuerflucht und Steuervermeidung von Groß-  
518 unternehmen. Weiterhin streben wir einen europaweiten Kongress an, in dem wir gemeinsam mit anderen  
519 parteilichen Jugendorganisationen unter Einbezug der Zivilgesellschaft über unsere Vision einer Verfassung  
520 für ein vereinigtes Europa diskutieren. Gerade wir als internationalistischer Richtungsverband kämpfen seit  
521 geraumer Zeit für eine vertiefte europäische Integration. Hierfür braucht es eine Verfassung, die die Kompe-  
522 tenzen und Zuständigkeiten und besonders die Grundrechte für die EU-Bürger\*innen klar regelt.

523 Ein wichtiger Bestandteil unserer internationalen Arbeit sind die zahlreichen Delegationsreisen der Landes-  
524 und Bezirksverbände. Die Erfahrungen, die dort gemacht werden sollen noch stärker als bisher dem gesamten  
525 Verband zugutekommen. Außerdem soll bei den Maßnahmen verstärkt der Aspekt des Austausches Beach-  
526 tung finden.

#### 527 **Partner\*innen für den Frieden – Visionen für das Willy-Brandt-Center**

528 1996 wurde durch einen Vertrag zwischen Young Labour, der Schabibeh Fatah und den Jusos unser Koope-  
529 rationsprojekt in Jerusalem das Willy Brandt Center (WBC) ins Leben gerufen. Wenig später schloss sich auch  
530 die Young Meretz diesem Projekt an. Gegründet in den Zeiten des mittlerweile als gescheitert angesehenen  
531 Osloer Friedensprozess, ist die Ausgangslage heute eine andere: Wachsende Radikalisierung auf beiden Sei-  
532 ten, Stagnation und Hoffnungslosigkeit lähmen die Arbeit an Perspektiven eines friedlichen Zusammenlebens  
533 in der Region. Unser Prinzip der doppelten Solidarität mit progressiven Kräften in Israel und Palästina bleibt  
534 gerade deshalb aktuell wie nie. Gemeinsam mit unseren Partner\*innen vor Ort wollen wir in einem Visions-  
535 prozess unsere Zusammenarbeit und die Zukunft des Willy Brandt Centers vor diesen Herausforderungen  
536 weiterentwickeln. In den vergangenen Jahren hat sich das Format einer jährlich stattfindenden Frauendelega-  
537 tion bewährt, ein Frauennetzwerk ausgehend von den Teilnehmerinnen der vergangenen Delegationen soll  
538 aufgebaut werden.

#### 539 **Neue Partner\*innen gewinnen – unser Austauschprojekt Balkan Beats**

540 Trotz laufender Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union lebt der Südosten Europas in der europäi-  
541 schen Tagespolitik ein Schattendasein. Über 20 Jahre nach den Zerfallskriegen, dem Völkermord von Srebre-  
542 nica, dem Dayton-Abkommen und den mit ihm beginnenden Transformationsprozessen, haben die Staaten  
543 des Balkans immer noch mit dessen Folgen zu kämpfen. Wirtschaftliche Stagnation, Armut, hohe Jugendar-  
544 beitslosigkeit und Perspektivlosigkeit, aber auch ein nationalistischer Rollback, die prekäre Situation nationa-  
545 ler Minderheiten und andauernde Korruption prägen die politischen Landschaften. In bi- und multilateralen  
546 Aktivitäten in der Region und bei uns, wollen wir den Austausch mit unseren Partner\*innen in der Region in-

547 tensivieren, über die gesellschaftlichen Herausforderungen diskutieren, unsere gemeinsame Visionen für eine  
548 soziale Zukunft Europas entwickeln und eine langfristige Partnerschaft etablieren.

#### 549 **Über den Tellerrand hinaus – unsere globale Vernetzung**

550 Unsere Stärke und auch unser Alleinstellungsmerkmal war es immer, auch über unsere sozialistischen Dach-  
551 verbände hinaus Kontakte zu Parteijugenden aufzubauen. So gab es immer wieder Kontakt zur Kommunistischen  
552 Jugend in China oder in den vergangenen Jahren zur Jugendorganisation der PT in Brasilien. Dieses  
553 Netzwerk wollen wir ausweiten und in den kommenden zwei Jahren Kontakte zur Kommunistischen Jugend  
554 Kubas aufbauen. Hierbei empfinden wir es als unsere Aufgabe, kritisch und konstruktiv im Einklang mit un-  
555 serem Verständnis unveräußerlicher Menschenrechte und unseren demokratischen Grundprinzipien in einen  
556 möglichen Austausch zu gehen und diese zum unverrückbaren Standard möglicher politischer Kooperationen  
557 zu machen. Es muss unser Anspruch sein, Transformationsprozesse zu erkennen und aus einer progressiven  
558 Perspektive zu begleiten. Durch eine inhaltliche Auseinandersetzung mit einzelnen Themenbereichen, wie der  
559 Arbeitsmarkt- oder der Bildungspolitik, wollen wir ausloten, ob eine politische Zusammenarbeit möglich und  
560 auch für beide Seiten nachhaltig sein kann.

#### 561 **Internationalistische Praxis leben und lernen – Unser Bildungsprogramm**

562 Mit unserem breiten Netzwerk in unseren internationalen Dachverbänden YES und IUSY haben wir nicht nur  
563 das Glück, Internationalismus zu leben, sondern auch ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber anderen poli-  
564 tischen Jugendverbänden. Trotz der großen zeitlichen und finanziellen Ressourcen, die diese Vernetzung in  
565 Anspruch nimmt, geben unsere aktuellen Strukturen nicht dem gesamten Verband den angemessenen Zu-  
566 gang zu diesen Netzwerken. In den letzten Jahren haben wir zudem erlebt, dass der Transfer von Wissen an  
567 nachfolgende Juso-Generationen nicht immer gewährleistet ist. Wir wollen deswegen unsere internationa-  
568 le Arbeit professionalisieren und Mitglieder unseres Verbandes für die internationale Juso-Arbeit, aber auch  
569 darüber hinaus, ausbilden. Zudem wollen wir neue Tools entwickeln bzw. integrieren die uns helfen unsere  
570 internationale Arbeit sichtbar zu machen und somit auch zur Partizipation anzuregen.

571

#### 572 **Leitlinien unserer Arbeit**

573

#### 574 **Bildungsarbeit**

575 Bildungsarbeit ist für uns auf allen Ebenen eine nicht wegzudenkende Säule der Juso-Arbeit. Auf Bundesebene  
576 wollen wir die Bildungsarbeit vor Ort unterstützen und die der Landesverbände und Bezirke sinnvoll ergän-  
577 zen. Mit unseren Seminaren und Großveranstaltungen machen wir dem Verband ein breites Diskussions- und  
578 (Weiter-)Bildungsangebot. In den vergangenen zwei Jahren haben wir das Frauen-Empowerment eingeführt  
579 und unser Politikdiplom reformiert. Unsere Großveranstaltungen, wie z.B. die Unterbezirks- und Kreisvorsit-  
580 zendenkonferenzen und den Linkskongress, haben wir modernisiert und auch aus didaktischer Sicht weiter-  
581 entwickelt.

582 Das Frauen-Empowerment-Programm soll im Anschluss an die autonome Frauenvernetzung und die geplante  
583 thematische Großveranstaltung zum Jubiläum von Quote und Frauenwahlrecht Anfang 2019 neu aufgelegt  
584 werden. Bei der Entwicklung des Programms wollen wir die Erfahrungen aus dem letzten Programm nutzen.  
585 In verschiedenen Modulen zur inhaltlichen und methodischen Qualifizierung werden die Teilnehmerinnen  
586 feministische Strategien und Ansätze für ihre politische Arbeit erarbeiten. Ziel sind aber auch die Vernetzung  
587 und gegenseitige Stärkung für die Arbeit in Verband und Partei.

588 Das Politikdiplom nimmt einen zentralen Stellenwert in unserer Nachwuchsförderung für Funktionär\*innen  
589 ein. Wir stellen einen dezidiert politischen Anspruch an das Politikdiplom. Die Teilnehmer\*innen sollen in ih-  
590 rer jungsozialistischen Orientierung gestärkt werden und die Möglichkeit erhalten, diese weiterzuentwickeln  
591 und zu diskutieren. Sie sollen neben diesem Wissen auch für ihre Arbeit relevante Soft Skills und politische  
592 Kompetenzen durch professionelle Trainer\*innen vermittelt bekommen. Uns ist wichtig, dass die Teilnahme  
593 am Programm die Arbeit in den Landes- und Bezirksverbänden nicht verhindert, sondern unterstützt.

594 Unsere Bildungsarbeit findet aber auch auf unseren Großveranstaltungen statt. Wir wollen auch möglichst  
595 viele Neumitglieder und neue Funktionär\*innen für die Großveranstaltungen in den kommenden zwei Jahren



596 begeistern. Das stellt uns vor organisatorische Herausforderungen, soll sich vor allem aber auch in der Aus-  
597 gestaltung des Programms niederschlagen: große politische Diskussionen, bedarfsgerechte Weiterbildungs-  
598 möglichkeiten, kampagnenorientiertes Arbeiten und kulturelle Attraktivität sollen dabei immer zusammen-  
599 kommen. Nach wie vor setzen wir auch bei den Großveranstaltungen auf die Expertise der vielen ehemaligen  
600 Jusos.

601 Vor Ort sind viele Jusos in den Unterbezirken und Kreisen aktiv. Wir wollen sie dabei bestmöglich unterstüt-  
602 zen. Nicht alle von ihnen können an unseren Bildungsveranstaltungen auf Bundesebene teilnehmen. Daher  
603 wollen wir das „Handbuch für die Juso-Arbeit“ neu auflegen und ins digitale Zeitalter überführen. Die Anfor-  
604 derungen dafür wollen wir auf der nächsten Unterbezirks- und Kreisvorsitzendenkonferenz erarbeiten. Das  
605 „digitale Handbuch“ soll der Ort für alle Fragen im Juso-Alltag und zugleich eine sich ständig weiterentwickeln-  
606 de Service-Plattform werden.

607 Ergänzend dazu sollen die ARGUMENTE online weitergeführt werden. Mitgliedern wie Funktionär\*innen wird  
608 hier ein zeitgemäßes Debattenformat nicht nur für die politische Information, sondern auch Diskussion gebo-  
609 ten. Dieses soll mit unserer Homepage und Social Media verzahnt werden.

### 610 **Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit**

611 Mit unseren Kampagnen wollen wir den Diskurs in Partei und Gesellschaft beeinflussen. Wir wollen viele jun-  
612 ge Leute mit unseren Themen erreichen, von unseren Forderungen überzeugen und sie für unsere Arbeit  
613 gewinnen.

614 In den kommenden zwei Jahren werden wir unsere Kampagnenarbeit weiter ausbauen und an aktuelle Ent-  
615 wicklungen, vor allem online, aber auch hinsichtlich der Wahlkampfverfahren mit neuen kreativen Aktionen,  
616 anpassen. Dass das auf fruchtbaren Boden fällt, haben tausende Jusos in allen AGn, Unterbezirken, Kreisen,  
617 Landesverbänden und Bezirken mit einer starken Performance in der Jugendwahlkampagne bewiesen.

618 Zukünftig sollen die Schwerpunktthemen unserer Kampagnen noch stärker auf allen Kanälen bespielt werden:  
619 auf der Straße und online. Auf unseren Veranstaltungen wollen wir die anstehenden Kampagnen entwickeln,  
620 diskutieren und für deren Durchführung qualifizieren.

621 Wir wollen junge Menschen dort abholen, wo sie sich aufhalten. Immer mehr Jugendliche nutzen Social-Media-  
622 Kanäle sowohl als Kommunikations- als auch Informationsquelle. Nach Schulunterricht und Fernsehen sind  
623 soziale Netzwerke einer der Orte, an dem sie am häufigsten mit politischen Themen in Berührung kommen.  
624 Wir wollen auf Facebook, Twitter, Instagram, Youtube und WhatsApp den Dialog mit jungen Menschen su-  
625 chen, Identifikationsangebote schaffen und Politik zugänglich machen. Der Social Media-Kongress in diesem  
626 Jahr war nicht nur sehr gut besucht, sondern auch sehr produktiv. An ein solches Format möchten wir in den  
627 kommenden zwei Jahren gerne anknüpfen und für die Kampagnenarbeit online qualifizieren.

628 Kampagnen sollen auch medial Resonanz finden. Dafür bespielen wir nicht nur die Bundespresse, sondern  
629 wollen die Gliederungen vor Ort auch bei deren Pressearbeit, z. B. durch Leitfäden im Handbuch oder Seminare  
630 auf unseren Veranstaltungen, unterstützen.

631 Im letzten Jahr haben wir gute Erfahrungen mit der Bereitstellung von Aktionspaketen für Unterbezirke und  
632 Kreise gemacht. Diese umfangreichen Materialpakete wollen wir den Unterbezirken im Rahmen der Kampa-  
633 gnen der nächsten zwei Jahre wieder kostenlos zur Verfügung stellen.

634 Darüber hinaus werden wir möglichst kostengünstige Werbeartikel und Print-Materialien im neuen Corpo-  
635 rate Design im kommenden Jahr auflegen und sie allen verfügbar machen. Ein professioneller Auftritt aller  
636 Gliederungen ist das Ziel. Daher möchten wir alle Gliederungen bei der Anwendung des Corporate Designs  
637 unterstützen. Hierzu erstellen wir Vorlagen für die sozialen Netzwerke, Flyer, aber auch nach Möglichkeit zur  
638 Erstellung von Homepages.

639 Unsere neue Homepage [www.jusos.de](http://www.jusos.de) ist nach wie vor für interessierte junge Menschen der erste Anlauf-  
640 punkt. Diese wollen wir weiter ausbauen und eng mit dem Beschlussssystem und der neuen ARGUMENTE-  
641 Plattform verzahnen.

642 Die Unterstützung der nach der Bundestagswahl schwach aufgestellten Regionen und Unterbezirke wie Kreise  
643 ist uns bei der Kampagnenarbeit ein besonderes Anliegen. Hierzu werden wir zeitnah nach dem Bundeskon-  
644 gress einen Workshop durchführen. Gute Öffentlichkeitsarbeit muss auch das Ziel haben, durch sie Mitglie-

645 der zu gewinnen. Kampagnen und regelmäßige Öffentlichkeitsarbeit sollen deswegen auch unter besonderer  
646 Berücksichtigung des Ziels der Mitgliedergewinnung organisiert werden. Für örtliche Funktionär\*innen und  
647 sonstige Aktive sollen Kompetenzseminare zu den Themen Öffentlichkeitsarbeit und Mitgliedergewinnung an-  
648 geboten werden.

#### 649 **Verbandskommunikation**

650 Über 70.000 Mitglieder, davon über 10.000 Neumitglieder, hunderte Funktionär\*innen vor Ort – sie alle wollen  
651 wir erreichen und für Juso-Arbeit (noch mehr) begeistern und dabei bestmöglich unterstützen. Erfolgreiche  
652 Kampagnen erfordern ebenso wie die tägliche Arbeit auf allen Ebenen in unserem großen Verband verlässliche  
653 Kommunikation mit Funktionär\*innen und (Neu-)Mitgliedern. Um die Arbeit weiter zu verbessern, werden wir  
654 die Vernetzung von Gliederungen, die ähnliche strukturelle Bedingungen haben, anstoßen und unterstützen.  
655 Dies betrifft insbesondere das Großstädte-Netzwerk und die Ostverbände.

656 Die ständigen Innovationen im Bereich Social Media, die großen Potentiale der Digitalisierung und die Erfah-  
657 rungen aus dem Bundestagswahlkampf wollen wir daher zur Weiterentwicklung unserer verbandsinternen  
658 wie auch der externen Kommunikation in den kommenden zwei Jahren nutzen. Mit dem „digitalen Handbuch“  
659 schaffen wir einen verlässlichen Ort für die Information von Funktionär\*innen auf allen Ebenen. Darüber hin-  
660 aus werden wir mit gezielten Kampagnen-Mailings und einem PushKanal für Smartphones auf Aktionen online  
661 und auf der Straße aufmerksam machen sowie für unsere Bildungsangebote und Veranstaltungen werben. Ziel  
662 für 2018 ist es, gemeinsam mit den beteiligten Akteur\*innen eine einheitliche Kommunikationsstrategie für  
663 den Verband zu entwickeln, die allen in ihrer alltäglichen Arbeit nutzt und uns gut auf das Wahlkampfsjahr 2019  
664 vorbereitet.

665 Die vielen Neumitglieder sollen nicht nur über eine zeitnahe Ansprache nach dem Eintritt, sondern auch über  
666 die Social-Media-Kanäle schnell in Kontakt mit uns treten können, damit sie möglichst alle ihren Weg zu uns  
667 Jusos finden.

668 Im Bundestagswahlkampf hat sich wieder eindrucksvoll gezeigt: Unsere Jusos vor Ort sind mit wenigen Res-  
669 sourcen kampagnenfähiger als so mancher SPD-Unterbezirk. Wir haben mit der direkten Kommunikation mit  
670 den Unterbezirken und Kreisen nur sehr gute Erfahrungen gemacht. Diese Kommunikation wollen wir – ins-  
671 besondere in Hinblick auf die Europawahl – ausbauen. Dafür wollen wir auch das erfolgreiche Format der  
672 Vorsitzendenkonferenzen jährlich fortführen. Diese Konferenzen sind für uns auch eine gute Möglichkeit, um  
673 Impulse und Feedback aus den Unterbezirken und Kreisen zu erhalten. Zwischendurch soll die Kommunikation  
674 über neue innovative Formate, wie z.B. Web-Konferenzen, ergänzt werden. Die Landes- und Bezirksvorstände  
675 bleiben natürlich unsere ersten Ansprechpartner.

676 Zwischen den Bundeskongressen soll der Bundesausschuss mindestens zweimal jährlich tagen. Die Sitzungen  
677 sollen möglichst an Veranstaltungen gekoppelt werden, sodass der Zeitaufwand für die Delegierten gesenkt  
678 wird. Die hauptamtlichen Jusos (in Vertretung auch einige Vorstandsmitglieder) der Landesverbände und Be-  
679 zirke kommen mindestens einmal jährlich zur OrgaKomm zusammen. Hier ist der Ort, an dem wir unsere Jah-  
680 resplanungen synchronisieren, organisatorische Planungen für Veranstaltungen, Kampagnen und den Bun-  
681 deskongress besprechen, den Raum für den Austausch über die Arbeit in den Verbänden schaffen, aber auch  
682 gezielte Weiterbildungsangebote mit Kolleg\*innen vom Parteivorstand für die Hauptamtlichen durchführen.  
683 Es hat sich im letzten Jahr bewährt, die OrgaKomm zweitägig durchzuführen, um möglichst viele Bedürfnisse  
684 der Teilnehmenden abzudecken. Zudem soll auch der Austausch mit den Landesverbänden und -bezirken mit  
685 der neuen Möglichkeit der Web-Konferenzen in seiner Frequenz erhöht werden.

#### 686 **Encore**

#### 687 **Die Schüler\*innen- und Auszubildenden-Gruppe**

688 Die Juso-Schüler\*innen und Auszubildenden-Gruppe (JSAG) bleibt eine wichtige Projektgruppe des Bundes-  
689 vorstands. Sie wird von drei gleichberechtigten Bundeskoordinator\*innen vertreten wovon ein\*e Vertreter\*in  
690 ein\*e Ausbildungsvertreende\*r ist. Die Bundeskoordination wird einmal pro Jahr auf dem organisatorischen  
691 Bundeskongress der Juso-Schüler\*innen und Auszubildenden-Gruppe für jeweils ein Jahr gewählt. Aus den  
692 Reihen der Bundeskoordination wird eine\*n Vertreter\*in den Juso-Bundesvorstand kooptiert.

693 Jährlich findet in Verbindung mit dem organisatorischen Bundeskongress der JSAG-Basiskongress statt, bei  
694 dem sich alle Mitglieder sowie Interessent\*innen anmelden können. Der Basiskongress dient der internen

695 Bildungsarbeit. In verschiedenen Formaten werden thematische Schwerpunkte diskutiert.

696 Für die JSAG bleibt die Frage nach einer gerechten Schule essentiell. So sollten Schwächen und Stärken in-  
697 dividuell gefördert werden. Der Zugang zu Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern, von der Herkunft,  
698 Geschlecht oder sexueller Orientierung abhängig sein.

699 Im Zeitalter der Digitalisierung will die JSAG der Frage nach einer modernen Schule nachgehen. Der Umgang  
700 mit mobilen Endgeräten im Unterricht, die Nutzung neuer Medien sowie die Nutzung von Smartphones soll  
701 diskutiert werden.

702 Darüber hinaus möchte die JSAG sich für eine gute Ausbildung einsetzen. Dabei bleiben Forderungen, wie  
703 die Mindestausbildungsvergütung oder die Übernahmegarantie hochaktuell. Die JSAG möchte deswegen den  
704 Kontakt zu den Gewerkschaftsjugendlichen intensivieren.

705 Die Juso-Schüler\*innen- und Auszubildenden-Gruppe will weiterhin in den sozialen Medien, wie Facebook und  
706 Instagram präsent sein. Zudem wird die JSAG sich auf einer Unterseite auf der Webseite der Jusos in der SPD  
707 präsentieren. Die Bundeskoordinierung der JSAG wird regelmäßig Basis-Telefonkonferenzen mit den Landes-  
708 verbänden einberufen, um sich besser auszutauschen und schneller auf Wünsche reagieren zu können. Die  
709 Arbeit der JSAG wird vom Bundesbüro begleitet.

#### 710 **Jugend-Politik-Betrieb – Unsere Arbeitnehmer\*innenvernetzung**

711 Im Rahmen der Arbeitnehmer\*innen-Initiative haben wir zusammen mit der AfA den Kongress Jugend-Politik-  
712 Betrieb vorbereitet und durchgeführt. Dort hatten junge Gewerkschafter\*innen die Möglichkeiten mit der SPD  
713 in den inhaltlichen Dialog zu kommen, um gerade die drängenden Probleme und Themen zu benennen. Zu-  
714 dem konnten wir sie aber auch motivieren sich mehr in unseren politischen Strukturen zu engagieren.

715 Es hat sich gezeigt, dass es ein sehr wichtiges Vernetzungsprojekt ist, daher wollen wir den Dialog mit den Ju-  
716 gendgewerkschaften, auch im Sinne unserer Doppelstrategie, weiter ausbauen. Denkbar ist dabei einen wei-  
717 teren Kongress zu veranstalten. Als eine weitere, konsequente Möglichkeit soll die Gründung eines Jugendge-  
718 werkschaftsrates geprüft werden.

719 Innerhalb der SPD sind die Jusos die Interessenvertretung junger Menschen. Als Jugend- und Richtungsverband  
720 ist es daher selbstverständlich, dass wir auch die Interessen junger Beschäftigter und Auszubildender vertreten  
721 wollen. Deswegen müssen wir unsere Bemühungen auch auf Nachhaltigkeit überprüfen. Keinesfalls ist dabei  
722 hinzunehmen, dass andere Arbeitsgemeinschaften der SPD ihr Kompetenzfeld in unserem Bereich finden. Die  
723 Interessen aller jungen Menschen finden unter dem Dach der Jusos ihr Zuhause.

724 Im Jahr 2018 wird der Acht-Stunden-Tag 100 Jahre alt. Während zum Beispiel die IG Metall im nächsten Jahr  
725 mit der Forderung nach besseren Arbeitszeiten in die Tarifauseinandersetzung gehen wird, schießen Unter-  
726 nehmenverbände, CDU und FDP den Acht-Stunden-Tag sturmreif, manche wollen das Arbeitszeitgesetz ganz  
727 abschaffen. Wir wollen uns im Rahmen dieser Kooperation zum 100. Geburtstag des Acht-Stunden-Tags en-  
728 gagieren. Eine Rückkehr ins Kaiserreich beim Thema Arbeitszeit darf es nicht geben.

#### 729 **Gegen die reaktionäre Bewegung – Antifa!**

730 Wo immer sich gesellschaftlicher Fortschritt bemerkbar macht, feiert die Reaktion ihr makabres Stelldichein. In  
731 den (post-)industriellen Ländern haben Rechtspopulist\*innen, Rassist\*innen und Faschist\*innen in den ver-  
732 gangenen Jahren beängstigende Erfolge gefeiert, und weltweit sind reaktionäre Bewegungen auf dem Vor-  
733 marsch. Nach der Gründung der AfD hat sich schnell herausgestellt, dass Rechte, Rassist\*innen und Reaktio-  
734 näre hier ein Sammelbecken gefunden haben, um sich zu organisieren. Mit dem politischen Machtgewinn ist  
735 die AfD immer weiter nach Rechts gerückt, wie man auf ihren letzten Bundesparteitagen, nicht zuletzt wieder  
736 in Köln, beobachten konnte. Auch wenn es nicht das erste Mal ist, dass Rassist\*innen, Rechte und Nazis im  
737 Bundestag sitzen, hat es eine derart erfolgreiche Partei seit der Befreiung vom Faschismus nicht mehr gege-  
738 ben. Die AfD ist in allen Landtagen und im Bundestag vertreten, teilweise als zweit- oder drittstärkste Kraft.  
739 In manchen Bundesländern läuft sie der SPD den Rang ab, stärker als unsere potentiellen Regierungspart-  
740 ner\*innen wie die Linke und die Grünen ist sie auch. Dies stellt einen tiefen Einschnitt in unsere Gesellschaft  
741 dar.

742 Wir Jusos engagieren uns seit je in antifaschistischen und antirassistischen Bündnissen – und diese Bünd-  
743 nisse sind heute wichtiger denn je. Wir werden uns auch in den kommenden Jahren in Bündnisse im Kampf

744 gegen Nationalismus, Faschismus, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Misogynie, Homophobie und  
745 andere reaktionäre Tendenzen einbringen. Wir werden uns weiter mit unseren emanzipatorischen Bündnis-  
746 partner\*innen vernetzen und neue Bündnisse gegen die gesellschaftliche Reaktion schmieden. Im Jahr 2015  
747 haben wir das Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“, in dem wir gemeinsam mit Bündnispartner\*innen gegen  
748 die AfD und andere Rassist\*innen kämpfen, mitgegründet und seine Arbeit der letzten zwei Jahre wesentlich  
749 mitgestaltet. Mit dem Einzug der AfD in den Bundestag wird die Arbeit dieses Bündnisses noch wichtiger. Daher  
750 werden wir dieses Bündnis auch weiter begleiten, seine Arbeit verstetigen und noch weiter in unsere Unterglie-  
751 derungen tragen. Dabei wollen wir insbesondere für eine Mitarbeiten in den lokalen Strukturen und Bündnis-  
752 sen von „Aufstehen gegen Rassismus“ und jenen, die sich „Aufstehen gegen Rassismus“ angeschlossen haben  
753 werben. Wie werden weiterhin Teamer\*innenfortbildungen für die Stammtischkämpfer\*innen-Seminare an-  
754 bieten, um dadurch das Bündnis zu stärken und die Unterbezirke und Landesverbände dabei zu unterstützen  
755 selbst diese Rhetorik- und Empowermenttrainings für ihre Mitglieder aber auch Bündnispartner\*innen und  
756 Interessierte anzubieten. Ebenso wollen wir die in der antifaschistischen Arbeit aktiven Jusos noch weiter ver-  
757 netzen und den gegenseitigen Austausch fördern.

758 Antisemitismus ist gesamtgesellschaftlich verbreitet und muss von uns sichtbar gemacht werden und gegen  
759 ihn klare Positionen bezogen werden. Die Annahme, dass wer Antifaschist sei, kein Antisemit sein kann, ist  
760 schlichtweg falsch. Linker Antisemitismus ist kein Widerspruch, sondern die Realität, die sich auch bei den  
761 Jusos wiederfindet. Dabei kommt der moderne Antisemitismus nicht mehr mit „klassischen“ Klischees über  
762 den Weg, sondern über die „Kritik“ an Israel.

763 Seit Jahren verliert der „klassische“ Antisemitismus an Zustimmung in der Gesellschaft, wobei hingegen der  
764 israelbezogene Antisemitismus zunimmt und zu den zentralen Formen des modernen Antisemitismus ge-  
765 hört.

766 Antisemitische und Antizionistische Äußerungen werden häufig stehen gelassen oder gezielt überhört. Wir  
767 müssen diesem Trend aktiv entgegenwirken und dürfen antisemitische Äußerungen nicht stehen lassen, son-  
768 dern müssen diese gezielt benennen, auch in unseren eigenen Strukturen.

769 Einen wichtigen Punkt der antifaschistischen Arbeit stellt für uns auch die Gedenk- und Erinnerungsarbeit an  
770 die Shoa dar. Solidarität ist eines der wichtigsten Werkzeuge antifaschistischer Arbeit. Antifa ist eine breite  
771 Bewegung und nicht in der Form denkbar ohne die verschiedenen Ansätze unterschiedlicher Gruppen von  
772 Demo-Organisation über Rechercharbeit bis hin zu Aktionen des zivilen Ungehorsams. Wir stehen deswegen  
773 auch solidarisch an der Seite unserer Bündnispartner\*innen von der radikalen Linken und verweigern uns  
774 der Diffamierung unterschiedlicher Antifa Gruppen bspw. durch die Extremismustheorie, die allzu oft auch  
775 von Vertreter\*innen unserer Partei bedient wird. Die Extremismustheorie versucht die Ideologie einer „guten“  
776 und „demokratischen“ Mitte unter dem Label eines vermeintlichen Pragmatismus zu verkaufen mit dem Ziel  
777 menschenverachtende Einstellung genau dort zu relativieren. Wir widersprechen dem Entschieden und ma-  
778 chen klar: Wir sind alle Antifa und bekämpfen rassistisches, antisemitisches oder sexistisches Gedankengut  
779 überall dort, wo es vorkommt! Wir lassen uns nicht spalten! Gemeinsam mit Bündnispartner\*innen wollen  
780 wir der Opfer gedenken und die Erinnerung aufrechterhalten. Ein Vorbild kann hier die gemeinsam mit unse-  
781 ren Bündnispartner\*innen durchgeführte Gedenkstättenfahrt „Dass Auschwitz nie wieder sei“ aus dem Jahr  
782 2015 sein. Darüber hinaus wollen wir uns intensiv mit der Frage beschäftigen, wie sich Erinnern und Geden-  
783 ken gestalten lässt, wenn es keine Überlebenden mehr gibt, die von der Barbarei berichten können, die ihnen  
784 angetan wurde. Hierzu wollen wir Konzepte erarbeiten, damit auch weiterhin gewährleistet ist, dass es kein  
785 Vergessen geben darf.

786 **Venceremos!**

787 Erneut sind die Bedingungen, unter denen wir unsere politischen Kämpfe zu organisieren haben, keine einfa-  
788 chen. Der gesellschaftliche Rechtsruck ist weit vorangeschritten – nicht nur in Deutschland, sondern darüber  
789 hinaus. Sozialistische Antworten darauf sind in der Defensive. Die Sozialdemokratie hadert angesichts desas-  
790 tröser Wahlergebnisse vielerorts mit ihrer politischen Rolle und sucht die Antwort in teils autoritären und  
791 antiemanzipatorischen Politikentwürfen. Diesen falschen und existenziell gefährlichen Reflexen wollen und  
792 werden wir Jusos nicht erliegen.

793 Unsere Vision einer Gesellschaft der Freien und Gleichen hat nichts von ihrer Aktualität eingebüßt. Neue und  
794 alte Verbündete im Kampf um sie zu finden bleibt unsere fortwährende Aufgabe. Tausende neue Mitglieder  
795 stärken uns in dieser Auseinandersetzung den Rücken. Mit ihnen an unserer Seite solidarisieren wir uns mit

796 denjenigen, die unmittelbar vom neoliberalen Konsens, von Sozialchauvinismus und Rassismus dem Patri-  
797 chat, Armut und Ausbeutung, Betroffene der Deregulierung des Arbeitsmarktes und prekärer Beschäftigung,  
798 von nationalen Egoismen, von Krieg und Terror, von Klimawandel und immer neuer Menschenfeindlichkeit be-  
799 troffen sind. Und denjenigen, die diesen ebenso einfachen wie falschen Antworten erlegen sind, denen rufen  
800 wir zu: "Kehrt um! **Und hört die Signale!**"

# B Beschäftigung & Gute Arbeit

## B Beschäftigung & Gute Arbeit

B1	Braunschweig	Konsequenzen aus dem Abgasskandal: Solidarität mit den Beschäftigten, Transparenz gewährleisten und VW Gesetz sichern!	20
B3	Bayern	Pflegeberufe stärken und zukunftsfähig machen	24

# B1

<b>Titel</b>	Konsequenzen aus dem Abgasskandal: Solidarität mit den Beschäftigten, Transparenz gewährleisten und VW Gesetz sichern!
<b>AntragstellerInnen</b>	Braunschweig

---

## Konsequenzen aus dem Abgasskandal: Solidarität mit den Beschäftigten, Transparenz gewährleisten und VW Gesetz sichern!

### 1 1. Was ist passiert?

2 Auslöser der sogenannten Abgasaffäre rund um Volkswagen ist ein am 18. September 2015 öffentlich be-  
3 kanntgemachter Vorgang, bei dem die Volkswagen AG eine illegale Abschaltvorrichtung in der Motorsteuerung  
4 ihrer Diesel-Fahrzeuge verwendete, um die US-amerikanischen Abgasnormen zu umgehen. Die Aufdeckung  
5 geschah durch die Notice of Violation der US-Amerikanischen Umweltbehörde EPA. Laut der Volkswagen  
6 AG ist die genutzte Software in weltweit etwa elf Millionen Fahrzeugen im Einsatz. Betroffen sind laut dem  
7 deutschen Bundesverkehrsministerium auch in Europazugelassene Autos sowie Fahrzeuge von des gesamten  
8 Konzerns. Europaweit kam es durch den Dieselskandal zu einer erheblichen Mehrbelastung mit gesundheits-  
9 schädlicher Luftverschmutzung. Diese Überschreitungen sind zugleich einer der Hauptgründe, weshalb einige  
10 Staaten wie Deutschland, Frankreich und Österreich die international vereinbarten nationalen Stickoxidgrenz-  
11 werte nicht einhalten können. Durch die überhöhten Schadstoffemissionen der VW-Modelle sowie daraus re-  
12 sultierenden Gesundheitsschäden ergaben sich im Zeitraum 2009– 2015 allein in Europa und den USA Kosten  
13 in Höhe von 39 Mrd. US-Dollar, der Großteil davon in Europa. Die ursprüngliche VW-Abgasaffäre war Auslöser  
14 einer weitreichenden Krise in der Automobilindustrie. Es wurde aufgedeckt, dass insgesamt ein Drittel der  
15 im Schwerlastverkehr und mehr als die Hälfte der für leichte Transportzwecke eingesetzten Dieselfahrzeuge  
16 die jeweilig geltenden Grenzwerte, überschreiten. Es ist bewiesen, dass die Hersteller viele Jahre vor Bekannt-  
17 werden des Skandals die Maßnahmen anordneten oder von diesen wussten. Politische und wissenschaftliche  
18 Gremien, Regierungsstellen und Interessenverbände hatten ebenfalls Jahre vor dem Bekanntwerden auf die  
19 Unregelmäßigkeiten hingewiesen und vor ihren Folgen gewarnt.

20

21 Die politische Reaktion auf diesen Skandal war zunächst von Zurückhaltung geprägt. Die Aufgabe der politi-  
22 schen Akteure ist es jedoch im Sinne der VerbraucherInnen und Beschäftigten besonnen und sachorientiert  
23 Aufklärung zu betreiben. Insbesondere im Wahlkampf war jedoch zu beobachten, dass die Situation des Un-  
24 ternehmens entweder für Inszenierungen (z.B. Dieseldieselgipfel) oder populistische Debatten (z.B. Linder und das  
25 VW Gesetz) genutzt wurde. Eines ist ganz klar: Die Sicherheit zehntausender Arbeitsplätze darf nicht zum Spiel-  
26 ball politischer Parteien im Wahlkampf werden. Die Sicherheit dieser zu riskieren, um daraus Schlagzeilen zu  
27 generieren, empfinden wir als verantwortungslos. Es müssen unternehmerische sowie politische Konsequen-  
28 zen aus dieser Krise gezogen werden. Die Debatte darf jedoch nicht auf dem Rücken der Beschäftigten von  
29 Volkswagen ausgetragen werden.

### 30 2. Wie muss es weiter gehen?

31 Solidarität mit dem Kampf der Beschäftigten und der Gewerkschaften

32 Die Unterstützung und Solidarität während und in Folge der Krise muss den Beschäftigten des VW-Konzerns  
33 gelten. Unter den Fehlern des Managements darf nicht die Belegschaft leiden. Die Sicherung aller Arbeitsplätze

34 muss das erklärte Ziel der SPD im Umgang mit Volkswagen sein. Insbesondere prekär Beschäftigte sind der-  
 35 zeit durch die Einsparungen betroffen. Ein weiteres Ziel im weiteren Umgang mit Volkswagen muss sein, die  
 36 Konsequenzen bei den Verursachern der Krise zu ziehen und eine vollumfängliche Transparenz herzustellen ,  
 37 die das Umgehen von gesetzlichen (Umwelt-)Vorschriften verhindert und gesellschaftlichen Schaden zukünftig  
 38 abwendet.

39 Im Umgang mit zukünftigen politischen Fragen bezüglich der Situation des Volkswagenkonzerns muss eines  
 40 ganz klar sein: Wir verstehen die Gewerkschaften als den natürlichen Partner der Sozialdemokratie. Vor diesem  
 41 Hintergrund sollen alle politischen Entscheidungen das Resultat eines Abstimmungsprozesses dieser beiden  
 42 Partner sein. So können wir sicherstellen, dass die Stimme der Beschäftigten in allen relevanten Fragen Gehör  
 43 verschafft wird.

#### 44 • **Arbeitsplatzsicherung für alle ArbeitnehmerInnen**

45 Die Arbeiterinnen und Arbeiter in der Automobilindustrie machen gute Arbeit. Der Dieselskandal darf nicht  
 46 auf Kosten der Belegschaften ausgetragen werden. Wir brauchen eine Arbeitsplatzsicherung für alle Arbeit-  
 47 nehmerinnen und Arbeitnehmer. Dazu brauchen wir auch ein Bekenntnis für die Menschen, die derzeit von  
 48 Leiharbeit betroffen sind . Jede Kollegin und jeder Kollege in der Automobilindustrie hat unsere Solidarität.  
 49 Der Arbeitsplatzverlust muss verhindert werden, hinter jedem Arbeitsplatz steht ein Leben. Daher fordern  
 50 wir:

51 • Staatliche Hilfen für notleidende Unternehmen aus Bundes- oder Landesmitteln halten wir grundsätz-  
 52 lich für eine mögliche Option, solange die Gelder den Arbeitnehmer\*innen zugute kommen, die Un-  
 53 ternehmen umfassende Mitwirkungspflichten akzeptieren und Gehaltskürzungen zunächst bei Mana-  
 54 ger\*innen vorgenommen werden und nicht bei der einfachen Belegschaft

55 • die sofortige Beendigung der unterschiedlichen Behandlung von Leiharbeiter\*innen, die in Folge der  
 56 Konzernkrise leichtfertig gekündigt werden. Im Falle des nachweislichen Missbrauchs der Leiharbeit  
 57 fordern wir, dass Leiharbeiter\*innen ein Recht zum Eintritt in ein reguläres Arbeitsverhältnis zusteht.  
 58 Konsequenterweise hat das rückwirkend zur Folge, dass das entsprechende Entgelt inklusive der So-  
 59 zialversicherungsbeiträge von VW nachentrichtet werden müssen. Dieser Grundsatz gegenüber den  
 60 Missbrauch von Leiharbeit gilt unverändert für die Beschäftigten der Zulieferer im Verhältnis zu ihren  
 61 Arbeitgeber\*innen\*.

62 • Die Landesregierungen muss gemeinsam mit der Bundesregierung solche Möglichkeiten im Vorfeld  
 63 prüfen und im engen Austausch mit den Betrieben und Unternehmen bleiben.

#### 64 • **Arbeitszeitverkürzung**

65 Um die Beschäftigungssicherung zu gewährleisten, muss das Mittel der Arbeitszeitverkürzung stärker in den  
 66 Fokus gerückt werden. Die Produktivitätssteigerungen der letzten 10 Jahre sind letztendlich der durch die Be-  
 67 schäftigten geleistete Mehrproduktion anzurechnen. Dennoch wurden sie nicht in dem Ausmaß an den Pro-  
 68 duktivitätsgewinnen beteiligt, wie es ihnen zugestanden hätte. Deswegen fordern wir:

69 – Wir fordern eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, um die Beschäftigten an den Produktivi-  
 70 tätsteigerungen der vergangenen Jahre zu beteiligen

71 – die Wochenarbeitszeit auf 30 und die zulässige Wochenhöchst arbeitszeit auf 40 Stunden zu begrenzen ist.  
 72 Sozialdemokratische Akteur\*innen müssen dafür gemeinsam mit den Gewerkschaften die notwendigen Rah-  
 73 menbedingungen schaffen, damit die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich erfolgt.“

74 – Wir müssen an der Seite der ArbeiterInnen stehen und es darf dabei nicht zu einer geringeren Entlohnung  
 75 kommen, damit die Beschäftigten weiterhin Planungssicherheit haben

#### 76 • **Altersteilzeit**

77 Die Betriebe und Unternehmen müssen die tariflich, geregelten Altersteilzeiten nutzen, um einen gleitenden  
 78 Übergang in den Ruhestand zu ermöglichen und gleichzeitig jüngeren Beschäftigten eine Perspektive zu bie-  
 79 ten.

#### 80 • **Ausbildung muss weiter fester Bestandteil bleiben**



81 Wir brauchen weiterhin einen Ausbildungspakt, um junge Menschen aus und in den Regionen eine Perspektive  
82 zu geben. Die junge Generation ist die Zukunft der Regionen und der Gesellschaft. Daher fordern wir:

83 – Die Firmen in der Automobilindustrie müssen auch weiterhin junge Menschen ausbilden und Qualifizierung  
84 anbieten.

85 –Die Bundes- und Landesregierungen müssen diesen Prozess mit begleiten und sich aktiv dafür einsetzen  
86

87 • **(Weiter)Qualifizierung stärken**

88 Digitalisierung, Elektromobilität und Arbeit 4.0 sind die große Herausforderung in der Zukunft. Wir müssen die  
89 Beschäftigten in der (Weiter-)Qualifizierung fordern und fördern. Daher fordern wir:

90 – Die Landesregierungen sollen gemeinsam mit der Bundesregierung und den Gewerkschaften einen Weiter-  
91 qualifizierungspakt für die Beschäftigten entwickeln, um Alle für die Herausforderung in der Zukunft bereit zu  
92 machen.

93 **Umgang mit Bonuszahlungen**

94 Im Zuge der Bonuszahlungen wurde die Ungleichbehandlung zwischen der Managementebene und den ein-  
95 fach Beschäftigten ganz deutlich. So wurde nur bei den einfach Beschäftigten auf das Auszahlen der Bonuszah-  
96 lungen verzichtet bzw. Es wurde nur eine Anerkennungsprämie geleistet, die weniger als 50% der Vergange-  
97 nen Jahre entsprach.

98 Während die ArbeitnehmerInnen um die Zukunft ihres Beschäftigungsverhältnis bangen mussten, hat die  
99 Managementebene saftige Bonuszahlungen ausgezahlt bekommen. Eines ist ganz klar: Die Krise bei Volks-  
100 wagen ist das Resultat von Fehlern auf der Managementebene. Wir fordern, dass vor diesem Hintergrund  
101 auch dort die Konsequenzen zu tragen sind. Bis die Situation bei Volkswagen sich nicht stabilisiert hat fordern  
102 wir die Vorstandmitglieder auf, auf ihre Bonuszahlungen zu verzichten und die Politik diese Forderungen als  
103 Verhandlungsbaukasten in den politischen Umgang mit Volkswagen zu integrieren.

104 Zusätzlich fordern wir, dass endlich Schluss mit unverhältnismäßigen Bonuszahlungen in den Verträgen ist.  
105 Die Bonuszahlungen der Werksarbeiter richten sich nach dem operativen Gewinn, dies soll zukünftig für alle  
106 Neuverträge gelten. Wir fordern, dass die geringste ausgezahlte Bonuszahlung einen gewissen festgelegten  
107 Prozentsatz der höchsten ausgezahlten Bonuszahlung betragen muss. So wollen wir sicherstellen, dass der  
108 unverhältnismäßigen Kluft zwischen den Bonuszahlungen Einhalt geboten wird. Die höchste Gesamtvergü-  
109 tung darf das 12-fache der niedrigsten Gesamtvergütung nicht überschreiten. Diese soll anhand nachhaltiger  
110 Kriterien verteilt werden. Langfristig fordern wir jedoch von dem System der variablen Entgeltbestandteile  
111 wegzukommen und in feste Bestandteile zu Gunsten der Arbeitnehmer\*innen umzuwandeln.

112 **VW Gesetz ist nicht verhandelbar**

113 73 Doch was passt den Freien Demokraten nicht in ihr neoliberales Weltbild? Das VW-Gesetz besagt, dass kein  
114 Aktionär mehr als 20 Prozent der Stimmrechte ausüben kann, auch wenn er mehr Anteile besitzt. Das Ziel  
115 des Gesetzes ist es, Einfluss auf den Autobauer zu behalten, da das Land Niedersachsen mit seinem Anteil von  
116 20,2 Prozent eine Sperrminorität, also ein Vetorecht in allen wichtigen Entscheidungen, besitzt. Das Gesetz  
117 verankert dank seiner Sperrminorität den Einfluss der öffentlichen Hand im Konzern und stellt damit sicher,  
118 dass zentrale Entscheidungen nicht nur von Managern, sondern auch von gewählten Volksvertretern gefällt  
119 werden müssen. Dazu gehört natürlich auch die Entscheidung über den Erhalt zehntausender Arbeitsplätze,  
120 mit guten Arbeitsbedingungen, in der Region. Wer also das VW-Gesetz in Frage stellt, riskiert den notwendigen  
121 Einfluss der öffentlichen Hand in solch entscheidenden Fragen.

122 Dieser Einfluss der öffentlichen Hand darf aber keinesfalls dazu führen, dass er alleine unter dem Gesichts-  
123 punkt marktwirtschaftlicher Erwägungen stattzufinden hat. Gerade das VW-Gesetz und das Engagement des  
124 Landes Niedersachsen erfordern, dass mit besonderer Verantwortung gehandelt wird. Ein staatliches Engage-  
125 ment erscheint grotesk, wenn ein Unternehmen mit Staatsbeteiligung wie VW nach dem Beispiel internationa-  
126 ler Konzerne wie Apple oder Starbucks Steuerschlupflöcher mit Tochterfirmen ausnutzt. Wir sind der Tradition  
127 des VW-Gesetzes verpflichtet. Deswegen ist es nur dadurch zu schützen, indem in das Unternehmen wieder  
128 herausgehobene moralische Erwägungen bei der wirtschaftlichen Zielsetzung Bedeutung finden.

129 Staatliche Mitbestimmung und die Macht von Betriebsrat und Gewerkschaft haben einen historischen Grund.  
130 Zum Aufbau der heutigen VW-Werke in Wolfsburg nutzten die Nazis beschlagnahmte Mittel der 1933 verbo-  
131 tenen freien Gewerkschaften. Insofern trägt der Kampf um die Mitbestimmung im Volkswagen-Konzern nicht  
132 nur wirtschaftsdemokratische, sondern auch antifaschistische Aspekte.

133 Investitionen in nachhaltige Technologien

134 Langfristig müssen insbesondere mobilitäts- und umweltpolitische Konsequenzen aus dem Abgasskandal ge-  
135 zogen werden. Zu lange sind Investitionen in neue, nachhaltigere Technologien sowie die Erforschung der  
136 Weiterentwicklung von bisherigen Technologien vernachlässigt worden. Dazu gehört insbesondere der Aus-  
137 bau der Infrastruktur von Elektromobilität sowie der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs. Es sollen  
138 politische Mechanismen entwickelt werden, welche die Automolindustrie dazu verpflichten in diese nachhalti-  
139 gen Technologien zu investieren. Dabei schliessen wir eine staatliche Subventionierung der Automobilindus-  
140 trie durch den Staat jedoch aus. Darüber hinaus soll das Engagement zur Förderung von E-Autos deutlich  
141 intensiviert werden.

# B3

**Titel** Pflegeberufe stärken und zukunftsfähig machen

**AntragstellerInnen** Bayern

---

## Pflegeberufe stärken und zukunftsfähig machen

1 In Anbetracht der historischen Entwicklung ist es nicht weiter verwunderlich, wie der Beruf, der seit Novellie-  
2 rung des KrPflG 2004 die Bezeichnung „Gesundheits-und KrankenpflegerIn“ trägt, in der Gesellschaft wahr-  
3 genommen wird: als ärztlicher Assistenzberuf, der eine gewisse Leidensbereitschaft, Aufopferung und Für-  
4 sorglichkeit vereint und darüber hinaus mit qualifikations- und arbeitsunangemessener Bezahlung abgestraft  
5 wird. Dies geschieht auch aus dem historischen Grundgedanken der Fürsorge: Bevor Frauen am Arbeitsmarkt  
6 partizipieren und Lohn für ihre Arbeit einfordern konnten, blieb ihnen neben Erziehung und Hauswirtschaft  
7 nur die Fürsorge. Berufe der Fürsorge und Reproduktion sind seit jeher diejenigen Berufe, die zur vermeintlich  
8 natürlichen Rolle der Frau in der Gesellschaft gehörten und daher über Jahrhunderte nicht bezahlt waren: Sie  
9 leisteten die Arbeit, die zur Erschaffung und zum Erhalt der Gesellschaft notwendig sind. Lange wurden diese  
10 Leistungen nicht unter dem Begriff der Arbeit subsumiert. Erst durch den Zugang zu Bildung und die Errich-  
11 tung von Hauswirtschaftsschulen für Frauen konnten sie Bezahlungen erkämpfen. Die niedrige Entlohnung der  
12 Pflegeberufe resultieren aus dieser Historie und markieren bis heute wirkende patriarchale Strukturen.

13 Erst nach dem zweiten Weltkrieg wurde in Westdeutschland 1957 die Krankenpflegeausbildung als 2-jährige  
14 Ausbildung mit einem anschließenden Anerkennungsjahr gesetzlich festgeschrieben.

15 1985 kam es zu einer entscheidenden Entwicklung in der Ausbildung der Krankenpflege: die Einführung des  
16 Pflegeprozesses und die Abkehr von der Einteilung in Grund- und Behandlungspflege im Pflegeberufegesetz.  
17 Die Überwindung dieser, bereits damals von PflegewissenschaftlerInnen abgelehnten, Einteilung konnte je-  
18 doch bis heute nicht gelingen, da diese Begriffe nach wie vor in den Sozialgesetzbüchern V und XI definiert  
19 sind. Die Vorstellung der Höherwertigkeit der Behandlungspflege ist nach wie vor im öffentlichen Bewusstsein  
20 verankert, so ist die Anerkennung für technische, arztnahe Pfl egetätigkeiten höher als die der Grundpflege,  
21 denn „Pflegen kann jede(r)“ – das ist falsch. Laienpflege, also die meist von Angehörigen durchgeführte Pflege  
22 kommt ohne fachliche Qualifikation aus, wobei für pflegende Angehörige von den Pflegekassen zunehmend  
23 Pflegekurse angeboten werden. Professionelle Pflege fördert und erhält Gesundheit, beugt gesundheits-  
24 lichen Schäden vor und unterstützt Menschen in der Behandlung und im Umgang mit Auswirkungen von  
25 Krankheiten und deren Therapien. Dies mit dem Ziel, für betreute Menschen die bestmöglichen Behandlungs-  
26 und Betreuungsergebnisse sowie die bestmögliche Lebensqualität in allen Phasen des Lebens bis zum Tod zu  
27 erreichen.[4]

28 Seit den 90er Jahren gewinnt die Akademisierung des Pflegeberufes zunehmend an Bedeutung.

29 Dabei geht es keinesfalls darum, die 3-jährige duale Ausbildung abzulösen oder die studierten Pflegekräfte  
30 weg vom PatientInnenbett zu bekommen. Auch geht es nicht darum, weitere ärztliche Aufgaben zu überneh-  
31 men. Ziel ist es vielmehr, durch einen Prozentsatz von ca. 10% studierten Pflegekräften eigenständige pfe-  
32 gerische Forschung und die Umsetzung pflegefachlicher Erkenntnisse voranzutreiben. Studierte Pflegekräfte  
33 sind, sollen und wollen keine HilfsärztInnen sein, dennoch ist diese Entwicklung für die Emanzipation vor dem  
34 ärztlichen Beruf hilfreich.

35 Die Pflege hat mittlerweile eine solide wissenschaftliche Basis, die in den letzten Jahrzehnten immer breitge-  
36 fächerter wurde. Die deutschsprachigen Länder sind zunehmend dabei den Vorsprung der angelsächsischen  
37 Länder in der Pflegewissenschaft aufzuholen. Die Krankenpflegeausbildung gehört zu den anspruchsvollsten  
38 Ausbildungen der nichtakademischen Berufe.

39 Es ist an der Zeit, Pflegekräften vorbehaltenen Tätigkeiten per Gesetzestext zu normieren neben den schon vor-

40 handenen (§4 im neuen Pflegeberufgesetz). Dies würde dazu führen, dass beispielsweise die Pflegeplanung  
41 als Bestandteil des Pflegeprozesses in Krankenhäusern umgesetzt werden müsste. Hierfür müssten Pflege-  
42 rische Tätigkeiten differenziert betrachtet werden können und ein Unterschied zu den ärztlichen Tätigkeiten  
43 sowohl öffentlich als auch professionell dargestellt werden. Daran orientiert könnte die Erhebung pflegeri-  
44 schen Versorgungsbedarfes, umgerechnet in Zeitfaktoren, die Argumentationsgrundlage für die Pflegekräfte-  
45 PatientInnen-Schlüssel liefern. Dies würde, anders als ein gesetzlich verallgemeinerter Betreuungsschlüssel,  
46 die Betreuungsintensität unterschiedlicher Fachbereiche abbilden.

47 Ein zentrales Problem der Pflegeberufe ist der Fachkräftemangel. Dieser wird sich weiter verschärfen, je äl-  
48 ter die Bevölkerung wird. Bis zum Jahr 2050 wird mit einem Anstieg der Anzahl pflegebedürftiger Menschen in  
49 Deutschland um 88% gerechnet.[5] Das gesellschaftliche Ansehen des Berufes ist hoch, trotzdem ist es schwie-  
50 rig, Nachwuchs zu gewinnen. Auch die Verweildauer im Beruf nach Abschluss der Ausbildung ist ein Problem:  
51 nur durchschnittlich sieben Jahren bleibt eine Pflegekraft im Ausbildungsberuf.

52 Der am 22. Juni 2017 im Bundestag beschlossene und vom Bundesrat ebenfalls angenommene Reform der  
53 Pflegeberufe beinhaltet eine grundlegende Neuerung: die Generalistik. „Das Pflegeberufgesetz löst ab dem 1.  
54 Januar 2020 das Altenpflegegesetz und das Krankenpflegegesetz ab. Ziel ist es, die Ausbildung zur Pflegefach-  
55 kraft zu modernisieren, attraktiver zu machen und den Berufsbereich der Pflege insgesamt aufzuwerten.“ So  
56 steht es auf der Homepage des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Das Pflegebe-  
57 rufgesetz ist eine Mogelpackung. In den beiden ersten Ausbildungsjahren sollen die drei Schwerpunkte der  
58 Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege grundlegend vermittelt werden, es ist jedoch schon während der  
59 ersten beiden Ausbildungsjahre ein Vertiefungseinsatz vorgesehen. Die Spezialisierung findet im dritten Aus-  
60 bildungsjahr statt und sieht die drei Vertiefungsmöglichkeiten zur Pflegefachfrau oder zum Pflegefachmann,  
61 zur\*zum Gesundheits- und KinderkrankenpflegerIn oder zum\*zur AltenpflegerIn vor. Lediglich die Pflegefach-  
62 männer und Frauen können in allen Bereichen tätig sein. Gesundheit- und KinderkrankenpflegerInnen sind  
63 europaweit genauso wie AltenpflegerInnen, nicht anerkannt und müssen erneut eine Ausbildung im Ausland  
64 ablegen. Dementsprechend sind in den ersten beiden Ausbildungsjahren schon praktische Einsätze in allen  
65 drei Bereichen vorgesehen. Die ersten Schwierigkeiten in der Umsetzung sind bereits absehbar, da es na-  
66 turgemäß erheblich weniger Kinderkliniken als Altenpflegeeinrichtungen gibt. Damit kann die angepriesene  
67 Verbesserung der Praxisanleitung niemals umgesetzt werden. Das neue Pflegeberufgesetz findet auch an  
68 dieser Stelle schwammige Formulierungen:

69 7 Pflegeberufgesetz, Durchführung der praktischen Ausbildung (2) Die  
70 Pflichteinsätze in den speziellen Bereichen der pädiatrischen Versorgung und der allgemein-, geronto-, kinder-  
71 oder jugendpsychiatrischen Versorgung sowie weitere Einsätze können auch in anderen, zur Vermittlung der  
72 Ausbildungsinhalte geeigneten Einrichtungen durchgeführt werden.

73 Welche Einrichtungen geeignet sind, soll wiederum landesrechtlich geregelt werden. Die Verantwortung liegt  
74 aber im neuen Gesetz bei den TrägerInnen. Dies bedeutet das in Zukunft eventuell auch Einrichtungen über  
75 den Einsatz der Auszubildenden entscheiden können. Was eine vielfältige und somit gut fundierte Ausbildung  
76 verhindern könnte. Um nach dreijähriger Ausbildung praktisch arbeiten zu können und um Verantwortung  
77 für Patientinnen und Patienten, Bewohnerinnen und Bewohner übernehmen zu können, muss gewährleistet  
78 werden, dass während der Ausbildung zu sammelnde praktische Kompetenzen in dem Bereich erworben wer-  
79 den, für dessen Arbeitsfeld der Berufsabschluss letztlich qualifiziert. Ein erfreulicher Aspekt ist an dieser Stelle  
80 die Tatsache, dass 10% Anleitungszeit in Praxiseinsätzen für alle Auszubildenden gesetzlich garantiert werden  
81 soll. Sichergestellt werden kann diese Praxisanleitung allerdings nur, wenn ausreichend PraxisanleiterInnen  
82 vorhanden sind. Um das zu garantieren muss gesetzlich definiert werden, wie der Betreuungsschlüssel von  
83 Auszubildenden und PraxisanleiterInnen festgelegt werden kann.

84 Auch die Qualifikation der LehrerInnen in den Berufsschulen wird abgesenkt:

85 9 Pflegeberufgesetz, Mindestanforderungen an Pflegeschulen

86 (3) Die Länder können durch Landesrecht das Nähere zu den Mindestanforderungen nach Absatz 1 bestimmen  
87 und weitere Anforderungen festlegen. Sie können für die Lehrkräfte für die Durchführung des theoretischen  
88 Unterrichts nach Absatz 1 Nummer 2 zulassen, dass die erforderliche Hochschulausbildung nicht oder nur für  
89 einen Teil der Lehrkräfte auf Master- oder vergleichbarem Niveau vorliegen muss.[6]

90 Hier wird die Chance verpasst, einheitliche Standards für das gesamte Bundesgebiet zu garantieren. Stattdes-

91 sen wird, mit der zweiten Änderung der Berufsbezeichnung in 20 Jahren, Verwirrung gestiftet. Auch werden die  
92 Berufsschulen in der Entwicklung neuer Lehrpläne alleine gelassen. Sie sollen Lehrpläne eigenverantwortlich  
93 erstellen. Das heißt, die Abschlüsse sind von Schule zu Schule, von Bundesland zu Bundesland, unterschiedlich.  
94 Es kann mit Recht bezweifelt werden, dass einheitliche Standards allein durch eine gemeinsame Prüfungsver-  
95 ordnung garantiert werden können.

96 Die Stärkung des Pflegeberufes muss auch abseits rechtlicher Grundlagen in der gesellschaftlichen Wahrneh-  
97 mung gestärkt werden. JedeR PflegendeR kennt es: sobald im Bekanntenkreis der Beruf zur Sprache kommt,  
98 hagelt es mitleidige Blicke: schlechte Bezahlung, anstrengender Schichtdienst, Blut, Ausscheidung und Siech-  
99 tum, Menschen herumwuchten, Rückenprobleme, Personalmangel, Überstunden. Das ist es meist, was von  
100 den alle Jahre wiederkehrenden gesellschaftspolitischen Diskussionen hängen bleibt. Dabei ist im Bewusstsein  
101 nicht einmal die seit 2004 geltende Berufsbezeichnung Gesundheits- und KrankenpflegerIn angekommen. Für  
102 die meisten Patientinnen und Patienten sind die versorgenden Pflegekräfte nach wie vor „die Schwester“ oder  
103 „der Pfleger“. Das wird durch die einleitend dargestellte Berufsentwicklung auf dem Stand seiner kirchlich ge-  
104prägten Genese zementiert. Wir brauchen dringend eine Bundeskampagne, die die Arbeit als das darstellt, was  
105 sie ist: das Verhandeln gesundheitlicher und persönlicher Krisen; ein geschulter Blick für etwaige Risiken, eine  
106 breite fachliche Wissen das situationsangemessen und eine verständliche Ebene findend mit PatientInnen  
107 und BewohnerInnen in Beratung, Anleitung oder Schulung vermittelt werden kann; hohe Organisationskom-  
108 petenz; Handlungsfähigkeit in Notfallsituationen; die Beobachtungsfähigkeit von Auswirkungen pflegerischer  
109 oder auch medizinischer Maßnahmen; um nur einige Beispiele genannt zu haben.

110 Um all diesen Tätigkeiten im Berufsalltag gerecht zu werden, brauch es vor allem eines: Zeit. Durch die Öko-  
111 nomisierung des Gesundheitswesens wird dies unmöglich gemacht. Vor allem in Krankenhäusern können  
112 Pflegeleistungen in der DRG[7]-Systematik nur über den Prozedurenschlüssel „hochaufwendige Pflege“ abge-  
113 rechnet werden. Hochaufwendig ist daran allerdings vor allem auf die Pflegedokumentation. Pflege generiert  
114 durch ihre Arbeit keinen finanziellen Mehrwert für die Kliniken, kein Wunder also, dass an dieser Stelle gerne  
115 Personal eingesperrt wird.

116 Es muss ein grundlegender Paradigmenwechsel in der Pflege vollzogen werden. Die Gesundheit der Menschen  
117 muss an erster Stelle stehen und nicht der Profit der ArbeitgeberInnen. Dafür braucht es entsprechende Rah-  
118 menbedingungen.

119 Forderungen:

120 – Zum eigenverantwortlichen Arbeiten gehören auch Vorbehaltsaufgaben im rechtlichen Sinne. Diese  
121 Vorbehaltsaufgaben müssen sowohl im Krankenpflegegesetz als auch im SGB V gesetzlich verankert werden.  
122 Die im neuen Pflegeberufsgesetz in § 4 Vorbehaltene Tätigkeiten aufgeführten Aufgaben gehen nicht weit  
123 genug. Die in § 5 Ausbildungsziel (3) 1. a)-g) sollen zusätzlich als vorbehaltene Tätigkeiten gelten. Es soll eine  
124 Fachkommission eingerichtet werden, welche die konkreten praktischen Aufgaben daraus ableitet.

125 Weitergehend muss definiert werden, welche Aufgaben an KrankenpflegehelferInnen und sich in Ausbildung  
126 befindenden Gesundheits- und KrankenpflegerInnen delegiert werden können. Dadurch wird die berufliche  
127 Handlungskompetenz erhöht und das berufliche Selbstverständnis und die Wahrnehmung in der Öffentlich-  
128 keit gestärkt.

129 – Pflegekräfte über das Studium an Hochschulen und Universitäten zu bringen ist nur sinnvoll, wenn  
130 ausreichend Fördergelder seitens des Bundes zur Verfügung gestellt werden um an neuen Erkenntnissen zu  
131 forschen. Deswegen fordern wir eine deutliche Erhöhung der Bundesmittel an die Länder, welche zweckge-  
132 bunden zur Forschungsförderung im Pflegebereich einzusetzen sind.

133 – Die Einteilung in Grund- und Behandlungspflege muss aus den Sozialgesetzbüchern gestrichen wer-  
134 den und durch zeitgemäße, pflegewissenschaftlich aktuelle Definitionen ersetzt werden, die die Komplexität  
135 pflegerischen Handelns abbilden.

136 122– Wir setzen uns ein für eine deutliche Erhöhung der Löhne für Beschäftigte im Pflegeberuf.

137 Gleichzeitig soll darauf geachtet werden, dass damit keine Reduktion der Arbeitsplätze einhergeht. Hierfür  
138 müssen sich sowohl Gewerkschaften, als auch die Arbeitgeberseiten aus Bund und Ländern einsetzen. Auch  
139 fordern wir die Erhöhung des bundesweiten geltenden Pflegemindestlohns auf 12,50€.

- 140 – Des Weiteren ist die Verringerung der Wochenarbeitszeit auf 30 Stunden unumgänglich, um ausrei-  
141 chend Freizeitausgleich zu gewährleisten.
- 142 – Um den Aufbau von Überstunden durch Einspringen aus dem geplanten Frei zu verhindern, hilft nur das  
143 Einrichten eines Springerpools, mit KollegInnen, die für Rufbereitschaft bezahlt werden und notfalls kurzfris-  
144 tige Personalausfälle kompensieren können. Dazu muss es eine bindende gesetzliche Regelung geben
- 145 – Es soll eine Kommission eingerichtet werden, die gemeinsam mit beruflichen InteressensvertreterIn-  
146 nen, VertreterInnen der Berufsschulen und pflegepädagogischen ExpertInnen Vorschläge für einen bundes-  
147 weiten Lehrplan entwickelt.
- 148 – Um bundesweit einheitliche Standards der Pflegeausbildung zu gewährleisten, müssen auch bundes-  
149 einheitliche Regelungen für die Ausbildung gelten. Ein Problem am Pflegeberufegesetz ist es, dass oftmals  
150 ohne große Rahmenvorgaben Angelegenheiten an die Länder weiterdelegiert werden.
- 151 – In Ausbildungseinrichtungen müssen 20% der Pflegenden PraxisanleiterInnen sein, um Praxisanleitung  
152 aller Auszubildenden sicherstellen zu können.
- 153 – Wir fordern ein bundesweites Gesetz, welches das Ziel hat, die gesellschaftliche Wahrnehmung des  
154 Berufes zu verbessern.
- 155 [1] Höppner 2004, S.23
- 156 [2] Stationsleitung, Pflegedienstleitung, Pflegedirektion
- 157 [3] Es gab keine weiblichen Ärzte zu dieser Zeit, daher nicht gegendert
- 158 [4] Im Rahmen des Projektes "Zukunft Medizin Schweiz" entwickelte Definition Professioneller Pflege
- 159 [5] Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Demografischer Wandel in Deutschland, Heft 2, 2010
- 160 [6] Referentenentwurf Bundesgesundheits- und -familienministerium
- 161 [7] Diagnosis related groups

# C Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

## C Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

C7	Bayern	Endlich Rechtssicherheit für Dual Studierende schaffen!	29
C16	Sachsen-Anhalt	Abschaffung des Hausberufungsverbots	32
C19	JSAG über Bundesvorstand	Ausbau von WLAN an allen öffentlichen Schulen	33

# C7

**Titel** Endlich Rechtssicherheit für Dual Studierende schaffen!  
**AntragstellerInnen** Bayern

---

## Endlich Rechtssicherheit für Dual Studierende schaffen!

- 1 Das Duale Studium existiert seit den 1970er Jahren. Eine gesetzliche Regelung dazu existiert noch immer nicht.  
2 Trotzdem hat sich das Angebot an Dualen Studiengängen sowie die Anzahl der Dual Studierenden hat sich in  
3 den letzten Jahren rasant erhöht. Es muss hier endlich Rechtssicherheit geschaffen werden!
- 4
- 5 Im Oktober 2014 studierten knapp 95.000 Studierende in einem Dualen Studium, davon knapp 50 Prozent  
6 in sogenannten praxisintegrierenden und 39,3 Prozent in sogenannten ausbildungsintegrierenden Dualen  
7 Studiengängen. Im Zeitverlauf wird deutlich, dass sich das Verhältnis zwischen ausbildungsintegrierten und  
8 praxisintegrierten Formaten verschoben hat und dieser Trend fortlaufend ist. Anfangs dominierte das aus-  
9 bildungsintegrierte Format, inzwischen das praxisintegrierte Duale Studium. Gelten bis zur Abschlussprüfung  
10 der Ausbildung im ausbildungsintegrierten Dualen Studium zumindest noch die Regelungen des Berufsbil-  
11 dungsgesetzes, gibt es für die praxisintegrierten Dualen Studiengänge keinerlei gesetzliche Grundlage.
- 12
- 13 Offenkundig ergeben sich hier eine Reihe von ungelösten bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Fragen. Das  
14 bedeutet, dass es Gesetzeslücken gibt, die es Unternehmen ermöglichen, Dual Studierende zu beschäftigen,  
15 ohne dass entsprechende Schutzbestimmungen greifen, die Ausbeutung verhindern und Ausbildungs- und  
16 Studienqualität sichern sollen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.
- 17 In der Regel gibt es zwischen Hochschulen und Betrieben Kooperationsvereinbarungen zur Qualitätssiche-  
18 rung Dualer Studiengänge. Dies führt zu einer vielfältigen Ausgestaltung der betrieblichen Anteile – gesetzliche  
19 Schutzbestimmungen, die für die Duale Ausbildung selbstverständlich sind, greifen demnach nicht.
- 20
- 21 Weder der rechtliche Status Dual Studierender ist nicht klar und nicht einmal das , noch das Studienformat ist  
22 klar definiert. Bisher darf alles „Duales Studium“ genannt werden. Studienformate, die Praxisphasen beinhal-  
23 ten, die keine studienrelevanten Inhalte vermitteln bzw. in der
- 24 Praxis vertiefen, bei denen der Betrieb also keine explizite Lernortfunktion hat und auch keine curriculare und  
25 organisatorische Verzahnung der PartnerInnen gegeben ist, sind nicht als „Dual“ zu bezeichnen. Es handelt  
26 sich in diesen Fällen um ein berufs- oder praxisbegleitendes Studium oder um eine Werkstudierendentätig-  
27 keit. Damit ein Studium als „Dual“ bezeichnet und akkreditiert werden kann, muss im Studiengangkonzept  
28 erkennbar sein, welche Ausbildungsleistungen von welchem/r PartnerIn mit dem Ziel erbracht werden sollen,  
29 dass die Studierenden das Studien- bzw. Ausbildungsziel erreichen können. Das heißt, sowohl die Hochschule  
30 als auch der\*die Praxispartner\*in müssen explizit Lernort sein und ihre Ausbildungsleistung klar umreißen.  
31 Die konkreten Inhalte und Zuständigkeiten sind im Studiengangkonzept zu dokumentieren.
- 32
- 33 Die inhaltliche Verzahnung der Lernorte soll auch durch die Anerkennung der Praxisphasen als Studienleis-  
34 tung (ausgedrückt in Punkten des European Credit Transfer and Accumulation System – ECTS-Creditpoints)  
35 formalisiert sein.
- 36



37 Varianten des Dualen Studiums, die den Studierenden suggerieren, sie würden ein ausbildungsintegriertes  
38 Modell studieren, ohne dass sie einen Ausbildungsvertrag bekommen und stattdessen auf die sogenannte „Ex-  
39 ternenprüfung“ nach § 45 BBiG verwiesen werden, lehnen wir – wie der DGB und seine Einzelgewerkschaften –  
40 ausdrücklich ab. Die KultusministerInnenkonferenz wird aufgefordert, diese Praxis im Rahmen der länderge-  
41 meinsamen Strukturvorgaben zu unterbinden. Der Akkreditierungsrat wird aufgefordert, seine Vorgaben zu  
42 den Studiengängen mit besonderem Profilanspruch durch klare Regeln und Kriterien zu konkretisieren.

43 Um die Qualität des Dualen Studiums zu gewährleisten, müssen Ausbildungs- oder Praxisphasen und Studi-  
44 um verzahnt und die betrieblichen Ausbildungs- bzw Praxisbedingungen mit den Erfordernissen des Studiums  
45 abgestimmt werden. Dies erfordert zusätzliche Abstimmungsinstrumente und Maßnahmen zur Sicherung der  
46 Qualität. Die Einrichtung gemeinsamer Entwicklungs-, Koordinierungs- und Abstimmungsgremien zwischen  
47 den PartnerInnen Dualer Studiengänge soll verbindlich vorgegeben werden. Diese Gremien sollen die Akteu-  
48 rInnen der hochschulischen und der betrieblichen Seite auf Augenhöhe zusammenführen und gleichberech-  
49 tigt Studierendenvertretungen als auch ArbeitnehmerInnenvertretungen und Jugend- und Auszubildenden-  
50 vertretungen beteiligen.

51

52 Duale Studienangebote dürfen nicht zu betriebsspezifisch gestaltet sein. Die AbsolventInnen müssen über ein  
53 breites wissenschaftlich und praktisch fundiertes Kompetenzprofil verfügen.

54

55 Für die Dual Studierenden ergeben sich aus dem Fehlen einer gesetzlichen Grundlage zahlreiche weitere Pro-  
56 bleme: vertragliche Bindungsklauseln über das Studium hinaus, Rückzahlungspflichten, Probleme bei der Frei-  
57 stellung für Prüfungen und Seminare, Fehlen von gesetzlichen Mindeststandards für die Betreuung im Betrieb  
58 und einer gesetzlichen Festlegung, dass es eine Vergütung geben muss.

59

60 Eine Reihe von Betriebs- und Dienstvereinbarungen sowie (Haus-)Tarifverträgen belegen, dass zur umfassen-  
61 den Sicherung der Qualität Dualer Studiengänge auch weitergehende Regelungen notwendig und sinnvoll  
62 sind. Um diese für alle Dual Studierenden zu garantieren, insbesondere auch für jene, die in nichttarifge-  
63 bundenen Betrieben ohne Interessenvertretung beschäftigt sind, braucht es dringend gesetzliche Regeln-  
64 gen.

65

66 Deshalb fordern wir:

67

- 68 · Eine bundeseinheitliche gesetzliche Definition des Dualen Studiums;
- 69 · Gesetzliche Regelungen zur Zusammenarbeit zwischen Betrieb und Hochschule;
- 70 · Nur akkreditierte Studiengänge dürfen Grundlage eines Dualen Studiums sein;
- 71 · Die Formulierung von Mindestanforderungen hinsichtlich der systematischen Verzahnung der Lernorte so-  
72 wie der erforderlichen Breite und Tiefe der zu vermittelnden Qualifikationen. Dabei ist sicherzustellen, dass  
73 Studiengänge nicht zu spezifisch auf die Anforderungen des Dualen Praxispartners und kurzfristige Arbeits-  
74 marktanforderungen ausgerichtet werden und Wissenschaftlichkeit sowie Reflexivität gesichert sind;
- 75 · Die Regelung von Mindestanforderungen bezogen auf die Aufgaben und die erforderliche Qualität der Leis-  
76 tungserbringung durch die Dualen PartnerInnen;
- 77 · eine gesetzliche Festschreibung der Anforderungen der Eignung der Ausbildungsstätte und des Ausbil-  
78 dungspersonals;
- 79 · Mindeststandards für die Arbeitsplatzgestaltung;
- 80 · Praxisphasen des Dualen Studiums sind im Berufsbildungsgesetz zu regeln;
- 81 · Analog zum Berufsausbildungsvertrag hat der Betrieb mit dem\*der Studierenden einen Vertrag zu schlie-  
82 ßen;

- 83 · Die Studien- und Lernorte müssen von Beginn an schriftlich festgelegt werden;
- 84 · Dual Studierende müssen ein Recht auf eine Vergütung erhalten, diese muss mindestens der Mindestaus-  
85 bildungsvergütung (also dem BAföG Höchstsatz) oder wenn sie höher liegen, den branchenüblichen Ausbil-  
86 dungsvergütungen entsprechen;
- 87 · Garantierte, volle Lehr- und Lernmittelfreiheit inklusive der Übernahme aller Studiengebühren sowie Se-  
88 mesterbeiträge durch den ausbildenden Betrieb;
- 89 · Eine unbefristete Übernahmegarantie;
- 90 · Eine starke gesetzliche Beschränkung von Rückzahlklauseln sowie ein Bindeklauselverbot sowohl während  
91 als auch nach Abschluss der Ausbildung;
- 92 · Die Studienzeit inklusive Zeiten an der Hochschule, angemessener Lernzeiten und das Schreiben der Ab-  
93 schlussarbeit muss voll als Arbeitszeit angerechnet werden;
- 94 · Analog des Ausbildungsrahmenplans muss auch für die betrieblichen Phasen des Dualen Studiums ein  
95 Rahmenplan vorgegeben werden, der die zu vermittelnden Kenntnisse und Fertigkeiten festlegt;
- 96 · Eine garantierte Freistellung für Vorlesungen, Seminare, Laborpraxis, Prüfungen sowie drei Tage zur Vor-  
97 bereitung der Prüfungen und Studienzeiten;

# C16

<b>Titel</b>	Abschaffung des Hausberufungsverbots
<b>AntragstellerInnen</b>	Sachsen-Anhalt

---

## Abschaffung des Hausberufungsverbots

- 1 Der Juso-Bundeskongress möge beschließen:
- 2 Die Praxis des Hausberufungsverbots, die eine langfristige Karriereplanung an einem Hochschulstandort aus-
- 3 schließt, verstößt gegen den Art. 33 GG (demnach hat „jeder Deutsche [...] nach seiner Eignung, Befähigung
- 4 und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amte“). Insbesondere Frauen und Mütter aber
- 5 auch Väter entscheiden sich aufgrund dieser Hürde oft gegen eine Fernberufung und einen Karriereaufstieg,
- 6 was unserem sozialdemokratischen Ziel der Chancengleichheit widerspricht.
- 7 Daher setzen die Jusos sich für die Möglichkeit von Hausberufungen außerhalb von Ausnahmeklauseln ein.
- 8 Wobei für uns klar ist, dass jede vakante Professur öffentlich ausgeschrieben werden muss. Innerhalb dieses
- 9 Bewerbungsprozesses sollen dann alle BewerberInnen, egal ob bei der berufenden Hochschule angestellt oder
- 10 extern, gleichberechtigte Chancen haben.

# C19

<b>Titel</b>	Ausbau von WLAN an allen öffentlichen Schulen
<b>AntragstellerInnen</b>	JSAG über Bundesvorstand

---

## Ausbau von WLAN an allen öffentlichen Schulen

- 1 An allen öffentlichen Schulen soll es WLAN mit ausreichender Datenkapazität geben. Auf dieses sollen alle
- 2 Schüler\*Innen und Lehrer\*Innen einer Schule zugreifen können.
- 3 Die SPD soll sich auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass verstärkt finanzielle Mittel für den Ausbau digitaler
- 4 Infrastruktur an öffentlichen Schulen und anderen Bildungseinrichtungen bereitgestellt werden. Dadurch soll
- 5 vor allen Dingen das WLAN Netz weit ausgebaut werden.
- 6 **Begründung**
- 7 Im Zuge der Digitalisierung wird die Nutzung von Smartphones zwecks Rechercharbeiten und Ähnlichem
- 8 immer häufiger in den Unterricht mit eingebunden. Dadurch kommt es jedoch immer wieder zu Benachteil-
- 9 gungen von manchen Schüler\*Innen. Denn nicht alle haben die gleichen Konditionen bei der Internetbenut-
- 10 zung auf Grund von unterschiedlicher Datenkapazität, dessen Höhe oftmals auch vom Geldbeutel der Eltern
- 11 abhängig ist.
- 12 Zudem sollte es allen Schüler\*Innen möglich sein, innerhalb von Pausen oder Freistunden, Rechercharbeiten
- 13 innerhalb der Schule tätigen zu können.

# F Frieden & Internationales

## F Frieden & Internationales

---

F4	Rheinland-Pfalz	Verstaatlichung der Rüstungsproduktion	35
----	-----------------	--	----

---

# F4

**Titel** Verstaatlichung der Rüstungsproduktion

**AntragstellerInnen** Rheinland-Pfalz

---

## Verstaatlichung der Rüstungsproduktion

- 1 1. Neuregelung der Rüstungsproduktion
- 2 1. Verstaatlichung aller deutschen Rüstungsunternehmen
- 3 2. Verbot privater Rüstungsproduktion und Rüstungsentwicklung in Deutschland
- 4 3. Wir wirken daraufhin, dass nach der Verstaatlichung der deutschen Rüstungsproduktion eine euro-
- 5 päische Ausschreibung nicht mehr notwendig ist
- 6 4. Intensivierung der Integration europäischer (EU) Rüstungsproduktion mit dem langfristigen Ziel einer
- 7 gemeinsamen Rüstungsindustrie parallel zur Verwirklichung einer gemeinsamen europäischen Armee
- 8 5. Programm zur Sicherung der Arbeitsplätze – primär durch Umwandlung in zivile Industrie insoweit,
- 9 dass der neuen (vermutlich deutlich geringeren) Auslastung Rechnung getragen wird
- 10 6. Die Verstaatlichung der Rüstungsproduktion geschieht unter anderem mit dem Ziel einer allgemeinen
- 11 Abrüstung Deutschlands, Europas und der Welt. Dazu ist dieser Antrag auch nur ein erster Schritt.
- 12 2. Neuregelung des Verkaufs von Rüstungsgütern
- 13 • Verkauf deutscher Rüstungsgüter nur an NATO- oder EU-Mitglieder, sowie an Israel und die Schweiz
- 14 auf Beschluss eines gemeinsamen Ausschusses aus den Mitgliedern des Bundessicherheitsrates und
- 15 der gleichen Anzahl an Mitgliedern von Mitgliedern des Bundestages
- 16 • Verkauf in Ausnahmefällen an nicht NATO- oder EU-Mitglieder auf Beschluss des Bundestages
- 17 • Verkauf in jedem Falle nur dann, wenn ersichtlich ist, dass der KäuferIn sich zu den Prinzipien der De-
- 18 mokratie und des Rechtsstaats und der Achtung der Menschenrechte und internationalen Völkerrecht
- 19 nicht nur bekennt, sondern dies auch effektiv umsetzt.
- 20 • Der Export von Kleinwaffen ist generell untersagt
- 21 •
- 22 • Um eine verbindliche gesetzliche Grundlage für den Export von Rüstungsgütern zu schaffen, fordern
- 23 wir ein eigenständiges Waffenkontrollgesetz. Die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den
- 24 Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ sind hierfür in ein eigenständiges Gesetz um-
- 25 zuwandeln. Alle bisher geltenden gesetzlichen Regelungen (Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen,
- 26 Außenwirtschaftsverordnung etc.) sind in das Waffenkontrollgesetz zu integrieren.
- 27 1. Dieses Waffenkontrollgesetz hat dabei folgende Regelungen zu enthalten:
- 28 2. Die Lieferung von Rüstungsgütern und – lizenzen in alle Länder ist an die Zustimmung des Deut-
- 29 schen Bundestages mit 2/3 Mehrheit gebunden.
- 30 3. Exporte von Rüstungsgütern und -lizenzen in Länder, in denen Menschenrechtsverletzungen
- 31 bekannt sind, sind untersagt. Exporte in Länder, in denen bewaffnete Auseinandersetzungen
- 32 drohen oder in denen der Rüstungsexport dazu beitragen kann, bestehende Konflikte zu ver-
- 33 schärfen, sind untersagt. Die Prüfung erfolgt im Einzelfall. Die letztendliche Entscheidung trifft
- 34 der Deutsche Bundestag.

35 4. Deutschland wirkt auf EU-Ebene auf eine Regelung zur restriktiveren Waffenexportkontrolle hin.  
36 Auf UN-Ebene wirkt Deutschland auf einen Waffenkontrollvertrag hin, der alle Länder zur restriktiven  
37 Waffenexportkontrolle verpflichtet. Auch vor dem Zustandekommen eines solchen Vertrages unterwirft sich  
38 Deutschland unilateral stärkeren Restriktionen für die eigenen Rüstungsexporte.  
39

40 5. Um die bisher oft bestehende langfristige Bindung an einmal beschlossene Waffen- und Rüstungsexporte zu vermeiden,  
41 müssen auch die Verträge über den Munitions- und Ersatzteilhandel entsprechend restriktiv ausgeführt werden. Noch bestehende Verträge dürfen ohne Zustimmung  
42 des Bundestages nicht verlängert werden  
43

44 Unter „Rüstungsgütern“ verstehen wir dabei alle Güter, welche geeignet sind, in einem Krieg oder bewaffneten  
45 Konflikt als Waffe zum Einsatz gebracht zu werden, also sowohl, aber nicht nur, Kleinwaffen als auch Großgerät,  
46 sowie deren Konstruktionspläne und Bauteile.

47 Wir Jusos bekennen uns zum Primat der friedlichen Konfliktlösung. Wir erkennen dennoch ob der sicherheitspolitischen Lage und unserer Schutzverantwortung als Teil der Gemeinschaft aller Menschen an, dass in bestimmten Situationen der Einsatz bewaffneter Streitkräfte notwendig sein kann. Als Gesellschaft tragen wir daher die Verantwortung dafür, dass die SoldatInnen, welche vom Bundestag – und damit letzten Endes von uns – in den Einsatz geschickt werden, angemessen ausgerüstet sind, wenn sie unter dem Einsatz ihres Lebens ihren Auftrag wahrnehmen.

#### 53 1. Neuregelung der Rüstungsproduktion

54 Wir sind überzeugt, dass es verantwortungslos ist, die Herstellung von Kriegswaffen und Kriegsgerät privaten  
55 Firmen zu überlassen, welche notwendigerweise profitorientiert handeln müssen. Diese Profitorientierung  
56 ist durch das kapitalistische System gegeben, für diesen Fall aber in ganz besonderer Weise abzulehnen: Der  
57 Markt für Rüstungsgüter sind die bewaffneten Konflikte in der Welt. Die Produktion nach der Nachfrage dieses  
58 Marktes ist damit unter anderem massiv durch Kriegstreiberei, Unterdrückung von Menschen durch Unrechtsregime und Massenmorde beeinflusst. VertreterInnen der privaten Rüstungsindustrie haben notwendigerweise ein wirtschaftliches Interesse an Kriegen in der Welt. Die Produktion von Rüstungsgütern, mit denen weltweit getötet wird, richtet sich damit ausdrücklich nicht nach einer demokratisch festgelegten Verhältnismäßigkeit (z.B. durch einen Parlamentsbeschluss), die auf die Bedürfnisse der eigenen demokratisch kontrollierten Streitkräfte schaut, sondern nach dem Streben nach Profitmaximierung weniger UnternehmerInnen. In Art. 26 GG („Zur Kriegführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden.“) zeigt sich bereits, dass das Grundgesetz zumindest eine strenge Kontrolle der Rüstungsproduktion befürwortet. Wir müssen aber noch einen Schritt weitergehen: Private und damit nicht demokratisch kontrollierte Rüstungsproduktion gehört beendet und verboten!

68 Wir erkennen, dass ein ständiger technologischer Wettlauf zwischen Waffenwirkung und Schutz vor eben jener besteht und halten es daher für notwendig, bei der Beschaffung von Rüstungsgütern auf (meist zeitraubende) Ausschreibungen zu verzichten, um unserer Verantwortung gegenüber den Soldaten gerecht zu werden und eine angemessene Ausrüstung, welche sich soweit wie möglich auf dem Stand der Technik befindet, zu gewährleisten. Im Falle einer Verstaatlichung der Rüstungsindustrie wären Ausschreibungen zudem höchst unzumutbar.

74 Im Sinne der europäischen Integration, ferner im Sinne einer Weiterführung der Integration der für die Kriegführung wichtigen Industrien, außerdem mit den Zielen der finanziellen Einsparungen und der Steigerung der Effizienz und des technologischen Fortschritts streben wir langfristig eine gemeinsame europäische Rüstungsindustrie an. Diese soll die Staaten der Europäischen Union langfristig unabhängig von Rüstungseinkäufen bei privaten Rüstungsunternehmen machen, um private Rüstungsproduktion auch außerhalb der EU einzudämmen. Uns ist bewusst, dass diese nicht von heute auf morgen umgesetzt werden kann, sondern vielmehr eines langsamen, aber stetigen Prozesses der Integration bedarf, welcher parallel zur Integration der europäischen Streitkräfte mit dem Ziel einer europäischen Armee verlaufen sollte. Eine gemeinsame Rüstungsindustrie könnte der Integration in diesem Sinne zudem förderlich sein.

#### 83 2. Neuregelung des Verkaufs von Rüstungsgütern

84 Zuständig für die Genehmigung von Rüstungsexporten ist der Bundessicherheitsrat (BSR). In der Praxis hat  
85 sich jedoch gezeigt, dass dieser nur dann entscheidet, wenn es vorher Meinungsverschiedenheiten zwischen

- 86 den einzelnen Ministerien gab und das Kabinett keinen einstimmigen Beschluss fassen konnte. Wir fordern,  
87 Rüstungsexporte nicht als nebensächlich zu behandeln, sondern in jedem Falle im Bundessicherheitsrat zu  
88 beraten.
- 89 Vor allem kommt es uns jedoch darauf an, den Verkauf von Rüstungsgütern an solche Staaten, welche die  
90 Prinzipien der Demokratie und des Rechtsstaats und die Achtung der Menschenrechte verletzen, endlich und  
91 sofort zu stoppen. Wir weisen ausdrücklich auf die dringende Notwendigkeit hin, auch BündnispartnerInnen  
92 dieser Prüfung zu unterziehen.



# G Gleichstellung, Feminismus & Gender

## G Gleichstellung, Feminismus & Gender

---

G5	Sachsen	Queer ist keine Krankheit! Konversionstherapie verbieten	39
G9	Hannover	Neufassung des TSG: Auch die Würde von Trans*menschen ist unantastbar	41

---

**G5**

**Titel** Queer ist keine Krankheit! Konversionstherapie verbieten  
**AntragstellerInnen** Sachsen

---

## Queer ist keine Krankheit! Konversionstherapie verbieten

- 1 Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen und an die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten:  
 2 Wir fordern, dass die Durchführung aller Maßnahmen, die darauf abzielen eine  
 3 Veränderung der sexuellen und/oder geschlechtlichen Identität oder Orientierung hervorzurufen, verboten  
 4 und unter strafrechtliche Ver-  
 5 folgung gestellt werden.  
 6 Sollte bei Minderjährigen eine solche Maßnahme durchgeführt, vorbereitet, geplant  
 7 oder wissentlich geduldet werden, fordern wir, dass die Personen, in deren Obhut oder Fürsorge sich  
 8 die  
 9 Minderjährigen befinden, strafrechtlich verfolgt werden. Auch die Verbreitung von Aussagen oder Medi-  
 10 en,  
 11 die die Möglichkeit einer Therapie sexueller und/oder geschlechtlicher Identitäten oder Orientierungen sug-  
 12 gerieren, vor allem im Kontext  
 13 eines professionellen Vertrauensverhältnisses, sollen unter Strafe gestellt werden.  
 14 Außerdem fordern wir die Ärztekammer auf, ÄrztInnen, die Konversionstherapien durchführen oder wissent-  
 15 lich vermitteln, die Approbation zu entziehen  
 16 Die Klassifizierungen für Therapien ICD-10 F66.0 und F66.1 sollen bereits nach der 5ten Therapie Stunde über-  
 17 prüft werden und nicht mehr nach der 25sten. Krankenkassen sind verpflichtet diese Überprüfung vorzuneh-  
 18 men.  
 19 F66.0  
 20 Sexuelle Reifungskrise  
 21 Info:  
 22 Die betroffene Person leidet unter einer Unsicherheit hinsichtlich ihrer Geschlechtsidentität oder sexuel-  
 23 len  
 24 Orientierung, mit Ängsten oder Depressionen. Meist kommt dies bei Heranwachsenden vor, die sich hinsicht-  
 25 lich ihrer homo-, hetero- oder bisexuellen Orientierung nicht sicher sind; oder bei Menschen, die nach ei-  
 26 ner  
 27 Zeit scheinbar stabiler sexueller Orientierung, oftmals in einer lange dauernden Beziehung, die Erfahrung ma-  
 28 chen, dass sich ihre sexuelle Orientierung ändert.  
 29 F66.1  
 30 Ichdystone Sexualorientierung  
 31 Info:

- 32 Die Geschlechtsidentität oder sexuelle Ausrichtung (heterosexuell, homosexuell, bisexuell oder präpubertär)  
33 ist eindeutig, aber die betroffene Person hat den Wunsch, dass diese wegen begleitender psychischer oder  
34 Verhaltensstörungen anders wäre und unterzieht sich möglicherweise einer Behandlung, um diese zu än-  
35 dern.
- 36 Als Konversionstherapie verstehen wir die Maßnahme gezielt die Sexualität der PatientInnen zu verändern,  
37 Therapien bei denen TherapeutInnen die PatientInnen unterstützen sich selbst über ihre Gefühle klar zu wer-  
38 den gehören nicht dazu. Es sollen weitere Maßnahmen erarbeitet werden diesen Unterschied überprüfbar zu  
39 machen.



<b>Titel</b>	Neufassung des TSG: Auch die Würde von Trans*men- schen ist unantastbar
<b>AntragstellerInnen</b>	Hannover

---

## Neufassung des TSG: Auch die Würde von Trans\*menschen ist unantastbar

- 1 Transidente Menschen waren in unserer Gesellschaft seit jeher massiven Diskriminierungen ausgesetzt. Dis-  
 2 kriminierung nicht nur aufgrund fehlender gesellschaftlicher Akzeptanz, sondern auch aufgrund von staat-  
 3 lichen Vorgaben, welche ein zweigeschlechtliches System bedingen. In beiderlei Hinsicht mögen inzwischen  
 4 Fortschritte erzielt sein, dennoch stellen wir fest, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen für transidente  
 5 Menschen nach wie vor in keiner Weise einem diskriminierungsfreien und menschenwürdigen Umgang ent-  
 6 sprechen. Die Gesetzeslage hat sich hier seit den 80er Jahren kaum weiterentwickelt.
- 7 In der Bundesrepublik Deutschland gilt seit dem 01. Januar 1981 das Gesetz über die Änderung der Vornamen  
 8 und die Feststellung der Geschlechtszugehörigkeit in besonderen Fällen (Transsexuellengesetz — TSG) . Viele  
 9 der Interessenorganisationen transidenter und intersexueller Menschen, so auch die Deutsche Gesellschaft  
 10 für Transidentität und Intersexualität e.V., fordern seit langem eine Novellierung des TSG. Das Bundesverfas-  
 11 sungsgericht hat bereits in zahlreichen Urteilen festgestellt, dass das TSG in wesentlichen Punkten gegen das  
 12 Grundgesetz verstößt und diskriminierend ist.
- 13 Wir solidarisieren uns mit dem Kampf transidenter und intersexueller Menschen und schließen uns ihrer For-  
 14 derung nach einer Neuregelung an.
- 15 Alle Fortschritte, die in Bezug auf das Gesetz errungen wurden, mussten gerichtlich von Antragsteller\*innen  
 16 durchgekämpft werden. So wurde zum Beispiel die Altersbeschränkung, dass eine antragsstellende Person 25  
 17 Jahre oder älter sein muss, vom Bundesverfassungsgericht gekippt. Auch die Sterilisation als Voraussetzung  
 18 zur Personenstandsänderung, ein unhaltbarer und menschenverachtender Paragraph, wurde 2011 zum Glück  
 19 gekippt.
- 20 Bis heute ist es jedoch so, dass wenn nach der Bestandskraft der Vornamensänderung ein Kind geboren oder  
 21 als eigenes anerkannt wird, diese unwirksam wird.
- 22 Das Bundesverfassungsgericht hat in seinen Urteilen immer wieder eine Neuregelung gefordert und Vorgaben  
 23 zur vorläufigen Anwendung gemacht.
- 24 Wenn Trans\*menschen den schwierigen Schritt des Outings beschreiten, sind diese aufgrund der derzeitigen  
 25 gesetzlichen Regelungen, aber nach wie vor einer amtlich legitimierten Alltagsdiskriminierung ausgesetzt. Wol-  
 26 len Trans\*menschen Vornamen und/oder den Personenstand (bspw. von „männlich“ zu „weiblich“) abändern,  
 27 so müssen diese einen Antrag an das für das Personenstandsregister zuständige Amtsgericht (in der Regi-  
 28 on Hannover: Amtsgericht Celle) stellen und dem Gericht mittels zwei psychologischer Gutachten sowie im  
 29 Rahmen einer gerichtlichen Verhandlung nachweisen, dass die vom Gesetz bestimmten Voraussetzungen für  
 30 die Anerkennung gegeben sind. Die Gutachter\*innen werden hierbei vom Gericht bestimmt. Im Rahmen der  
 31 Gutachtenerstellung kommen bundesweit Gutachter\*innen unterschiedlichster fachlicher Qualifikation zum  
 32 Einsatz.
- 33 Im Rahmen der Gutachtenerstellung werden regelmäßig auch solche Angaben erhoben, welche in den intims-  
 34 ten Bereich der grundgesetzlich geschützten persönlichen Lebensführung (insbesondere die eigene Sexua-  
 35 lität) erhoben und entsprechend an das Gericht weitergegeben. So gibt es immer wieder Berichte darüber,

36 dass nach Häufigkeit und Art der sexuellen Interaktion gefragt wird oder auch die Namen der bisherigen Ge-  
37 schlechtspartner\*innen abgefragt werden. Die eigentlich selbstverständliche ärztliche Schweigepflicht entfällt  
38 hierbei vollumfänglich.

39 Die Kosten des reinen gerichtlichen Verfahrens belaufen sich in der Regel auf rund 1.200,00 Euro bis 1.600,00  
40 Euro. Schwerwiegender ist, dass die Verfahrensdauer – in Abhängigkeit vom bearbeitenden Gericht – regelmä-  
41 ßig zwischen sechs und zwölf Monaten andauert. Legt man hierbei zu Grunde, dass sinnvollerweise grundsätz-  
42 lich vor Antragstellung ein „Praxistest“ in Form des Lebens in der Gegengeschlechtlichen Rolle stattfindet, der  
43 Therapeutisch regelmäßig verlangt wird, bedeutet dies, dass Trans\*menschen eine längere Zeit mit „falschen“  
44 Ausweispapieren leben müssen.

45 In Abhängigkeit von der Professionalität der handelnden öffentlichen Stellen kann dieses zu Unannehmlich-  
46 keiten führen, welche durchaus diskriminierende Züge annehmen können.

47 Weiterhin ist vor der amtlichen Änderung die Neuausstellung von Zeugnissen nicht möglich. Dies stellt einen  
48 Nachteil für die Wettbewerbsfähigkeit von Trans\*menschen dar.

49 Auch im Alltag kann es zu Irritationen und Zwangsoutings kommen, dieses beispielsweise dann, wenn eine Mo-  
50 natsfahrkarte für den öffentlichen Personennahverkehr (wie z.B. das Jobticket) auf den Geburtsnamen ausge-  
51 stellt ist. Wenn auf diesem eine „Mareike“ eingetragen ist, dem\*der Kontrolleur\*in aber ein maskuliner „Mike“  
52 gegenüber sitzt, der sich auch nur mittels Ausweises von Mareike ausweisen kann, ist nicht nur Verwirrung  
53 angesagt, sondern auch durchaus für die Aufmerksamkeit der halben Straßenbahn gesorgt.

54 Wir halten die derzeitige Regelung für nicht hinnehmbar und völlig veraltet.

55 Wir fordern daher folgende Regelungen:

- 56 • Das Transsexuellengesetz muss aufgehoben und durch eine Neuregelung ersetzt werden, die der Men-  
57 schenwürde der Trans\* gerecht wird. Die Neuregelung darf nicht erneut in einem diskriminierenden  
58 Sondergesetz ergehen, sondern muss in das allgemeine Familienrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches  
59 integriert werden. Dabei muss beachtet werden, dass für die Änderungen von Vornamen und Perso-  
60 nenstand ausschließlich jenes Geschlecht maßgeblich sein darf, mit dem sich die Person identifiziert.
- 61 • Die Namens- und Personenstandsänderung muss ohne Einholung von Gutachten alleine durch die  
62 eindeutige Erklärung eines Menschen bei dem zuständigen Standesamt bzw. dessen Aufsichtsbehörde  
63 möglich sein. Dies muss für Minderjährige ab 14 Jahren auch ohne Zustimmung der Eltern möglich  
64 sein. Minderjährige unter 14 Jahren benötigen grundsätzlich die Zustimmung der Eltern. Die fehlende  
65 Zustimmung kann jedoch durch das zuständige Familiengericht ersetzt werden.
- 66 • Sowohl die medizinische als auch die juristische Geschlechtsangleichung müssen in jedem Fall kosten-  
67 frei sein.
- 68 • Geschlechtsangleichende Operationen dürfen nur bei wirksamer Einwilligung der Person erfolgen, an  
69 welcher diese durchgeführt werden. Um ungewollte Veränderungen am eigenen Körper insbesondere  
70 durch Einsetzen der Pubertät verhindern zu können, müssen medizinische Maßnahmen jedoch auch  
71 Minderjährigen offen stehen, selbst gegen den Willen der Eltern.
- 72 • Trans\* ist keine Krankheit, sondern eine Ausprägung der geschlechtlichen Identität. Die Weltgesund-  
73 heitsorganisation muss daher Trans\* von der Liste der psychischen Krankheiten streichen. Trotzdem  
74 müssen die Krankenkassen weiterhin für die notwendigen Behandlungen aufkommen.
- 75 • Das Angebot für psychologische Therapie muss Trans\*menschen kostenlos und barrierefrei zur Verfü-  
76 gung gestellt werden.
- 77 • Die Eingehung einer Ehe ist komplett unabhängig von geschlechtlichen Anforderungen zu gestalten  
78 und muss für zwei Menschen egal welchen Geschlechts offen stehen.
- 79 • Der behördliche Aufwand für Ausweisdokumente für die „Übergangsphase“ sollte deutlich verringert  
80 werden, sodass es Menschen ohne binäre geschlechtliche Identifikation möglich ist, den Alltag zu be-  
81 streiten und nicht ausgegrenzt zu werden. Auch die Verlängerung eines solchen Ausweises sollte für  
82 jeden und jede möglich sein, ähnlich wie beim Personalausweis.

# I Inneres, Justiz & Verbraucherschutz

## I Inneres, Justiz & Verbraucherschutz

---

11	Nordrhein-Westfalen	G20 – Aufarbeitung auf ganzer Linie	44
15	Weser-Ems	Keine geheime Datensammlung mehr – 5 Punkte für den Umgang mit Verbunddateien	47

---

# 11

**Titel** G20 – Aufarbeitung auf ganzer Linie

**AntragstellerInnen** Nordrhein-Westfalen

---

## G20 – Aufarbeitung auf ganzer Linie

1 08.07.2017. Irgendwo kurz vor Hamburg. 44 Falken aus NRW sind auf dem Weg zu einer angemeldeten Kund-  
2 gebung gegen den G20-Gipfel. Polizeikräfte ziehen den Bus aus dem Verkehr, fahren ihn zu einer „Gefange-  
3 nensammelstelle“ in Hamburg-Harburg. Die zum Teil minderjährigen Jugendlichen werden über Stunden ohne  
4 Angaben von Gründen festgehalten, Anrufe bei AnwältInnen werden untersagt. Einige müssen sich ausziehen,  
5 werden abgetastet. Gegen Mittag wurden die Festgenommenen freigelassen. Es handele sich um einen Irrtum,  
6 ein anderer Bus sollte abgefangen werden. GenossInnen klagen nun gegen die Hamburger Polizei. Wir Jusos  
7 sprechen den Falken unsere Solidarität aus.

8 Ein Einzelfall? Leider nein. Rund um den G20-Gipfel in Hamburg fanden zum Teil massive Grundrechtsein-  
9 schränkungen von BürgerInnen durch Polizistinnen und Polizisten statt. Die massiven Eingriffe durch den  
10 Staat in die Grundrechte der BürgerInnen lässt sich auch in den letzten Jahren bei vielen ähnlichen Fällen  
11 beobachten. Schon vor dem G20 Gipfel in Hamburg wurde immer wieder faktisch Grundrecht durch den Staat  
12 suspendiert. Hier seien u.a. die sogenannten Gefahrenzonen in Hamburg oder die Demonstrationsverbote  
13 rum das Gebiet des G7 auf Schloss Elmau 2015 genannt.

14 Fraglich war bereits die Ortswahl. Wäre die Wahl auf eine ländliche Region gefallen, hätten sich die AktuerInnen  
15 wohl den Vorwurf der Abschottung gefallen lassen müssen.

16 13In einigen Kreisen wurde die Wahl der Messehallen als reinste Provokation gesehen, da diesen direkt an die  
17 Schanze grenzen.

18 Der Einsatzleiter während des gesamten Gipfels war Hartmut Dudde, bei weitem kein unbeschriebenes Blatt:  
19 Duddes Karriere bei der Polizei wurde vom rechtspopulistischen damaligen Innensenator Roland Schill for-  
20 ciert. Er hat die „Hamburger Linie“ maßgeblich mitbegründet – eine Polizeitaktik, die unter dem Vorwand gül-  
21 tiges Recht hart durchzusetzen immer wieder Grund- und Menschenrechtsverletzungen zu verantworten hat.  
22 So haben bereits mehrfach Gerichte das Verhalten der Hamburger Polizei gegenüber Demonstrationen im  
23 Nachhinein für rechtswidrig erklärt und auch die BeamtInnen selbst haben schon mehrfach die Haltung Dud-  
24 des und anderer PolizeifunktionärInnen Hamburgs (davon viele auch von Schill gefördert) beklagt. Im Sommer  
25 2014 verweigerte eine ganze Polizeieinheit den Befehl Geflüchtete, die mit einem Sitzstreik auf den Treppen-  
26 stufen des Rathauses auf ihre Situation aufmerksam machten, mit roher Gewalt herunterzuschubsen. Auch  
27 schon im Vorfeld und während der G20 Proteste konnte man sehen, dass Dudde seine „Hamburger Linie“ voll  
28 beibehalten wollte.

29 Da wurden gerichtlich genehmigte Protestcamps schon Tage vorher geräumt oder gar nicht erst zugelassen.  
30 Da wurde eine genehmigte Demonstration nach wenigen Metern gewaltsam aufgelöst. Aufgelöst wurden auch  
31 friedliche Sitzblockaden, um ein Diplomatinnenauto passieren zu lassen. Da wurden JournalistInnen an ih-  
32 rer Arbeit gehindert, weil sie „auf Listen standen“ oder weil der Presseausweis „schlecht zu sehen“ war. Da  
33 stürmten plötzlich schwer bewaffnete Sondereinsatzkräfte ins Schanzenviertel, indem die Polizei zuvor über  
34 Stunden die Krawalle gewähren ließ. YouTube und Co. zeigen uns, welche Gewaltpotentiale dort freigesetzt  
35 wurden, sowohl durch staatliche Kräfte als auch durch selbstorganisierte Gruppen.

36 Zur Wahrheit gehört, dass auf einen großen Teil der friedlichen, bunten, kreativen ProtestlerInnen, die berech-  
37 tigte Kritik an G20 auf die Straße brachten, ein Sammelsurium von GewalttäterInnen und RandaliererInnen  
38 kommt, deren „Aktionsformen“ dem Protest gegen G20 stark geschadet haben. Gewalt gegen PolizistInnen ist  
39 für uns kein Mittel des legitimen Protestes. Brennende PKW oder geplünderte Geschäfte dominierten die Be-

40 richterstattung, nicht die wichtige Kritik an den kapitalistischen Verhältnissen, die in diesen Tagen in Hamburg  
41 verwaltet wurden. Nicht die Tatsache, dass sich VertreterInnen der „wichtigsten Industrie- und Schwellenlän-  
42 der“ innerhalb von drei Tagen mal eben über Wohl und Wehe der Welt unterhalten. Und wo wir schon bei  
43 Dominanz der Berichterstattung sind: Dass „die Gewalttäter“ alles „Linke“ waren, wusste schnell jede Postille  
44 im ganzen Land und verbreitete dies an prominenter Stelle. Deutlich weniger mediale Beachtung erfuhr die  
45 Beobachtung von ExpertInnen, AnwohnerInnen und auch der Polizei, dass es sich insbesondere bei den Plün-  
46 derungen aber auch bei den Krawallen zu einem erheblichen Teil nicht um politisch organisierte Personen  
47 gehandelt hat. So heißt es in einem offenen Brief, der von verschiedenen Gewerbetreibenden der Schanze  
48 – darunter Juweliere, Spielzeugglädern, Buchhandlungen u.Ä. – unterzeichnet wurde: „Zum Höhepunkt dieser  
49 Auseinandersetzung soll in der Nacht von Freitag und Samstag nun ein „Schwarzer Block“ in unserem Stadtteil  
50 gewütet haben. Dies können wir aus eigener Beobachtung nicht bestätigen, die [...] beklagten Schäden sind  
51 nur zu einem kleinen Teil auf diese Menschen zurückzuführen. Der weit größere Teil waren erlebnishungri-  
52 ge Jugendliche sowie Voyeure und Partyvolk, denen wir eher auf dem Schlagermove, beim Fußballspiel oder  
53 Bushido-Konzert über den Weg laufen würden als auf einer linksradikalen Demo. Es waren betrunkene junge  
54 Männer, die wir auf dem Baugerüst sahen, die mit Flaschen warfen.“

55 Laut Aussagen von JournalistInnen waren außerdem Rechtsradikale an den Randalen beteiligt. Für diese Ver-  
56 mutung gibt es nach wie vor keinen fundierten Beweis, so dass wir an dieser Stelle klarstellen möchten, dass  
57 es lediglich eine journalistische Behauptung ist.

58 Wir müssen aber auch über andere Dinge sprechen. Zum Beispiel, dass auf der einen Seite demonstrierende  
59 BürgerInnen standen, die aus den unterschiedlichsten Motiven in den unterschiedlichsten Formen „Protest“  
60 ausgeübt haben. Ja, zum Teil leider gewalttätig, und ja, natürlich muss mit rechtsstaatlichen Mitteln gegen al-  
61 le vorgegangen werden, die in diesen Tagen und Nächten Straftaten begangen haben. Auf der anderen Seite  
62 aber, standen RepräsentantInnen unseres demokratischen Rechtsstaates. Sie traten im Auftrag von Sicherheit  
63 und Ordnung dem Bürger/der Bürgerin entgegen. Und da liegt der Hund begraben. Sie besitzen keinen Persil-  
64 schein für jegliche Handlungen, für Gewaltanwendungen, für Grundrechtsverletzungen. Als JungsozialistInnen  
65 ist es uns ein Grundanliegen, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Meinungs- und Pressefreiheit durchzusetzen.  
66 Wenn diese Grundrechte durch ordnungsrechtliche Maßnahmen eingeschränkt werden, zum Teil soweit, dass  
67 sie gar nicht mehr auslebbar sind, dann läuft etwas grundlegend falsch. Und noch falscher läuft etwas, wenn  
68 GenossInnen ganz vorne mit dabei sind, bei vorschnellen Schuldzuweisungen an die „Linken“, gar von „Links-  
69 terrorismus“ sprechen und Bullshit-Bingo spielen mit „Fußfesseln für linke Gefährder“ oder „lebenslangem  
70 Demoverbot“. Hierbei ist vor allem die Aussage von Olaf Scholz „Polizeigewalt hat es nicht gegeben“ haltlos  
71 und ein Schlag ins Gesicht aller Opfer. Denn eine unserer – sozialdemokratischer, linker – Grundüberzeugung  
72 ist es auch, schwierige Situationen mit kühlem Kopf und guten Argumenten aufzuarbeiten und dabei immer  
73 den Rechtsstaat zu wahren.

74 Besser steht es uns also, wenn wir die Tage rund um den G20 Gipfel besonnen analysieren, komplexe Antwor-  
75 ten auf die komplexe Situation finden, debattieren und dann Konsequenzen ziehen anstatt reflexartig Schul-  
76 dige zu suchen und verkürzte Kritik zu üben. Für uns SozialdemokratInnen ist freilich bei jeder Diskussion  
77 unumstößlich, dass wir unverhältnismäßige Einschränkungen der Grundrechte nicht hinnehmen, egal ob es  
78 um Einschränkung der Pressefreiheit oder um die Ausübung der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit geht.  
79 Wir dürfen aber auch nicht über jedes Stöckchen springen, dass uns hingehalten wird. Die Linke als Gesamtheit  
80 muss sich genauso wenig von Gewalttaten in Hamburg distanzieren, wie sich AutofahrerInnen als Gesamtheit  
81 von illegalen Autorennen distanzieren müssen. Bei aller Solidarität mit linken Gruppen in der Gesellschaft, blei-  
82 ben die Aktionsformen der Menschen, die sich der „Linken“ zuordnen eine Entscheidung der Individuen, die  
83 diese ausüben. Für uns ist linker Protest nicht von Gewalt geprägt. Wir lassen uns nicht von konservativen Kräf-  
84 ten definieren, was Links ist und haben deshalb keine Veranlassung, uns von „den Hamburger Ereignissen“ zu  
85 distanzieren. Was wir als JungsozialistInnen aber tun müssen, ist, uns solidarisch auf die Seite der Geschädig-  
86 ten zu stellen. Das sind auch, aber nicht nur Menschen, deren Autos in Flammen aufgingen. Das sind auch die  
87 Menschen, die Opfer von Polizeigewalt geworden sind. Das sind auch die autonomen (jugend-)zentren, deren  
88 Arbeit für Demokratie und eine bessere Welt unter die Räder der Krawalle gekommen ist. Das sind auch die  
89 PolizeibeamtenInnen, die durch die Proteste verletzt worden sind.

90 Aufarbeitung geht nur, wenn wir tatsächlich aufarbeiten. Wenn jegliche Kritik an Polizeieinsätzen als „Dolch-  
91 stoß für den Rücken der Deutschen,“ betitelt wird, wird das nicht funktionieren. **Deshalb fordern wir:**

- 92 • nicht die wichtige und berechtigte Kritik an dem G20-Gipfel aus den Augen zu verlieren



- 93 • Untersuchungsausschüsse sowohl in der Hamburger Bürgerschaft, als auch im Deutschen Bundestag.  
94 Diese sollen sowohl die Polizeistrategie und deren Ziele, als auch konkretes Vorgehen von BeamtInnen  
95 während des Einsatzes untersuchen. Ebenso müssen sich die Ausschüsse damit auseinandersetzen, in  
96 wie weit innerhalb der dafür zuständigen Polizeigremien eine solche Aufklärung bisher stattgefunden  
97 hat. Falls das noch nicht geschehen ist, sind die Gründe hierfür zu untersuchen.
- 98 • Bestehende Möglichkeiten der Deeskalation im Rahmen des Versammlungsrechts konsequent zu nut-  
99 zen und das Versammlungsrecht dahingehend zu prüfen, ob mehr Raum für Deeskalation geschaffen  
100 werden kann. Ein Aufschlag wurde nach G20 gemacht als vorgeschlagen wurde, den Tatbestand des  
101 Vermummungsverbotens von einer Straftat in eine Ordnungswidrigkeit umzuwandeln, sodass Polizis-  
102 tInnen einen Ermessensspielraum haben, inwiefern sie Verstöße im Einzelfall ahnden.
- 103 • Die Polizeikennzeichnung in allen Polizeieinheiten einzuführen und unabhängige Stellen zu schaffen,  
104 z.B. nach Vorbild des rheinland-pfälzischen Landespolizeibeauftragte die automatisch bei Anzeigen  
105 gegen PolizistInnen ermitteln.
- 106 • eine lückenlose Aufklärung aller zur Anzeige gebrachten Sachverhalte
- 107 • eine lückenlose Aufklärung der Räumung des Protestcamps
- 108 • im Notfall nicht davor zu scheuen auch personelle Konsequenzen zu ziehen
- 109 • Konsequenzen aus der Einschränkung der Pressefreiheit zu ziehen, so etwas darf nie wieder vorkom-  
110 men
- 111 •

# 15

<b>Titel</b>	Keine geheime Datensammlung mehr – 5 Punkte für den Umgang mit Verbunddateien
<b>AntragstellerInnen</b>	Weser-Ems

---

## Keine geheime Datensammlung mehr – 5 Punkte für den Umgang mit Verbunddateien

- 1      1. Aktueller Umgang mit Verbunddateien
- 2 Die Polizei kann rechtmäßig erlangte personenbezogene Daten in Akten oder Dateien speichern verändern  
3 und nutzen, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu einer zeitlich befristeten Dokumentation oder zur Vor-  
4 gangsverwaltung erforderlich ist. GewalttäterInnendateien sind Teil des eingerichteten polizeilichen Informati-  
5 onssystems und werden beim Bundeskriminalamt als so genannte Verbunddateien geführt. Bundesweite Ver-  
6 bunddateien existieren in Deutschland für verschiedene Bereiche. Unter anderem die sog. "Datei-Gewalttäter  
7 Sport" und auch die "Datei Gewalttäter Links". Vorrangig zur Prävention, jedoch auch als Mittel der Repression,  
8 werden in ihnen personenbezogene Daten gespeichert, die in den Augen der PolizeibeamtInnen als „auffällig“  
9 gelten. Erfasst werden dabei nicht nur beweisbare Umstände wie Namen, Adressen u. ä., sondern auch Mei-  
10 nungsäußerungen, Beurteilungen und Werturteile werden gespeichert. Neben der Datei „Gewalttäter Sport“  
11 existieren in zahlreichen Bundesländern „Arbeitsdateien Szenekundige Beamte“ (SKB-Dateien), die als Hilfs-  
12 mittel für die Beurteilung der Gefährdungslage bei Fußballspielen in Bezug auf das zu erwartende Fanverhal-  
13 ten, das Auftreten sowie die Zusammensetzung der Fanggruppierungen und ihr Verhältnis zur gegnerischen  
14 Fanszene dienen soll. Bei den „SKB – Dateien“ handelt es sich nicht um eine vom BKA geführte Verbunddatei,  
15 sondern um in eigener Verantwortung durch die Landespolizeibehörden auf nur ihr zugänglichen Rechensys-  
16 temen geführte Dateien.
- 17      1. Unsere Sichtweise von Verbunddateien
- 18 Für uns Jusos stellt eine derartige Erfassung in sog. Verbunddateien einen schwerwiegenden Eingriff in das  
19 Recht auf informationelle Selbstbestimmung dar. Für uns ist klar, klar, dass der polizeiliche Umgang mit perso-  
20 nenbezogenen Daten kein schlicht hoheitliches Handeln ist, sondern einen rechtfertigungsbedürftigen Eingriff  
21 in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung darstellt. Wir fordern daher:
- 22 – dass weitere Maßnahmen wie Aufenthalts- und Betretungsverbote oder Meldeauflagen auf Grundlage einer  
23 solchen Eintragung sofort gestoppt werden
- 24 – eine bundesweite Regelung zur proaktiven Benachrichtigungspflicht, die gemeinsam mit den Ländern erar-  
25 beitet werden soll und eine umfangreiche gerichtliche Überprüfung der Dateien und Daten.
- 26 – dass die aufgeführten Personen nicht öffentlich als GewalttäterInnen bezeichnet werden, wenn sich kei-  
27 ne Gewalttat nachweisen lässt. Auch nicht, dass die Person in individualisierbarer Weise öffentlich bekannt  
28 wird.
- 29 – der Stopp einer uferlosen Eintragungspraktik für „politisch motivierte Kriminalität links“, weil die rechtlichen  
30 Voraussetzungen für eine Speicherung fehlen
- 31 – dass Personen, die eine Demonstration anmelden nicht grundsätzlich in die Verbunddateien aufgenommen  
32 werden dürfen
- 33      1. Herausforderungen und Rahmenbedingungen für Verbunddateien

34 Eine transparente und gesetzlich eingeschränkte Datenverwendung ist für die Rechtsstaatlichkeit polizeilicher  
35 Gefahrenabwehr von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Obgleich die Verwendung und Speicherung der  
36 Daten unzweifelhaft einen Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung darstellt, wird den BürgerInnen  
37 dieser Eingriff häufig nicht so gewahrt werden, wie klassische Eingriffsmaßnahmen, gegen die sich BürgerInnen  
38 leicht vor den Verwaltungsgerichten zur Wehr setzen können. Damit BürgerInnen überhaupt von dem  
39 Eingriff Kenntnis erlangen, ist eine Mitwirkung der jeweiligen Behörde notwendig. Die geringen Hürden, die  
40 vor einer Eintragung stehen und die hohe Rate an Fehleintragungen sind rechtlich bedenklich, da Eintragun-  
41 gen in Verbunddateien im Rahmen der automatisierten Datenverarbeitung mit den Inhalten weiterer Dateien  
42 verknüpft werden können. Deshalb fordern wir:

43 – Diese Erforderlichkeit einer Eintragung in eine Verbunddatei soll nur dann gelten, wenn es zu einer Verur-  
44 teilung wegen einer Gewalttat gekommen ist. Die 44Eintragung darf nicht aufgrund eines Generalverdachts  
45 geschehen

46 – es muss eine öffentlich einsehbare Datenverordnung, Verfahrensbeschreibung oder Errichtungsanordnung  
47 geben.

48 – auch die personenbezogenen Daten von gespeicherten Personen sind zu löschen, wenn die Speicherung zur  
49 polizeilichen Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich ist. Dies zählt für uns, wenn der Betroffene freigespro-  
50 chen oder das gegen ihn geführte Ermittlungsverfahren eingestellt worden ist. Wenn dieser die Tat nicht oder  
51 nicht rechtswidrig begangen hat

#### 52 1. Grundsätzlicher Umgang mit Verbunddateien

53 Eine Registrierung in dieser Datei birgt für den Betroffenen eine konkrete Gefahr der sozialen Abstempelung  
54 und Etikettierung. Gerade auch junge Menschen werden dadurch stigmatisiert, wenn diese z.B. eine Demons-  
55 tration angemeldet haben oder sich aktiv für unsere Gesellschaft einsetzen. Deshalb fordern wir:

56 – dass eine Datenerhebung und -verwendung unter der Beachtung äußerster Vorsicht und Restrektion erfol-  
57 gen muss

58 – für den/die einzelneN BürgerIn muss es ersichtlich sein, welche die Person betreffenden Daten aus welchem  
59 Anlass und in welcher Datei gespeichert werden und wer diese Dateien einsehen kann

60 – Eintragungen in Verbunddateien, die im Rahmen der automatischen Datenverarbeitung mit den Inhalten wei-  
61 terer Dateien verknüpft werden, müssen offen gelegt werden. Dies ist uns wichtig, weil dadurch der mit der Da-  
62 tenerfassung einhergehende Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung vertieft wird.

#### 63 5. Forderung zur Rechtsgrundlage der Verbunddateien

64 Rechtsgrundlagen und Verwaltungsanordnungen für polizeiliche Datensammlungen sind in der Regel: un-  
65 bestimmte Rechtsbegriffe, weiterer Maßstäbe für die Gefahrprognosen und eine Vielzahl von Anlasstatsa-  
66 chen.

67 Aufgrund derartiger Rechtsgrundlagen werden betroffene Personen in sog. Verbunddateien eingetragen. Ins-  
68 besondere bei der Datei Gewalttäter Sport werden- anders als die Bezeichnung vermuten ließe- in der Mehr-  
69 zahl keine Gewalttäter eingetragen. Dies ist eine direkte Folge der derzeitigen Eintragungspraxis.

70 Wir fordern daher:

71 – Aufnahme des Rechts auf informelle Selbstbestimmung in das Grundgesetz, sodass die "Befugnis des Einzel-  
72 nen, grundsätzlich selbst zu entscheiden, wann und innerhalb welcher Grenzen persönliche Lebenssachver-  
73 halte offenbart werden" verfassungsrechtlich geschützt ist.

# J Jugendpolitik

## J Jugendpolitik

---

J1	Nord- Niedersachsen	Kostenerstattung für den Arbeitsweg für Jugendfreiwilligen- dienstleistende	50
----	------------------------	--	----

---

# J1

<b>Titel</b>	Kostenerstattung für den Arbeitsweg für Jugendfreiwilligendienstleistende
<b>AntragstellerInnen</b>	Nord-Niedersachsen

---

## Kostenerstattung für den Arbeitsweg für Jugendfreiwilligendienstleistende

- 1 Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen, dass die Kosten für den Arbeitsweg von Jugendfreiwilligendienstleistende erstattet werden. Die Kosten die dadurch anfallen sollen vom Bund übernommen werden.
- 2
- 3

# M Migration, Integration, Asyl- & Flüchtlingspolitik

## M Migration, Integration, Asyl- & Flüchtlingspolitik

---

M5	Berlin	Sichere Fluchtrouten statt Festung Europa!	52
----	--------	--	----

---

# M5

**Titel** Sichere Fluchtrouten statt Festung Europa!

**AntragstellerInnen** Berlin

---

## Sichere Fluchtrouten statt Festung Europa!

1 In Artikel 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention ist das Recht auf Leben eines jeden Menschen ver-  
2 brieft: „Das Recht jedes Menschen auf Leben wird gesetzlich geschützt.“ Wenn ein Recht auf Leben ernst-  
3 genommen wird, so muss dies auch beinhalten, dass Menschen vor lebensbedrohlichen Situationen in ein  
4 sicheres Land fliehen können, ohne für diese Flucht mit ihrem Leben zu bezahlen. Ein Recht auf Leben muss  
5 folglich ein Recht auf sichere Flucht vor Bedrohung beinhalten.

6 Leider müssen wir feststellen, dass sich die Europäische Union von diesem Anspruch zunehmend entfernt.  
7 Satt ein sicherer Zufluchtsort für Flüchtende zu sein, rüstet die Europäische Union ihre Außengrenzen immer  
8 stärker zu tödlichen Festungsmauern. Allein von Januar bis Juli 2017 sind mindestens 2500 Menschen bei ihrer  
9 versuchten Flucht nach Europa im Mittelmeer ertrunken. Rund 300.000 Menschen wagten die lebensgefährli-  
10 che Überfahrt laut UN-Angaben im Jahr 2016. Dabei stünde eine Vielzahl von Mitteln und Wegen zur Verfügung,  
11 um dies zu vermeiden. Jeder Mensch, der sich bei seiner Flucht nach Europa in Lebensgefahr begeben muss, straft  
12 den Anspruch der Europäischen Union, Wertegemeinschaft und Vorbild für Grund- und Menschenrechte zu  
13 sein, Lügen.

14 Die Europäische Union und die Bundesrepublik Deutschland versuchen die europäischen Außengrenzen wei-  
15 ter vom Mittelmeer weg in die Sahara zu verlegen, um die Migration auf den europäischen Kontinent wei-  
16 ter zu erschweren. Unter dem Vorwand der Terrorismus- und Schlepperbekämpfung werden Grenzanlagen  
17 ausgebaut und der Grenzschutz militarisiert. Dazu schrecken die EU-Staaten nicht vor einer Kooperation mit  
18 Diktaturen zurück. Schon heute ist der Weg durch die Wüste ähnlich gefährlich wie der darauffolgende Weg  
19 über das Meer. Sie ist schon heute ein vergessener Friedhof – allerdings werden die Leichen nicht angespült  
20 und NGOs können die nordafrikanischen Staaten kaum bewegen, weil weder Sicherheit noch rechtsstaatlicher  
21 Schutz vor Willkür garantiert ist.

22 Derweil machen sich die Europäischen Regierungschef\*innen einen schlanken Fuß: Anstatt den innereuropäi-  
23 sche Streit um die Aufnahme von Flüchtenden unter den Mitgliedländern zu lösen und den rassistischen Refle-  
24 xen in den Mitgliedsländern mutig entgegenzutreten, verlagern sie ihre „Problemlösung“ nach Außen.

25 Wir müssen erleben, wie Zäune errichtet und mit Waffengewalt verteidigt werden, Deals mit Despoten ge-  
26 macht und Flüchtende in Internierungscamps von marodierenden Verbrechern zurückgeschoben werden.  
27 Anstatt flüchtende Menschen zu schützen, werden die Europäischen Grenzen vor dem Übertritt durch Flücht-  
28 tende „geschützt“. Auch die deutsche Bundesregierung nimmt dies nicht nur billigend in Kauf, sondern betei-  
29 ligt sich aktiv an Deals mit Erdoğan und der libyschen Küstenwache. Dabei werden sehenden Auges massive  
30 Menschenrechtsverletzungen und zahllose Todesfälle in Kauf genommen.

31 Über Parteien hinweg kommt sowohl aus Deutschland als auch aus anderen Ländern der EU immer wieder die  
32 Forderung zur Bekämpfung von sogenannten Fluchtursachen. Gemeint sind hier eine ganze Bandbreite von  
33 Maßnahmen, die sich wahlweise auf die ‚Bekämpfung‘ von Armut und kriegerischen Konflikten oder Direkt-  
34 maßnahmen in sogenannten Drittstaaten zur Verhinderung von Fluchtmöglichkeiten richten. Diese Form von  
35 aktionistischem Handeln lehnen wir ab. Als internationalistischer Jugendverband erkennen wir an, dass Men-  
36 schen solange von ihren Heimatländern flüchten werden, wie globale Ungleichheiten, sowohl in ökonomischer  
37 Hinsicht als auch in Belangen der körperlichen Unversehrtheit sowie der gesellschaftlichen und politischen  
38 Teilhabe, in dem Ausmaß existieren, wie es heute der Fall ist. Mit ein wenig Entwicklungszusammenarbeit und  
39 Hochrüstung der Grenzen in Drittstaaten ist es deshalb nicht getan. Deutschland und die Europäische Union  
40 insgesamt tragen zu einem erheblichen Teil zur Verstärkung von globalen Ungleichheiten durch asymmetri-

41 sche Handelspolitik, Waffenexporte und teils imperialistische Außenpolitik bei. Die Flucht bietet deshalb für  
 42 viele Menschen eine wesentlich konkretere Perspektive, ihre Lebensumstände zu verbessern – und in letz-  
 43 ter Konsequenz ihr Leben zu retten – als vage Zusagen der Entwicklungszusammenarbeit, die mithin einzig  
 44 auf das Erschließen von neuen Märkten ausgerichtet sind. Bestünde tatsächlich ein ernst gemeintes Interesse  
 45 an der Bekämpfung von Fluchtursachen durch die Europäische Union – und nicht an der Bekämpfung von  
 46 Flucht – , müssten Maßnahmen in viel stärkerem Ausmaß auf die Bekämpfung von globalen Ungleichheiten  
 47 ausgerichtet sein.

48 Die Europäische Union hat im Mittelmeer eine Militärmission („Sofia“) zur „Bekämpfung von Schlepperkrimi-  
 49 nialität“ ins Leben gerufen. Anstatt eine Seenotrettungsmission zur Rettung von Menschen auf dem Mittelmeer  
 50 zu finanzieren, kreuzen nun Kriegsschiffe vor der libyschen Küste, um den Schleppern ihr Geschäft zu erschwe-  
 51 ren. Die frühere Mission ‘Mare Nostrum’ war eine Seenotrettungsmission, die zumindest ein Mindestmaß an  
 52 Hilfe gewährte – auch wenn sie ebenfalls bereits Ansätze der aktuellen Fehlentwicklung enthielt. Dabei läge der  
 53 Schlüssel, um das Geschäftsmodell der Schlepper zu unterbinden, in der Hand der Europäischen Union selbst:  
 54 Die Schlepper können nur so lange Geld mit der tödlichen Mittelmeerüberfahrt verdienen, wie es keine legalen  
 55 Wege zur Flucht nach Europa gibt. Offenbar besteht bei den Regierungschef\*innen derzeit eine höhere Bereit-  
 56 schaft, Geld für unsinnige Militäraktionen aufzuwenden, als dieses Geld in die Rettung von Menschenleben,  
 57 humanitäre Visa und Integrationsmaßnahmen zu investieren.

58 Für uns ist klar, dass internationale Solidarität und die Durchsetzung des Rechtes auf Leben nicht an den  
 59 Europäischen Außengrenzen aufhören dürfen. Egal aus welchem Grund oder von welchem Ort ein Mensch  
 60 flieht, niemand darf dafür mit seinem Leben bezahlen. Der gefährlichen Spirale zwischen Hochrüstung der  
 61 Grenzen und immer gefährlicheren Fluchtrouten muss endlich ein Ende gemacht werden. Unser Ziel ist, dass  
 62 alle Menschen dort leben können, wo sie wollen. Als Sofortmaßnahmen für sichere Fluchtrouten fordern wir  
 63 jedoch von der deutschen Bundesregierung und der Europäischen Union:

#### 64 1. Sichere Fluchtwege Schaffen: Vergabe humanitärer Visa

65 Kein Mensch müsste sich auf ein Schlauchboot zur Mittelmeerüberfahrt begeben, wenn die sichere Flucht lega-  
 66 lisiert wäre. Beispielsweise ist eine Einreise per Flugzeug sicher und deutlich billiger, jedoch nach EU-Richtlinie  
 67 2001/51/EG nicht legal: Fluggesellschaften haften demnach, wenn Passagiere im Zielland wegen fehlender  
 68 Papiere abgewiesen werden. Das Unternehmen muss eine Strafe zahlen, den Rückflug organisieren und für  
 69 Unterkunft und Verpflegung bis zur Rückreise aufkommen. Entsprechend werden Personen ohne Visum nicht  
 70 transportiert.

71 Wir fordern daher:

- 72 • Es muss eine humanitäre Visafreiheit eingeführt werden. Jeder Grenzübertritt – ob auf dem Land-, See-  
 73 und Luftweg – mit dem Ziel, in einem Staat einen Asylantrag zu stellen, muss legalisiert sein. Diese  
 74 Regelung muss die Durchreise einschließen.
- 75 • Die Bereitstellung humanitärer Visa (nach dem Beispiel Italiens) zur legalen Einreise und zur Übernah-  
 76 me der Reisekosten in die Europäische Union. Bis zum Zeitpunkt einer Einigung muss die deutsche Bun-  
 77 desregierung eine entsprechend hohe Anzahl für die Einreise nach Deutschland zur Verfügung stellen  
 78 und den sicheren Transport in die Europäische Union organisieren und finanzieren.
- 79 • Die humanitären Visa sind gebührenfrei und unbürokratisch in den Botschaften und Konsulaten zu  
 80 gewähren. Dafür müssen die nötigen personellen Aufstockungen in den Botschaften so schnell wie  
 81 möglich umgesetzt werden, um die Wartezeiten zu minimieren.
- 82 • Die Familienzusammenführung von geflüchteten Personen ist umgehend wieder aufzunehmen und  
 83 ebenfalls schnell und unbürokratisch über die Vergabe humanitärer Visa zu ermöglichen.
- 84 • Die EU-Richtlinie 2001/51/EG muss ersatzlos gestrichen werden.

#### 85 1. Libysche Folter-Camps schließen

86 Der UNO-Koordinator für Libyen, Martin Kobler, beschreibt die Situation in den Libyschen Camps als “furcht-  
 87 bar, entsetzlich und grauenhaft“. Die Menschen sind unterernährt, willkürlicher Gewalt ausgesetzt und auf  
 88 engstem Raum zusammengepfercht. Es wird von systematischen Erschießungen berichtet. Viele dieser Camps



89 werden „privat“ von Milizen betrieben. Schätzungen zufolge hat die libyschen Regierung nicht mehr als 30 Pro-  
90 zent des libyschen Territoriums unter Kontrolle.

91 Wir fordern daher:

- 92 • Alle Menschen, die sich in libyschen Camps befinden, sind umgehend in sichere Camps umzusiedeln.  
93 Eine Rückführung flüchtender Menschen nach Libyen darf keine Option sein.
- 94 • Die Menschenrechtsverbrechen in den Camps sind vor dem Internationalen Strafgerichtshof für Men-  
95 schenrechte anzuklagen.
- 96 • Jegliche Unterstützung der Europäischen Union, die in die Hände der autonomen Milizen gelangen  
97 könnte, beispielsweise über die libyschen Küstenwache, ist sofort einzustellen

98 1. Flüchtlingscamps nach UN-Standards

99 Die finanzielle Ausstattung von UN Organisationen zur Hilfe und Unterbringung für Geflüchtete muss sofort  
100 verbessert werden. UNHCR und das World Food Program sind immer wieder genötigt, die grundlegenden  
101 Standards in den Camps zu senken, die Essensrationen zu kürzen und können im Winter nicht sicher vor dem  
102 Erfrieren schützen. Solche Umstände sind unverantwortbar.

103 Daher bekräftigen wir erneut unsere bereits bestehenden Forderungen:

- 104 • Solange die europäische Union ihren Pflichten nicht zu genüge nachkommt, muss die Bundesregierung  
105 alle notwendigen Finanzmittel bereitstellen, um die humanitären Standards in den Flüchtlingscamps zu  
106 gewährleisten.
- 107 • eine drastische und dauerhafte Erhöhung der durch die Bundesregierung zur Verfügung gestellten  
108 Plätze im Rahmen des Resettlement-Programms
- 109 • eine Reform des Resettlement-Verfahrens: Das Resettlement-Auswahlverfahren darf nicht nach Bil-  
110 dungsstand, Herkunft oder Religionszugehörigkeit entschieden werden, sondern je nach Notlage.
- 111 • unmittelbar nach der Ankunft sollte eine intensive Erstbetreuungsphase mit gesundheitlicher und psy-  
112 chologischer Unterstützung stattfinden.
- 113 • Die Geflüchtetenunterbringungen auf dem europäischen Festland müssen ebenfalls dringend verbes-  
114 sert werden. Vielfach erfüllen sie selbst nicht humanitäre Mindeststandards.

115 1. Europäische Seenotrettung

116 Wir fordern:

- 117 • Die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX muss unverzüglich abgeschafft werden. Es steht für  
118 die menschenrechtswidrige und militarisierte Grenzabschottung der EU. Da die Agentur zudem nicht  
119 demokratisch kontrolliert werden kann, bleibt nur die gänzliche Auflösung.
- 120 • die Wiedereinsetzung einer Europäische Seenotrettungsmission nach dem Vorbild der Mission „Mare  
121 Nostrum“ mit zusätzlichen Mitteln und Finanzen. Diese können durch eine Umwidmung der Mission  
122 „Sofia“ zur Verfügung gestellt werden. Es ist Aufgabe der Europäischen Union sicherzustellen, dass  
123 ihre Außengrenzen nicht zum Massengrab werden. In der derzeitigen Situation ist dies nur mit einer  
124 staatlich organisierten Seenotrettung möglich.
- 125 • Die Staaten mit südlicher EU-Außengrenze können die Integration von tausenden Geflüchteten nicht  
126 alleine schultern. Die aus Seenot geretteten Flüchtenden müssen virtuell auf alle Mitgliedsstaaten der  
127 Europäischen Union nach einem festen Schlüssel solidarisch verteilt werden. Wenn ein Staat weniger  
128 Geflüchtete aufnimmt, als er müsste, muss er an diejenigen Staaten, die mehr Geflüchtete aufneh-  
129 men, als der Schlüssel besagt, zahlen und hat mit zusätzlichen Sanktionen der Europäischen Union  
130 zurechnen. Diese Regelung kann auch durch die partielle Streichung von EU-Geldern an diesen Staat  
131 durchgesetzt werden. Die Verpflichtung zu den oben genannten Ausgleichszahlungen bleibt weiter-  
132 hin bestehen. Außerdem müssen für Unterbringung, Betreuung und Asylverfahren Mindeststandards  
133 gelten, von denen einige EU-weit, andere Mitgliedslandspezifisch sein müssen.

- 134 • Eine Rückführung von Menschen in nicht-sichere Staaten muss ausgeschlossen werden. Das Non-  
135 Refoulement-Prinzip der Genfer Flüchtlingskonvention gilt uneingeschränkt.

136 1. Keine Deals zur gewaltsamen Zurückhaltung von Flüchtenden

137 Die sogenannte „Flüchtlingsdeal“ mit der Türkei, sowie informelle Abkommen mit anderen Mittelmeer-  
138 Anreinerstaaten über die gewaltsame Zurückhaltung von flüchtenden Menschen sind umgehend aufzukün-  
139 digen. Sie sind aus moralischen und humanitären Gründen nicht zu rechtfertigen, widersprechen internatio-  
140 nalem Recht und machen die Europäische Union politisch erpressbar.

141 1. Die Kriminalisierung humanitärer Hilfe stoppen

142 Seitdem die europäische Seenotrettungsmission beendet wurde, haben es sich gut ein Dutzend Nicht-  
143 Regierungs-Organisationen (NGOs) zur Aufgabe gemacht, die Menschen im Mittelmeer vor dem Ertrinken zu  
144 retten. Rund 40 Prozent der Rettungen im Mittelmeer wurden in den letzten 1,5 Jahren von privaten Helfer\*in-  
145 nen durchgeführt. Dass diese eigentlich staatliche Verantwortung auf Laien und NGOs abgewälzt wird, ist an  
146 sich bereits Grund für Kritik. In den letzten Monaten wurde die humanitäre Hilfe auf dem Mittelmeer jedoch  
147 regelrecht kriminalisiert. Von rechten Bewegungen in Italien, Österreich und Deutschland ausgehend wurden  
148 absurde Anschuldigungen erhoben, die NGOs würden mit Schleppern kooperieren und Schleuser-Tätigkeiten  
149 durchführen. Ohne jegliche Beweise und trotz massiver Dementi seitens der NGOs wiederholte der deutsche  
150 Innenminister Thomas de Maizière ähnliche Anschuldigungen und die Italienische Regierung nötigte den NGOs  
151 einen „Code of Conduct“ auf, der ihre Arbeit massiv einzuschränken droht. Als die libyschen Küstenwache ein-  
152 seitig eine 70-90 Seemeilen große „Search-and-Rescue-Zone“ vor ihrer Küste ausrief, und somit internationale  
153 Hoheitsgewässer annektierte, erfolgte von der Europäischen Union keinerlei Reaktion – obgleich die EU den  
154 Aufbau der libyschen Küstenwache finanziert und unterstützt. Die Seenotrettungs-NGOs sehen sich seither  
155 massiven Übergriffen und Bedrohungen durch die libysche Küstenwache ausgesetzt, viele haben ihre Ret-  
156 tungsaktivitäten vorerst eingestellt oder stark eingeschränkt. Die nun fehlenden Rettungskapazitäten wurden  
157 von staatlicher Seite jedoch nicht ersetzt, sodass die Situation vor der libyschen Küste für die Flüchtenden nun  
158 noch gefährlicher ist als zuvor.

159 Daher fordern wir:

- 160 • Ein Ende der Kriminalisierung von humanitärer Hilfe auf dem Mittelmeer durch die Bundesregierung  
161 und insbesondere das Innenministerium
- 162 • Die Aufbauhilfe für die libysche Küstenwache so lange auszusetzen, bis die libysche Küstenwache ih-  
163 re Übergriffe auf NGOs glaubhaft unterlässt und die einseitig erklärte „Search- and – Rescue- Zone“  
164 aufgibt.
- 165 • Sicherheitsgarantien für die im Mittelmeer operierende NGOs durch die Europäische Union und Deut-  
166 sche Bundesregierung. Keine humanitäre Organisation darf dazu gezwungen werden, bewaffnetes Per-  
167 sonal an Bord zu nehmen.
- 168 • Nach der Umsetzung dieser Sofortmaßnahmen muss die Europäische Union und die Bundesrepublik  
169 Deutschland damit beginnen, die uneingeschränkte Bewegungsfreiheit für alle Menschen zu realisie-  
170 ren. Es kann unter keinen Umständen gerechtfertigt sein, dass ein Teil der Menschheit ihr Leben riskie-  
171 ren muss, um Grenzen zu überwinden, während ein privilegierter Teil genauso wie Waren und Kapital  
172 sich grenzenlos bewegen kann. Eine Welt ohne Grenzen ist möglich.

173 1. Internationale Solidarität ermöglichen statt Flucht bekämpfen

174 Die Europäische Union gemeinsam mit den 28 Mitgliedstaaten trägt nach Eigenangaben mehr als 50 Pro-  
175 zent der weltweiten Mittel für Entwicklungszusammenarbeit. Globale Ungleichheiten als zentrale Ursache für  
176 Fluchtbewegungen konnten bisher allerdings nicht wirksam eingedämmt werden. Seit der Verstärkung von  
177 Flüchtlingsbewegungen im Jahr 2015 hat die Europäische Union zusätzliche budgetäre Mittel in die Hand ge-  
178 nommen, um den sogenannten Grenzschutz in den südlichen Mittelmeeranreinerstaaten zu verstärken. Zu-  
179 sätzlich wurden über die längerfristigen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit hinaus verstärkt Mittel für  
180 Nord-und Westafrika bereitgestellt, die die ‚Fluchtursachen‘ bekämpfen sollen. Entwicklungszusammenarbeit  
181 muss sich stärker an Maßgaben internationaler Solidarität messen lassen, damit sie ihre intendierte oder vor-  
182 geschobene Wirkung erzielen. Sofortmaßnahmen sind nur dann hilfreich, wenn sie akute humanitäre Krisen  
183 bekämpfen und somit Flucht zu einer Option anstatt zu einer lebenserhaltenden Notwendigkeit macht.

184 Deshalb fordern wir:

185 • Einen ehrlichen Umgang in der Diskussion um die Bekämpfung von Fluchtursachen. Gerade die SPD  
186 muss als Partei der internationalen Solidarität (gem. Hamburger Programm) stärker die Wechselwir-  
187 kung zwischen dem deutschen Engagement im Ausland und Fluchtbewegungen in die Europäische  
188 Union thematisieren. Aktionistische Konzepte der SPD zur Bekämpfung von Fluchtursachen in Zeiten  
189 hoher Flüchtlingsbewegung müssen allgemeinen Konzepten der Bekämpfung von globalen Ungleich-  
190 heiten weichen.

191 Die Anerkennung der Flucht als legitimes Mittel zur Verbesserung der individuellen Lebenssituation. Fluchtbe-  
192 wegungen werden zuvörderst durch globale Ungleichheiten ausgelöst. Die Ermöglichung von Flucht ist daher  
193 oft das schnellste und effektivste Mittel internationaler Solidarität, unabhängig davon, ob sich die individuelle  
194 Fluchtmotivation aus kriegerischen Konflikten, Verwehrung gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, Verlet-  
195 zung der körperlichen Unversehrtheit oder ökonomischen Erwägungen speist.

# O Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten & Kommunales

## O Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten & Kommunales

---

O3	Baden- Württemberg	Wohnraum – Woher nehmen, wenn nicht stehlen!	58
O6	Bremen	Bewohner*innen- und Mieter*innenräte einrichten!	62

---

# O3

<b>Titel</b>	Wohnraum – Woher nehmen, wenn nicht stehlen!
<b>AntragstellerInnen</b>	Baden-Württemberg

---

## Wohnraum – Woher nehmen, wenn nicht stehlen!

- 1 Angesichts des Mangels an bezahlbaren Mietwohnungen ist es dringend notwendig, neuen Wohnraum zu  
2 schaffen. Zwar gibt es in einzelnen Regionen nach wie vor einen beträchtlichen Wohnungsleerstand. Da wir  
3 aber jedem Menschen grundsätzlich das Recht zugestehen wollen, seinen Wohnort selber zu wählen, muss vor  
4 allem in Gebieten mit angespanntem Mietwohnungsmarkt der Mangel an Mietwohnraum auf allen Ebenen  
5 eingedämmt werden. Zusätzlich zur Bezahlbarkeit von neu geschaffenenem Wohnbau, müssen diese auch  
6 qualitativ hochwertig sein. Neubauten sollten daher sowohl äußerlich architektonisch anspruchsvoll sein, als  
7 auch in der Innenaustattung den jetzigen und zukünftigen Stand mehr als entsprechen.
- 8 Mit Flächenmangel umgehen
- 9 Insbesondere in vielen Städten sind bezahlbare Mietwohnungen knapp. Hier ist häufig der Mangel an bebau-  
10 baren Flächen ein noch größeres Problem als die fehlende Finanzierung. Ziel muss es also sein, vorhandene  
11 Flächen effizient zu nutzen und preisgünstigen Wohnraum als preiswerten Wohnraum zu erhalten. Um neuen  
12 Raum zu schaffen, der für Mietwohnungen genutzt werden kann, sind kreative Lösungen unabdingbar!
- 13 Durch eine intelligente Innenentwicklung können tote Flächen, wie Bundesautobahnen oder Bundesstraßen  
14 verwendet werden. Indem diese Straßen nicht mehr Städte zerschneiden, sondern in Tunnellage gebracht  
15 werden, entstehen Flächen nicht nur auf, sondern auch in direkter Umgebung der ehemals oberflächlich lau-  
16 fenden Trasse, die für Wohnungsbau genutzt werden kann.
- 17 Wir sprechen uns für eine Nachverdichtung aus, die das kommunale Klima beachtet, aber einer Bebauung von  
18 Naherholungsbereichen entgegenwirkt. So soll der Ausbau von Flachdächern (sogenanntes „Topping“), der  
19 Bau von Wohnungen auf innerstädtischen Brachen, aber auch unkonventionelle Wohnarten, wie z.B. schmale  
20 Häuser oder der von „tiny houses“, also Kleinsthäusern, gefördert werden, ohne dass es zu einer Beeinträch-  
21 tigung der Frischluftkorridore in dichtbesiedelten Vierteln kommt. Die konkreten Entscheidungen hierzu sind  
22 am sinnvollsten auf der kommunalpolitischen Ebene zu treffen.
- 23 Um festzustellen, wo hier weitere Potentiale zur Schaffung von günstigem Wohnraum sind, fordern wir die  
24 SPD-Fraktion im Bundestag dazu auf
- 25 • sich für die Schaffung eines Fördertopfes zur Unterstützung von Projekten für unkonventionellen Wohnraum  
26 einzusetzen.
- 27 • sich verstärkt für Tunnellösungen bei Neu- und Ausbauten einzusetzen, um an jenen Stellen Flächen zur  
28 Innenentwicklung bereitstellen zu können
- 29 • sich für die Förderung von Nachverdichtung, wie z.B. „Topping“ bei Beachtung des kommunalen Klimas ein-  
30 zusetzen.
- 31 Ferner ist die Regelung, dass für jede Wohneinheit eine bestimmte Zahl von Parkplätzen vorhanden sein  
32 muss, aus unserer Sicht in Großstädten überholt. Die Kommunen sollten hier die Freiheiten nutzen, die sie  
33 durch erneuerte Landesbauordnungen erhalten haben und den Stellplatzschlüssel mit Zielrichtung auf kos-  
34 tengünstigeres Bauen so niedrig wie möglich ansetzen. Um Flächen zu sparen, sollten vermehrt Konzepte für  
35 Quartiersgaragen umgesetzt werden. Ebenfalls mindern wollen wir ineffiziente Flächennutzungen. In vielen  
36 Städten wachsen Gewerbe- und Wohngebiete zusammen. Flächen, die vormals als Gewerbegebiet genutzt  
37 wurden, könnten so zu attraktiven Wohnlagen werden, wenn sie nicht schon gewerblich bebaut wären. In den  
38 Kommunen

- 39 • soll geprüft werden, wo durch die Umwandlung von Gewerbe- in Wohn- oder Mischgebiete Flächen für den-  
 40 Wohnungsbau gewonnen werden können. Selbstverständlich bleibt für uns das Leitbild der durchmischten  
 41 Stadt, die Wohnen und Arbeiten vereint und so auch Raum für Gewerbe, Industrie und Freiräume bietet, hand-  
 42 lungsleitend.
- 43 • sollen gegebenenfalls entsprechende Flächen erworben oder ein Nutzungsrecht erlangt werden. Hier können  
 44 beispielsweise Parkhäuser statt Parkplätzen gebaut werden, wobei das Land ein Parkhaus finanzieren und im  
 45 Gegenzug die Kommune das Nutzungsrecht für gewonnene Flächen erhalten kann und mittelfristig sollen  
 46 Parkplätze durch neue Mobilitätskonzepte überflüssig gemacht werden.
- 47 • sollen vorhandene Flächennutzungspläne überprüft und gegebenenfalls an neue Gegebenheiten angepasst  
 48 werden
- 49 Egal wie der vorhandene Platz in Städten genutzt wird – in jedem Fall ist er endlich. So lange es einen akuten  
 50 Mangel an gefördertem Mietwohnraum gibt, muss die Eindämmung dieses Mangels bei der Bebauung von  
 51 Flächen oberste Priorität haben. Für die kommunale Ebene fordern wir deswegen, dass Attraktive Rahmenbe-  
 52 dingungen für den Umzug in kleinere Wohnungen schaffen
- 53 Bodenspekulation wirksam bekämpfen!
- 54 *„Steigerungen des Bodenwertes, die ohne besonderen Arbeits- oder Kapitalaufwand des Eigentümers entstehen, sind  
 55 für die Allgemeinheit nutzbar zu machen.“* (Verfassung des Freistaates Bayern, Art. 161 Abs. 2)
- 56 Nicht nur in der bayerischen Verfassung, sondern auch in weiteren Landesverfassungen ist die Sozialpflichtig-  
 57 keit des Eigentums an Grund und Boden festgehalten. Dennoch spielt sie aktuell keine Rolle. Im gegenwärtigen  
 58 System wird, wie so häufig, versucht Verteilungsprobleme über den Markt, anstatt über staatliche Steuerung  
 59 und Planung zu regeln. Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis von Gütern. Diesem Gedanken liegt aber  
 60 die Annahme zu Grunde, dass Güter vermehrbar (oder ersetzbar) sind. Für Baugrundstücke, insbesondere im  
 61 innerstädtischen Bereich, gilt das jedoch nicht. Gleichzeitig sind sie ein in höchstem Maße existentielles und  
 62 lebensbestimmendes Gut. Umso verwunderlicher ist es, dass Grundstücke heute gehandelt werden wie be-  
 63 liebige reproduzierbare Güter. In München (sowie vielen weiteren Großstädten) ist Baugrund die wertvollste  
 64 Ressource, denn BesitzerInnen halten Baugrundstücke zurück, verknappen das Angebot, befeuern den Man-  
 65 gel an Wohnraum und treiben die Preise in die Höhe. Gewinn macht, wer den längeren Atem hat, denn der  
 66 Wert eines Grundstücks steigt allein mit der Zeit. Der/Die Eigentümer\*in trägt in diesem Falle nichts zur Wert-  
 67 steigerung bei, sondern profitiert rein von dem aus Steuergeldern finanzierten infrastrukturellen Umfeld des  
 68 Gebäudes.
- 69 Bereits Anfang/Mitte der 70er Jahre wurde das Problem bei den Jusos und in der SPD erkannt und disku-  
 70 tiert. Ziel war es die Spekulation mit Grundstücken durch Besteuerung wirksam zu bekämpfen. An diese Dis-  
 71 kussion wollen wir anknüpfen, denn wir brauchen eine Bodenrechtsreform um Bodenspekulationen einzu-  
 72 dämmen. Gewinne von GrundstückseigentümerInnen durch leistungslose Wertsteigerung des Bodens sollen  
 73 künftig über eine Bodenwertzuwachssteuer abgeschöpft werden. Wir brauchen darüber hinaus eine grund-  
 74 sätzliche Debatte über mögliche Veränderungen der Eigentumsrechte an Grund und Boden, im Zuge derer  
 75 auch alternative Konzepte wie beispielsweise das eines Bodenfonds diskutiert werden.
- 76 Viele Wohnungen in deutschen Städten werden, gemessen an ihrer Kapazität, nicht effizient bewohnt. Durch  
 77 demografische Effekte werden große Wohnungen, die lange Zeit als Heimat für Familien genutzt wurden, nach  
 78 einigen Jahren oft nur noch von Einzelpersonen genutzt. Wenn in einer familieneigneten Wohnung durch  
 79 den Wegzug von Kindern oder den Tod eines Menschen eine Wohnung untergenutzt ist, so ist den Hinterblie-  
 80 benen daraus kein Vorwurf zu machen. Es soll natürlich niemand aus seiner Wohnung oder gar seinem Umfeld  
 81 verdrängt werden! Es ist aber denkbar, dass viele Menschen bereit wären, eine große Wohnung zu Gunsten  
 82 einer geeigneten kleineren aufzugeben. Voraussetzung ist hier das Vorhandensein geeigneter Wohnungen im  
 83 gleichen Quartier. Insbesondere hinderlich ist oft, dass für eine kleinere, geeignete Wohnung eine genauso  
 84 hohe oder gar höhere Miete fällig würde. Um dem Abhilfe zu schaffen, fordern wir
- 85 • vorhandene Flächen so zu nutzen, dass der Wohnungsbedarf dem Quartier angepasst ist. Quartiere müssen  
 86 so entwickelt werden, dass Wohneinheiten für alle Lebensphasen vorhanden sind!
- 87 • Eine Strategie zu entwickeln, die den Wohnungstausch ohne Mietpreiserhöhung ermöglicht

88 Um letzteres zu ermöglichen, ist insbesondere ein Programm zur Förderung von freiwilligen Umzügen zu erar-  
89 beiten. Auch ein Recht auf den Tausch von Mietverträgen soll geprüft und falls möglich etabliert werden.

90 Wohnen und öffentliche Infrastruktur vernetzt denken

91 Eng miteinander zusammen hängen für die Themen Wohnen und öffentliche Infrastruktur. Während in Bal-  
92 lungsräumen günstiger Wohnraum selten geworden ist, ist in deren Peripherie die Lage oft besser. Hinderlich  
93 ist hier oft das schlechte Angebot von öffentlicher Infrastruktur, wie Einkaufsmöglichkeiten, ÖPNV, Schulen,  
94 KiTas, Senioreneinrichtungen oder ärztlicher Versorgung. Die Zusammenarbeit der betroffenen Kommunen  
95 muss noch enger werden. Um einerseits die Infrastruktur von Peripheriegemeinden zu verbessern und an-  
96 dererseits den Wohnungsmarkt in Städten zu entlasten und die Zusammenarbeit der Kommunen zu fördern,  
97 fordern wir

98 – eine Erhöhung der ÖPNV Förderung durch Bund und Länder

99 – den Ausbau von Radwegenetze

100 – in Bebauungspläne Bildungseinrichtungen mit zu bedenken

101 – eine bedarfsgerechte medizinische Versorgung

102 die Entwicklung von Metropolregionen sowie regionale Zusammenschlüsse, in denen der Wandel des regio-  
103 nalen Wohnungsmarktes gemeinsam diskutiert und koordiniert werden kann.

104 • fordern wir die Landtagsfraktion dazu auf, die Förderung des ÖPNV (und Radverkehr) durch das Land an  
105 die

106 Kommunen zu erhöhen

107 • fordern wir die Entwicklung von Metropolregionen, in denen der Wandel des regionalen Wohnungsmark-  
108 tes

109 gemeinsam diskutiert und koordiniert werden kann.

110 Durchsetzen der Mietpreisbremse

111 Die Einführung der Mietpreisbremse war ein erster richtiger Schritt, bedarf aber umfassender Nachbearbei-  
112 tung. So muss das Instrument des Mietspiegels, an welchem sich die ortsübliche Vergleichsmiete orientiert,  
113 dahingehend weiterentwickelt werden, dass auch Bestandsmieten Berücksichtigung finden. Weiter muss der  
114 Berechnungszeitraum ausgedehnt werden. Wir wollen dass die Mietpreisbremse auch für Neubauten gilt.  
115 Da neuerdings viele Wohnungen möbliert angeboten werden, um die Mietpreisbremse zu umgehen, müssen  
116 Möglichkeiten gefunden werden, diese und ähnliche Schlupflöcher, wie beispielsweise auch hohe Ablösesum-  
117 men, zu beseitigen.

118 Damit die Mietpreisbremse greift, kann es nötig sein konsequent Mietverträge zu überprüfen und gegebenen-  
119 falls Verstöße zu ahnden. Leider haben insbesondere Menschen, die auf preisgünstigen Mietwohnraumange-  
120 wiesen sind, nicht die Möglichkeit sich gegen Verstöße zu wehren. Wir fordern deswegen

121 • Die Schaffung von Stellen, an denen Berechtigte MieterInnen kostenlos zu Mietverträgen beraten werden  
122 können Die Kommunen sollen dabei jeweils entscheiden können, welche Träger für die Anlaufstellen geeignet  
123 sind.

124 • Die Finanzierung übernehmen die Länder

125 • Die VermieterInnen müssen bei Neuvermietung künftig den vorherigen Mietpreis angeben, so dass für Mie-  
126 terInnen sogleich erkennbar ist, ob die Bremse eingehalten wird. Ferner sind Verstöße gegen die Mietpreis-  
127 bremse mit Bußgeld zu belegen.

128 Im Fall eines festgestellten Verstoßes fordern wir

129 • dass MieterInnen seit Vertragsabschluss zu viel gezahlte Miete zurück fordern können. Günstige Mietwoh-  
130 nungen langfristig fördern und erhalten

131 Derzeitige Wohnraumförderungsprogramme sind oft auf die Förderung von Preisgebundenen Mietwoh-  
132 ngen für 10, 15 oder 25 Jahre ausgelegt. Das führt dazu, dass Investoren Wohnungsbau finanzieren und die

- 133 Gebäude nach Ablauf der Preisbindung verkaufen. Sofort steigen in der Folge die Mieten. Um langfristig  
134 preis-
- 135 gebundene Mietwohnungen zu erhalten, fordern wir
- 136 • Den Wiedereinstieg in die Wohngemeinnützigkeit. Hierbei sollen Wohnungsunternehmen, die langfristig  
137 preisgebundene Wohnungen bauen und erhalten einerseits durch steuerliche Privilegien und andererseits  
138 durch ein privilegiertes Nutzungsrecht öffentlicher Grundstücke bevorteilt werden.
- 139 • Kommunale Wohnungsgesellschaften mit ausreichend finanziellen Mitteln auszustatten. Diese sind in der  
140 Lage, individuelle Wohnungsbedarfe flexibel abzudecken.
- 141 Notwendige Bedingungen für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit soll unter anderem die Ver-  
142 pflichtung sein, für langfristig geförderten Mietwohnraum zu sorgen. Weiterhin fordern wir ein um-  
143 fassendes Mitbestimmungsrecht für MieterInnen, strikt kostenorientierte Mietpreisgrenzen, transparente  
144 Wohnungsvergabever-
- 145 fahren und Engagement in den Quartieren, in Form von Quartiersbüros o.ä. Finanzierung
- 146 Wir begrüßen die Entscheidung der Bundesregierung, die Mittel für den Wohnungsbau in den nächsten Jahren  
147 zu erhöhen. Wo in den Ländern ein großer Bedarf an gefördertem Wohnraum erkannt wird, sollte dies vom  
148 Bund unterstützt werden.
- 149 In kommunalen Bebauungspläne wird eine 30 Prozent Quote für öffentlich geförderten Wohnraum geschaf-  
150 fen.



# O6

**Titel** Bewohner\*innen- und Mieter\*innenräte einrichten!  
**AntragstellerInnen** Bremen

---

## Bewohner\*innen- und Mieter\*innenräte einrichten!

- 1 Wir fordern, dass die Möglichkeit für BewohnerInnen eines Mehrparteienhauses besteht BewohnerInnenräte  
 2 bilden und die MieterInnen des/der gleichen VermieterIn MieterInnenräte bilden, die jeweils ein umfassendes  
 3 Mitspracherecht haben.
- 4 Wir wollen nicht, dass die EigentümerInnenversammlung abgeschafft wird. Das wäre sowohl organisatorisch  
 5 und rechtlich unmöglich als auch entgegen der Idee dieses Antrags, da die Zahlungspflicht für das Haus betref-  
 6 fende Maßnahmen bei den EigentümerInnen und nicht den MieterInnen liegt.
- 7 Zudem fordern wir, dass die Kommunen sich für die Vernetzung der BewohnerInnen-/MieterInnenräte  
 8 einsetzen. Hierfür soll eine Stelle geschaffen werden, die als Vermittlung zwischen Kommunen und den  
 9 BewohnerInnen-/MieterInnenräten koordinierend vermittelt.
- 10 Es folgt eine Auflistung möglicher Aufgaben solcher Räte, die nicht als abschließend anzusehen ist:
- 11 *BewohnerInnenräte:*
- 12 • sollen Putzpläne, Hausordnung, Nutzungsregelungen von Gemeinschaftsflächen etc. selbstständig auf-  
 13 stellen und ändern können. Grundsätzliche Kriterien hierzu können von den EigentümerInnen vorge-  
 14 geben werden.
  - 15 • sollen bei Sanierungsarbeiten, welche eine Erhöhung des Wohnungsstandards und nicht dem Erhalt  
 16 der Bausubstanz bzw. der allgemeinen Erhaltung des Hauses dienen, ein Beteiligungsrecht erhalten
- 17 *MieterInnenräte:*
- 18 • sollen geplanten Mieterhöhungen zustimmen müssen.
  - 19 • sollen als AnsprechpartnerInnen und VermittlerInnen bei Streitigkeiten zwischen einzelnen MieterIn-  
 20 nen und dem/der VermieterIn dienen.
- 21 sollen eventuell entstehenden Mieterhöhungen in Folge von Luxussanierungen zustimmen müssen
- 22 BewohnerInnenräte sollen für die BewohnerInnen eines Hauses eingerichtet werden. Dazu gehören natürlich  
 23 auch EigentümerInnen, sofern sie im betreffenden Haus leben.
- 24 MieterInnenräte sollen für die MieterInnen des/der gleichen VermieterIn eingerichtet werden, sobald ein/e  
 25 VermieterIn mehr als 5 Wohnungen in einer Kommune hat oder gewerblich vermietet. Bei der Einrichtung  
 26 von MieterInnenräte muss für jeden Rat geprüft werden, ob es, gerade bei großen VermieterInnen, wie z.B.  
 27 bei Vonovia, sinnvoll ist, kleinteilige Räte einzurichten, die durch ein Delegationsprinzip auf höheren Ebenen  
 28 agieren können.
- 29 Für uns Jusos ist aber selbstverständlich, dass die Einrichtung der MieterInnen- und BewohnerInnenräte nicht  
 30 das letzte Wort im Bereich Wohnen und Wohnraum sind. Wir fordern weiterhin die stetige und bedarfsgerech-  
 31 te Erhöhung des Wohnraums, bis dieser für alle Menschen verfügbar ist.
- 32 Es reicht aber nicht aus, wenn der Wohnraum zur Verfügung steht, sondern die Menschen müssen ihn sich  
 33 auch leisten können. Das ist aber nicht immer der Fall, sondern häufig stehen Gebäude leer, weil die Eigen-  
 34 tümerInnen keine MieterInnen finden, die ihren Ansprüchen gerecht werden. Dabei können die Eigentüme-  
 35 rInnen aber größtenteils nicht frei handeln, sondern sind Teil des wirtschaftlichen Systems, welches sie dazu

36 zwingt, aus einem Wert den größtmöglichen Profit heraus zu holen, so auch aus dem Wert Wohnraum. Da-  
37 durch können sie beispielsweise gar nicht unter einem bestimmten Preis vermieten oder nicht an bestimmte  
38 in ihren Augen nicht zuverlässige MieterInnen. Die Misere ist also nicht nur die Schuld der EigentümerInnen  
39 sondern auch die der Gesellschaft und deshalb ist es auch die Pflicht der Gesellschaft, daran etwas zu ändern  
40 und allen Menschen Wohnraum zu organisieren.

41 Uns Jusos ist dabei insgesamt der strukturelle Unterschied zwischen urbanen Ballungszentren und ländlichen  
42 Gebieten sowie das damit einhergehende direkte Verhältnis der problematischen Wohnungs- bzw. Wohnraum-  
43 entwicklung bewusst. Viele Menschen zieht es heutzutage aus verschiedensten Gründen in Großstädte, was  
44 neben ländlichem Leerstand dazu führt, dass in räumlich-begrenzten Metropolregionen die Nachfrage nach  
45 geeignetem Wohnraum steigt. Was in den ländlichen Regionen größtenteils vorhanden ist, wird in Städten zur  
46 Mangelware und in vielen Fällen wegen der gesteigerten Nachfrage zum Spekulationsobjekt: Wohnraum. Wir  
47 Jusos lehnen jegliche Profitmaximierung mit Wohnraum ab. Der kapitalistischen Verwertungslogik mit und das  
48 Ausnutzen von Grundbedürfnissen wie dem Wohnen stellen wir uns entgegen. In dieser Hinsicht müssen wir  
49 aber auch differenzieren zwischen denjenigen, die Wohnraum besitzen, um damit Profit zu erzielen und den-  
50jenigen, die ihr privates Eigentum zur Eigennutzung verwenden. Wir sind uns bewusst, dass sich Vermögen  
51 vermehrt in Immobilien konzentriert, da diese Anlage als krisenfest gilt. Und da sich das Kapital am Markt na-  
52 hezu immer den bestmöglichen Ausgleich zwischen Verlustrisiko und maximalem Gewinn sucht, sind Immo-  
53 bilien naturgemäß beliebte Investitionsoptionen. Vielfach kommt es vor diesem Hintergrund zur Spekulation mit  
54 Wohnraum, welche wir entschieden ablehnen! Ein veritables Mittel, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken  
55 ist u.a. der Soziale Wohnungsbau in den Kommunen und Stadtteilzentren. Wir wollen diesen weiterhin bedarfs-  
56 gerecht und nachhaltig stärken, um eine soziale Mischung in den vielen Quartieren zu gewährleisten. Durch  
57 landeseigene, öffentliche Wohnungsbaugesellschaften bzw. Wohnungsbaugenossenschaften können de-  
58 mokratische Entscheidungsprozesse für MieterInnen ermöglicht werden. So liegt ein Großteil des gesamten  
59 Vermögens in Deutschland in Immobilien, was schon alleine deshalb nicht verwundern darf, weil Immobilien-  
60 vermögen als krisenfest gilt: „Wohnraum brauchen die Menschen immer“. Und da sich das Kapital am Markt  
61 nahezu immer den bestmöglichen Ausgleich zwischen Verlustrisiko und maximalem Gewinn sucht, sind Im-  
62 mobilien naturgemäß beliebte Investitionsoptionen. Wenn also die ungerechte Verteilung von Vermögen in  
63 Deutschland angegangen werden soll, so muss auch die Frage nach dem Eigentum an Immobilien gestellt  
64 werden.

65 Jeder Mensch hat Grundbedürfnisse und muss diese zum Überleben befriedigen. Dazu zählt für uns Jusos  
66 auch der Wohnraum, denn ohne ein Dach über dem Kopf ist der Mensch ständig Gefahren ausgesetzt und  
67 kann nur schwerlich überleben. Aber der Mensch braucht nicht nur irgendein Dach über dem Kopf, sondern  
68 ein solches, welches ihn auch in seiner Würde nicht verletzt. Deshalb erkennen wir das Recht auf Wohnraum  
69 auch als Menschenrecht an. In der langen Frist ist es nicht haltbar, dass Mietshäuser wie Produktionsmittel  
70 unter kapitalistischer Profitmaxime vermietet und durch den Markt allokiert werden. Wohnen als Grundrecht  
71 verträgt sich nicht mit der Vorstellung von Wohnimmobilien als Anlage- und Spekulationsobjekten. Deswe-  
72 gen sprechen wir uns für Eigentumsverhältnisse aus, die den Widerspruch zwischen EigentümerInnen und  
73 BewohnerInnen versuchen aufzulösen. Dazu gehören zum Beispiel genossenschaftliche Wohnprojekte, so-  
74 wie sozialer Wohnungsbau, der in öffentlicher TrägerInnenschaft demokratischer Kontrolle unterliegt. Nur  
75 so kann nachhaltig gewährleistet werden, dass die individuellen Bedürfnisse der BewohnerInnen befriedigt  
76 werden sowohl wenn es um die Bereitstellung von Wohnraum, als auch wenn es um die Ausgestaltung des  
77 Wohnverhältnisses im konkreten Fall geht.

# P Pflege, Gesundheit & Soziales

## P Pflege, Gesundheit & Soziales

---

P1	Brandenburg	Selbstbestimmtes Sterben – für eine klare Regelung des Assis- tierten Suizids	65
----	-------------	--	----

---

# P1

<b>Titel</b>	Selbstbestimmtes Sterben – für eine klare Regelung des Assistierte Suizids
<b>AntragstellerInnen</b>	Brandenburg

---

## Selbstbestimmtes Sterben – für eine klare Regelung des Assistierte Suizids

- 1 Die Jusos und die SPD setzen sich für eine klarere Regelung des assistierten Suizids ein. Deswegen werden  
2 sie
- 3 aufgefordert, sich für eine Evaluation und Überarbeitung des §217 StGB n.F. (geschäftsmäßige Förderung  
4 der
- 5 Selbsttötung) einzusetzen und des §216 StGB. Bei der Überarbeitung ist besonders das Tatbestandsmerkmal  
6 der Geschäftsmä-
- 7 ßigkeit zu überarbeiten und auf das „Recht auf Sterben“ aus Art. 2 II i.V.m. Art. 2 I, 1 I GG einzugehen.  
8 Auch
- 9 soll eine genauere Betrachtung von Vereinen wie dem Schweizer „Dignitas e.V.“ erfolgen, entsprechen-  
10 de
- 11 Vereine sind von Unternehmen, die assistierten Suizid als Dienstleistung anbieten, zu unterscheiden. Ziel  
12 des
- 13 Reformprozesses soll es sein, den aktuellen §217 StGB n.F. klarer zu regeln, sowie die aktive Sterbehilfe und  
14 den assistierten Suizid unter bestimmten Voraussetzungen bei der Durchführung durch eine\*n Arzt\*Ärztin zu  
15 legalisieren.
- 16 Zudem sollte im Gesetzgebungsverfahren auf Einwilligungsmöglichkeiten durch Patientenverfügungen einge-  
17 gangen werden.
- 18 Der bei der aktiven Sterbehilfe bislang zur Anwendung kommende § 216 StGB (Tötung auf Verlangen) ist zu  
19 ergänzen, so dass unter folgenden Bedingungen keine Rechtswidrigkeit vorliegt:
- 20 • Die Sterbehilfe wird von einem/einer Arzt/Ärztin durchgeführt.
- 21 • Die Lebensbeendigung erfolgt fachgerecht und mit der gebotenen Sorgfalt.
- 22 • Die um Sterbehilfe bittende Person hat das 18. Lebensjahr vollendet. Eine Sterbehilfe nach Beendigung  
23 des 14. Lebensjahres ist möglich, wenn beide begutachtenden Arzt\*innen eine ausreichende geistige  
24 Reife für diesen Entschluss feststellen und beide Eltern diesem zustimmen. Bei Unklarheit über die  
25 Zurechnungs- und Urteilsfähigkeit des\*der Minderjährigen ist ein psychologisches Gutachten einzuho-  
26 len.
- 27 Desweiteren muss sich der/die Arzt/Ärztin zusammen mit dem/der PatientIn über folgende Punkte versi-  
28 chern:
- 29 • dass der Wunsch nach Lebensbeendigung freiwillig und nach reiflicher Überlegung getroffen wurde.
- 30 • dass der Zustand des/der PatientIn nach ihrer gemeinsamen Überzeugung aussichtslos und unerträg-  
31 lich ist.

32 • dass der/die PatientIn von ihm/ihr über seinen/ihren Zustand und medizinische Prognose aufgeklärt  
33 wurde.

34 • dass er/sie zusammen mit dem/der PatientIn zu keiner anderen annehmbaren Lösung für dessen/de-  
35 ren Situation kommt. Zu diesen Kriterien verfasst der/die behandelnde Arzt/Ärztin eine schriftliche  
36 Stellungnahme. Außerdem ist ein weiterer unabhängiger Arzt oder eine weitere unabhängige Ärztin  
37 zu konsultieren, der/die sich ebenfalls der obenstehenden Punkte versichert und eine schriftliche Stel-  
38 lungnahme abgegeben hat.

39 Zwischen dem ersten Gespräch mit dem/der behandelnden Arzt/Ärztin, bei dem ein mündlicher Antrag auf  
40 Sterbehilfe gestellt wurde, und der Lebensbeendigung muss eine mindestens einmonatige Wartezeit be-  
41 stehen, um die Dauerhaftigkeit des Sterbewunsches zu bestätigen. Nach dem ersten mündlichen Antrag  
42 des/der PatientIn muss zusätzlich ein schriftlicher Antrag verfasst werden. In diesem hat der/die PatientIn sei-  
43 nen/ihren Sterbewunsch selbst schriftlich aufzusetzen und im Beisein zweier Zeuginnen zu unterschrieben. Ist  
44 er oder sie dazu nicht in der Lage, kann der Wunsch durch eine Person seiner/ihrer Wahl, die kein materielles  
45 Interesse am Tod des/der PatientIn hat, im Beisein des Arztes oder der Ärztin und zwei weiterer Zeuginnen  
46 niedergelegt werden.

47 Um sicherzustellen, dass der die PatientIn den Wunsch nach Lebensbeendigung frei und selbstbestimmt ge-  
48 fasst hat, sind PatientInnen, bei denen nach psychologisch-fachlichem Urteil eine mangelnde Urteils- und Ein-  
49 willigungsfähigkeit im Sinne des PsychKG oder gleichwertiger Rechtsnormen vorliegt von der Möglichkeit der  
50 aktiven Sterbehilfe auszuschließen. Besteht bei dem/der Arzt Ärztin nach den ausführlichen Gesprächen im  
51 Vorfeld der Lebensbeendigung Unklarheit über die psychische Gesundheit des/der PatientIn, ist die Meinung  
52 eines/einer PsychologIn zu Rate zu ziehen. Ferner muss sichergestellt sein, dass der/die PatientIn bis zum  
53 letzten Moment vor der lebensbeendenden Maßnahme die Möglichkeit hat, von seinem Vorhaben Abstand  
54 zu nehmen. Deshalb ist der/die behandelnde Arzt/Ärztin in der Pflicht, sich direkt vor der lebensbeenden-  
55 den Maßnahme über den Sterbewunsch des/der PatientIn nochmals zu vergewissern. Nach der Lebensbe-  
56 endigung ist die Sterbehilfe von dem/der behandelnden Arzt/Ärztin einer noch zu benennenden staatlichen  
57 Stelle zu melden, zum Beispiel dem zuständigen Gesundheitsamt. Dort hat eine Kommission die Einhaltung  
58 der oben genannten Voraussetzungen zu überprüfen. Dafür sind insbesondere der schriftliche Antrag des/der  
59 PatientIn, die Stellungnahmen der ÄrztInnen, ein Bericht des ausführenden Arztes oder der ausführenden Ärz-  
60 tin sowie alle weiteren für die Überprüfung notwendigen Dokumente einzureichen. Sollte die Kommission zu  
61 dem Schluss kommen, dass die Lebensbeendigung nicht mit absoluter Sicherheit entsprechend aller gesetz-  
62 lichen Voraussetzung erfolgt ist, ist die Meldung zur weiteren Untersuchung an die Staatsanwaltschaft weiter  
63 zu reichen. Wurden alle Sorgfaltskriterien eingehalten ist der Strafausschließungsgrund gegeben und der/die  
64 behandelnde Arzt/Ärztin nicht strafbar.

65 Die Kommissionen werden regional von den jeweiligen Landesgesundheitsministerien eingesetzt. Ein abschlie-  
66 ßendes Urteil über die Einhaltung der Voraussetzungen hat innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens zu  
67 erfolgen. Bei Zweifeln über die Einhaltung ist zunächst der/die Arzt/Ärztin zu informieren und bezüglich der  
68 zu Zweifeln Anlass gebenden Aspekte zu befragen. Sollten auch nach dem Kontakt mit dem/der die Sterbehil-  
69 fe ausführenden Arzt/Ärztin noch Zweifel bestehen, wird die Meldung an die Staatsanwaltschaft weitergege-  
70 ben.

71 Die Kommissionen setzen sich aus JuristInnen, ÄrztInnen und EthikerInnen zusammen. Sie tagen regelmäßig,  
72 um eine zügige Entscheidung zu gewährleisten. Durch die gesetzlichen Regelungen wird sichergestellt, dass  
73 ÄrztInnen, die eine Lebensbeendigung nach den oben genannten Vorgaben oder einen assistierten Suizid  
74 durchführen, keinerlei Konsequenzen aus ihrem Handeln zu befürchten haben.

75 Jedoch ist kein Arzt und keine Ärztin dazu verpflichtet, Sterbehilfe zu leisten. Die Erfüllung der Bitte eines/einer  
76 PatientIn nach Sterbehilfe muss freiwillig erfüllt werden.

77 Die Lebensbeendigung kann zudem an einem von den PatientInnen frei zu wählenden Ort erfolgen, also zum  
78 Beispiel auch zu Hause.

79 Zusätzlich ist die palliativmedizinische Versorgung so auszubauen, dass der Wunsch nach Lebensbeendigung  
80 nicht auf Grund mangelnder medizinischer Versorgung entsteht und tatsächlich alle medizinischen Möglich-  
81 keiten ausgeschöpft werden, das individuelle Leiden einer Person so weit wie möglich zu lindern.

# R Rente, Generationen & Familie

## R Rente, Generationen & Familie

---

R3	Hessen-Süd	Keine Generationenfrage – Für eine solidarische und gerechte Alterssicherung	68
----	------------	--	----

---

# R3

<b>Titel</b>	Keine Generationenfrage – Für eine solidarische und gerechte Alterssicherung
<b>AntragstellerInnen</b>	Hessen-Süd

---

## Keine Generationenfrage – Für eine solidarische und gerechte Alterssicherung

1 Gute Löhne und auskömmliche Renten sind zwei Seiten einer Medaille. Die Beschäftigten, die den Wohlstand  
 2 unserer Gesellschaft erarbeiten, verdienen ihren fairen Anteil. Das gilt im Erwerbsleben aber auch im Ruhe-  
 3 stand. Lohn- und Rentenentwicklung schaffen Verunsicherung und zehren am Gerechtigkeitsempfinden der  
 4 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Gerade in diesen unsicheren Zeiten muss das Signal ausgehen: Der  
 5 Sozialstaat ist handlungsfähig, der Generationenvertrag gilt, die Rente funktioniert.

6 Besonders gefährlich ist es, dass spätestens seit dem Brexit im öffentlichen Diskurs wieder häufiger der Begriff  
 7 „Generationengerechtigkeit“ instrumentalisiert wird. Mit diesem Begriff wollen uns die Neoliberalen und die  
 8 politische Rechte auf subtile Weise einen Interessenkonflikt zwischen den Jungen und den Alten einreden. Da  
 9 passt es ins Bild, dass die jüngsten politischen Erdbeben von Brexit bis Donald Trumps Wahl zum US Präsi-  
 10 denten mehrheitlich auf die Stimmen der älteren Menschen zurückgehen. Und so wird die (Un-)Logik bis zur  
 11 uns bewegenden Frage auskömmlicher Renten gespannt. Die Jungen sollen sich – so die Forderung – gegen  
 12 die Klientelpolitik der Alten erheben. Das ist bequem, weil es schwarz und weiß ist, weil es von den eigent-  
 13 lichen Ursachen von Altersarmut und von den wichtigen gesellschaftlichen Interessenkonflikten ablenkt. Es  
 14 überrascht also niemanden, dass der Begriff „Generationengerechtigkeit“ ausgerechnet in einer Zeit häufiger  
 15 fällt, in dem „postfaktisch“ zum Wort des Jahres erklärt wird. Gerade jetzt brauchen wir den Schulterchluss  
 16 zwischen den Generationen.

17 Denn am Ende geht es bei der Schaffung auskömmlicher Renten nicht um Partikularinteressen. Es geht um  
 18 Respekt und Anerkennung für Lebensleistungen. Zentrale Herausforderung einer gerechten Rentenreform  
 19 muss es sein, Altersarmut infolge atypischer Beschäftigung, Unterbrechungszeiten im Beruf oder Niedriglöh-  
 20 nen zu verhindern und den Lebensstandard von Normalverdienern wirksam abzusichern. Wer sein Leben lang  
 21 hart gearbeitet hat, hat ein Recht darauf, seinen Lebensstandard zu halten. Davon werden die heute Jungen  
 22 sogar am stärksten profitieren. Die Bekämpfung von Altersarmut ist konstitutiver Eckpfeiler einer Erwerbsge-  
 23 sellschaft.

### 24 **Zahl der Beitragszahlenden erhöhen**

25 Die Altersstruktur des gesetzlichen Rentenversicherungssystems ist ein Problem. Immer weniger Beitragszah-  
 26 lenden standen zuletzt immer mehr Rentnerinnen und Rentner gegenüber. Ein Umlageversicherungssystem  
 27 verträgt eine solche Entwicklung nicht auf Dauer. Immer weniger Beitragszahlende müssen dann nämlich im-  
 28 mer größere Summen aufbringen, die auf der Bezugsseite an die Rentnerinnen und Rentner ausgeschüttet  
 29 werden. Das führt ohne strukturelle Veränderungen notgedrungen zu schrittweisen Erhöhungen der Beitrags-  
 30 sätze. Dabei tragen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schon jetzt die Hauptlast bei der Finanzierung  
 31 unseres Sozialstaates. Eine Politik im Interesse von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern kann eine Erhö-  
 32 hung der Sozialabgaben nicht wollen. Im Gegenteil müssen wir sogar Spielräume für Entlastungen der Arbeit-  
 33 nehmerinnen und Arbeitnehmer schaffen.

34 Dazu braucht es einerseits die Integration von Zugewanderten in den Arbeitsmarkt um die problematische  
 35 Altersstruktur der Rentenversicherung zu stabilisieren. Gleichzeitig heißt nachhaltige Rentenpolitik aber auch,  
 36 den Menschen berufliche Teilhabe zu ermöglichen, die aus eigener Kraft nicht mehr in Erwerbsarbeit kommen.  
 37 Die Förderung von Beschäftigung ist daher mittelbar auch ein Instrument um Altersarmut zu verhindern. Ge-

38 rade für Langzeitarbeitslose muss daher in größerem Umfang (Nach-)Qualifizierung und auch öffentliche Be-  
 39 schäftigung geschaffen werden. Andererseits muss gerade die politische Linke auch mit der Mär aufräumen,  
 40 dass die Rente nur aus den Fugen geraten sei, weil Menschen älter werden. Die Strukturprobleme der ge-  
 41 setzlichen Rentenversicherung liegen an anderer Stelle: Der Anteil der Normalarbeitsverhältnisse nimmt ab.  
 42 Und abhängige Beschäftigung spielt insgesamt eine immer geringere Rolle für Wachstum und Wohlstands-  
 43 entwicklung. Gleichzeitig ist das System der Sozialversicherungen ausschließlich auf abhängige Beschäftigung  
 44 zugeschnitten. Deswegen braucht es für eine gesunde Grundstruktur auch einen zeitgemäßen Umbau der  
 45 gesetzlichen Rentenversicherung in eine solidarische Versicherung für alle Erwerbstätigen und alle Arten von  
 46 Einkünften. Eine Versicherung für alle, in die auch Beamtinnen und Beamte, Selbstständige, Freiberuflerin-  
 47 nen und Freiberufler und Unternehmerinnen und Unternehmer einzahlen, erhöht die Summe der umlagefä-  
 48 higen Beiträge nachhaltig. Vor allem erfasst sie aber auch die vielen Menschen, die teils Millioneneinkünfte  
 49 aus Kapitalerträgen beziehen, bei der Steuer privilegiert werden und dennoch keinen Cent in die sozialen Si-  
 50 cherungssysteme einzahlen. Eine zentrale Gerechtigkeitslücke unseres Sozialstaates würde dadurch geschlos-  
 51 sen.

52 Das heißt im Ergebnis:

- 53 • Zugewanderte sollen schneller in den Arbeitsmarkt integriert werden.
- 54 • Langzeitarbeitslosen soll stärker als bisher geholfen werden, in Beschäftigung zu kommen. Dazu ge-  
 55 hört Qualifizierung, Umschulung und Weiterbildung, aber auch die Schaffung von öffentlicher Beschäf-  
 56 tigung.
- 57 • Das Strukturproblem der Rentenversicherung ist nicht die alternde Gesellschaft sondern die einseitige  
 58 Fokussierung auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
- 59 • Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen bei den Sozialabgaben nicht stärker belastet werden.
- 60 • Ein gerechtes Rentenversicherungskonzept muss berücksichtigen, dass immer mehr Wohlstand von  
 61 immer weniger Menschen erarbeitet wird (Bsp.: Finanzsektor)
- 62 • Wir wollen eine solidarische Rentenversicherung für jeden, die alle Einkommensarten erfasst.

### 63 **Prekäre Beschäftigung eindämmen**

64 Prekäre Beschäftigung ist die größte Hürde für eine auskömmliche Rente von Arbeitnehmerinnen und Arbeit-  
 65 nehmern. Wer im Erwerbsleben von Minijobs und Werkverträgen (über-)leben muss, dem bleibt im Alter nicht  
 66 mehr genug. Das gilt auch für Menschen, die trotz Arbeit am Ende des Monats aufstocken müssen. Das ist so-  
 67 wohl volkswirtschaftlich hoch problematisch, weil im Alter Sozialleistungen nötig werden und die Ausbeutung  
 68 der Betroffenen dadurch auch noch mit öffentlichen Mitteln subventioniert wird. Viel mehr verletzt es aber  
 69 die Würde der Betroffenen, wenn sie trotz Beschäftigung im Alter nicht von der eigenen Rente leben können.  
 70 Geschäftsmodelle, die systematisch auf Ausbeutung und mangelnde soziale Absicherung fußen, dürfen nicht  
 71 legal bleiben. Hier muss der Staat konsequent gegen Scheinselbstständigkeit vorgehen und die Kontrollen  
 72 im Niedriglohnbereich erhöhen um sicherzustellen, dass geltendes Recht nicht flächendeckend unterlaufen  
 73 wird. Im Niedriglohnbereich verbreitete Schwarzarbeit bedeutet, dass die Beschäftigten um ihre soziale Absi-  
 74 cherung gebracht werden. Andererseits muss der Staat aber seiner eigenen Vorbildfunktion gerecht werden,  
 75 indem er atypische Beschäftigung im öffentlichen Dienst abbaut. Es ist ein Skandal, dass ausgerechnet die öf-  
 76 fentliche Hand beispielsweise im Lehrerdienst auf befristete Beschäftigung und Kettenverträge setzt, um auf  
 77 dem Rücken der Beschäftigten in den Sommerferien Gehälter und Sozialabgaben einzusparen.

78 Das heißt im Ergebnis:

- 79 • Scheinselbstständigkeit und andere Ausbeutungsmodelle sollen verboten werden.
- 80 • Die Kontrollen im Niedriglohnbereich sollen erhöht werden, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitneh-  
 81 mer nicht um ihre Rentenbeiträge geprellt werden.
- 82 • Der öffentliche Dienst soll seiner Vorbildfunktion gerecht werden und befristete Beschäftigung soweit  
 83 wie möglich in unbefristete Beschäftigung umwandeln.

### 84 **Mehr Lohngerechtigkeit schaffen**



85 Gute Renten brauchen gute Löhne. Lohnzurückhaltung ist eine Gefahr für das Ziel auskömmlicher Renten, weil  
 86 das System darauf ausgelegt ist, dass Wachstum über höhere Löhne und höhere Beiträge auch den Rentnerin-  
 87 nen und Rentnern zugute kommt. Den Beschäftigten steht ihr Anteil am wirtschaftlichen Erfolg der Unterneh-  
 88 men zu. Dafür sollten wir uns einsetzen und den Gewerkschaften den Rücken stärken. Das gilt in besonderem  
 89 Maße bei der Aufwertung von Berufen, die mehrheitlich von Frauen ausgeübt werden (z.B. Sozialberufe). Wir  
 90 wollen nicht nur gleichen Lohn für gleiche Arbeit, sondern auch gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Klar ist,  
 91 dass Löhne mit Ausnahme des gesetzlichen Mindestlohns, der steigen muss, nicht politisch festgelegt werden.  
 92 Aus gutem Grund werden Arbeitsbedingungen grundsätzlich zwischen den Sozialpartnern ausgehandelt. Die  
 93 Tarifautonomie gilt. Schwindende Tarifbindung, eine rückläufige Quote für allgemeinverbindlich erklärte Ta-  
 94 rifverträge, die Benachteiligung von Frauen bei der Bezahlung und andere gesetzliche Lücken zeigen aber: Es  
 95 gibt dennoch politischen Handlungsbedarf. Diesen sollte die SPD auch wahrnehmen. Insbesondere gehört die  
 96 Benachteiligung von Leih- und Zeitarbeit bei der Bezahlung und damit auch bei der Rente abgeschafft. Bes-  
 97 sere Löhne können aber auch gefördert werden, indem der Staat mit seiner enormen Investitionskraft sozial  
 98 verantwortlich umgeht. Öffentliche Leistungen sollten nicht grundsätzlich an den billigsten Anbieter verge-  
 99 ben werden. Allein durch ein Umdenken in der Vergabepaxis der öffentlichen Hand kann Lohngerechtigkeit  
 100 gefördert werden ohne die Tarifautonomie zu verletzen.

101 Das heißt im Ergebnis:

- 102 • Die SPD soll zusammen mit den Gewerkschaften prüfen, ob und inwieweit schwindende Tarifbindung
- 103 durch Ausweitungen von allgemeinverbindlichen Tarifverträgen erreicht werden können.
- 104 • Sozialberufe sollen aufgewertet werden.
- 105 • Die Benachteiligung bei Leih- und Zeitarbeit bei den Arbeitsbedingungen (vor allem Bezahlung) soll
- 106 aufgehoben werden. Grundsätzlich sollen alle Beschäftigten in einem Betrieb sollen für die gleiche
- 107 Tätigkeit zu den gleichen Bedingungen beschäftigt und gleich bezahlt werden, die Flexibilität des Leih-
- 108 arbeiters muss sich für diesen jedoch in Form eines monetären Flexibilitätsbonus lohnen.
- 109 • Frauen sollen für gleiche und gleichwertige Tätigkeiten den gleichen Lohn erhalten.
- 110 • Der Mindestlohn soll steigen.
- 111 • Der Staat soll bei der öffentlichen Auftragsvergabe nur an sozial verantwortlich agierende Unterneh-
- 112 men vergeben. Das Prinzip des billigsten Anbieters soll aufgehoben werden

### 113 **Keine beitragsfremden Leistungen aus Beiträgen**

114 Die gesetzliche Rentenversicherung ist keine ausschließliche Versicherung für Arbeitnehmerinnen und Arbeit-  
 115 nehmer. Längst ist die gesetzliche Rentenversicherung zur einem Vorsorgeinstrument für Viele geworden, die  
 116 sich an ihrer Finanzierung nicht mit Beiträgen beteiligt haben. Die jüngst eingeführte "Mütterrente" ist nur ein  
 117 Beispiel dafür. Für solche versicherungsfremden Leistungen gibt der Bund jährlich pauschal Steuerzuschüs-  
 118 se in die Rentenversicherung. Im Grundsatz sollte allerdings gelten: Allgemeine sozialstaatliche Aufgaben –  
 119 wie die Absicherung von Menschen, die wegen häuslicher Arbeit oder Pflegearbeit von Angehörigen keiner  
 120 Erwerbsarbeit nachgehen – sollten von allen solidarisch finanziert werden.

121 Das heißt im Ergebnis: Allgemeine sozialstaatliche Aufgaben, die im Rahmen der Rentenversicherung geleistet  
 122 werden, sollen vollumfänglich aus Steuermitteln finanziert werden. Die notwendige Erhöhung der Steuerzu-  
 123 schüsse ist hierfür zu gewährleisten.

124 Deswegen sollten solche versicherungsfremden Leistungen aus der Rentenversicherung und auch einer künft-  
 125 ige zu schaffenden Erwerbstätigenversicherung herausgelöst werden.

126 Das heißt im Ergebnis:

- 127 • Allgemeine sozialstaatliche Aufgaben sollen durch Steuern finanziert werden.
- 128 • Ansprüche aus der Rentenversicherung sollen nur erworben werden, wenn zuvor auch Beiträge gezahlt
- 129 worden sind.

### 130 **Solidarprinzip stärken, Umverteilung innerhalb der Rentenversicherung erhöhen**

131 Als klassische Sozialversicherung sieht die Rentenversicherung grundsätzlich keinen Umverteilungseffekt von  
 132 oben nach unten vor. Diese Idee mag noch in der Gründungszeit nachvollziehbar gewesen sein. Heute führt  
 133 die krasse Einkommensspreizung bei gleichzeitig großen Unterschieden in der durchschnittlichen Lebenser-  
 134 wartung zu einer faktischen Umverteilung der Renten von unten nach oben. Hochbezahlte Büroangestellte  
 135 leben statistisch länger als Menschen, die körperlicher Arbeit nachgehen, und bekommen weit höhere Ren-  
 136 ten. Ohne eingebauten Umverteilungseffekt geht das Sozialversicherungsprinzip daher vor allem auf Kosten  
 137 der unteren Lohngruppen, weil diese nicht nur in der Höhe der Rentenbezüge sondern bei niedrigerer Lebens-  
 138 erwartung auch in der zeitlichen Dauer der Bezüge weniger von ihren eigenen Beiträgen profitieren. Dieser  
 139 Missstand muss korrigiert werden. Stellschrauben sind auf der Beitragsseite eine Aufhebung der Beitragsbe-  
 140 messungsgrenze. Diese verhindert, dass für Einkünfte oberhalb von 76.200 EUR im Westen und 68.400 EUR im  
 141 Osten Beiträge entrichtet werden. Weil sich die Reichen mit geringeren Anteilen an der Finanzierung der Ren-  
 142 tenversicherung beteiligen, sind die Beitragssätze für alle anderen entsprechend hoch. Das muss sich ändern.  
 143 Auf der Bezugsseite braucht es eine Deckelung der Höchstrenten nach Schweizer Vorbild. In der Kombination  
 144 hätte dies im oberen Bereich zur Folge, dass die Rente nicht jeden Lebensstandard der Topverdienerinnen und  
 145 Topverdiener sondern einen auskömmlichen Lebensstandard für alle absichert. Für die große Mehrheit der  
 146 Menschen könnten durch die frei werdenden Mittel die Renten steigen. Die Beitragssätze könnten für alle sin-  
 147 ken[1]. Gerade für niedrige und mittlere Einkommen hieße das massive Entlastungen. Von den Maßnahmen  
 148 werden aber auch niedrige und mittlere Renten am stärksten profitieren. Ein solcher Mechanismus ist um-  
 149 so notwendiger, wenn durch den Umbau der Rentenversicherung in eine Erwerbstätigenversicherung auch  
 150 Selbstständige, Freiberufler und Unternehmer einbezogen werden sollen, die ebenfalls tendenziell Aussicht  
 151 auf vergleichsweise hohe Renten haben. Ein solcher Umverteilungseffekt verstößt dabei entgegen vieler Be-  
 152 hauptungen nicht gegen das sog. Äquivalenzprinzip, wonach sich Beiträge und Bezüge gegenseitig bedingen  
 153 sollen. Denn: Das Äquivalenzprinzip gilt nicht absolut. Der Grundsatz, wonach nur Bezüge erhält, wer auch  
 154 Beiträge gezahlt hat, bliebe erhalten. Die Bezüge stiegen auch weiterhin mit den Beiträgen. Topverdienerin-  
 155 nen und Topverdiener würden durch die Deckelung von sehr hohen Renten geringfügig beeinträchtigt. Zur  
 156 Bekämpfung von Altersarmut als Massenphänomen wäre das jedoch geboten.

157 Das heißt im Ergebnis:

- 158 • Eine gerechte Rentenversicherung braucht künftig mehr Umverteilung.
- 159 • Die Beitragsbemessungsgrenze soll entfallen und die Höchstrenten nach Schweizer Vorbild gedeckelt  
 160 werden (degressives Rentenversicherungsmodell). Die Rentenversicherung soll nicht den Lebensstan-  
 161 dard der Topverdienerinnen und Topverdiener absichern, sondern einen auskömmlichen Lebensstan-  
 162 dard für alle.

163 Die Beitragssätze sollen für alle sinken, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit niedrigen und mitt-  
 164 leren Einkünften entlastet werden.

### 165 **Solidarische Mindestrente einführen**

166 Diese Maßnahmen garantieren nicht in jedem Fall eine auskömmliche Rente. Brüche in der Erwerbsbiographie,  
 167 atypische Beschäftigung, lange Beschäftigungszeiten zu niedrigen Löhnen würden auch trotz der genannten  
 168 Maßnahmen zu niedrigen Rentenbezügen führen. Deswegen ist die Abwärtsspirale nach unten abzugrenzen.  
 169 Wer 35 Jahre Beiträge gezahlt hat oder für häusliche Familien- und Pflegearbeit gleichrangige Zeiten ange-  
 170 rechnet bekommen sollte, muss Anspruch auf eine gesetzliche Mindestrente haben, die sich in der Höhe von  
 171 Sozialleistungen abhebt. Die Wertschätzung für Rentnerinnen und Rentern ist und bleibt die Kehrseite der  
 172 Wertschätzung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Für die Mindestrente könnte der Staat die Mittel  
 173 mobilisieren, die er bisher für unwirksame kapitalgedeckte private Vorsorge vorhält. Insbesondere soll die  
 174 Riesterreente auslaufen.

- 175 • Die Abwärtsspirale muss nach unten abgegrenzt werden.
- 176 • Wer 35 Jahre mit Beiträgen in die Rentenversicherung eingezahlt hat oder entsprechende Anrechnungs-  
 177 zeiten hat, sollte Anspruch auf eine solidarische Mindestrente nach Renteneintritt haben, die sich der  
 178 Höhe nach von Sozialleistungen abhebt.

179 Eine solidarische, gerechte und krisensichere Alterssicherung ist möglich. Sie ist im Interesse der Jungen wie Al-  
 180 ten. Sie muss dabei mehr Beschäftigung wirksam fördern, die Veränderungen der Arbeitswelt berücksichtigen,

181 alle Einkommensmodelle erfassen um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu entlasten und Altersarmut  
182 trotz Arbeit nach unten abgrenzen.

183 [1] Trotz Aufhebung der Bemessungsgrenze würde im Westen die Beitragsbelastung bis zu einem Jahresein-  
184 kommen von 125.000 EUR nicht steigen, wenn die Beitragssätze von 9,35 Prozentpunkten auf 5,7 Prozent-  
185 punkte sinken. Bei dieser Annahme läge der Beitragssatz immer noch oberhalb des Niveaus der gesetzlichen  
186 Rentenversicherung in der Schweiz.

# U Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

## U Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

---

U1	Thüringen	Voll geladen! – Mobilität von morgen	74
----	-----------	--------------------------------------	----

---

# U1

**Titel** Voll geladen! – Mobilität von morgen

**AntragstellerInnen** Thüringen

---

## Voll geladen! – Mobilität von morgen

1 Die Jusos erkennen den unbedingten Bedarf nach einer Wende im gesellschaftlichen und globalen Mobilitäts-  
2 verhalten der Menschen. Wir setzen uns dafür ein, unsere Lebensqualität zu verbessern und die eine gesunde  
3 Umwelt zu erhalten. Dafür werden wir die Elektromobilität und andere alternative Antriebe und Brennstof-  
4 fe bei allen Verkehrsträgern gezielt vorantreiben. Als Verband, der sich dem nachhaltigen Denken verpflichtet  
5 hat, müssen wir die Mobilität als essentielles Segment des menschlichen Zusammenlebens zukunfts- bzw. um-  
6 weltorientiert und unseren Ansprüchen gerecht werdend weiterentwickeln. Das gesamte Mobilitätsverhalten  
7 des Menschen und die Denkweisen sind dabei zu überdenken und globalen Nachhaltigkeitszielen sowie ei-  
8 ner sozialen Ausgewogenheit entsprechend auszurichten. Nicht erst im 21. Jahrhundert offenbaren sich dem  
9 Menschen, die von ihm verursachten Umweltbelastungen und -verschmutzungen. Teils irreparable Auswirkun-  
10 gen und Schäden beeinflussen Menschen, Tiere, Vegetation und letztlich das gesamte Natur- und Ökosystem  
11 weltweit. Von Jahr zu Jahr und von Jahr zu Jahr wird der Kampf gegen die Klimaerwärmung drängender. Der  
12 Verkehrs- und Mobilitätssektor zählt zu den größten Verursachern von Umweltverschmutzung überhaupt: In  
13 Europa werden allein hier fast ein Viertel aller Emissionen generiert. Im Gegensatz zu nahezu allen anderen  
14 Sektoren konnte der umweltschädliche Ausstoß seit 1990 nicht reduziert werden und stieg zuletzt wieder an.  
15 Wenn die EU ihre eigenen Klimaziele bis 2050 erreichen will, muss es schnellstmöglich zu einem Umdenken  
16 in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft kommen, sodass diesem Problem entschieden entgegengewirkt wer-  
17 den kann. Die Elektromobilität bietet hierfür die vielversprechende Lösungsmöglichkeiten, daher müssen die  
18 notwendigen Rahmenbedingungen gesetzt werden – politisch, regulatorisch, technisch und wirtschaftlich. Die  
19 Umsetzung muss gesamtgesellschaftlicher Natur erfolgen und sowohl Straße, Schiene, Luft und Wasser betref-  
20 fen. Gleichzeitig darf der soziale Aspekt beim Thema Mobilität nicht außer Acht gelassen werden. So müssen  
21 die Ziele und Maßnahmen sozialverträglich angegangen und umgesetzt werden. Uns ist klar, dass Teilhabe  
22 an Mobilität für jedeN möglich sein muss. Daher sind Schnellschüsse, die gravierende Änderungen von heute  
23 auf morgen herbeiführen wollen nicht in unserem Sinn. Mobilität darf nicht vom Geldbeutel abhängen, Pri-  
24 vilegierte dürfen nicht in der Position sein, durch ihre Stellung in moralische Überlegenheit zu gelangen. Wir  
25 sehen deshalb gerade in alternativen Verkehrskonzepten Chancen die Mobilität sozialer, effizienter und um-  
26 weltfreundlicher zu gestalten – aber nur wenn alle Aspekte aufeinander abgestimmt zusammenwirken.

### 27 **1. Elektromobilität als Komponente der Energiewende**

28 Zunächst ist festzustellen, dass noch viel getan werden muss. Sowohl bei der Entwicklung der Elektromobi-  
29 lität als auch bei der Energiewende mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien. Elektromobilität ohne En-  
30 ergiewende ist jedoch nur unzureichend, da sie essentiell für die Erfüllung der Nachhaltigkeitsstandards ist.  
31 Dennoch ist klar, dass elektrische Antriebe leise sind und sie stoßen lokal keine Schadstoffe aus. Allerdings  
32 darf ihr „Treibstoff“, der Strom, nicht außer Acht gelassen werden. Der bisher übliche Strommix enthält noch  
33 immer großen Zulauf aus Braunkohle und Steinkohle sowie Erdgas und Kernenergie, wenngleich der Anteil an  
34 erneuerbarer Stromerzeugung steigt. Solange jedoch der Anteil an fossilen Energieträgern solche Ausmaße  
35 beibehält, würde die Elektrifizierung der herkömmlichen Mobilität keine signifikante Verringerung der generel-  
36 len Schadstoffbelastung nach sich ziehen. Ein Ausbau der Elektromobilität der nicht durch massive zusätzliche  
37 und zweckgebundene Investitionen in die erneuerbare Stromerzeugung für den Transportsektor verbunden  
38 ist, wird laut einer Studie des Ökoninstitut sogar zum Anstieg der Kohleverstromung führen. Es wäre vorrangig  
39 lokal eine Verringerung der Schadstoffbelastung in stark befahrenen Gegenden zu spüren. Daher muss es ganz  
40 klar das übergeordnete Ziel sein, die Energiewende vollumfänglich durchzuführen und die Energieproduktion  
41 zu dekarbonisieren. Letztlich sollten 100 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien generiert werden.

42 Um das zu ermöglichen, müssen infrastrukturelle Großmaßnahmen geleistet und technische Probleme ge-  
43 löst werden – beides funktioniert nur, wenn jetzt investiert wird. Je länger wir warten, desto teurer werden  
44 die Folgen für die künftigen Generationen. Besonders die Speicherung von Strom bringt Schwierigkeiten mit  
45 sich, auch hier könnte Elektromobilität und die Nutzung von Power2Fueltechnologien Abhilfe leisten. Mit den  
46 Akkumulatoren kann sie die schwankende Zufuhr von Strom in ihren Spitzen abfangen werden, so dass sie  
47 als mobile Energiespeicher dienen können. Ausgediente alte Batterien könnten zudem als Secondhand-Akkus  
48 zu neuem Leben kommen. Letztlich ist aber nicht nur die Umwandlung der Energiequellen auf nachhaltige  
49 Standards wichtig, gleichzeitig müssen Möglichkeiten der Stromeinsparung in den Vordergrund gerückt wer-  
50 den. Nur das Zusammenspiel von erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und nicht-fossilen ‚Kraftstoffen‘ ist  
51 im Endeffekt ökologisch, nachhaltig und zukunftsträchtig. Zudem muss dafür gesorgt werden, dass die Wert-  
52 schöpfungskette zur Herstellung der Akkus nachhaltig ausgestaltet ist.

## 53 **2. ÖPNV statt MIV – in Stadt und Land**

54 Während es in vielen Städten einen vergleichsweise gut ausgebauten ÖPNV gibt, wird er in anderen Kom-  
55 munen finanziell ausgetrocknet und zurückgefahren, mancherorts – gerade auf dem Land – stellt sich die  
56 Problematik noch schwieriger dar. Die Elektromobilität und andere alternative Antriebsformen kann hier An-  
57 knüpfungspunkte zu bereits bestehenden Verkehrsangeboten nutzen und darüber hinaus weiterentwickelt  
58 werden.

### 59 **Ausgangslage**

60 Der öffentliche Nahverkehr steht immer in Konkurrenz zum motorisierten Individualverkehr, kann jedoch im  
61 direkten Vergleich schon jetzt deutliche Vorteile für sich verbuchen: Bei allen Antriebsarten ist der öffentliche  
62 Verkehr energieeffizienter und umweltschonender, das gilt für den Bus gegenüber dem PKW sowie für den E-  
63 Bus gegenüber dem E-PKW. Gleiches gilt auch für Anrufsammeltaxen und Rufbusse, die gerade im ländlichen  
64 Raum eine Alternative zum motorisierten Individualverkehr darstellen. Die Belastung durch Straßenlärm, die  
65 Unfallgefährdung, der große Flächenverbrauch und die fehlenden Kapazitätsmöglichkeiten des motorisierten  
66 Individualverkehrs sind nur einige Argumente für den öffentlichen Verkehr. Elektromobilität existiert im Nah-  
67 verkehr bereits seit über einem Jahrhundert in Form von Straßenbahnen, S-Bahnen und U-Bahnen, später  
68 kamen noch Oberleitungsbusse hinzu – sodass heute bis zu zwei Drittel der ÖPNV-Leistungen (Personen je  
69 Kilometer) in Deutschland elektrisch betrieben werden. In den letzten Jahren wurden zudem ÖPNV-Systeme  
70 auf Kraftstoffe aus durch in Power2Fuel-Anlagen aus überschüssiger Elektrizität erzeugten Kraftstoffen und  
71 lokal erzeugte Biokraftstoffe, etwas aus der städtischen Biomüllsammlung, umgestellt.

### 72 **Ziel des Nahverkehrs**

73 Das vorrangige Ziel einer nachhaltigen Mobilitätsstadtplanung muss ein Nahverkehrskonzept sein, dass res-  
74 sourcenschonend, umweltfreundlich, fortschrittlich und allumfassend ist. FußgängerInnen- und RadfahrerIn-  
75 nenzonen müssen mit dem öffentlichen Verkehr und Bike + Ride bzw. Park + Ride zu einem vernetzten System  
76 mit nahtlosen Übergängen verbunden werden. Der Anteil des motorisierten Individualverkehrs muss gesenkt  
77 werden, dafür muss u.a. der elektrifizierte ÖPNV mit Straßen-, S- und U-Bahn sowie Elektrobussen ergänzt  
78 durch Anrufsammeltaxen, Rufbusse, sowie weitere Modellkonzepte zur Neugestaltung des ÖPNVs Mobilitäts-  
79 denken und Handeln erhalten, so müssen die Möglichkeiten von Leihfahrrädern und Leih elektroautos erörtert  
80 und ausgeschöpft werden. Auch die ländlichen Strukturen können und sollen vom Umstieg auf die Elektromob-  
81 ilität profitieren. Ziel muss hier eine effizientere Abdeckung und bessere Mobilitätsvoraussetzung für die  
82 dünnere Besiedlung und die disperse Nachfragestruktur außerhalb der Städte sein. In diesem Zusammen-  
83 hang wird die soziale Komponente unabdingbar, denn die Menschen müssen sich den ÖPNV auch leisten  
84 können. Die Möglichkeit weitestgehend kostengünstig im Nahverkehr unterwegs zu sein, gilt dahingehend  
85 als Argument für die Nutzung und als Hauptumsetzungskriterium gleichermaßen. So sind Sozialtickets bzw.  
86 SchülerInnen-, Azubi- und Studierendentickets nur einige exemplarische Ausgestaltungsideen. Langfristig ver-  
87 folgen wir dabei das Ziel eines fahrscheinlosen ÖPNV – denn schon jetzt hängt es vom Einkommen der Men-  
88 schen ab, auf welches Mobilitätsangebot sie zugreifen. Je niedriger das Einkommen, desto eher ist man auf  
89 öffentliche Lösungen angewiesen – daher sind Investitionen in einen nachhaltigen ÖPNV immer als Umvertei-  
90 lungsaspekt zu begreifen.

### 91 **Umsetzung**

92 Die Erweiterung der Bahnnetze und des Busverkehrs, idealerweise mit Elektrobussen oder Bussen die emis-

93 sionsfreie Kraftstoffe nutzen, hat im innerstädtischen Nahverkehr Priorität. Hier kann die nötige Kapazität  
94 erreicht werden, um genügend Menschen zu transportieren. Dabei ist eine Ausfinanzierung des ÖPNV mit zu-  
95 sätzlichen Mitteln unabdingbar. Auch die Möglichkeit von extra Fahrspuren für Busse sollte bedarfsgerecht  
96 in Betracht gezogen werden. Um die mit herkömmlichen Kraftstoffen betriebenen PKWs mit Verbrennungs-  
97 motoren aus den Stadtzentren bzw. zentrumsnahen Stadtteilen fern zu halten, sollten Umweltqualitätszonen  
98 eingerichtet werden, die von diesen Autos nicht befahren werden dürfen. Das Ziel einer sozialen und ökologi-  
99 schen Stadt kann dagegen nicht mit Übervorteilung und zu großen Anreizen für Elektroautos erreicht werden:  
100 Weder die Subventionierung von Elektro-PKWs noch die Befreiung von der Kfz-Steuer oder spezielle Parkplätze  
101 sind daher in diesem Zusammenhang langfristig sinnvoll. 96Da der Zugang zum ÖPNV und allen Verkehrsan-  
102 bindungen noch ausbaufähig ist und um mehr Menschen daran zu beteiligen, müssen zusätzlich gemeinsame  
103 Informationsplattformen entstehen. Erst wenn der ÖPNV für alle attraktiv gestaltet und intelligent verknüpft  
104 ist, verliert das eigene Auto an Attraktivität. Schnelle Verbindungen, bezahlbare Preise und ein guter Service  
105 müssen dabei im Vordergrund stehen. Die Mobilität im ländlichen Raum sorgt für schwierigere Umsetzungs-  
106 möglichkeiten. Das Zusammenspiel von öffentlichem Verkehr und neuen Antriebsformen ist trotzdem mög-  
107 lich. Die Anbindungen mit S-Bahnen und Bussen mit Elektromotoren oder emissionsfreien Kraftstoffen muss  
108 ausgebaut werden. Durch die Nutzung von Biokraftstoffen oder Kraftstoffen aus Power2 Fuelanlagen wird der  
109 Reichweiteproblematik von Elektrobussen im ländlichen Raum begegnet. Bike + Ride und Park + Ride sollten  
110 systematisch in die Verkehrsplanung einbezogen werden.

### 111 **Unsere Forderungen:**

112 • Wir fordern die komplette Umstrukturierung des Nahverkehrs. Wir müssen wegkommen vom motorisierten  
113 Individualverkehr, der unsere Städte verstopft und die Umwelt belastet. Stattdessen muss der ÖPNV allum-  
114 fassend ausgestaltet werden und weitestgehend elektrifiziert werden. Bis dahin sollen Umweltqualitätszonen  
115 eingerichtet werden.

116 • Es braucht ein allgemeines Umdenken, das Prinzip „Nutzen statt Besitzen“ sollte unsere Handlungsmaxime  
117 sein.

118 • Der moderne ÖPNV muss E-Mobilität und die Nutzung alternativer Technologien auf Straße und Schiene ein-  
119 binden: E-Busse, Oberleitungsbusse, ÖPNV-Systeme, die emissionsfreie Treibstoffe, etwa Biogas oder solche  
120 aus Power2Fuelanlagen verwenden, Straßenbahnen und S-Bahnen, sowie weitere Modellkonzepte zur Neu-  
121 gestaltung des ÖPNVs sollen die Menschen der Stadt und auf dem Land von A nach B bringen.

122 • Der ÖPNV muss ausfinanziert sein, um eine gute Taktung und eine bessere Anbindung zu realisieren. Gleich-  
123 zeitig müssen nahtlose Anschlussmöglichkeiten installiert werden, insbesondere Bike&Ride und Park&Ri-  
124 de.

125 • Es darf nicht zu einer innerstädtischen Übervorteilung für E-Autos kommen – der ÖPNV hat Vorrang.

126 • Die soziale Komponente darf nicht vernachlässigt werden: Je niedriger das Einkommen, desto eher ist man  
127 auf öffentliche Lösungen angewiesen – daher sind Investitionen in einen nachhaltigen ÖPNV immer als Umver-  
128 teilungsaspekt zu begreifen. Zugang zu Mobilität muss für all möglich sein. Daher fordern wir die kurzfristige  
129 Ausweitung von Sozialtickets (Azubi-, SchülerInnen-, StudentInnentickets). Langfristig verfolgen wir das Ziel  
130 eines fahrscheinlosen ÖPNV.

### 131 **3. Schiene vor Straße**

132 Allorts wird die Elektromobilität als Projekt der Zukunft angepriesen – zurecht. Oft wird dabei allerdings  
133 vernachlässigt, dass der Eisenbahn-Verkehr auf Schienen schon eine lange Tradition in diesem Spektrum der  
134 Mobilität aufzuweisen hat.

#### 135 **Ist-Zustand**

136 Die Elektromobilität auf der Schiene ist ein funktionierendes System. Die Elektrifizierung ist hier am weitest-  
137 ten fortgeschritten. In Deutschland wird der Personen- und Güterverkehr auf der Schiene nur noch zu zehn  
138 Prozent mit Verbrennungsmotoren mit konventionellen Kraftstoffen befördert. Dieser Rest resultiert aus den  
139 verbliebenen Dieselinselfen, an denen die Schienen nicht mit Oberleitungen ausgestattet wurden. Die Eisen-  
140 bahn ist je Kilometer um circa 70 Prozent umweltschonender als der PKW-Verkehr. Im Vergleich ist die Bahn  
141 auch deutlich energieeffizienter.

**142 Ausbau**

143 Das Stichwort Investitionen greift hier vollumfänglich. Die restlichen, nicht elektrifizierten Strecken müssen  
144 mit Oberleitungen ausgestattet werden. Hierbei gilt es, nicht nur die vom Bundesverkehrswegeplan bevor-  
145 zugten Hauptstrecken zu modernisieren, sondern auch die vielen wichtigen Nahverkehrslinien. Ziel muss es  
146 sein, eine Elektrifizierung von 100 Prozent zu erreichen,- nicht jedoch ohne auch hier die nötigen zweckge-  
147 bundenen Investitionen in zusätzliche erneuerbare Stromerzeugungskapazität zu tätigen. Außerdem muss die  
148 Verlagerung großer Verkehrsanteile in Richtung Schiene auf die Agenda. Ein modernes und nachhaltiges Mobi-  
149 litätskonzept sieht einen Rückgang des Individual- und Autoverkehrs vor und begünstigt die Schiene. Deshalb  
150 muss mehr und mehr der Güterverkehr auf die Eisenbahn umgelagert und auch der Personenfernverkehr  
151 erweitert werden. Das wiederum kann nur durch Investitionen in ein größeres und besseres Schienennetz ge-  
152 schehen. Es braucht mehr Strecken und Zweigleisigkeit, um das größere Verkehrsaufkommen bewältigen zu  
153 können. So sollten grundsätzlich alle Städte über 50.000 EinwohnerInnen an das IC-Netz angebunden werden  
154 und differenziert davon muss auch das ICE-Netz ausgebaut werden. Zusätzlich müssen neue Güterbahnhöfe  
155 entstehen bzw. bestehende ausgebaut werden und die Abtrennung ganzer Ortschaften vom Schienenverkehr  
156 muss rückgängig gemacht werden. Zudem beanspruchen Bahnanlagen und Gleise nur einen Bruchteil der  
157 Fläche für den Verkehr und sind damit deutlich umweltschonender als die für den Straßenverkehr erforder-  
158 lichen Straßen und Parkplätze. Für viele Menschen ist der Schienenfernverkehr momentan zu teuer. Da wir  
159 ein Umdenken fordern, weg vom motorisierten Individualverkehr, müssen Angebote geschaffen werden. Die  
160 Menschen, die es sich nicht leisten können, dauerhaft auf das Auto zu verzichten und bspw. ICE zu fahren,  
161 würden sonst von der Teilhabe an Mobilität ausgegrenzt. Dahingehend müssen kurzfristig Tarifstrukturen im  
162 Fernverkehr entstehen, die Menschen ohne oder mit geringem Einkommen begünstigen.

**163 Technik und Überholung**

164 Da bei Elektromobilität viele zu allererst an PKWs denken, fließt in diese Entwicklung auch das allermeiste Geld.  
165 Dieser Gedankengang muss aufgebrochen werden, es braucht insbesondere eine Modernisierung der Eisen-  
166 bahntechnik. Die Anlagen in Deutschland sind teilweise veraltet und neuere nachhaltigere Technologie stünde  
167 zur Verfügung. Beispielsweise können durch moderne Systems wie bei der Rückspeisung von Bremsenergie  
168 schätzungsweise bis zu zehn Prozent Energie eingespart werden. Auch Fahrassistenzsysteme helfen zusätz-  
169 lich beim effizienteren Fahren. Zwar gibt es inzwischen auch angestoßene Projekte für Akku-Elektrotrieb  
170 und Wasserstoffbetrieb, allerdings sollten diese Entwicklungen nicht vordergründig verfolgt werden. Die Aus-  
171 stattung der Strecken mit Oberleitungen ist zwar nicht billig, aber deutlich nachhaltiger als diese Formen der  
172 Elektromobilität.

**173 Unsere Forderungen:**

174 • Wir fordern die Verlagerung großer Verkehrsanteile des Güter- und Personenverkehrs von der Straße auf die  
175 elektrifizierte Schiene.

176 • Für uns ist der Ausbau der Schieneninfrastruktur unabdingbar: Wir brauchen Mehrspurigkeit der Strecken,  
177 mehr und größere Züge, moderne Güterbahnhöfe und Anbindungen an Industriegebiete.

178 • Der ländliche Raum darf nicht vom Schienennetz abgekoppelt sein. Wir fordern die Anbindung kleinerer  
179 Städte und Ortschaften.

180 • Alle Ausbauschritte müssen mit einer Modernisierung einhergehen: Wir streben 100% Elektrifizierung an  
181 und wollen die Fahrzeugflotte sukzessive überholen lassen. Dabei bevorzugen wir Varianten, die ohne  
182 Akkubetrieb auskommen.

183 • Ähnlich zum Umdenken bezüglich des ÖPNVs fordern wir auch hier die Ausweitung sozialverträglicher An-  
184 gebote. Es braucht ein Tarifsysteem, das den Zugang für alle ermöglicht und nicht die Privilegierten bevor-  
185 zugt.

**186 4. Umdenken in der Luftfahrt**

187 Während eine moderne Mobilität wie die Elektromobilität und die Nutzung alternativer Kraftstoffe auf der  
188 Straße bzw. auf der Schiene und über Oberleitungen – zumindest theoretisch – relativ fortgeschritten scheint,  
189 ist sie im Flugverkehr quasi noch nicht existent. Dabei (f)liegt hier eines der Hauptprobleme einer nachhaltigen  
190 Mobilität in der globalisierten Welt.



**191 Umweltproblematik**

192 Die Zeiten, in denen Flugzeuge nur für reiche Menschen und Geschäftsreisende zur Verfügung standen sind  
193 vorbei. Durch fallende Preise eröffnen sich breiteren Gesellschaftsschichten die Möglichkeit, die Welt kennen-  
194 zulernen. Als internationalistischer Verband begrüßen wir diese Entwicklung. Doch dieser Boom im Flugver-  
195 kehr führt ebenfalls zu einem massiven Anstieg an umweltschädlichen Emissionen. Allein in Deutschland ha-  
196 ben sich die Emissionen seit 1990 verdoppelt und ein Ende dieser anhaltend wachsenden Umweltverschmut-  
197 zung ist nicht in Sicht. Durch das Verbrennen des Flugzeug-Treibstoffs Kerosin werden Wasserdampf, Koh-  
198 lenstoffdioxid und Stickoxide freigesetzt – besonders problematisch ist dabei nicht nur die extreme Menge,  
199 sondern auch die Höhe, in der die Stoffe ausgesetzt werden. Der Treibhauseffekt wird dadurch deutlich spür-  
200 bar verstärkt: Der Flugverkehr allein hat wohl einen Anteil von fünf Prozent an der globalen Erwärmung. So  
201 liegt der CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei einem Urlaubsflug von Frankfurt in die Dominikanische Republik pro Person bei 2,8  
202 Tonnen. Für das Erreichen, der für den Kampf gegen den Klimawandel elementar wichtiger Pariser Klimaziele,  
203 dürfte ein Mensch jedoch jährlich nur drei Tonnen CO<sub>2</sub> verursachen.

**204 Entwicklung und Forschung**

205 Um nun im Flugverkehr auf Elektromobilität umzurüsten, müssen Probleme bewältigt werden, die auf dem  
206 Boden in dieser Form nicht auftreten. Flugzeuge müssen insbesondere im Startprozess enormen Schub leisten  
207 und im weiteren Verlauf große Massen in erhöhter Geschwindigkeit über weite Strecken transportieren.

208 Zusätzlich begrenzen für den Flugverkehr ungleich wichtigere Probleme mit Stromspeichertechnologien, z.B.  
209 der Masse von Speichern, und die Energiedichte, die Nutzbarkeit von Elektrizität im Flugverkehr. Hier bietet  
210 insbesondere der Umweg über Power2Fueltechnologien eine Lösung. Die Nutzung erneuerbarer Elektrizität  
211 zur Erzeugung hochkalorischer Brennstoffe ist seit langem erforscht und fortgeschritten. Neuentwicklungen  
212 im Bereich der Elektrodenbeschichtungen mit günstigeren Katalysatoren senken auch die Preise. Die resultie-  
213 renden Brennstoffe, z.B. Wasserstoff oder auch flüssige Kraftstoffe, lassen sich mit bestehenden Technologi-  
214 en speichern und schaffen in umgerüsteten Turbinen die entsprechende Schubleistung. Darüber hinaus sind  
215 gerade für den regionalen Flugverkehr Hybridlösungen möglich, die Solarzellen, Stromrückgewinnungstech-  
216 nologien oder andere Quellen nutzen. Der Einsatz von Solarzellen auf den Tragflächen oder die Stromrückge-  
217 winnung über Generatoren im Sinkflug sollten weiter erforscht werden. Die finanzielle Förderung muss dabei  
218 sowohl national als auch europäisch bzw. international erfolgen, um die gesamte Branche zum Umdenken zu  
219 bewegen. Die Finanzierung der Forschungsideen könnte zumindest teilweise über eine Kerosinsteuer gesche-  
220 hen, die europaweit erhoben werden muss. Um einen weiteren Anreiz für die Forschung zu setzen, sollte die  
221 Luftverkehrssteuer für Elektroflugzeuge abgeschafft werden.

222 **Anwendung** spielen. Hier sind die Entfernungen nicht so groß wie auf Langstreckenflügen und die Reichweite  
223 den Systemen angemessen. Beispielsweise sollten Elektroflugzeuge im innereuropäischen Regionalflugver-  
224 kehr die kerosingespeisten Maschinen ablösen, so dass man beispielsweise emissionsarm von Berlin nach  
225 Mallorca fliegen könnte. Durch das hohe Drehmoment der Elektroflugzeuge reichen auch schon kleinste Start-  
226 und Landebahnen aus – damit würden allein in Deutschland 250 Flughäfen in Frage kommen. Allerdings müs-  
227 sen die Flughäfen infrastrukturell an die Anforderungen von Elektromobilität und die Nutzung alternativer Kraft-  
228 stoffe angepasst werden.

**229 Unsere Forderungen:**

230 • Wir fordern massive Investitionen in den Ausbau und die Forschung für eine Weiterentwicklung der Luft-  
231 fahrt. Elektromobilität und alternative Treibstoffe sollte Einzug in den fliegenden Güter- und Personenverkehr  
232 erhalten. Dabei müssen innovative Ideen vorangetrieben und umgesetzt werden.

233 • Als Anreize für den Umstieg in der Luftfahrt fordern wir eine europäische Kerosinsteuer und die Aussetzung  
234 der Luftverkehrssteuer für Elektro- bzw. Hybridflugzeuge auf Langstreckenflügen. Die anfallenden Gelder kön-  
235 nen gleichzeitig in die Forschung investiert werden.

236 • Der Luftverkehr ist ein weltweites Netz, deshalb fordern wir ein koordiniertes europäisches und internationa-  
237 les Vorgehen bei Investitionsprogrammen. Außerdem fordern wir die Prüfung in wie weit auch ein elektrisch  
238 und autonom gesteuerter und zumindest technisch umsetzbarer Kommunal-Flug-Verkehr mit Hilfe sogenann-  
239 ter Elektro-Multikopter zu einer Entlastung im Straßenverkehr großer Städte führen kann. Dies soll zusätzlich  
240 zum konventionellen ÖPNV und vor allem im Bereich des Gütertransports Anwendung finden.

**241 5. Alternative Antriebsformen ja, aber...**

242 Beim Thema Mobilität denken viele Menschen zunächst an die Straße, das Auto oder den LKW. Betrachtet  
243 man das derzeit gängige Mobilitätsverhalten, verwundert das auch nicht. So gelten PKWs für viele immer  
244 noch als Statussymbol, aber in jedem Fall als einzig flexibilisierender Mobilitätsanker, der es ermöglicht, je-  
245 derzeit von A nach B zu gelangen. In einem nachhaltigen Mobilitätskonzept steht das Elektroauto und Autos  
246 mit alternativen Kraftstoffen allerdings bewusst nicht an erster Stelle. Ein 1:1-Umstieg von fossil zu nachhaltig  
247 angetriebenem Individualverkehr ist weder nachhaltig noch zielführend. Die vorrangegangenen Abschnitte  
248 dieses Mobilitätskonzeptes zeigen deutlich die besseren Alternativen auf. Auch wenn viele Menschen noch  
249 auf das Auto angewiesen sind, müssen die erwähnten Ausweichmöglichkeiten im ÖPNV und im Schienenver-  
250 kehr ausgebaut werden, damit der Umweltgedanke mit dem sozialen Gedanken einhergeht. In Städten muss  
251 in urbanen Gegenden die Bedeutung des Autos als Fortbewegungsmittel zugunsten eines stärkeren ÖPNV und  
252 Fahrrädern deutlich abnehmen. Nichtsdestotrotz sind alternative Lösungen auch hier erforderlich.

**253 Ist-Zustand:**

254 Derzeit fahren allein über 45 Mio. zugelassene PKW nur auf Deutschlands Straßen. Und diese verursachen  
255 zusammen mit den ebenso konventionell angetriebenen LKWs und Bussen u.a. Kohlenstoffdioxid, Kohlen-  
256 stoffmonoxid, Stickoxide und Feinstaub, was besonders in Städten und Ballungsgebieten zu enormen Um-  
257 weltbelastungen und gesundheitsschädlichen Folgen führt. Außerdem beansprucht die gesamte Verkehrs-  
258 infrastruktur, besonders im dicht besiedelten Europa, eine beachtliche Fläche: Schon fünf Prozent der Fläche  
259 Deutschlands sind demnach mit Straßen belegt und aus dem normalen Ökokreislauf dauerhaft ausgeschlos-  
260 sen. Nicht zuletzt verursacht der Verkehr auf der Straße enormen Lärm und andauernde Hintergrundgeräu-  
261 sche, die sich negativ auf Mensch und Umwelt auswirken. Elektromobilität wurde viel zu lang nur halbherzig  
262 in Erwägung gezogen, gerade von den deutschen Automobilkonzernen. Weltweit gab es 2016 erst circa 1,3  
263 Mio. Elektroautos, führend sind asiatische Konzerne sowie ein amerikanisches Unternehmen. Die Marktantei-  
264 le sind dementsprechend gering, so sind in Deutschland und den USA nicht mal ein Prozent elektrifiziert. Auch  
265 die ersten zaghaften Versuche mit einzelnen Modellen ändern nichts an der Tatsache, dass Elektromobilität  
266 in Deutschland ein Nischendasein führt. Und dass, obwohl die Bundesregierung ursprünglich die Zielsetzung  
267 verfolgte, im Jahr 2020 eine Million und 2030 sechs Millionen Elektroautos auf den Straßen zu haben. Aktuelle  
268 Studien gehen zwar in der Markt-Entwicklung der Elektromobilität davon aus, dass sie ähnlich der Ausbrei-  
269 tung von Digitalkameras und Flachbildschirmen mit einem Tipping-Point verläuft, aber dieser Punkt ist noch  
270 nicht absehbar. Auch die Hybrid-Modelle, die vielfach entwickelt wurden und werden, sind zumeist wenig um-  
271 weltschonender, da sie nach wenigen Kilometern auf die konventionellen Antriebsstränge wechseln, wobei  
272 der Nachhaltigkeitsaspekt schnell verpufft. Wir können nicht länger warten, ein Eingreifen ist jetzt notwendig!  
273 Die Elektrofahrzeuge, die momentan auf dem Markt sind, können trotz ihrer zugegebenermaßen begrenzten  
274 Reichweite theoretisch bereits über 80 Prozent aller Fahrtstrecken absolvieren. Lediglich die Langstrecken wer-  
275 den nicht ohne Zwischenladen erreicht. Außerdem sind die Akkumulatoren relativ langlebig und können nach  
276 100.000 km noch immer circa 80 Prozent ihrer Anfangskapazität abrufen. Grundsätzlich sind Elektroautos also  
277 durchaus marktreif, allein ihr hoher Preis, die zu geringe Ladeinfrastruktur und die fehlende Produktpalette  
278 sprechen gegen einen Durchbruch auf dem Fahrzeugmarkt. Neben der Forschung und Weiterentwicklung der  
279 Technologie müssen deshalb die Anschaffungskosten für die NutzerInnen drastisch gesenkt werden, damit  
280 Elektroautos keine Luxusgüter bleiben, sondern einer viel größeren Anzahl an Menschen die Möglichkeit ge-  
281 geben wird, persönlich auf Elektromobilität umzusteigen.

**282 Vorteile:**

283 Bei Nutzung 100% erneuerbarer Elektrizität oder 100% erneuerbarer Kraftstoffe reduzieren sich die ausgesto-  
284 ßenen umweltschädlichen Emissionen durch den Verzicht auf Verbrennungsmotoren mit fossilen Brennstof-  
285 fen gen Null. Durch den Einsatz von Elektromotoren ergeben sich aber noch zahlreiche andere Vorteile. Die  
286 einfache Bauweise der Elektromotoren und die geringere Anzahl an Komponenten im Antriebssystem verän-  
287 dert zunächst das Packaging: Die Motoren- und Kühlertechnik sind kleiner, alles kann dezentral montiert und  
288 die Fahrzeuge können crash-sicherer ausgestaltet werden. Zudem entfällt der Ölwechsel und die Schaltung  
289 vereinfacht sich. Da sich die Motoren auch für den Generatorbetrieb eignen, kann durch Rückwandlung von ki-  
290 netischer in elektrische Energie durch eine Nutzbremse bis zu 30 Prozent der Energie zurückgeholt werden. Bei  
291 Autos, die alternative Kraftstoffe nutzen, ist diese rückgewonnene Energie in Zukunft im Hybridbetrieb zu nutzen.  
292 Der tank-to-wheel-Wirkungsgrad von Elektroantrieben liegt mit 65 bis 80 Prozent letztlich deutlich über Otto-  
293 und Dieselmotoren mit 35 bzw. 45 Prozent. Im Gesamtvergleich, d.h. der primärenergetischen Gegenüberstel-

294 lung (Dwell-to-Wheel) schneiden Elektroautos aber zur Zeit auf Grund des Strommixes noch schlechter ab als  
295 herkömmlich betriebene Autos. Der Verschleiß ist geringer als bei konventionellen Antrieben, sodass weniger  
296 Servicedienste notwendig sind und teure Reparaturen seltener durchgeführt werden müssen. Auch der Lärm  
297 beschränkt sich fast ausschließlich auf die Reibungsgeräusche der Reifen. Insgesamt wird der Fahrkomfort  
298 deutlich gesteigert, da der vibrationsärmere Antrieb einerseits leiser ist – sowohl innen als auch außen – und  
299 andererseits, weil der Innenraum durch die strukturellen Änderungen effektiver genutzt werden kann.

### 300 **Forschungsperspektiven**

301 Die bereits gegebenen Möglichkeiten der Elektromobilität reichen allerdings bei weitem nicht aus. Es muss  
302 dringend Geld in die Forschung investiert werden, ansonsten rückt die Umstrukturierung der Mobilität in die  
303 Ferne. Allerdings führen einige Entwicklungen nicht zwingend zu einer Umweltschonung, wenn der Ökologief-  
304 aktor nicht gezielt gefordert und gefördert wird. An einigen Punkten muss weiterhin geforscht und gearbeitet  
305 werden: Die Akkumulatoren benötigen höhere Energiedichten und müssen größere Reichweiten ermöglichen.  
306 Gleichzeitig muss auch die Zyklenzahl und damit das Lebensalter gesteigert werden, damit die Akkus nicht all-  
307 zu schnell auszutauschen sind. Extrem wichtig wird es sein, mittelfristig ressourcenschonendere Alternativen  
308 zu den dominierenden Lithium-NCM-Zellen zu entwickeln, bei denen neben Lithium, die raren Elemente Ni-  
309 ckel, Kobalt und Mangan zum Einsatz kommen. Die ebenso verwendeten Lithium-Eisenphosphat-Zellen, sind  
310 zwar ressourcen-schonender, weisen dafür allerdings eine deutlich geringere Energiedichte auf. Es gilt also,  
311 auf diesem Gebiet in die Forschung zu investieren. Wichtig ist hier jedoch, dass die seltenen Erden nach wie  
312 vor unter miserablen Umständen größtenteils in Entwicklungsländern zu katastrophalen Umweltbedingungen  
313 abgebaut werden. Die Menschen dort bekommen für ihre harte Arbeit nur einen Hungerlohn, da die multi-  
314 nationalen Unternehmen oftmals mit den lokalen Regierungen Pachtverträge über mehrere Jahrzehnte abge-  
315 schlossen haben und die Gewinne aus dem Verkauf der Ressourcen in Form von Dividenden an Aktienbesitzer  
316 ausgezahlt werden bzw. nicht in die lokale Infrastruktur investiert werden, reproduziert sich der postkoloniale  
317 Ressourcenraub. Als SozialistInnen dürfen wir das nicht hinnehmen! Wir fordern die Europäische Union auf,  
318 die Vergabe von Krediten an die lokale Bevölkerung zu fördern und die Nötigung von Entwicklungsländern mit  
319 Freihandelsabkommen sofort zu unterbinden.. Als SozialistInnen dürfen wir das nicht hinnehmen! Genauso  
320 wie wir uns für eine Modernisierung der Mobilität einsetzen, müssen wir darauf dringen, die Arbeitsbedin-  
321 gungen für die Menschen vor Ort zu verbessern. Wer die harte Arbeit verrichten, für die andere ihr modernes  
322 Leben führen können, muss auch dafür entlohnt werden. Aus postkolonialistischer Sicht müssen wir auch be-  
323 sonders die Ressourcenausbeutung kritisieren und uns entschieden dagegenstellen. Stattdessen sollten wir  
324 den Lithium-Abbau in Deutschland (Erzgebirge) besonders fördern. Auch die Möglichkeiten der Energierück-  
325 gewinnung über Rekuperationselemente und der Energie-Einsparung über effiziente Assistenzsysteme sind  
326 auszuweiten. Zusätzlich sollte über moderne Batteriemangement-Systeme ein effizienter Energie-Verbrauch  
327 gewährleistet werden. Auch die Ladetechniken sollten verbessert werden, um marktfähiger zu werden. Ideen  
328 wie das induktive Laden und Umsetzungsmöglichkeiten mit kürzeren Ladezeiten müssen prioritär vorange-  
329 bracht werden, um die Ausbreitung der Elektro-Mobilität zu fördern. Problematisch ist bei der Entwicklung  
330 von Elektroautos, dass die Industrie ihre Leichtbauweise vorwiegend mit Aluminium verarbeitet. Der Abbau  
331 zerstört sehr häufig Regenwaldgebiete, ist sehr umweltschädlich und verschlechtert dadurch die Öko-Bilanz.  
332 Die Entwicklung muss deshalb Abstand von Aluminium nehmen. Alternativ sollte an Carbonfasern geforscht  
333 werden, die eine deutlich bessere Öko-Bilanz aufweisen und ebenso als Leichtbau-Elemente genutzt werden  
334 können. Zugleich müssen Anstrengungen unternommen werden, um P2F-Technologien weiter zu fördern,  
335 um deren Effizienz zu steigern und die Kompatibilität mit den gebräuchlichen Antrieben weiter zu verbes-  
336 sern.

### 337 **Lade- und Ladeinfrastruktur**

338 Einer der wichtigsten Punkte bei der weiteren Verbreitung der Elektromobilität auf der Straße ist eine umfas-  
339 sende Ladeinfrastruktur. Hier liegt eines der großen Probleme, das viele InteressentInnen von Elektroautos  
340 abschreckt. Zwar ist die Reichweite der Elektroantriebe teilweise bereits passabel, aber die Möglichkeit, ohne  
341 größere Hürden und Zeitverluste „nachzutanken“ wie es herkömmliche Kraftstoffautos mit dem ausgebauten  
342 Tankstellensystem nutzen können, gibt es bisher nicht. Zu einer umfassenden Ladeinfrastruktur können so-  
343 wohl private als auch öffentliche Ladestellen gehören. Dabei bietet es sich an, öffentliche Schnellladeplätze  
344 vor allem innerstädtisch bzw. auf dem Land anzubieten und den privaten Sektor beim Ausbau von Stromtank-  
345 stellen an Autobahnen und Fernverkehrsstraßen zu unterstützen. Günstige Bedingungen dafür finden sich auf  
346 Park-, Rast- und Stellplätzen oder in Garagen. Voraussetzung müssen einheitliche Standards sein, die es er-

347 möglichen, jedes Auto an jeder Tankstelle anzuschließen. Gleichzeitig gilt es auch einen einheitlichen Standard  
348 zur Bezahlung an Elektrotankstellen einzuführen, der den aktuellen Flickenteppich ersetzt. Hier soll primär auf  
349 schon vorhandene Möglichkeiten wie EC- und Kreditkarten gesetzt werden. Außerdem müssen die Ladebe-  
350 dingungen am Wohnort und am Arbeitsplatz verbessert werden, bisher lassen Heim-Steckplätze nur lange  
351 Ladezeiten zu, hier sollte über Adapter oder bessere Anschlüsse ausgeglichen werden. Gleichzeitig sollten die  
352 Möglichkeiten des Induktionsladens eingeplant werden. Generell muss eine Entwicklung hin zu Supercharge-  
353 Systemen erfolgen. Die bisherigen Umsetzungen erlauben schnelles Laden in 40 Minuten auf 80 Prozent, die  
354 Forschung geht aber davon aus, dass Ladezeiten zukünftig auf bis zu fünf Minuten gedrosselt werden können.  
355 Damit würde der Nachteil des zusätzlichen Zeitaufwandes nahezu entfallen. Zugleich kann das bestehende  
356 Tankstellennetz auf treibstoffe durch P2F umgestellt und so praktikabel weitergenutzt werden

### 357 **Umsetzungsmöglichkeiten**

358 Die Umsetzungsmöglichkeiten für Autos sind bereits umrissen. Als Bestandteil des gesamten Mobilitätssys-  
359 tems sollte das Auto Teile seiner dominanten Stellung und Bedeutung an den ÖPNV und den Schienenverkehr  
360 verlieren, da es ökologisch widersinnig ist, den gesamten Autoverkehr lediglich auf Elektroantrieb umzustel-  
361 len, ohne die Vorteile anderer Mobilitätsmöglichkeiten anzuwenden. Nichtsdestotrotz wird der motorisierte  
362 Individualverkehr kurzfristig nicht verschwinden und sollte daher elektrifiziert werden. Sinnvollerweise muss  
363 die öffentliche Seite vorbildhaft voranschreiten und sollte den gesamten Bundesfuhrpark dekarbonisieren.  
364 Zudem muss in öffentlichen Ausschreibungen die alternative Mobilität gefordert werden. Eine zusätzliche und  
365 experimentell realisierte Umsetzungsmöglichkeit stellen alternative Antriebsformen und Kraftstoffe bei Taxis  
366 dar – diese Konzepte sollten gefördert werden. Die Anwendung beschränkt sich natürlich nicht nur auf PKWs.  
367 Ein wichtiges Mobilitätselement stellen strombetriebene und mit alternativen Kraftstoffen betriebene Busse  
368 dar. Diese sind insbesondere für den ÖPNV relevant. Umrüstungen von Autos mit Verbrennungsmotor auf  
369 einen Elektroantrieb sind unpraktisch, aufwendig und zu teuer, als dass sie sinnvoll wären. Auch Range Ex-  
370 tender, die die Elektroantriebe unterstützen sind keine nachhaltige Alternative und würden den guten Ansatz  
371 des Elektroautos verwischen. Handwerksbetrieben und Unternehmen welche auf Transportfahrzeuge ange-  
372 wiesen sind, muss so schnell wie möglich der Umstieg auf Elektrofahrzeuge ermöglicht werden. Daher muss  
373 die Ausweitung von Leistungsstarken und günstigen E-Transportern erfolgen.

### 374 **Anreize**

375 Um mehr Autos mit alternativen Antriebsmodellen und infolgedessen weniger konventionell betriebene Fahr-  
376 zeuge auf die Straße zu bekommen, müssen klare Anreize geschaffen werden. Letztlich reichen freiwilli-  
377 ge Selbstverpflichtungen der Branche nicht aus, um die Marktabdeckung der Elektro-Autos und die P2F-  
378 Kapazitäten zu steigern, das zeigen bei allem Fortschritt die aktuellen Entwicklungen. Es führt kein Weg an  
379 einer staatlichen Regulierung vorbei. Zu allererst muss die Ladeinfrastruktur konsequent aufgebaut werden,  
380 um den Menschen die Skepsis bezüglich der Reichweite von Elektroautos zu nehmen. Des Weiteren kann eine  
381 Ausbreitung von Elektromobilität und anderen perspektivisch emissionsfreien Technologien vor allem durch  
382 langfristige geplante Regelungen bewirkt werden. So sollte es perspektivisch zu einem Verbot der Zulassung  
383 von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren, die fossile Energieträger nutzen, kommen. Nur dann sehen sich  
384 Automobilkonzerne verpflichtet, ihre Forschung und Produktion gänzlich zukunftsorientiert zu gestalten. Zeit-  
385 nah müssen allerdings bereits Quoten eingeführt werden, die den Markt in Richtung Elektromobilität lenken.  
386 Nicht außer Acht gelassen werden, darf die Tatsache, dass sich aufgrund der größeren Anschaffungskosten  
387 momentan vorwiegend Personen mit höherem Einkommen Elektro-Autos leisten können. Deshalb müssen  
388 zusätzlich zu den allgemeinen Anreizen auch Erleichterungen für NutzerInnen mit niedrigem Einkommen ge-  
389 staltet werden. Die bisherigen Reglementierungen reichen dabei nicht aus und führen in ihrer Umsetzung nicht  
390 zum Erfolg. Gleichzeitig gehört das Dieselpriwilieg aufgehoben und die Besteuerung der Kraftstoffe künftig an-  
391 hand ihres tatsächlichen Schadstoffausstoßes orientiert. Die derzeit gezahlte Kaufprämie ist dagegen nicht nur  
392 ein Ladenhüter, sie ist bei den momentanen Preisen auch viel zu gering, um einen wirklichen Anreiz für weite  
393 Bevölkerungsschichten darzustellen. Geht man allerdings davon aus, dass der Ölpreis künftig wieder steigen  
394 wird und die Kosten für die immer größere Modellauswahl an Elektroautos stärker sinken, kann eine Prämie  
395 in Höhe von bis zu 5.000 Euro für Geringverdienende mit entsprechendem Bedarf sinnvoll werden. Letztlich  
396 müssen auch verpflichtende Garantien für die eingebauten Akkus gegeben werden, um den Nutzer\*innen die  
397 Vorbehalte gegenüber der Haltbarkeit ihrer Energiespeicher zu nehmen.

### 398 **Unsere Forderungen:**

- 399 • Wir fordern kurzfristig eine deutliche Erhöhung des Marktanteils von Elektro-Autos bei zeitgleicher zusätzlicher und nutzungsgebundenem Ausbau erneuerbarer Stromerzeugungskapazitäten, unsere Fernziel ist es, ohne fossil betriebene Autos auszukommen. Gleichzeitig wollen wir den Anteil des motorisierten Individualverkehrs deutlich reduzieren. Daher lehnen wir einen schlichten 1-1-Umstieg auf perspektivisch emissionsfreie Autos ab.
- 404 • Insbesondere setzen wir uns für den flächendeckenden Aufbau einer Lade- bzw. Schnellladeinfrastruktur ein, damit die Marktdurchdringung schneller erreicht wird. Dazu soll der Bund einen Standard möglichst europäisch definieren und zentral Mittel für den Ausbau und für Planerstellen der Länder bereitstellen.
- 407 • Es müssen Investitionen in Forschung getätigt werden, damit die Elektromobilität den hohen Ansprüchen der modernen Mobilität besser entsprechen kann: bessere Reichweite, schnellere Ladezyklen, umweltfreundlichere Herstellung und günstigere Herstellung. Ähnlich dem Ansatz der SPD für Forschung allgemein soll ein fester Prozentsatz des BIP allein in nachhaltige Mobilitätsforschungsprojekte investiert werden. Parallel müssen Mittel zum Ausbau und der weiteren Erforschung von P2H-Technologien bereit gestellt werden.
- 412 • Die momentan gezahlte E-Prämie ist aus unserer Sicht nicht sinnvoll, um allen Menschen den Zugang zur E-Mobilität zu schaffen – erst wenn sich die Preise durch Investitionen und größere Produktionen auf einem niedrigeren Niveau befinden, sollten Prämien für Einkommensschwache gezahlt werden. Weitere Steuervergünstigungen für GeringverdienerInnen sollten ebenfalls in Betracht gezogen werden.
- 416 • Die Produktion von Elektroautos und elektronischen Antrieben aller Verkehrsträger muss umweltfreundlich und sozialverträglich ausgestaltet sein, sowohl in den Abbauregionen der Rohstoffe, als auch während der industriellen Produktion aller benötigten Bestandteile. Der Energieverbrauch und CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei der Produktion elektronischer Antriebstechniken muss gesenkt werden, um die umweltbezogenen Vorteile, die durch den Betrieb von Elektromotoren erzielt werden, nicht durch eine ökologisch und sozial nachteilige Herstellungsweise wieder zu reduzieren. Um dies entgegen Monopolen und Oligopolen von Ländern sicherzustellen, die nicht alle Ilo-Kernarbeitsnormen ratifiziert haben, soll eine Kooperation mit Quellenländern für Rohstoffe wie z.B. seltene Erden eingegangen werden. Diese soll einer fairen Handelspolitik folgen, sowie entwicklungspolitische Komponenten enthalten. Langfristig wird damit eine Kontrolle der Rohstoffeinfuhren über eine Identitätsprüfung durchführbar sein, die strafrechtliche Konsequenzen für Unternehmen und Privatpersonen zur Folge haben könnten. Die Jusos bekräftigen die Einführung verbindlicher internationaler Regelungen und Schaffung einer entsprechenden Kontrollinstanz. Das gilt ebenso für P2F-Technologien und gleichzeitig ist uns bewusst, dass auch andere alternative Antriebskonzepte, neben dem Elektromotor, vor allem in der aktuell beginnenden Transformationsphase, eine klare Daseinsberechtigung als auch – Notwendigkeit haben. Auch diese Konzepte wollen wir daher ergänzend fordern und fördern.
- 431 Die Arbeit aller Beteiligten am Herstellungsprozess aller für die Elektromobilität notwendiger Mittel muss fair vergütet sein. Gute Arbeitsbedingungen vor allem in den Abbaugebieten der für die Batterien notwendigen Ressourcen müssen garantiert werden, um das Wohl der ArbeiterInnen zu schützen und zugleich die Umwelt zu schonen. Deswegen sollen nur fair produzierte Batterien staatlich subventioniert werden

# X Organisationspolitik

## X Organisationspolitik

---

X7	Hamburg	Schluss mit willkürlichen Kooptierungen – Juso- Bundesvorstand demokratisieren!	84
----	---------	---	----

---

**X7**

<b>Titel</b>	Schluss mit willkürlichen Kooptierungen – Juso- Bundesvorstand demokratisieren!
<b>AntragstellerInnen</b>	Hamburg

---

## Schluss mit willkürlichen Kooptierungen – Juso- Bundesvorstand demokratisieren!

- 1 Der Juso-Bundeskongress fordert den Juso-Bundesvorstand auf, neben Vertreter\*innen der Juso-Schüler\*innen, der Juso-Hochschulgruppen und von IUSY und YES hinaus nur unter den folgenden Voraussetzungen
- 2 Kooptierungen in den Juso-Bundesvorstand vorzunehmen:
- 3
- 4 1. Die Kooptierung ist auf der Website der Jusos zu veröffentlichen.
- 5 2. Die Landesverbände sind vom Bundesvorstand über die erfolgte Kooptierung per E-Mail zu informie-
- 6 ren.
- 7 3. Bei den oben genannten Informationsvorgängen ist eine Begründung für die Kooptierung und die Funktion
- 8 der kooptierten Person anzugeben.

# Z Initiativanträge

## Z Initiativanträge

Z1	Projektgruppe „Arbeit 4.0 und Wirtschaft 4.0“ über Bundesvorstand	Kapitalismus 4.0: Same shit, different number	86
Z2		Hört die Signale! – Die SPD für das 21. Jahrhundert neu aufstellen	99
Z3		#nogroko – Für eine inhaltlich klare und glaubwürdige SPD	106
Z4	Thüringen, Bundesvorstand, NRW, Sachsen, Bayern, Berlin, Hessen-Süd	Solidarität mit den Siemens-Beschäftigten!	109
Z5	Hessen-Nord	Resolution – Für eine Reform	110



# Z1

<b>Titel</b>	Kapitalismus 4.0: Same shit, different number
<b>AntragstellerInnen</b>	Projektgruppe „Arbeit 4.0 und Wirtschaft 4.0“ über Bundesvorstand

---

## Kapitalismus 4.0: Same shit, different number

1 Die Welt verändert sich unübersehbar. Sie ist im Wandel, wie schon so häufig. Der aktuelle Wandel wird land-  
 2 auf, landab unter dem Schlagwort „4.0“ diskutiert. Kern dieses Wandels ist der Wandel der Arbeitswelt, der sich  
 3 auch maßgeblich in der Digitalisierung ausdrückt. Die Digitalisierung wird häufig als sogenannter Megatrend  
 4 bezeichnet und wird viele Bereiche des alltäglichen Lebens umfassen und verändern. Wir reden mittlerweile  
 5 wie selbstverständlich von Arbeit 4.0, Industrie 4.0 oder Wirtschaft 4.0, doch die tiefgreifenden strukturellen  
 6 Veränderungen der Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftswelt bleiben dabei trotzdem meist im Ungewissen. Die  
 7 4.0-Debatte stellt somit eine politische und diskursiv umkämpfte Herausforderung dar und bietet damit zu-  
 8 gleich aber auch eine Chance zum politischen Fortschritt. Wir Jusos sind uns dieser Verantwortung bewusst  
 9 und wollen die Debatte nutzen, um unsere Sichtweise auf die Veränderungsprozesse darzustellen und hier-  
 10 aus Schlüsse zu ziehen, die den politischen Wandel und Fortschritt in Richtung einer emanzipatorischen und  
 11 gerechten Gesellschaft voranbringt.

### 12 Kapitalismus 4.0 bleibt Kapitalismus!

13 Zur Realität des Wandlungsprozesses gehört für uns, dass auch eine in Teilen transformierte, sich als 4.0-  
 14 Wirtschaft darstellende Produktionsweise eine zutiefst kapitalistische bleibt. Der Widerspruch zwischen Kapi-  
 15 tal und Arbeit bleibt bestehen, wie weitere dem Kapitalismus innewohnende Ausbeutungsverhältnisse. Der  
 16 unter der 4.0-Diskussion gefasste Wandel vollzieht sich bislang unter kapitalistischen Voraussetzungen und  
 17 stellt sich somit als eine neue Gestalt des Kapitalismus dar, der zum Teil alte Widersprüche aufbricht, zugleich  
 18 aber neue Abhängigkeiten schaffen wird, wie das Beispiel „Home-Office“ zeigt. So ist die Überwindung des  
 19 Gegensatzes zwischen Arbeit und Familie einerseits einer neuen Form der Entgrenzung der Arbeitszeit gegen-  
 20 über zu stellen. Eine Einordnung der sich derzeit vollziehenden Veränderungen und die politische Bewertung  
 21 solcher Prozesse bedarf deshalb der vorangestellten Analyse der aktuellen Gesellschaftsformation und ihrer  
 22 wirtschaftlichen Struktur- und Kontextbedingungen. Nur wenn wir den gesamten Wirtschaftsprozess im Ge-  
 23 samten verstehen, können wir ihn auch im progressiven Sinne verändern.

### 24 Technisch-industrielle Revolutionen im Kapitalismus

25 In der Wirtschaftsgeschichte werden technische Weiterentwicklungen gerne als „industrielle Revolutionen“  
 26 bezeichnet. Inwiefern sich eine solche Begriffswahl für die mit ihnen beschriebenen Veränderungsprozesse  
 27 wirklich eignet, soll hier nicht abschließend geklärt werden, zumindest aber darauf verwiesen werden, dass es  
 28 sich im eigentlichen Sinne eher um längerfristige Evolutionen handelt. Drei solcher Evolutionsschübe werden  
 29 in der Historie des modernen Kapitalismus beschrieben: Die technische Industrialisierung Mitte des 18. Jahr-  
 30 hunderts, die Elektrifizierung der Produktion und die weitere Etablierung von Massenproduktionsprozessen  
 31 seit dem 19. Jahrhundert und die beginnende Rationalisierung und Automatisierung durch aufkommende IT  
 32 und Elektronik-Technologie im 20. Jahrhundert.

33 An solche Entwicklungen anschließend, wird unter Digitalisierung ein vierter Evolutionsschritt beschrieben,  
 34 der ebenso wie die vorherigen Entwicklungsstadien die Produktionsverhältnisse nachhaltig verändern wird.  
 35 Dies stellt die technische Seite der Veränderungen dar, welche auch wir Jusos als positiv bewerten. Der Blick  
 36 nur auf die technische Seite vernachlässigt aber allzu oft die menschliche Seite des Fortschritts. Es sind noch  
 37 immer die Menschen, die den Fortschritt in der Produktivität hervorbringt, auch wenn UnternehmerInnen  
 38 ein Interesse daran haben, die wichtige Rolle ihrer Beschäftigten in den Produktivitätsentwicklungen zu un-  
 39 terschlagen. Wir sind auch davon überzeugt, dass durch den technischen Fortschritt und insbesondere die

40 Digitalisierung Wertschöpfungsprozesse nachhaltiger gestaltet, Arbeitsprozesse stärker humanisiert, indem  
41 schwere und gefährliche Arbeiten nicht mehr von Menschen durchgeführt werden müssen und durch zuneh-  
42 mende Automatisierung im Einklang mit Arbeitszeitverkürzungen neue Lebensperspektiven eröffnet werden  
43 können. Dies kann die positive Seite der Veränderungen darstellen, deren Erreichung unser Ziel ist. Damit  
44 positive Effekte nicht ins Gegenteil verkehrt werden, bedarf es zugleich einer politischen Absicherung.

45 Insbesondere zum Bereich der Arbeitswelten 4.0 haben wir bereits auf dem letzten Bundeskongress einen  
46 umfassenden Antrag beschlossen, der genau einem solchen Anspruch verpflichtet war. Unser Fokus in die-  
47 sem Jahr liegt auf der übergeordneten Ebene, also den grundsätzlichen Bedingungen eines neuen „digitalen“  
48 Akkumulationsregimes, der Organisation des Wirtschaftslebens unter digitalen Vorzeichen, und seiner not-  
49 wendigen Regulation durch politische Maßnahmen.

#### 50 Vom Fordismus zur wettbewerbsstaatlichen Regulationsweise

51 In der Politischen Ökonomie werden Regulationsmodi zur polit-ökonomischen Einordnung kapitalistischer  
52 Produktionsphasen beschrieben. Dabei lässt sich historisch zwischen dem vorindustriellen Kapitalismus, dem  
53 Manchester-Kapitalismus, dem Fordismus und dem Post-Fordismus unterscheiden. Jede dieser Phasen ist ge-  
54 kennzeichnet von einem spezifischen Modus der Akkumulation und Regulation.

55 Prägend für unser heutiges Regulationsverständnis ist immer noch der Bezug auf die Phase des Fordismus,  
56 der zugleich als eine Phase des „gezähmten“ Kapitalismus auch heute noch für viele SozialdemokratInnen ein  
57 Regulationsleitbild und die Referenzgröße darstellt. Der Fordismus war geprägt von starken Gewerkschaften,  
58 die in Zeiten von Massenproduktion und -konsum durch sozialpolitische Kämpfe ein breites Feld sozialer Absi-  
59 cherungen erreichen konnten. Es herrschte ein spezifischer Interessensausgleich zwischen Kapital und Arbeit,  
60 auch wenn dieser die innerkapitalistischen Widersprüche nur vordergründig überspielen konnte. Durch die  
61 Stellung des Staates als wichtigen wirtschaftspolitischen Akteur und Regulator kann der Fordismus als Phase  
62 keynesianisch-kooperativer Regulation in Form einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik gekoppelt  
63 mit einer starken Sozialpartnerschaft gelten.

64 Mit den Krisenerscheinungen der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts wurde der Fordismus sukzessive durch ei-  
65 ne neue Regulationsform ersetzt, welche unter Post-Fordismus gefasst wird. Kennzeichnend hierfür ist der  
66 Umschwung zu einem wettbewerbsstaatlichen Regulationsmodus, der im Zeichen des aufkommenden Neo-  
67 liberalismus steht. Im Zentrum der Veränderungen standen auf wirtschaftspolitischer Seite die Öffnung der  
68 Kapital- und Finanzmärkte (und mit ihr verbunden die sog. Finanzialisierung weitreichender gesellschaftlicher  
69 Funktionsbereiche) und somit die Wandlung der auf Massenkonsum und Massenproduktion ausgerichteten  
70 Akkumulationsstrategie des Fordismus zugunsten eines finanzmarktdominierten Kapitalismus. Auf sozialpo-  
71 litischer und regulatorischer Seite ging der Post-Fordismus mit der Lockerung sozial- und arbeitsmarktpoli-  
72 tischer Standards einher, die zu einer zunehmenden Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen  
73 geführt hat. All dies im Sinne des neoliberalen Dogmas der Liberalisierung, Privatisierung und Ökonomisie-  
74 rung und seines Leitbilds des „starken Marktes“. Marktbasierter Regulation wurde jener staatlichen Regulation  
75 vorgezogen, die noch das Bild des Fordismus prägte.

76 Eingebunden sind die Entwicklungen des Post-Fordismus dabei in starke inter-, trans- und insbesondere in  
77 Europa auch supranationale Struktur(veränderungen). So ist es auch ein Resultat der Eingebundenheit in den  
78 europäischen Integrationsprozess, der die Entwicklungen hin zum wettbewerbsstaatlichen Regulationsmodus  
79 beschleunigte. Durch den negativen, auf marktschaffende Integration zielenden Entwicklungspfad wurde bei  
80 gleichzeitig nur randständig umgesetzter positiver, regulationsschaffender Integrationsschritte eine Dynamik  
81 geschaffen, die die post-fordistischen Entwicklungen begünstigte. Das Leitbild der Wettbewerbsstaatlichkeit  
82 (s. bspw. Lissabon-Strategie, Europe 2020 oder Global Europe u. ä.) wurde tief in die mitgliedstaatlichen Re-  
83 gulationszusammenhänge eingeschrieben. Dieses regulatorischen Zusammenhangs müssen wir uns bewusst  
84 sein, wenn wir die nun anstehenden Strukturveränderungen für eine progressive Politik zur Überwindung  
85 herrschender Paradigmen nutzen wollen.

#### 86 Auf dem Weg zum Digitalismus?

87 Die Digitalisierung des Wirtschaftens schreitet weiter voran. Automatisierung und neue Produktionstechno-  
88 logien verändern den Industriesektor in den nächsten Jahren und Jahrzehnten strukturell. Diese Entwicklung  
89 wird auch vor dem Dienstleistungssektor nicht haltmachen. Wir sehen also sich verändernde Akkumulations-  
90 bedingungen, auf die wir mit neuen bzw. angepassten Formen der Regulation politisch reagieren müssen. Da-

91 bei bieten die aktuellen Entwicklungen zugleich die Möglichkeit, mit Fehlern der Vergangenheit, insbesondere  
92 des Post-Fordismus aufzuräumen. Wir sehen die 4.0-Entwicklungen deshalb als Chance für einen neuen digi-  
93 talen Regulationsmodus, den wir nachfolgend an einigen Beispielen konkret beschreiben wollen. Als progres-  
94 sive Kraft wollen wir unseren Beitrag zur neuen Regulationsphase des Digitalismus leisten, die nach unserer  
95 Überzeugung auf einer starken europäischen Säule fußen muss, um die fehlgeleiteten Strukturen des postfor-  
96 distischen, finanzmarkt-dominierten Kapitalismus effektiv überwinden zu können. Darüber hinaus wollen wir  
97 Potentiale diskutieren und nutzen, die über die bestehende kapitalistische Wirtschaftsstruktur hinausweisen  
98 können.

#### 99 1. Wachstum 4.0

100 Unsere Produktionsweise, also die Erstellung von Gütern und Dienstleistungen, ist bisher untrennbar mit der  
101 Vernichtung endlicher, natürlicher Ressourcen verbunden. Das Wachstum, also die Steigerung der Produkti-  
102 on, der letzten Jahrzehnte und Jahrhunderte war untrennbar verbunden mit einer Steigerung des Ressour-  
103 cenverbrauchs. Unsere Lebensgrundlage, die natürlichen Ressourcen der Erde, ist mittlerweile in einem fast  
104 lebensbedrohlichen Ausmaß verbraucht. War es in der Vergangenheit üblich gesellschaftliche Verteilungsfra-  
105 gen durch anhaltendes, auf steigende Ressourcennutzung basiertes Wachstum zu verschleiern, so stellt sich  
106 nun mit Blick auf die ökologischen Belastungsgrenzen der Erde[1] die Frage, welche Rolle Wachstum in der  
107 Wirtschaft 4.0 und in darüber hinausgehenden Zukunftsformen wirtschaftlichen Handelns einnehmen soll  
108 und kann.

109 Zur Beantwortung dieser Frage stehen sich zwei Ansätze gegenüber. Auf der einen Seite besteht die Idee  
110 durch technologischen Fortschritt die bereits existierende relative Entkopplung von Ressourcenverbrauch und  
111 Wachstum zu einer absoluten Entkopplung dieser Faktoren fortzuführen und dadurch nachhaltiges Wachs-  
112 tum zu generieren. Auf der anderen Seite steht die Auffassung, dass ein gesellschaftlicher und systematischer  
113 Umschwung allen wirtschaftlichen Handelns im Sinne einer Postwachstumsökonomie die notwendige Konse-  
114 quenz darstellt.

115 Für uns Jusos ist dabei klar, dass es nicht zielführend ist an dieser Stelle eine schwarz/weiß-Debatte zu führen,  
116 sondern im Sinne einer kritischen Reflexion beide Ansätze in einen jungsozialistischen Lösungsweg einzubezie-  
117 hen. So ist es auf der einen Seite richtig, dass sich gerade im Prozess hin zum Digitalismus in einem kaum vor-  
118 stellbaren Maße Innovationskräfte entfalten werden, welche zur fortschreitenden Entkopplung von Wachstum  
119 und Ressourcenverbrauch genutzt werden müssen. Es muss Aufgabe linker und zukunftsorientierter Politik  
120 sein an dieser Stelle anzusetzen. Hierfür gilt es im Zuge einer aktiven Wissenschaftspolitik Rahmenbedingun-  
121 gen für die Entwicklungen entsprechender Technologien zu schaffen sowie wirtschaftliche Anreize und Förde-  
122 rungen, aber auch gesetzliche Verpflichtungen zur Verwendung dieser im Wirtschaftsleben zu setzen. Auf der  
123 anderen Seite kann es aus unserer Sicht jedoch nicht richtig sein, sich auf die vollständige Entkopplung durch  
124 technologischen Fortschritts zu verlassen, da jeder technologische Fortschritt immer mit nur schwer prognos-  
125 tizierbaren Reboundeffekten verbunden ist. Deswegen ist es auch richtig alte Wachstumsmuster kritisch zu  
126 hinterfragen und neu zu denken. Auch wenn eine vollständige Absage an jegliche Formen von Wachstum zum  
127 derzeitigen Zeitpunkt illusionär erscheint, lässt sich feststellen, dass die derzeitige Art des Wirtschaftens an  
128 vielen Stellen gesellschaftlichen und ökologischen Schaden verursacht.

129 Beispielhaft hierfür ist, dass unser kapitalistisches, auf Wettbewerb und Wachstum basierendes Wirtschaftss-  
130 ystem weder in der Lage ist, die reproduktiven Kräfte der Natur noch menschliche Reproduktionsarbeit als  
131 Wert abzubilden. Auf Ebene der natürlichen Reproduktionsprozesse können hierdurch Externalitäten nicht  
132 in die Preisbildung der Ware einbezogen werden. Somit werden ökologische Schäden, die bei der Produkti-  
133 on einer Ware entstehen, zum einen nicht als Kosten der Unternehmen kapitalisiert und zum anderen der  
134 Gesellschaft aufgebürdet.

135 Auf Ebene menschlicher Reproduktionsarbeit führt die mangelnde Abbildung durch die ungleiche Verteilung  
136 von Reproduktionsarbeit zwischen den Geschlechtern zu einer Benachteiligung von weiblich sozialisierten In-  
137 dividuen im wirtschaftlichen Alltag und einer Verfestigung bereits bestehender geschlechtsspezifischer Diskri-  
138 minierungsmuster.

139 Selbiges gilt für Steigerungen des BIP, die auf Grund stagnierender Reallöhne über die Verschuldung breiter  
140 Bevölkerungsschichten oder Außenhandelsüberschüsse finanziert werden und somit zur Verarmung dieser  
141 Gruppen und gleichzeitiger Entstehung gesellschaftlich höchst gefährlicher Finanzblasen führen.

142 Für uns ist jedoch klar, dass die Kritik solcher veralteten Wirtschaftsweisen nur im gesamtgesellschaftlichen  
143 und politischen Kontext zu langfristigen und nachhaltigen Lösungen führen kann. Zwar gilt es Rahmenbedin-  
144 gungen zu schaffen, die die Ausübung ökologischer und alternativer Lebensstile ermöglichen, aber auch im  
145 Kapitalismus 4.0 wird der vermeintliche Ausstieg aus den vorherrschenden Produktionsbedingungen immer  
146 nur einer kleinen Gruppe privilegierter Individuen möglich sein. Für den Großteil der Weltbevölkerung hinge-  
147 gen bleibt die Frage wirtschaftlichen Wachstums eng verknüpft mit der Frage dauerhafter Wohlstandssteige-  
148 rungen. Eine dauerhafte Lösung dieses Konflikts zwischen Ressourcenverbrauch und dem Bedürfnis großer  
149 Teile der Weltbevölkerung, ihren Wohlstand zu steigern, ist nur auf politischem Wege möglich.

150 Deswegen ist für uns Jusos ist klar, dass die Produktivitätsgewinne, die durch Wirtschaft 4.0 erwirtschaftet  
151 werden, im Sinne einer Steigerung gesellschaftlichen Wohlstands verwendet werden müssen. Wohlstand setzt  
152 sich in diesem Zusammenhang für uns, wie wir bereits im Jahr 2015 beschlossen haben, aus folgenden nicht  
153 abschließenden Faktoren zusammen:

- 154 • Arbeit
- 155 • Bildung
- 156 • Erhalt der Umwelt
- 157 • individuelle und gesellschaftliche Freiheit
- 158 • Geschlechtergerechtigkeit
- 159 • Gesundheit
- 160 • Konsummöglichkeiten
- 161 • Kultur- und Freizeitmöglichkeiten
- 162 • Mobilität
- 163 • politische und gesellschaftliche Stabilität
- 164 • Wohnraum und das damit verbundene Lebensumfeld

165 Für uns Jusos steht weiterhin fest, dass die ökologischen Belastungsgrenzen der Erde eine absolute Haltelinie  
166 wirtschaftlichen Handelns darstellen. Es ist die Aufgabe einer zukunftsorientierten Wirtschaftspolitik sicherzu-  
167 stellen, dass zukünftiges Wirtschaften nur innerhalb dieser Grenzen stattfindet. Hierfür bedarf es klarer und  
168 strikt kontrollierter Begrenzungen des Ressourcenverbrauchs bei der Produktion von Waren und dem Darbie-  
169 ten von Dienstleistungen. Auch Modelle zur Kapitalisierung ökologischer Externalitäten in den Unternehmen  
170 (wie z.B. CO2-Zertifikate) kommen hierbei in Frage, sofern diese die tatsächlichen ökologischen Schäden in der  
171 Unternehmensbilanz realistisch abbilden.

172 Zusammenfassend darf ein Wachstum 4.0 somit nur ein Wachstum sein, das weder auf einer fortschreitenden  
173 Ausbeutung des Produktionsfaktors Arbeit noch auf einer Ressourcennutzung über die ökologischen Belas-  
174 tungsgrenzen der Erde hinaus basiert und welches zum Zwecke der Steigerung des globalen Wohlstands dient,  
175 soweit dieses nicht bereits durch Produktivitätssteigerungen ausreichend erhöht wird. Dies wird aber in einem  
176 kapitalistischen Wirtschaftsmodell nicht möglich sein. Auch deswegen gilt es dieses durch den demokratischen  
177 Sozialismus zu ersetzen.

#### 178 1. **Plattform- & Share-Economy**

179 In den letzten Jahrzehnten haben sich neue Formen des Arbeitens und Wirtschaftens entwickelt. Im Zuge  
180 der weltweit einfacheren Vernetzungsmöglichkeiten entwickeln sich digitale Plattformen, auf denen sowohl  
181 Dienstleistungen als auch Waren angeboten werden. Die Bereitstellung der Produktionsmittel ebenso wie das  
182 unternehmerische Risiko werden dabei so weit wie möglich auf die Beschäftigten abgewälzt. Solche Formen  
183 des Wirtschaftens werden auch unter den Begriffen Plattform- oder Sharing Economy diskutiert.

184 Sharing Economy ist nicht gleich Teilen. Teilen ist für uns eine nicht-gewerbliche Transaktion, die in der volks-  
185 wirtschaftlichen Gesamtbilanz nicht abgebildet wird. „Teilen“ gegen Bezahlung in der Sharing Economy hinge-  
186 gen ermöglicht die Nutzung von Gütern oder Dienstleistungen, die insbesondere GeringverdienerInnen und

187 Nichterwerbstätige aufgrund der hohen Anschaffungskosten ansonsten nicht erwerben können. Dadurch ent-  
188 stehen aber ein höheres Abhängigkeitsverhältnis und eine geringere ökonomische Absicherung auf Seiten der  
189 NutzerInnen und (teilweise) den Bereitsteller\*innen.

190 Es ist nicht neu, dass Menschen privat und (un-) kommerziell Güter oder Arbeit teilen. Neu ist aber, dass die-  
191 ses „Teilen“ über Plattformen über das Netz vermittelt werden kann und mit einem kommerziellen Interesse  
192 betrieben wird.

193 Der so genannte Plattform-Kapitalismus fügt der klassischen Struktur von Angebot und Nachfrage eine dritte  
194 Komponente, die Plattform, bei. Diese Plattform bildet eine vermittelnde Schnittstelle zwischen AnbieterInnen  
195 und KundInnen. Daher resultiert auch eine zusätzliche Entfremdung dieser.

196 Plattformen erlangen durch zwei wesentliche Effekte eine starke marktbeherrschende Position bis hin zu voll-  
197 ständigen Monopolstellungen. Ihre fast ausschließlich digitalen Strukturen haben zur Folge, dass die Kosten  
198 für Plattformen von ihrer Reichweite nahezu unabhängig sind, somit ist es möglich, eine breite Masse kosten-  
199 günstig zu erreichen.

200 Eine hohe Zahl von NutzerInnen dieser Plattform macht sie zusätzlich attraktiv. AnbieterInnen erreichen mehr  
201 potentielle KundInnen.

202 Dadurch kommt es zu massiven Verschiebungen der Machtverhältnisse. Da die Plattformen große Verhand-  
203 lungsmacht besitzen, können sie Bedingungen, Qualitätsstandards und Preise diktieren.

204 Neben dem Angebot von Gütern und Dienstleistungen wird auf Plattformen auch Arbeitskraft angeboten. Auf-  
205 träge werden auf Plattformen ausgeschrieben, welche von scheinbar Selbstständigen ausgeführt werden kön-  
206 nen. Arbeitsrechtliche Standards werden somit umgangen. Es wird Wettbewerb um das beste Angebot ge-  
207 schaffen. Das Unternehmensrisiko wird nicht von den Plattformen getragen. Diese neuen Formen der Be-  
208 schäftigung bringen neue Herausforderungen und bedürfen einer Anpassung der modernen Sicherungssys-  
209 teme und der Haftung.

#### 210 Gig-Working

211 Gig-Work bezeichnet orts- und personengebundene Dienstleistungen, die über Online-Plattformen vermittelt  
212 werden. Bezahlt wird der einzelne Gig – die einzelne Arbeitsleistung. Dabei handelt es sich beispielsweise  
213 um Reinigungs- und Lieferdienste, Handwerksleistungen, Gastgewerbe oder Personenbeförderungen. Die Tä-  
214 tigkeiten sind an sich nicht neu, dafür aber die Vermittlung über Plattformen und ihre Auswirkungen. Diese  
215 können sich positiv gestalten, zum Beispiel durch eine Eindämmung des Schwarzmarktes, wo früher unter  
216 der Hand vermittelt wurde und jetzt öffentliche Plattformen genutzt werden. Auf der anderen Seite entstehen  
217 neue Probleme.

218 Aufgrund des hohen Körper- und Materialeinsatzes sind die individuellen Risiken für die Gig-WorkerInnen  
219 noch höher als bei Cloud- und Crowd-Work, wo Arbeitsunfälle, Verkehrsunfälle, Übergriffe, Diebstähle und  
220 Sachbeschädigung keine Rolle spielen. Genannte Risiken tragen die Anbieter\*innen dieser Dienstleistungen  
221 als scheinbar selbstständige zumeist selbst. Diesen erhöhten Risiken soll durch Identifizierung der Dienst-  
222 leisterInnen und VerbraucherInnen, sowie durch ein Bewertungssystem entgegengewirkt werden. Dies bringt  
223 wiederum mit sich, dass hochsensible persönliche Daten gesammelt werden und ständige Überwachung, zum  
224 Beispiel durch Auswertung von Bewegungsprofilen möglich wird. Das ist ein großer Unterschied zu den Cloud-  
225 und Crowd-WorkerInnen.

226 Lösungsvorschläge müssen sich an den branchenspezifischen Herausforderungen orientieren. Wo Dienstleis-  
227 tungen persönlichen Kapitaleinsatz, beispielsweise in Form eines Autos oder von Werkzeug, erfordern, sind die  
228 Plattformen genossenschaftlich zu organisieren. Rechtsfreie Räume sind zu regulieren und Gig-WorkerInnen  
229 besser abzusichern. Der Begriff der Scheinselbstständigkeit ist auszuweiten und den neuen Bedingungen an-  
230 zupassen. So reicht es nicht mehr aus, allein die Anzahl der AuftraggeberInnen als Kriterium zugrunde zu legen.  
231 Gig-WorkerInnen, die ihre Aufträge ausschließlich über eine Plattform beziehen, sind ebenfalls scheinselfst-  
232 ständig. Plattformen müssen in diesen Fällen dazu verpflichtet werden, diese Gig-WorkerInnen festanzustellen  
233 und damit das unternehmerische Risiko zu tragen.

234 Weiterhin ist je nach Gewerbe zu überprüfen, ob bestehende Gesetze und Verordnungen auch auf die neuen  
235 Plattformen anzuwenden oder gegebenenfalls anzupassen sind. Dies gilt zum Beispiel für Gesundheits- und  
236 Hygieneverordnungen ebenso wie für Beförderungslizenzen. Das Format des Gigworking betrifft zudem viele

237 Frauen und kann als Chance wahrgenommen werden. Dies gilt es zu berücksichtigen und in alle Überlegungen  
238 einzubeziehen.

### 239 Cloudworking

240 Unter Cloudworking verstehen wir die ortsunabhängige, durch digitale Plattformen vermittelte Arbeit. Sie  
241 zeichnet sich dadurch aus, dass sie im Gegensatz zum Gigworking an jedem Ort auf der Erde verrichtet werden  
242 kann. Dabei wird weiterhin differenziert zwischen dem personengebunden Freelancing und dem personen-  
243 ungebundenen Crowdworking. In den unterschiedlichen Bereichen stellen sich unterschiedliche Herausforde-  
244 rungen, die es einzeln zu betrachten gibt.

245 Freelancing ist ein sehr heterogener Bereich, der in erster Linie hochspezialisierte und zeitintensive Tätigkei-  
246 ten für wechselnde AuftraggeberInnen umfasst. Der Begriff umfasst Tätigkeiten, die einer klassischen Selbst-  
247 ständigkeit inkl. Soloselbstständigkeit entsprechen. Besonders im Bereich der Soloselbstständigkeit besteht  
248 aufgrund der Struktur der Auftragsvergabe über digitale Plattformen ein sehr hohes Potential für soziale Ver-  
249 werfungen. Problematisch wird es insbesondere dann, wenn das Geschäftsmodell klassische Beschäftigungs-  
250 verhältnisse ersetzt und Selbstständige hauptsächlich für eineN AuftraggeberIn wiederkehrende Aufgaben  
251 erfüllen. Hier wird das unternehmerische Risiko durch die Plattform auf die effektiv abhängig Beschäftigten  
252 verlagert.

253 Gleichzeitig gibt es im Dreiecksverhältnis auf stark konzentrierten, oligopolistischen Märkten zwischen Auf-  
254 traggeberInnen und AuftragnehmerInnen sowie der Plattform ein stark asymmetrisches Machtgefälle zugun-  
255 sten der Plattform. Die vermittelnden Unternehmen bürden die Vermittlungsgebühren mehrheitlich den Auf-  
256 tragnehmerInnen auf. Dies ist deshalb möglich, weil diese in einem stärkeren Abhängigkeitsverhältnis stehen  
257 als die AuftraggeberInnen. Aus demselben Grund ist es dem Unternehmen möglich, repressive Maßnahmen  
258 zur Kontrolle der Arbeitsleistung einzufordern. Die AuftragnehmerInnen müssen detaillierte Arbeitsprotokolle  
259 vorweisen. So wird beispielsweise im digitalen Bereich regelmäßig ihr Desktop auf Arbeitsfortschritte doku-  
260 mentiert, zum Teil wird sogar durch Zugriff auf die WebCam die Präsenz der AuftragnehmerInnen minütlich  
261 kontrolliert.

262 Die zweite Erscheinungsform, das sogenannte Crowdworking, lässt sich wiederum in zwei verschiedene Aus-  
263 prägungsformen unterscheiden. Beim „Microtasking“ werden Arbeitsprozesse in Klein- und Kleinstteile geglie-  
264 dert, bis nur noch simpelste Arbeitsaufträge verbleiben, die zur Erledigung an eine Vielzahl an Auftragnehme-  
265 rInnen übergeben werden. Für diese ist dann im Regelfall nur noch schwer ersichtlich, in welcher Beziehung ihr  
266 Beitrag zur Fertigstellung des Endprodukts steht. Microtasking ist in hohem Maße internationalisiert und wird  
267 häufig in Niedriglohnländer ausgelagert. Bewertungssysteme und Ranglisten fördern die Konkurrenz zwischen  
268 den Solo-Selbstständigen und sollen so ihre Leistung steigern und die Preise drücken. Da jederzeit ein gro-  
269 ßes Maß an potentiellen AuftragnehmerInnen zur Verfügung steht und es keiner besonderen Qualifizierung  
270 bedarf, entsteht so ein Heer aus sozial nicht abgesicherten, digitalen TagelöhnerInnen. CrowdworkerInnen  
271 bewegen sich in der Regel am unteren Ende der Lohnskala. Die Motivation der CrowdworkerInnen an Selbst-  
272 organisation zur Durchsetzung gemeinsamer Interessen ist aufgrund des Systems gering ausgeprägt. Für eine  
273 Gruppe ist Crowdworking lediglich eine Nebentätigkeit, für die es sich nicht lohnt sich zu organisieren, für  
274 die andere Gruppe ist es eine Haupttätigkeit, die durch stärkere Regulierung potentiell bedroht sein könnte.  
275 Darüber hinaus wirkt der starke Konkurrenzdruck unter den Solo-Selbstständigen entsolidarisierend.

276 Im Unterschied zum Freelancing besteht keine Prozesskontrolle, die CrowdworkerInnen im Bereich Microtas-  
277 king bleiben anonym, lediglich das fertige Gewerk ist entscheidend. CrowdworkerInnen werden als Teil einer  
278 komplexen Maschine, als „Humans as a Service“ betrachtet. Die Crowd als solches wird als „letzte Meile der Au-  
279 tomatisierung“ bezeichnet. Alle CrowdworkerInnen unterliegen einem dauerhaften Leistungsdruck. Der über-  
280 wiegende Teil ihrer Arbeitsplätze könnte zukünftig einfach wegrationalisiert bzw. von intelligenten, digitalen  
281 Systemen ersetzt werden.

282 Die zweite Ausprägung des Crowdworkings ist der sogenannte „Kreativwettbewerb“. Anders als beim Microtas-  
283 king suchen die AuftraggeberInnen hier die bestmögliche Lösung für ein umfangreicheres und komplexeres  
284 Problem. Das Prinzip des Kreativwettbewerbs basiert auf der Ausschreibung einer zu erledigenden Aufgabe,  
285 die dann von verschiedenen AuftragnehmerInnen gleichzeitig anhand eigener Lösungswege bearbeitet wird.  
286 Der/die AuftragnehmerIn wählt am Ende aus allen eingereichten Lösungsvorschläge aus und vergütet nur die  
287 aus seiner Sicht beste Lösung. Alle anderen erarbeiteten Vorschläge werden nicht vergütet. Auch Crowdwor-  
288 kerInnen, die sich am Kreativwettbewerb beteiligen, bewegen sich häufig am unteren Ende des Lohngefüges.

289 Teilweise wird bis zu 50% des gezahlten Entgeltes von den Plattformen als Vermittlungsgebühr einbehalten.  
 290 Darüber hinaus wird das gesamte unternehmerische Risiko auf sie abgewälzt. Die Methode des Kreativwettbe-  
 291 werbs ist insbesondere dann problematisch, wenn von Seiten der AuftraggeberInnen systematisch Aufgaben  
 292 auf Crowds ausgelagert werden. Ehemals gut gesicherte und fair entlohnte Arbeitsverhältnisse werden zur  
 293 Risikobeschäftigung. Auch hier ist es wieder die vermittelnde Plattform, die über die Beschäftigungsbedingun-  
 294 gen bestimmt und diese zu Ungunsten der AuftragnehmerInnen verschiebt.

295 Um die problematischen Folgen, die aus der Beschäftigung von CloudworkerInnen erwachsen, abzumildern,  
 296 schlagen wir folgende Maßnahmen vor.

- 297 • CloudworkerInnen am Arbeitsplatz zu überwachen ist gesetzlich zu verbieten
- 298 • Es gilt das Prinzip: Wer bestellt, zahlt. Die Gebühren sind von den AuftraggeberInnen zu bezahlen.
- 299 • Offenlegung der Algorithmen zur Bewertung der CloudworkerInnen
- 300 • Eine transparente Gebührenstruktur.
- 301 • Die Plattformunternehmen müssen für ihre AuftragnehmerInnen jeweils eine Sozialkostenpauschale  
 302 bezahlen, die der sozialen Absicherung der AuftragnehmerInnen dient. Durch Offenlegung der Ge-  
 303 schäftszahlen an eine staatliche Stelle wird dies gewährleistet.
- 304 • Festsetzung einer Mindestvergütung von KreativwettbewerbberInnen, die die Ausschreibungskriterien  
 305 erfüllen in Höhe von 30 % des Auftragswertes.
- 306 • Einführung eines Güte-Siegels für Cloud- und insbesondere Crowdworking-Plattformen, aus dem her-  
 307 vorgeht, wie sich die Arbeitsbedingungen und die Entlohnungsstruktur gestalten
- 308 • Anpassung der ILO und der ILO-Arbeits- und Sozialstandards an die weltweiten Entwicklungen im Rah-  
 309 men der Digitalisierung zum Schutz der CloudworkerInnen.
- 310 • Die Schaffung eines Online-Entsendegesetzes, welches – ähnlich wie die EU-Entsenderichtlinie die Min-  
 311 deststandards für Beschäftigte festlegt, die Zeitweise in einem anderen Betrieb im Ausland mitarbeiten  
 312 – die Verbesserung die Arbeitsstandards von Cloudworker\*innen regelt. Das Online-Entsendegesetz  
 313 muss sicherstellen, dass gleichwertige Arbeit am gleichen Ort auch gleich entlohnt wird. Die Kontrol-  
 314 le muss den Staaten obliegen, in denen die Arbeit ausgeschrieben wird. Plattformen müssen zudem  
 315 verpflichtet werden, sich an Arbeitsmaterial zu beteiligen.“

### 316 **III. Steuer- und Sozialstaat 4.0**

317 Die Auswirkungen der Digitalisierung im Kapitalismus 4.0 erfordern auch im Steuer- und Sozialsystem jung-  
 318 sozialistische Antworten. Wir fordern, dass zukünftig Daten, die durch Unternehmen durch das Angebot ver-  
 319 meintlich kostenfreier Dienstleistungen und Waren erworben und wie eine alternative Währung verwendet  
 320 werden, versteuert werden. So müssen durch den Gesetzgeber Regelungen geschaffen werden, die klarstellen,  
 321 dass derart erworbene Daten, in der Unternehmensbilanz als Wirtschaftsgut des betrieblichen Vermögens, al-  
 322 so gewinnerhöhend, aufzuführen sind und derartige Austauschverhältnisse von Dienstleistungen oder Waren  
 323 gegen Daten umsatzsteuerlich als sonstige Leistungen zu versteuern sind. Weiterhin ist auch eine generelle  
 324 Besteuerung gewerblichen Datenabrufs denkbar.

325 Die Digitalisierung führt zugleich zu einem zunehmenden Steuerwettbewerb, da Produktionsprozesse digital-  
 326 vernetzt und damit zum Teil ortsungebundener stattfinden können. Bereits heute erleben wir einen maßlo-  
 327 sen Steuerwettbewerb, der selbst in der Europäischen Union skurrile Formen annimmt. Wir Jusos fordern  
 328 daher die europäische Steuerunion zur Beendigung des Steuerwettbewerbs innerhalb der EU. Die Steuerunion  
 329 zielt darauf, gemeinsame Bemessungsgrundlagen für die Unternehmensbesteuerung und die Angleichung der  
 330 Steuersätze zu schaffen. Wir wollen die Steuerflucht in Europa verhindern, indem wir gemeinsame europäi-  
 331 sche Institutionen schaffen. Wir sehen die europäische Steuerunion als Auftakt für eine globale Koordination  
 332 zur effektiven Verhinderung von Steuerdumping und -flucht.

333 Neben den speziellen steuerpolitischen Herausforderungen der Digitalisierung sehen wir Jusos in der aktuel-  
 334 len Diskussion auch die Chance, bisherige steuerpolitische Forderungen zu bekräftigen. Insbesondere um die  
 335 Fehlentwicklungen der post-fordistischen Ära zu beheben. Hierzu zählen für uns insbesondere das Bekenntnis  
 336 zur Vermögens- und Erbschaftssteuer und der Forderung nach einer Darüber hinaus fordern wir eine weitere

337 Staffelung und Erhöhung der Steuersätze bei höheren Einkommen unter bestmöglicher Berücksichtigung der  
338 kalten Progression.

339 Wahrscheinlich stärker als das Steuersystem steht der Sozialstaat vor spezifischen Digitalisierungsherausfor-  
340 derungen. Bereits im letztjährigen Antrag zu den Arbeitswelten 4.0 und mit dem Antrag zur Arbeitsversiche-  
341 rung von 2014 haben wir deshalb wichtige und richtungsweisende sozialpolitische Forderungen beschlos-  
342 sen. Hierüber hinaus denken wir, dass wir im Kontext des Digitalismus über eine neue Art der Finanzierung  
343 der Sozialversicherungssysteme nachdenken müssen. So stehen wir vor der Herausforderung bspw. Solo-  
344 Selbstständige und Click-WorkerInnen angemessen in die Sozialsysteme zu integrieren und andererseits den  
345 Faktor Arbeit zu entlasten. Wir sprechen uns explizit gegen das Modell einer stärkeren Steuerfinanzierung der  
346 Sozialversicherungen aus. Wir fordern stattdessen, den Arbeitgeberanteil der Sozialversicherung in Zukunft  
347 an der Bruttowertschöpfung des entsprechenden Unternehmens zu berechnen, um die Finanzierungsbasis  
348 der Sozialversicherungen zu verbreitern, den Faktor Arbeit zu entlasten und übermäßigen Rationalisierungs-  
349 tendenzen vorzubeugen. Die Arbeitnehmeranteile sollen nach wie vor am Einkommen des Versicherten be-  
350 rechnet werden. Die Umstellung des Systems auf eine solche Bruttowertschöpfungsabgabe wird zwar im Kern  
351 die paritätische Finanzierung des Sozialversicherungssystems auflösen, aber im Endeffekt die Finanzierungs-  
352 last zugunsten der ArbeitnehmerInnen verschieben. Besonders im arbeitsintensiven Dienstleistungsbereich,  
353 in welchem im besonderen Maße Menschen weiblicher Sozialisierung tätig sind, wird dies zu erheblichen Ent-  
354 lastungen führen. Bei der Bruttowertschöpfungsabgabe ist darauf zu achten, dass Unternehmen die Mög-  
355 lichkeit genommen wird, ihre Wertschöpfung über internationale Konzernstrukturen und Lizenzenhandeln  
356 künstlich kleinzurechnen. Die Paradise Papers haben gezeigt, dass sich internationale Konzerne in extrem  
357 wettbewerbsverzerrender Weise der nationalen Steuergesetzgebung entziehen. Die Bruttowertschöpfung der  
358 Unternehmen soll deswegen an der weltweiten Bruttowertschöpfung des Gesamtkonzerns gemessen werden,  
359 die anhand der nationalen Umsatzzahlen heruntergebrochen wird. Somit kann gewährleistet werden, dass die  
360 Steuern auch da gezahlt werden, wo die Gewinne anfallen. Bezüglich der konzernweiten Bruttowertschöpfung  
361 soll die Konzerne eine Offenlegungspflicht treffen. Kommen die Unternehmen dieser Pflicht nicht nach, soll  
362 die Bruttowertschöpfung geschätzt und die Unternehmen mit zusätzlichen Strafzahlungen sanktioniert wer-  
363 den.

364 Der Sozialstaat 4.0 ist in unserer Vorstellung ein System der BürgerInnenversicherungen. Zur Entlastung der  
365 ArbeitnehmerInnen wollen wir die Beitragsbemessungsgrenzen abschaffen. Durch die breitere Finanzierungs-  
366 basis können die Arbeitnehmerbeiträge gesenkt und somit kleinere und mittlere Einkommen entlastet wer-  
367 den. Flankiert wird das BürgerInnenversicherungsmodell durch eine sanktionsfreie Grundsicherung.

368 Die BürgerInnenversicherung in der Rente muss durch die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze insge-  
369 samt zu einer Erhöhung des Rentenniveaus führen. Wir Jusos setzen auf eine Mindestrente zur Sicherung im  
370 Alter für alle und eine nur noch degressiv steigende Rente für höhere Einkommen. Flächendeckende Betriebs-  
371 renten sind für uns keine gleichwertige Antwort auf die rentenpolitischen Herausforderungen unserer Zeit.  
372 Wir lehnen sie nicht grundsätzlich ab, sind aber der Überzeugung, dass sie nur einzelnen ArbeitnehmerInnen  
373 wirkliche Vorteile bietet.

374 Aufgrund der dargestellten Vorschläge zur Ausgestaltung des Sozialstaats 4.0 sind wir davon überzeugt, dass  
375 soziale Sicherung über das BürgerInnenversicherungsmodell besser verwirklicht werden kann, als über ein  
376 bedingungsloses Grundeinkommen. Das BGE verwehrt den paritätischen Einbezug der Kapitaleseite zur Fi-  
377 nanzierung und verteilt somit Lasten unsolidarischer und ungerechter. Zugleich verhindert es ein höheres  
378 Absicherungsniveau der ArbeitnehmerInnen durch die persönlich erworbenen Ansprüche, welche durch den  
379 Einbezug weiterer Kriterien (bspw. Anerkennung von Betreuungszeiten, Pflegezeiten etc.) ein zusätzliches so-  
380 zialpolitisches Instrumentarium darstellen.

#### 381 **IV. Wirtschaftsdemokratie im digitalen Zeitalter – Solidarität 4.0!**

382 Die Vorstellung einer Gesellschaft, in der auch Entscheidungen über die Produktion und die Verteilung des  
383 gesellschaftlichen Reichtums demokratisch getroffen werden, war schon immer ein prägendes Element der  
384 sozialistischen ArbeiterInnenbewegung und der Sozialdemokratie.

385 In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren es Ideen der Wirtschaftsdemokratie aus den Gewerkschafts-  
386 bewegungen, die die Demokratie im Wirtschaftsleben schrittweise erkämpfen wollten. Erfolge dieses Stre-  
387 bens waren nicht zuletzt die Einführung des Betriebsratengesetzes 1920, das Montanmitbestimmungsgesetz



388 1951 und das Betriebsverfassungsgesetz 1952, deren Durchsetzung jeweils in Krisen- und Umbruchsituatio-  
389 nen gelang.

390 Trotz einiger Erfolge sind Konzepte und Begriffe der Wirtschaftsdemokratie in der zweiten Hälfte des 20.  
391 Jahrhunderts – im Lichte des wirtschaftlichen Aufschwungs, der verklärenden Fassade der „Sozialen Markt-  
392 wirtschaft“ sowie gewerkschaftlicher (Organisierungs-)Starke – in den Hintergrund gerückt. „Mitbestimmung“  
393 war der neue gewerkschaftspolitische Leitbegriff. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen der mitbestimmungs-  
394 politischen Defensive der letzten Jahrzehnte, die stark mit neoliberaler Hegemonie und geschwachten Gewerk-  
395 schaften einherging, wird es Zeit für einen Neustart von Konzepten der Wirtschaftsdemokratie. Denn die reine  
396 Verwaltung des Status Quo hat den negativen Tendenzen von Postdemokratie (abnehmender Wahlbeteili-  
397 gung, geringer empfundener Repräsentation durch das politische System) und Neoliberalismus (Deregulie-  
398 rung, Privatisierung, Vermarktlichung) zu wenig entgegenzusetzen. Wir müssen in Zeiten der Digitalisierung  
399 und Dezentralisierung mit neuen Konzepten der demokratischen und sozialistischen Organisation der Wirt-  
400 schaft in die Offensive gehen. Die Bedingungen dafür sind heute grundlegend anders als z.B. in den 1920ern.  
401 Im Wesentlichen: „Mittelstandische“ Unternehmen (500-2000 Beschäftigte) haben gegenüber Großkonzernen  
402 wieder proportional an Gewicht gewonnen; die kollektive Repräsentation der Menschen durch Großorgani-  
403 sationen hat im Verhältnis abgenommen; aber Automatisierung und Digitalisierung, also cyberphysische Sys-  
404 teme der Mensch-Maschine- & Maschine-Maschine-Kommunikation, bieten viele neue Möglichkeiten demo-  
405 kratischer Gestaltung. Wenn es durch politische, gewerkschaftliche und betriebliche Gestaltung gelingt, neue  
406 Digitalisierungsschube menschenzentriert komplementär zu gestalten, werden die betrieblichen Hierarchien  
407 abgeflacht – und die Angewiesenheit des Unternehmens auf die\*den Einzelnen wird gestärkt. Auf diese Weise  
408 wächst die Verhandlungsmacht der Arbeit gegenüber dem Kapital.

409 Heutige Wirtschaftsdemokratie muss also besonders auf die Stärkung der Mitbestimmung in Unterneh-  
410 men und Verwaltungen setzen. So lässt sich die Selbstbestimmung und Teilhabe der Menschen am Arbeits-  
411 platz effektiv gestalten. Zusätzlich müssen neue gesetzliche Möglichkeiten geschaffen werden, die eine star-  
412kere, z.B. paritatische Beteiligung der Beschäftigten an der Geschäftsführung zur Disposition stellen. Kurzum:  
413 Politisch müssen die Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit Beschäftigte und Gewerkschaften die  
414 Macht- und Eigentumsfragen neu stellen können!

415 Von einer wirklich demokratischen Gesellschaft sind wir jedoch weit entfernt. Zahlreiche Beschäftigte werden  
416 in ihren Möglichkeiten zur Arbeitnehmer\*innenmitbestimmung beschnitten indem Betriebsratsgründungen  
417 rechtswidrig verhindert werden und massiv Union-Busting betrieben wird. So arbeiten beispielsweise in Ost-  
418 deutschland nur 33,9 Prozent der Beschäftigten in einem Unternehmen mit Betriebsrat (in den westdeutschen  
419 Bundesländern sind es lediglich 42,7 Prozent). Doch auch in Betrieben mit Betriebsrat ist Mitbestimmung heu-  
420 te defizitär. Zudem besteht eine Aufspaltung in eine Parallelstruktur von unternehmerischen und sozialen  
421 Fragen. Der Betriebsrat wird nur bei sozialen Fragen angehört oder beteiligt, hat aber kein umfassendes Mit-  
422 bestimmungsrecht bei unternehmerischen Entscheidungen und auch keinen weitreichenden Einfluss auf den  
423 Produktionsprozess und die Unternehmensstrategie. Beim Aufsichtsrat herrscht vermeintliche Parität, aber  
424 faktisch haben die KapitaleignerInnen durch die Doppelstimme der Aufsichtsratsvorsitzenden die Entschei-  
425 dungsgewalt. Im Ergebnis sind die Beschäftigten durch die derzeitigen Mitbestimmungsstrukturen nur in ge-  
426 ringem Maße in die maßgeblichen Entscheidungen im Betrieb einbezogen.

427 Schon immer haben KapitaleignerInnen einen großen Einfluss durch ihre Produktionsmittel und Betriebe auf  
428 gesellschaftliche Verhältnisse, soziale und demokratische Strukturen sowie die Lebenswirklichkeit der Men-  
429 schen gehabt. In den letzten Jahren hat sich dieser Einfluss zugespitzt und ausgeweitet. Global agierende Un-  
430 ternehmen nehmen nicht mehr nur beschränkt Einfluss auf gesellschaftliche und nationalstaatliche Verhält-  
431 nisse, sondern auch auf die unmittelbare Lebenswirklichkeit der Menschen weltweit. Unternehmen stellen  
432 Kommunikationsplattformen bereit, über die wir tagtäglich miteinander kommunizieren und beeinflussen da-  
433 durch unmittelbar unser persönliches Miteinander. Anhäufung von Eigentum bei wenigen KapitaleignerInnen  
434 führt zu einer Konzentration von Macht. Gleichzeitig erleben wir, dass die Beschäftigten in viel größerem Maß  
435 als früher den Produktionsprozess gestalten und unternehmerische Funktionen ausüben. In Gruppen oder  
436 Teams organisierte Beschäftigte treffen innerhalb ihres Zuständigkeitsrahmens unternehmerische Entschei-  
437 dungen, die ihnen in den früheren, fordistischen Produktionsformen von UnternehmerInnen vorgegeben wor-  
438 den wären. Die Beschäftigten haben so gelernt, demokratisch in Gruppen unternehmerische Entscheidungen  
439 zu treffen und sich somit grundsätzlich in die Lage versetzt, die Unternehmensleitung zu übernehmen. Den Ka-  
440 pitaleignerInnen und ManagerInnen kommt hierbei hauptsächlich noch die Rolle zu, die Rahmenbedingungen

441 für die Entscheidungen im Produktionsprozess zu setzen und ihr Profitinteresse durchzusetzen.

442 Wenngleich in einem gewissen Rahmen Entscheidungen auf Beschäftigte übertragen werden, behalten die  
443 KapitaleignerInnen die Entscheidungsgewalt über den Produktionsprozess kraft ihres Eigentums an Produk-  
444 tionsmitteln. Das Risiko dieser unternehmerischen Entscheidungen wälzen sie jedoch auf die Beschäftigten  
445 ab, indem diesen die Verantwortung übertragen wird, Profit zu erarbeiten und Zielvorgaben zu erreichen. Bei  
446 Verfehlung der Ziele oder wirtschaftlicher Schiefelage treffen die Folgen ausschließlich die Beschäftigten. Ob-  
447 wohl diese keinerlei Beteiligung am Profit haben, tragen sie das volle Risiko des Unternehmens. Bestimmte  
448 KapitaleignerInnen propagieren eine Beteiligung der Beschäftigten am Unternehmen mittels "Share Holder  
449 Value". Dadurch sollen die Beschäftigten – so die Behauptung – am Profit und an unternehmerischen Ent-  
450 scheidungen beteiligt werden. Da es sich dabei jedoch um minimalste Anteile handelt, findet keine wirkliche  
451 Beteiligung statt und es entsteht kein tatsächlicher Mehrwert für die Beschäftigten, da die Gewinnbeteiligung  
452 häufig gegen den Lohn aufgerechnet wird. Das Prinzip dient somit nur der Entkräftung des Vorwurfs der Nicht-  
453 beteiligung von Beschäftigten und der Identifizierung der Beschäftigten mit dem Unternehmen, wodurch diese  
454 zu mehr Anstrengung animiert werden. Ziel solcher und anderer Maßnahmen ist es, die Beschäftigten aus un-  
455 ternehmerischen Entscheidungen weitest möglich herauszuhalten und eine demokratische Organisation von  
456 Unternehmen zu torpedieren.

457 Global agierende Unternehmen haben die Möglichkeit über Niederlassungen in verschiedenen Ländern natio-  
458 nales Mitbestimmungsrecht zu umgehen. Für Unternehmen mit Sitz im Ausland und Niederlassungen in der  
459 BRD greift das deutsche Mitbestimmungsrecht nicht in vollem Maße, z.B. bezüglich der Informationspflicht. Be-  
460 triebsräte in deutschen Niederlassungen haben keinerlei Einfluss auf Unternehmensentscheidungen, die den  
461 Gesamtkonzern betreffend im Ausland getroffen werden. Auch Unternehmen mit Sitz in der BRD umgehen  
462 bei Niederlassungen im Ausland das deutsche Mitbestimmungsrecht.

463 Außerdem wird es immer leichter, die Unternehmensmitbestimmung gänzlich zu vermeiden – sowohl auf  
464 deutscher als auch europäischer Ebene. Viele Unternehmen nutzen die Rechtsform der Europäischen Akti-  
465 engesellschaft (SE) oder eine ausländische Rechtsform wie die britische Limited, um die Mitbestimmung im  
466 Aufsichtsrat zu umgehen.

467 Unsere Antwort: Demokratische und sozialistische Organisation der Wirtschaft!

468 Wir Jusos kämpfen für eine solidarische Gesellschaft, in der jedeR teilhaben kann. Wir wollen die Arbeitneh-  
469 merInnen innerhalb und außerhalb der Arbeitswelt stärken. Dazu bedarf es einer echten Wirtschaftsdemokra-  
470 tie / demokratischen Organisation der Wirtschaft. Unternehmen brauchen transparente Entscheidungsstruk-  
471 turen und Partizipationsmöglichkeiten. So sollen die Betriebs- und Personalräte nicht nur über die sozialen  
472 Fragen entscheiden, sondern auch alle betrieblichen und unternehmerischen Entscheidungen in einem de-  
473 mokratischen Prozess treffen. Die Managementaufgaben sollen auf demokratisch legitimierte Gremien der  
474 Beschäftigten übertragen werden welche in jedem Betrieb verpflichtend einzusetzen sind. Diesen Gremien  
475 kommen Entscheidungen über alle die Belange des Unternehmens betreffenden Entscheidungen zu: Fragen  
476 der Arbeitsorganisation, der Gehälter, soziale und unternehmerische Entscheidungen. Schon jetzt haben die  
477 Beschäftigten sich die Fähigkeit erarbeitet, in Gruppen und Teams unternehmerische Entscheidungen zu tref-  
478 fen und so die Leitung des Betriebes zu übernehmen. Bislang können sie diese neue Fähigkeit aber nur be-  
479 schränkt ausüben, tragen aber als Belegschaft das volle unternehmerische Risiko. Nur dann, wenn die Beleg-  
480 schaft über die alleinige Entscheidungsmacht am Unternehmen verfügt, kann auch das Unternehmensrisiko  
481 von der Gesellschaft getragen werden. Wir streben daher die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, einen  
482 demokratisch gesteuerten Produktionsprozess und die Schaffung gemeinwirtschaftlich organisierter Unter-  
483 nehmen an.

484 Gewerkschaften sind mehr als nur Interessenvertretungen von ArbeitnehmerInnen, sie sind AkteurInnen in  
485 einem sozialen Gefüge. Innerhalb eines Unternehmens, dessen Produktionsmittel der Allgemeinheit zuste-  
486 hen und dessen maßgebliche Entscheidungen durch die Belegschaft in demokratischen Prozessen getroffen  
487 werden, kommt den Gewerkschaften eine Schlüsselrolle zu. Sie thematisieren, bei den unternehmensinter-  
488 nen Entscheidungen gesamtgesellschaftliche Belange – allgemeinpolitische Themen wie Frauen-, LGBTIQ- und  
489 ökologische Fragen oder die Solidarität aller Beschäftigten und bringen sie als Entscheidungsfaktoren einzu-  
490 bringen.

491 Gewerkschaften können gemeinsam mit Frauen-, LGBTIQ-, Menschenrechtsorganisationen und weiteren  
492 NGOs als Demokratisierungsmotoren innerhalb der Europäischen Union und darüber hinaus fungieren. Die

493 Einführung des politischen Streikrechts ist daher unabdingbar. Wir wollen zudem die Rechte der Gewerkschaften  
494 stärken. Deshalb treten wir für ein wir Verbandsklagerechts ein. Somit wird der Druck auf die Unterneh-  
495 men, gute Arbeitsbedingungen zu schaffen, erhöht.

496 Für uns sind die Entwicklung neuer produktiver Kräfte und deren Ausdruck in (wirtschaftlicher und gesell-  
497 schaftlicher) Digitalisierung und Automatisierung kein Selbstzweck, sondern ein effektiv nutzbares Mittel, um  
498 Menschen in ihrer Selbstbestimmung, ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Teilhabe zu stärken. Die Ar-  
499 beitswelt steht für uns im Zentrum des gesellschaftlichen Veränderungsprozesses. Gerade hier braucht es ei-  
500 ne bewussten Gestaltung des Wandels, insbesondere durch politische Regulation, gestärkte Gewerkschaften  
501 und gestaltungsfähige Betriebs-/Personalrat\*innen. Wenn diese Gestaltung scheitert, werden Digitalisierungs-  
502 prozesse nicht alle Menschen emanzipieren, sondern neue Ausbeutungs- und Entfremdungsprozesse stut-  
503 zen.

504 Demokratischer Sozialismus fußt wesentlich darauf, Wirtschaftsdemokratie zu realisieren, also eine demokra-  
505 tische und sozialistische Organisation der Wirtschaft zu schaffen. Wenn die soziale Spaltung und die Unter-  
506 teilung in Arbeitstatige und Eigentümer\*innen der Produktionsmittel aufgehoben wird, entscheiden wir ge-  
507 meinsam über alle uns betreffenden Angelegenheiten. Die Beschränkung der Demokratie auf die politische  
508 Sphäre wird aufgehoben. Die Ermüdungserscheinungen unserer Demokratie, der Eindruck vieler Menschen,  
509 bei entscheidenden gesellschaftlichen Fragen keine Entscheidungsgewalt zu haben, können von neuer Demo-  
510 kratieeuphorie abgelöst werden. Für diese Zielrichtung bietet die Entwicklung unserer Produktivkräfte (deren  
511 Ausdruck wir auch im digitalen Bereich sehen) neue Gestaltungschancen. Diese Möglichkeiten müssen wir  
512 schnellstmöglich ergreifen – sonst drohen regressive, anti-emanzipatorische Entwicklungen (wie ein neues  
513 Dienstleistungsproletariat).

514 Reformen sind angesichts der Herausforderungen, vor denen Betriebs- und PersonalrätInnen sowie Aufsichts-  
515 rätInnen stehen, dringend notwendig. Deshalb fordern wir zur Ergänzung unserer langfristigen Forderungen  
516 die folgenden Punkte kurzfristig umzusetzen:

#### 517 Digitalisierung nur mit Mitbestimmung 4.0

518 Die Digitalisierung der Wirtschaft hat einen grundlegenden Wandel der Arbeitswelt zur Folge und bedeutet  
519 vor allem für ArbeitnehmerInnen Veränderungen. Hierzu wurde von uns im letzten Jahr ein Beschluss zu Ar-  
520 beit 4.0 gefasst. Nichtsdestotrotz fordern wir aufgrund dieser Veränderungen eine Mitbestimmung bei allen  
521 Weiterbildungsmaßnahmen, bei der Datenerhebung und – verarbeitung und den Schutz und Förderung von  
522 individuellen Gestaltungsmöglichkeiten. Sowie die Änderung des Unterrichtsrechts in wirtschaftlichen An-  
523 gelegenheiten und bei Betriebsänderungen in ein Mitbestimmungsrecht.

524 Ein demokratischer und investierender Staat im Zentrum einer sozialistischen Wirtschaftsordnung

525 Auf dem Weg zur Wirtschaftsdemokratie kommt es im öffentlichen Sektor darauf an, dass die neoliberalen  
526 Glaubenssätze von Privatisierung, Vermarktlichung und Deregulierung überwunden werden. Überall dort,  
527 wo (Infra-)Strukturen monopolistisch sind oder sein müssen (wie beim Stromnetz oder Schienenverkehr),  
528 müssen Betriebe im ersten Schritt wieder in öffentlichen Besitz übergehen. Und entgegen der neoliberalen  
529 Logik, dass sich alle gesellschaftlichen Bereiche an gewinnorientierten „Benchmarks“ richten konnten, muss si-  
530 chergestellt werden, sie die Menschen im Auge haben muss, statt einer Marktlogik unterworfen zu sein.

531 Zudem waren entgegen der kapitalistischen Erzählungen die wenigsten technologischen Großleistungen der  
532 letzten Jahrzehnte (ob Internet, Smartphone, Windkraft- oder Solaranlagen) von marktgetriebener Innovation  
533 bestimmt. In der Regel waren es gesellschaftliche Ziele, für die Staaten großangelegte Forschungs- und Ent-  
534 wicklungsprogramme auflegten. Diese teuren, von wenig unmittelbaren Erfolgsaussichten bestimmten Ent-  
535 wicklungsprozesse wurden häufig von privatwirtschaftlichen Unternehmen durchgeführt, aber immer staat-  
536 lich finanziert, weil Marktprozesse solche echte Risikofinanzierung kaum gewährleisten.

#### 537 Mitbestimmung bei der Personalplanung und beim Outsourcing

538 Wir fordern auch die Mitbestimmungsrechte bei der Personalplanung ausgeweitet werden. Insbesondere bei  
539 den §§ 92 und 92a BetrVG ist eine erzwingbare Mitbestimmung mit Initiativrecht vorzusehen.

#### 540 Mitbestimmung bei Änderungen im Arbeitsablauf

541 • 91 BetrVG verfolgt das Ziel, dem Betriebsrat ein Mittel in die Hand zu geben, um die Beschäftigten vor ei-  
542 ner nicht-menschengerechten Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen nachhaltig zu schützen. Der ge-  
543 setzlichen Systematik nach ergänzt § 91 den vorhergehenden § 90, der dem Betriebsrat Unterrichts-  
544 und Beratungsrechte zu diesen Regelungsgegenständen einräumt. Sollte der Arbeitgeber eine Verän-  
545 derung planen, die die Beschäftigten in erheblichem Maße belastet, so hat der Betriebsrat gemäß § 91  
546 ein ergänzendes Mitbestimmungsrecht, um angemessene Maßnahmen zur Verringerung oder Beseiti-  
547 gung der Belastung zu verlangen.

548 Die Praxis zeigt jedoch, dass dieses Ziel durch den geltenden § 91 BetrVG wegen seiner hohen gesetzlichen An-  
549 forderungen nicht ansatzweise erreicht werden kann. Notwendig ist eine Neufassung, die eine niederschwelli-  
550 ge Anwendung des Mitbestimmungsrechts zulässt und damit dem Zweck dieser Bestimmung – dem Schutz des  
551 einzelnen Beschäftigten vor einer menschenunwürdigen Umgestaltung seiner Arbeitsumgebung – nachhaltig  
552 Wirkung verschafft. Entsprechendes gilt für das Bundespersonalvertretungsgesetz.

#### 553 Konzernbetriebsrat bei Unternehmenssitz im Ausland einrichten

554 Der gesetzgeberische Zweck eines Konzernbetriebsrats besteht darin, in Angelegenheiten deutscher Unter-  
555 nehmen mitzuwirken, die über die Zuständigkeit der Gesamtbetriebsräte bzw. der örtlichen Betriebsräte hin-  
556 ausgehen. Es gilt daher – entgegen der einschränkenden Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts zu dieser  
557 Problematik – eindeutig klarzustellen, dass die Errichtung eines Konzernbetriebsrats auch dann möglich ist,  
558 wenn der Sitz des herrschenden Unternehmens nicht in Deutschland liegt und auch keine andere Leitungs-  
559 ebene existiert, welche die Belange der deutschen Konzernunternehmen zu verantworten hat.

#### 560 Internationale Mitbestimmung

561 Die Europäische Aktiengesellschaft darf nicht zur Vermeidung von Mitbestimmung missbraucht werden. Bei al-  
562 lem begreifen wir unseren Kampf für Wirtschaftsdemokratie nicht als eine regional oder staatlich eingegrenzte  
563 Aufgabe. Es gilt zu verhindern, dass die Kombination aus technologischem und gesellschaftlichem Fortschritt  
564 nur in einzelnen Staaten vollzogen wird, in denen die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und institutionellen  
565 Bedingungen günstig liegen. Die Mitbestimmung in der Europäischen Aktiengesellschaft (SE) wird zwischen  
566 Arbeitnehmer- und Unternehmensseite verhandelt (Richtlinie 2001/86/EG vom 10.11.2001), wobei eine Auf-  
567 fangregelung das bestehende Mitbestimmungsniveau schützen soll. Das Resultat ist eine europäisierte Form  
568 der Mitbestimmung durch eine europäische Besetzung des Aufsichts- oder Verwaltungsrats und durch Bildung  
569 eines europäischen SE-Betriebsrats. Hierdurch lernen Belegschaften auch die Mitbestimmungskultur anderer  
570 Länder kennen. Deutsche Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter haben die Chance, in ausländischen Gre-  
571 mien beteiligt zu werden. Umgekehrt beteiligen sich Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausland in vormals  
572 deutschen Aufsichtsräten. Dafür stehen Beispiele wie BP, Allianz oder MAN.

#### 573 Neuverhandlung der Mitbestimmung in einer SE

574 Die Europäische Aktiengesellschaft bietet die Möglichkeit zum sogenannten „Einfrieren“ eines mitbestim-  
575 mungsfreien oder lediglich drittelmitbestimmten Zustandes. Es gibt eine Reihe von Unternehmen, die zum  
576 Zeitpunkt der Umwandlung in eine SE weniger als 2.000 Beschäftigte haben. Sie stehen sehr oft kurz vor der  
577 Schwelle zur paritätischen Mitbestimmung. Es findet sich auch eine bedeutsame Anzahl von Rechtsformwech-  
578 seln mit etwas weniger als 500 Beschäftigten und damit kurz vor dem Erreichen des Schwellenwertes des  
579 Drittelbeteiligungsgesetzes. In vielen dieser Fälle muss vermutet werden, dass die Wahl der Rechtsform SE  
580 erfolgt ist, um den mitbestimmungsfreien Zustand auch bei einem weiteren Anwachsen der Mitarbeiterzahl  
581 „einzufrieren“. Deswegen muss im SE-Beteiligungsgesetz klargestellt werden, dass Mitbestimmung in einer SE  
582 neu verhandelt werden muss, wenn die Zahl der Beschäftigten in Deutschland über den Schwellenwert der  
583 deutschen Mitbestimmungsgesetze steigt.

584 Mitbestimmungsgesetze müssen auch für Unternehmen ausländischer Rechtsformen gelten, die in Deutsch-  
585 land operativ tätig sind. Wir fordern deshalb eine Richtlinie zur Einführung einer neuen und integrierten Archi-  
586 tektur für die ArbeitnehmerInnenbeteiligung in den europäischen Gesellschaftsformen. Diese Richtlinie sollte  
587 hohe Standards zu Unterrichtung und Anhörung setzen und Mindeststandards zur Mitbestimmung in Unter-  
588 nehmen europäischen Rechts wie der Europäischen Aktiengesellschaft oder der Europäischen Genossenschaft  
589 oder bei grenzüberschreitender Verschmelzung sowie aller weiterer aus der Anwendung europäischen Gesell-  
590 schaftsrechts resultierenden Gesellschaftsformen einführen. Diese Mindeststandards der Unternehmensmit-  
591 bestimmung würden die Lücken und Schlupflöcher europaweit beseitigen und man könnte wirksame Anreize

592 gegen eine missbräuchliche Nutzung europäischer Rechtsformen zur Vermeidung der deutschen Unterneh-  
593 mensmitbestimmung setzen. Dabei ist selbstverständlich zu beachten, dass diese Mindeststandards der Ein-  
594 führung weitergehender Mitbestimmungsregelungen im Rahmen der oben erläuterten Verhandlungslösung  
595 (mit Auffanglösung) nicht entgegenstehen dürfen. Bestandteil der Richtlinie sollte auch der „Mitbestimmungs-  
596 Escalator“ sein.

597 Das heißt perspektivisch setzen wir uns dafür ein, das Vorher-Nachher-Prinzip durch europaweit gelten-  
598 de Schwellenwerte für die Mitbestimmung in Unternehmen mit europäischer Rechtsform zu ersetzen. Die-  
599 se Schwellenwerte sollen dynamisch aufgebaut sein, so dass das durch sie abgesicherte Niveau an Mitbe-  
600 stimmung bei einer wachsenden Anzahl von Beschäftigten ansteigt. Diese dynamischen Schwellenwerte wer-  
601 den derzeit unter dem Begriff des „Mitbestimmungs-Escalators“ (der „Mitbestimmungs-Rolltreppe“) erarbei-  
602 tet. Wenn die Verhandlungen über die Mitbestimmung z.B. in einer SE scheitern, soll der „Mitbestimmungs-  
603 Escalator“ das Mitbestimmungsniveau im Rahmen der Auffanglösung definieren. Bei der Ausgestaltung des  
604 „Mitbestimmungs-Escalators“ muss sichergestellt sein, dass die gemäß der gewerkschaftlichen Forderungen  
605 überarbeiteten deutschen Schwellenwerte der Unternehmensmitbestimmung berücksichtigt

#### 606 Drittelbeteiligungsgesetz verbessern

607 Ebenso muss die Lücke im Drittelbeteiligungsgesetz geschlossen werden. Nach dem Mitbestimmungsgesetz  
608 „gelten für die Anwendung des Gesetzes auf herrschende Unternehmen die ArbeitnehmerInnen der Konzern-  
609 unternehmen als ArbeitnehmerInnen des herrschenden Unternehmens“ (§5 MitbestG). Für die Schwelle von  
610 mehr als 2.000 ArbeitnehmerInnen werden somit die Beschäftigten von Tochter- und Enkelgesellschaften auch  
611 im faktischen Konzern mitgezählt. Im Drittelbeteiligungsgesetz gilt diese Konzernzurechnung bzgl. des Schwel-  
612 lenwerts von 500 ArbeitnehmerInnen dagegen nicht, sofern kein Beherrschungsvertrag besteht.

613 Weiterhin ist es notwendig, die Anwendung des Drittelbeteiligungsgesetzes zu verbessern. Aktuelle For-  
614 schungsergebnisse belegen, dass nur ein Teil der eigentlich vom Drittelbeteiligungsgesetz erfassten Unter-  
615 nehmen tatsächlich über einen mitbestimmten Aufsichtsrat verfügt. Diese Praxis ist schlicht und ergreifend  
616 illegal. Es kann nicht angehen, dass die Umsetzung gesetzlich verbriefter Beteiligungsrechte der Beschäftigten  
617 ins Belieben der Unternehmensleitung oder der Eigentümer gestellt wird. Die Politik ist daher aufgefordert,  
618 durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass das Drittelbeteiligungsgesetz auch tatsächlich angewendet  
619 wird.

#### 620 Wirtschaft 4.0 gestalten und Kapitalismus überwinden

621 In den vorangestellten Teilaspekten eines neuen Regulationsmodus im Zeitalter von Wirtschaft 4.0 haben wir  
622 Jusos deutlich gemacht, wie die ökonomischen Wandlungsprozesse politisch dazu genutzt werden müssen,  
623 die Arbeits- und Lebenswelt sozial gerechter zu gestalten. Wir haben den Anspruch und die Forderung, dass  
624 die 4.0-Diskussion zu merklichen Verbesserungen für die Menschen führen muss. Dies ist jeglicher Anspruch  
625 jungsozialistischer und sozialdemokratischer Politik. Zugleich sehen wir allerdings, dass auch ein veränderter  
626 Regulationsmodus die innerkapitalistischen Widersprüche – analog zum Fordismus – nur in Teilen einhegen,  
627 aber nicht überwinden wird. Wir sind deshalb davon überzeugt, dass unser gemeinsames Ziel weiterhin darin  
628 besteht, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse dauerhaft zu überwinden!

629 [1] Wie z.B. Klima, Ozeanversauerung, Ozonschicht, Stickstoff- und Phosphorkreislauf, Süßwasserverbrauch,  
630 Abholzung und Landnutzung, Biodiversität, atmosphärische Partikelverschmutzung und Verschmutzung  
631 durch Chemikalien

# Z2

**Titel** Hörst die Signale! – Die SPD für das 21. Jahrhundert neu aufstellen

## AntragstellerInnen

---

### Hörst die Signale! – Die SPD für das 21. Jahrhundert neu aufstellen

1 Wir haben die Bundestagswahl krachend verloren. Das Wahlergebnis ist eine historische Niederlage, an der  
2 es nichts schönzureden gibt. Zum dritten Mal in Folge bleibt die SPD weit hinter den eigenen Erwartungen und  
3 Ansprüchen, aber auch hinter ihrem Potenzial zurück. Das Ergebnis ist eine Zäsur für die Sozialdemokratie.  
4 Ein „Weiter so“ kann es nicht geben. Es ist Zeit zur Aufarbeitung. Die SPD steht vor der Wahl, ob sie einen  
5 grundlegenden Neubeginn einleitet, oder sehenden Auges den eigenen Untergang riskiert. Wir wollen eine  
6 konsequente Neuausrichtung und Neuaufstellung der SPD. Sie ist zwingend notwendig.

7

8 Mit der Bundestagswahl ist die Große Koalition abgewählt. Was an mangelnder Polarisierung zwischen den  
9 Volksparteien und sichtbaren Alternativen zur Verwaltung des status quo über Jahre gefehlt hat, war für die  
10 SPD in wenigen Wochen Kampagne nicht aufzuholen. Offensichtliche Fehler in der Kampagne müssen den-  
11 noch benannt werden: Die erneut viel zu späte und im Hinterzimmer vollzogene Entscheidung über die Kanz-  
12 lerkandidatur und die deshalb schlecht vorbereitete und zu spät in Fahrt gekommene Kampagne. Die intrans-  
13 parente und zu keinem Zeitpunkt durch ein Votum der Partei legitimierte Ernennung von Hubertus Heil zum  
14 Generalsekretär, welche besonders nach der verlorenen Wahl 2009 und dem Ausscheiden zweier Frauen,  
15 Hannelore Kraft und Katarina Barley, aus dem Parteivorstand unverständlich ist. Die viel zu lange Zurück-  
16 haltung im Bundestagswahlkampf im falschen Glauben an landespolitisch schon gewonnene Wahlkämpfe in  
17 den Bundesländern. Mangelnde Zuspitzung auf konkret greifbare Kernthemen und -forderungen bei gleich-  
18 zeitiger Vernachlässigung der europäischen Dimension, die gerade die Sozialdemokratie ins Zentrum hätte  
19 stellen müssen. Mit der rhetorischen Distanzierung von möglichen Regierungsoptionen unter Beteiligung der  
20 LINKEN und dem öffentlichen Flirt führender SozialdemokratInnen mit einer möglichen Ampelkoalition nach  
21 der Saarlandwahl war die durch Martin Schulz und seine Botschaft „Mehr Gerechtigkeit“ entfachte Eupho-  
22 rie endgültig erloschen. Der sich daraus ergebende Eindruck einer SPD, die links blinkt, aber einschneidende  
23 Veränderungen zum bisherigen Regierungskurs scheut, wurde durch die prominent gesetzte Rede Gerhard  
24 Schröders zum Bundesparteitag nachhaltig verschärft. Die intransparente und zu keinem Zeitpunkt durch ein  
25 Votum der Partei legitimierte Ernennung von Hubertus Heil zum Generalsekretär, welche besonders nach der  
26 verlorenen Wahl 2009 und dem Ausscheiden zweier Frauen, Hannelore Kraft und Katarina Barley, aus dem  
27 Parteivorstand unverständlich ist.

28

29 Das Wahlprogramm bot eine ganze Reihe von Maßnahmen und Instrumenten für soziale Korrekturen sowie  
30 konkrete, jedoch kleinteilige Verbesserungen im Vierjahreshorizont. Obwohl sich die SPD in größter Geschlos-  
31 senheit hinter Programm und Kandidat versammelte, müssen wir feststellen: Das war nicht genug. Unserem  
32 Programm fehlten eine geschlossene Erzählung und die Vision für eine bessere Gesellschaft. Es fehlten Mut  
33 und Wille zu Veränderung. Trotz des zentralen Kampagnenslogans „Zeit für mehr Gerechtigkeit“ gaben 80 Pro-  
34 zent der Befragten und immer noch zwei Drittel der SPD-WählerInnen in Nachwahlbefragungen an, die SPD  
35 sage nicht genau, was sie mit sozialer Gerechtigkeit meint. Diese verheerenden Zahlen machen in aller Klar-  
36 heit deutlich, dass die SPD weit mehr als ein Vermittlungsproblem hat. Der Gang in die Opposition war unter  
37 diesen Voraussetzungen eine richtige und zwingende Entscheidung. Er ist die notwendige Bedingung für eine  
38 Neuaufstellung der deutschen Sozialdemokratie, wird aber von allein keine Verbesserung bewirken.

39

40 Der eklatante Mangel an einem wahrnehmbaren eigenen Profil zeigt sich auch in der WählerInnenwanderung  
41 und den Stimmergebnissen in den einzelnen WählerInnengruppen. Die SPD verliert in alle Richtungen deutlich  
42 und in etwa gleicher Größenordnung jeweils zwischen 380.000 und 470.000 WählerInnen an LINKE, Grüne, AfD  
43 und FDP. Während die Union bei den Frauen sechs Prozentpunkte besser abschneidet als unter Männern, gibt  
44 es bei uns kaum einen Unterschied. Unter ArbeitnehmerInnen rettet sich die SPD gerade so noch über den  
45 Schnitt (23 Prozent bei ArbeiterInnen, 20 Prozent bei Angestellten), unter jungen WählerInnen bis 24 Jahre –  
46 wo die SPD in der Geschichte der Bundesrepublik traditionell eine Stärke besaß – schneiden wir sogar einen  
47 Prozentpunkt unterdurchschnittlich ab. Lediglich in der Altersgruppe 60+ kann sich die SPD etwas über ihren  
48 Durchschnitt abheben und erzielt dort bei Männern mit 25 Prozent ihr stärkstes Ergebnis. Offensichtlich wird  
49 die SPD in ihrer aktuellen Verfassung von niemandem mehr in besonderer Weise als Interessenvertretung  
50 wahrgenommen, auch nicht von ihrer traditionellen Kernklientel.

51

52 Mit diesem Ergebnis müssen wir konstatieren, dass wir seit 1998 die Hälfte unserer Wählerinnen und Wähler  
53 verloren haben. Zudem haben uns im gleichen Zeitraum über 40 Prozent der Mitglieder den Rücken gekehrt  
54 oder sind durch eine strukturelle Überalterung der Partei verstorben. Die notwendige Analyse darf deshalb  
55 nicht bei der Auswertung der jüngsten Regierungsbeteiligung und Wahlkampagne stehenbleiben, sondern  
56 muss Grundsätzliches in den Blick nehmen. Wir können es uns nicht leisten, dass die erneut angekündigte  
57 schonungslose Analyse wie 2009 und 2013 ein Lippenbekenntnis bleibt. Sonst droht der deutschen Sozial-  
58 demokratie das gleiche Schicksal wie ihren einst stolzen Schwesterparteien in Frankreich, Griechenland und  
59 den Niederlanden. Der langfristige Niedergang der SPD ist erkennbar dem Vertrauensverlust in Folge der rot-  
60 grünen Agenda-Reformen geschuldet. Antworteten 1998 auf die Frage, welche Partei am ehesten sozial ge-  
61 recht sei noch 54 Prozent der Befragten SPD, sind es heute nur noch 38 Prozent. An dieser Realität können  
62 wir nicht vorbei. Dabei geht es weder um Selbstkasteiung, noch um die Klärung persönlicher Schuldantei-  
63 le an Entscheidungen der Vergangenheit. Sehr wohl aber braucht die SPD jetzt den Mut zu einer ehrlichen  
64 und selbstkritischen Aufarbeitung der Ergebnisse und Folgen der eigenen Politik. Das Agenda-Schisma kann  
65 und wird nicht durch einen politischen Kniefall beseitigt werden, wohl aber durch eine tätige, vernehmbare  
66 und spürbare Abkehr vom mit ihr verbundenen Politikentwurf. Die notwendigen Diskussionen müssen wir  
67 gemeinsam und in gegenseitigem Respekt führen. Rücksicht auf Eitelkeiten und verletzten Stolz kann sich die  
68 SPD jedoch nicht länger leisten. Die deutsche Sozialdemokratie muss sich in allererster Linie inhaltlich neu  
69 aufstellen – und das sehr grundsätzlich. Eine Abkehr von fehlgeleiteten Konzepten der Vergangenheit und ein  
70 radikaler Bruch mit der programmatischen Grundausrichtung der letzten 20 Jahre sind dafür unausweichlich.  
71 Mit der programmatischen Neuaufstellung müssen ein personeller und organisatorischer Neubeginn einher-  
72 gehen.

73

#### 74 **Ein neues Grundsatzprogramm für die Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts**

75

76 Die Debatte um eine grundsätzliche programmatische Neuausrichtung der deutschen Sozialdemokratie lässt  
77 sich nicht im Feuilleton oder auf Facebook führen, sondern allenfalls begleiten. Sie muss in der SPD geführt  
78 werden und braucht sowohl einen Rahmen als auch ein Ziel. Dem 2007 unter dem Eindruck der Agenda-  
79 Reformen und vor der Weltwirtschaftskrise verabschiedeten Hamburger Programm fehlen wichtige Perspekti-  
80 ven auf das Scheitern der neoliberalen Globalisierung und vor allem auf den grundlegenden gesellschaftlichen  
81 Wandel in Folge der sich rasant beschleunigenden Digitalisierung. Es ist deshalb jetzt der richtige Zeitpunkt,  
82 um in der SPD eine breite Debatte über ein neues Grundsatzprogramm zu führen und neu darüber zu debat-  
83 tieren, was die Idee des demokratischen Sozialismus für uns heißt. Nicht um grundsätzlich die Frequenz zu  
84 erhöhen, in der wir neue Grundsatzprogramme schreiben, sondern weil genau jetzt der richtige Zeitpunkt ist,  
85 die Aufstellung der Sozialdemokratie für die Zukunft zu debattieren. Wer Grundsätzliches zu klären hat, darf  
86 sich nicht wegducken oder in kleinem Karo verlieren. Die SPD muss sich entscheiden, für wen sie im Kern Politik  
87 macht und welche gesellschaftlichen Konflikte sie dafür bereit ist auszutragen. Die SPD kann begeistern, wenn  
88 sie der zentrale Ort der Diskussion darüber ist, was linke Politik im 21. Jahrhundert bedeutet. Ergreifen wir die  
89 Chance zur offenen Debatte um die Positionierung und Grundausrichtung unserer Partei unter Einbeziehung  
90 aller Genossinnen und Genossen und im Dialog mit der Vielzahl an FreundInnen und BündnispartnerInnen

91 überall in der Gesellschaft, die sich eine starke SPD als Partnerin wünschen, allen voran den Gewerkschaften.  
92 Schreiben wir gemeinsam ein Grundsatzprogramm für die Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts!

93

#### 94 **Mut zur Aufarbeitung**

95

96 Der Neoliberalismus ist gescheitert. Und mit ihm der Versuch, das Konzept der sogenannten ‚Neuen Mitte‘  
97 zum Modell für den Dritten Weg der Sozialdemokratie erfolgreich zu etablieren. Die unter dem Druck und in  
98 mangelnder Abgrenzung zu einem neoliberalen Zeitgeist von SPD und Grünen während der Kanzlerschaft  
99 Gerhard Schröders vorangetriebenen Wirtschafts- und Sozialreformen haben die Marktlogik auf weite gesell-  
100 schaftliche Bereiche ausgedehnt, staatliche Schutz- und Handlungsmacht beschnitten und damit breite ge-  
101 sellschaftliche Schichten unmittelbaren ökonomischen Zwängen in ganz neuer Qualität ausgeliefert. Folgen  
102 waren unter anderem die Entstehung eines gigantischen Niedriglohnssektors und eine vielfache Verschlech-  
103 terung sozialer Absicherung, Reallohnverluste sowie gesellschaftliche und individuelle Prekarisierung mit der  
104 damit einhergehenden Verunsicherung bis tief in die Mittelschicht hinein.

105

106 Spätestens mit der Finanzkrise von 2007 und der sich anschließenden Weltwirtschaftskrise ist das Scheitern  
107 neoliberaler Politik in globalem Maßstab dokumentiert. Nicht nur haben sich ihre Verheißungen nicht erfüllt,  
108 die dahinterstehende Wirtschaftstheorie vermochte auch weder die Krise angemessen zu erklären, noch wirt-  
109 schaftspolitische Instrumente zu ihrer Bewältigung bereitzustellen. Nichtsdestoweniger ist es der deutschen  
110 und europäischen Sozialdemokratie in der Folge nicht im Ansatz gelungen, grundlegende politische Alterna-  
111 tiven zum neoliberalen Mainstream zu formulieren oder gar eine gegenhegemoniale Erzählung zu etablie-  
112 ren. Zudem ist es auch nicht gelungen, Europa als wichtigstes Wahlkampfthema zu etablieren. Obwohl der  
113 Bundeskanzlerkandidat Martin Schulz, als ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments wie kein\*e an-  
114 dere\*r deutsche\*r Politiker\*in für ein gemeinsames und beständiges Europa steht, ist das Thema völlig in  
115 den Hintergrund geraten. Stattdessen hat sich die SPD mit einer Rolle als sozialer Reparaturbetrieb in der  
116 marktkonformen Demokratie zufriedengegeben, in der sie die gravierendsten Auswirkungen der auch noch  
117 in wesentlichen Teilen eigenen Politik einhegt. Dies wurde weitverbreitet als ein „Wählt uns, mit uns wird es  
118 langsamer schlechter“ wahrgenommen und konnte entsprechend wenig überzeugen. Eine demoskopiegetrie-  
119 bene Politik des kleineren Übels wird in dieser Situation weder den politischen Herausforderungen gerecht,  
120 noch kann sie eine Schubumkehr für die Sozialdemokratie bewirken. Eine Partei, die bei niemandem mehr  
121 aneckt, überzeugt auch niemanden mehr. Eine Partei, die sich nicht mehr traut als Interessenvertretung ih-  
122 rer KernwählerInnenschaft aufzutreten, weil sie um Sympathiebewertungen bangt, degradiert sich selbst zur  
123 zweiten oder dritten Option statt WählerInnenstimmen zu gewinnen. Eine SPD hingegen, die aus der Oppo-  
124 sition heraus echte Alternativen für eine progressive, solidarische und linke Politik stark macht und wieder  
125 gesellschaftliche Debatten prägt statt Stimmungen hinterherzulaufen, die braucht es jetzt dringender denn je.  
126 Die Herausforderung, der sich die SPD jetzt mit aller Kraft stellen muss liegt darin, eine neue sozialdemokra-  
127 tische Erzählung anzubieten, die Orientierung bei der Deutung des Zeitgeschehens liefert und Identifikation  
128 ermöglicht. Es gilt, Zukunftsthemen und gesellschaftlichen Fortschritt mit Gerechtigkeit und Teilhabe für al-  
129 le zu verbinden, dadurch Ängste vor Veränderung zu nehmen und neue Hoffnung und Begeisterung für die  
130 Möglichkeit einer anderen, besseren Gesellschaft zu schaffen. Dazu wird es mehr Mut und mehr Radikalität  
131 brauchen. Strategische Anbiederung an völkisch motivierte AfD-WählerInnen mit autoritären Gelüsten oder  
132 Versuche, die bessere CDU zu werden, wären Mühlensteine um den Hals der SPD bei der Formulierung einer  
133 eigenständigen und wieder erkennbaren sozialdemokratischen Position.

134

#### 135 **Zukunftsfragen stellen – Fortschritt gestalten**

136

137 Mit der Kernbotschaft „Zeit für mehr Gerechtigkeit“ ist die SPD inhaltlich richtig aufgestellt. Die Sozialdemokra-  
138 tie war aber immer auch das Zuhause des unerschütterlichen Glaubens an eine bessere Zukunft und Bewe-  
139 gung des Fortschritts. Erfolg wird die SPD nur haben, wenn sie auch heute wieder Partei des Fortschritts wird.  
140 Dazu muss sie viel stärker als zuletzt die zentralen Zukunftsfragen in den Fokus rücken, als linke Volkspartei



141 wieder zu dem Ort der Debatte um die richtigen Antworten auf die Fragen der Zeit werden und mit mutigen  
142 Impulsen den politischen Diskurs prägen. Die SPD darf sich auf ihre Erfahrungen berufen und soll sich auf  
143 ihre Wurzeln beziehen. Denn schon einmal war es die Sozialdemokratie, die einem fundamentalen wirtschaft-  
144 lichen Wandel gesellschaftlichen Fortschritt abgepresst und die Humanisierung der Lebenswelt erkämpft hat.  
145 Nichtsdestoweniger müssen wir tunlichst der Versuchung widerstehen, Lösungen der Vergangenheit als Ant-  
146 worten der Zukunft zu verkaufen. Ein Zurück zum nationalstaatlich eingehetzten Klassenkompromiss der 60er  
147 und 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts wird nicht gelingen. Auf die großen Megatrends, die sich bereits  
148 jetzt spürbar auf das Leben der Menschen auswirken, hat die SPD bislang keine erkennbare, fortschrittliche  
149 Antwort formuliert. Klimawandel, demografischer Wandel, Globalisierung, ein Auseinanderfallen der Gesell-  
150 schaft und die Digitalisierung erfordern aber klare Antworten, damit die Menschen der SPD zutrauen, die  
151 richtigen Lösungen anzubieten.

152

153 Die sich exponentiell beschleunigende und alle Lebensbereiche erfassende Digitalisierung ist ohne jeden Zwei-  
154 fel das zentrale Gestaltungsfeld einer in die Zukunft gerichteten Politik. Kaum ein gesellschaftlicher Bereich und  
155 kaum ein Politikfeld werden davon unberührt bleiben. Umfassende Antworten wird es deshalb nicht von heu-  
156 te auf morgen geben. Das zentrale Kampffeld der Sozialdemokratie lässt sich aber klar benennen: Ihr muss es  
157 zuallererst darum gehen, den Wandel der Arbeitswelt zu gestalten und den digitalen Kapitalismus unter den  
158 Primat demokratischer Politik zu stellen. Die vordringlichste Aufgabe der SPD besteht darin, technischen Fort-  
159 schritt zu gesellschaftlichem Fortschritt zu machen. ArbeiterInnen, Angestellte und Soloselbstständige sollen  
160 von den Möglichkeiten zur flexibleren Arbeitsorganisation profitieren statt sich ihnen anpassen zu müssen.  
161 VerbraucherInnen sollen von neuen Diensten profitieren, statt ihnen ausgeliefert zu sein. Im Kern geht dar-  
162 um, alle Menschen zur selbstbestimmten Nutzbarmachung der gewaltigen Potentiale der Digitalisierung zu  
163 ermächtigen. Das wird nicht gelingen ohne die starke Gewerkschaften und die ordnende Hand des Staates bei  
164 der Gestaltung von Arbeitsbedingungen und Arbeitsverhältnissen, ohne einen starken Staats als organisierte  
165 BürgerInnenmacht gegen globale Digitalkonzerne und ohne starke Sozialsysteme in staatlicher Verantwor-  
166 tung, die den neuen Entwicklungen gerecht werden.

167

168 Unsere Gesellschaft ist den in den vergangenen Jahrzehnten vielfältiger geworden. Vielfältiger an Herkunft, an  
169 Konfessionen und Lebensentwürfen. Das bereichert unser Zusammenleben und hat unser Land weltoffener  
170 gemacht. Während sich diese Entwicklung absehbar fortsetzen wird, nehmen die Versuche von rechts massiv  
171 zu, Spaltungslinien zwischen Ethnien und Glaubensgemeinschaften zu treiben und neue Keile zwischen Men-  
172 schen zu treiben. Nationalistische Gelüste und Chauvinismus fordern den demokratischen Konsens ernsthaft  
173 heraus. Es ist an der SPD, diesen Strömungen mit aller Macht entgegenzutreten. Notwendig sind dafür linke  
174 Antworten und glaubwürdige Konzepte zur Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft statt anbiederndes law  
175 and order. Lässt sich die SPD auf die Diskursverschiebungen von rechts ein, verlieren alle: Zuerst jene Men-  
176 schen in Deutschland, die Ziel der Angriffe von rechts sind, anschließend die solidarische Mehrheit im Land  
177 und schlussendlich die SPD. Sozialdemokratische Politik wird stets alle Menschen und ihre Bedürfnisse glei-  
178 chermaßen in den Fokus nehmen, sich an die Seite der Schwachen und Entrechteten stellen und entschieden  
179 gegen jede Form von Diskriminierung kämpfen. Die größere Vielfalt unsere modernen Gesellschaften besteht  
180 jedoch nicht nur in einer Vielfalt von Herkunft und Glaubensbekenntnissen, so vor allem auch in einer In-  
181 dividualisierung von Lebensentwürfen. Auch hier ist die SPD gefordert, mit neuen politischen Konzepten die  
182 individuelle Lebensgestaltung von BürgerInnen zu ermöglichen und zu unterstützen. Ein Beispiel von vielen ist  
183 das Schaffen eines verlässlichen rechtlichen Rahmens für alle Formen von Familie und Partnerschaft. Gleichzei-  
184 tig braucht es sozialdemokratische Antworten auf die spürbar präsenter werdenden Fragen vieler Menschen,  
185 was eine immer individualisiertere und ausdifferenziertere Gesellschaft im Inneren noch zusammenhält. Un-  
186 sere Antwort auf den Rechtsruck der Gesellschaft und den Vertrauensverlust der Demokratie muss also immer  
187 eine doppelte sein: Zum einen gilt es klare Haltung zu zeigen gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit. Es  
188 gibt keine berechtigten Sorgen vor „Überfremdung“ und deshalb kann man solche auch nicht „ernst nehmen“.  
189 Wir werden uns beim Versuch, Menschen für die Demokratie zurückzugewinnen, niemals in die Arenen der  
190 Rechten begeben. Auf der anderen Seite brauchen wir auch Investitionen in den Zusammenhalt der Gesell-  
191 schaft. Auch die Demokratie gibt es nicht für lau. Wir brauchen wirtschaftliche Dynamiken, in denen wieder  
192 mehr Menschen von Aufstiegs Hoffnungen statt von Abstiegsängsten angetrieben werden.

193

194 All diese Fragen lassen sich im 21. Jahrhundert nicht mehr allein auf nationalstaatlicher Ebene regeln. Dies geht  
195 einher mit einem auch bei den BürgerInnen wahrgenommenen Verlust an politischer Steuerungsfähigkeit, auf  
196 den in Teilen mit Rufen nach autoritären Maßnahmen reagiert wird. Die SPD wird dem nur etwas entgegenzu-  
197 setzen haben, wenn sie sich und ihren WählerInnen noch viel stärker zumutet, was ohnehin alle längst wissen:  
198 Wirksame politische Lösungen sind heute nur noch europäisch und global denkbar. Die SPD mit ihrer einzig-  
199 artigen Tradition als Europapartei muss heute wieder vorangehen, mutige Entwürfe für einen europäischen  
200 Konvent zur Vertiefung und Gestaltung der EU machen und mit aller Entschlossenheit alle Angriffe der politi-  
201 schen Konkurrenz auf die Solidarität zwischen den Menschen Europas zurückweisen. Grundlegend muss dabei  
202 für die SPD die Stärkung der europäischen Demokratie und der europäischen demokratischen Öffentlichkeit  
203 sein. Das heißt selbstverständlich, dass Spitzenkandidat\*innenprinzip und den gemeinsamen europäischen  
204 Wahlkampf auch dann mit allen Mitteln zu unterstützen, wenn kein Deutscher Kommissionspräsident werden  
205 kann. Zu den manchmal verdrängten und dennoch allen bewussten Wahrheiten gehört ebenso, dass es kein  
206 grenzenloses Wirtschaftswachstum geben kann, die globalen Ressourcen hoffnungslos übernutzt werden und  
207 der Klimawandel zu schnellem politischen Eingreifen zwingt; dass Fragen von Frieden und Abrüstung, Flucht  
208 und Migration, Hunger und Armut eng miteinander verbunden sind und die Lösung oder zumindest Linderung  
209 globaler Krisensymptome moralisch geboten und durch unser Handeln beeinflussbar ist. Als internationalis-  
210 tische Bewegung muss sich die Sozialdemokratie diesen Herausforderungen mit neuer Konsequenz stellen.  
211 Sie wird dies aber auch um der eigenen Wahlerfolge willen tun müssen. Gerechtigkeit lässt sich nicht national  
212 begrenzen. Nur wenn die SPD dies auch in ihrer Programmatik und in ihrem politischen Handeln mit aller  
213 Konsequenz vertritt und nach außen trägt, wird sie neue Glaubwürdigkeit gewinnen. Drückt sie sich um diese  
214 manchmal unangenehmen Fragen und beantwortet diese Zusammenhänge nicht mit eigenen Politikentwür-  
215 fen, steht sie blank gegenüber den populistischen VereinfacherInnen von rechts, die in die Leerstelle nur allzu  
216 gern mit beschränkten nationalistischen Antworten stoßen.

217

#### 218 **OppositionsführerInnenschaft annehmen – konsequente Alternativen forcieren**

219

220 So notwendig inhaltliche Klärungsprozesse und die programmatische Neuausrichtung der SPD sind, dürfen  
221 wir uns über eines nicht täuschen: Den meisten Menschen begegnet Politik in der Praxis, nicht in Papieren.  
222 Als Oppositionsführerin muss die SPD deshalb vom ersten Tag an energisch in politische und gesellschaftli-  
223 che Debatten intervenieren. Es gilt, die Brücke zu schlagen zwischen einer konsistenten Gesamterzählung auf  
224 Basis unserer Grundwerte und konkreten Vorschlägen für zentrale Politikfelder. Dabei müssen wir nicht nur  
225 stärker als zuletzt die entscheidenden Zukunftsfragen aufwerfen, sondern sie auch mit konkreten Impulsen  
226 und Instrumenten untersetzen. Nur dann können wir transportieren, was die SPD unter sozialer Gerechtigkeit  
227 versteht.

228

#### 229 ***Gerecht ist: Daseinsvorsorge wiederbeleben, vor Ort Vertrauen erkämpfen***

230

231 Will die SPD Vertrauen zurückgewinnen, muss sie mit aller Macht für einen Staat eintreten, der die Märkte in  
232 ihre Schranken weist und als Anwalt der BürgerInnen zur Durchsetzung der Interessen einer breiten Bevölke-  
233 rungsmehrheit willens und in der Lage ist. Dafür braucht es eine Politik die im Konflikt zwischen Kapital und  
234 Arbeit parteiisch ist. Parteiisch für die ArbeiterInnenklasse und wieder einen Klassenstandpunkt herausbildet  
235 und vertritt. Dazu muss sich die SPD gegen die ideologiegetriebene Selbstgeißelung der Politik in Form der  
236 Schwarzen Null wenden und darauf drängen, dass nicht explizite Schulden in den Staatshaushalten zulasten  
237 nötiger Investitionen in Infrastruktur und Bildung auf Kosten der kommenden Generation abgebaut und damit  
238 implizite Schulden aufgebaut werden. Ausgangspunkt sozialdemokratischer Politik muss stattdessen die Frage  
239 sein, welche Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge der Staat für die BürgerInnen erbringen soll. Die SPD  
240 muss sich wieder zum starken Staat bekennen und diesem Bekenntnis Taten folgen lassen, allem voran durch  
241 den Ausbau und Wiederaufbau von öffentlicher Daseinsvorsorge und Infrastruktur. Dazu gehört untrennbar  
242 eine massive finanzielle Stärkung der Kommunen. Denn hier sind die Auswirkungen auf die Lebensqualität als  
243 erstes spürbar, hier können Menschen direkt gestalten. Der Niedergang von Dörfern und Gemeinden hinge-  
244 gen erzeugt ein Gefühl, mancherorts auch eine Realität des Abgehängtseins. Personalabbau im öffentlichen

245 Dienst macht den Staat vielerorts faktisch unansprechbar und mangelnde kommunale Handlungsspielräume  
246 entleeren die Demokratie. Nur wenn sie ihren KommunalpolitikerInnen die Fesseln löst, wird die SPD vor Ort  
247 beweisen können, dass sie liefert, was sie verspricht. Die Kohärenz zwischen den langen Linien sozialdemo-  
248 kratischer Politik und konkretem Handeln vor Ort ist der Schlüssel um neues Vertrauen aufzubauen. Dazu  
249 muss sich die SPD als Kraft begreifen, die im Lokalen mit – statt für – die Menschen in den Kommunen und  
250 Quartieren Verbesserungen erkämpft und diese Kämpfe in einer progressiven Bewegung verbindet.

251

252 ***Gerecht ist: Die Verteilungsfrage neu stellen***

253

254 Für die Glaubwürdigkeit der SPD wird außerdem zentral sein, dass sie ernsthafte und glaubwürdige Konzepte  
255 vorlegt, um die Schere zwischen Arm und Reich wieder zu schließen. Wir müssen die Partei der gleichen Chan-  
256 cen und der gleichen Teilhabe sein, niemals dürfen wir als Partei der Besitzstandswahrung wahrgenommen  
257 werden. In Angriff nehmen müssen wir dafür zuvorderst die enorme Ungleichverteilung von Vermögen, die in  
258 Deutschland und noch stärker im globalen Maßstab über Lebenschancen oder Perspektivlosigkeit, über Zu-  
259 gang zur Gesellschaft oder Ausgrenzung, über Gesundheit oder mangelnde Krankheitsvorsorge, über Macht  
260 oder Ohnmacht entscheidet. An einer wirksamen Vermögenssteuer sowie einer gerechten Erbschaftssteuer  
261 ohne den bestehenden Ausnahmen-Wildwuchs werden dabei ebenso wenig Wege vorbei führen, wie an ei-  
262 ner Finanztransaktionssteuer und einer Neuausrichtung der internationalen Handelspolitik. Doch damit nicht  
263 genug. Wir bekennen uns klar zur Doppelstrategie und nehmen die öffentlichen Äußerungen der Parteifüh-  
264 rung, die von mehr Kapitalismuskritik spricht, zur Kenntnis. Wir sind gespannt, was auf diese Ankündigungen  
265 folgt. Denn eines ist klar. In Sonntagsreden „die Googles und Facebooks dieser Welt“ [sic!] zu kritisieren, ist für  
266 uns keine fundierte sondern eine verkürzte Kapitalismuskritik. Wir hingegen geben uns nicht damit zufrieden,  
267 einzelne Akteur\*innen herauszuheben, sondern trauen uns, die Systemfrage zu stellen. Uns geht es weiterhin  
268 um emanzipatorische und progressive Alternativen zum Kapitalismus.

269

270 ***Gerecht ist: soziale Sicherheit für alle garantieren***

271

272 Stellen müssen wir uns außerdem dem Befund, dass die Volksparteien kaum noch in die prekären Gesell-  
273 schaftsmilieus eindringen. Nach einer Studie der Bertelsmann Stiftung wählten hier 58 Prozent der BürgerIn-  
274 nen die AfD oder blieben der Wahl gleich ganz fern. Es ist ohne Zweifel eine der Kernaufgaben der SPD, Politik  
275 für diese Menschen zu machen, unabhängig davon ob sie am Ende die SPD wählen oder nicht.

276 Daran wollen wir anknüpfen, um diese Menschen wieder zu vertreten und ihr Vertrauen bzw. ihre Stimmen  
277 zurückzugewinnen.

278 Neben gerechten Bildungschancen und gleicher Teilhabe an einer ausgebauten öffentlichen Daseinsvorsorge  
279 gehört dazu die Beseitigung der gängelnden Sanktionspraxis in der Grundsicherung. Bei der Zukunft der so-  
280 zialen Sicherung darf sich die SPD Unklarheiten und Zweifel an ihrem Gestaltungswillen nicht länger erlauben.  
281 So klar 2013 war, dass sich die SPD ohne Mindestlohn an keiner Regierung beteiligt, so klar muss sein: Die SPD  
282 macht Schluss mit der Zwei-Klassen-Medizin. Mit ihr kommt die paritätische Bürgerversicherung bei Krankheit  
283 und Pflege mit guter Versorgung für alle, auch wenn dafür Beitragsbemessungsgrenzen aufgehoben werden  
284 müssen. Mit der SPD gibt es eine den Lebensstandard sichernde und armutsfeste staatliche Rente, auch wenn  
285 private Versicherer dagegen sturmlaufen oder eine Höchstrente dafür eingeführt werden muss. Nicht zuletzt  
286 muss sich die SPD bewusst werden, dass Wohnen längst wieder zu einer entscheidenden sozialen Frage ge-  
287 worden ist. Die galoppierende Urbanisierung wird weltweit einer der bestimmenden Trends der kommenden  
288 Jahrzehnte bleiben und auch in Deutschland schon heute erkennbare Verwerfungen weiter zuspitzen. Die So-  
289 zialdemokratie hat darauf schon einmal eine Antwort gefunden. Sie muss darauf auch heute eine Antwort  
290 geben. Der Markt wird es nicht richten.

291

292 ***Gerecht wird's nur, wenn Inhalte und Strategie eine Einheit bilden***

293

294 Wiederholt musste die SPD bei Wahlgängen auf Landes- und Bundesebene feststellen, dass die Aussicht auf  
295 eine Beteiligung als Juniorpartner an einer Großen Koalition verheerende Demobilisierungseffekte in der ei-  
296 genen WählerInnenschaft bewirkte. Klare Forderungen und Konzepte der SPD werden nur dann auf Resonanz  
297 stoßen, wenn die BürgerInnen eine realistische Umsetzungsperspektive erkennen können – Große Koaliti-  
298 onen bieten diese Perspektiven nicht. Die SPD muss sich deshalb in der Parteienlandschaft und darüber hinaus  
299 strategisch entsprechend ihrer inhaltlichen Ausrichtung als linke Volkspartei positionieren. Sie muss:

300

- 301 • gesellschaftliche Bündnisse schmieden – allen voran mit den Gewerkschaften
- 302 • an der Bündnisfähigkeit des „linken Lagers“ arbeiten – mit dem Anspruch, dieses zu führen

# Z3

**Titel** #nogroko – Für eine inhaltlich klare und glaubwürdige SPD

## AntragstellerInnen

---

### #nogroko – Für eine inhaltlich klare und glaubwürdige SPD

- 1 Die Wählerinnen und Wähler haben die Große Koalition mit der Bundestagswahl vom 24. September krachend  
2 abgewählt. Ein Minus von 13,7 Prozentpunkten für die vorherigen Koalitionsparteien sind ein an Deutlichkeit  
3 schwer zu übertreffendes Votum gegen ein „weiter so“.
- 4 Die Absage der SPD an eine Fortsetzung der Großen Koalition noch am Wahltag war deshalb zwingend und  
5 richtig. Die Entscheidung, auch nach dem Scheitern der Jamaika-Sondierungen bei dieser Haltung zu bleiben,  
6 ist konsequent und findet die klare Unterstützung der Jusos. Martin Schulz hat im Wahlkampf ausgeschlossen,  
7 die SPD als Juniorpartner in eine weitere Große Koalition unter Angela Merkel zu führen. Wir haben seit der  
8 Wahl betont, dass eine Neuauflage der Großen Koalition ausgeschlossen ist. Ohne Hintertür. Dabei muss es  
9 bleiben. Weil die inhaltlichen Schnittmengen mit der Union nach vier Jahren Koalition aufgebraucht und keine  
10 gemeinsamen politischen Projekte in Sicht sind. Weil mit der Union mehr Gerechtigkeit weder in Deutschland,  
11 noch in Europa, noch global zu verwirklichen ist. Und weil der Preis für ein Umkippen die eigene Glaubwürdig-  
12 keit wäre.
- 13 Die Verantwortung für die gescheiterte Regierungsbildung tragen die Verhandlungspartner CDU, CSU, FDP und  
14 Bündnis 90/Die Grünen. FDP und Grüne sind mit dem Anspruch zur Bundestagswahl angetreten, die Große Ko-  
15 alition abzulösen und haben dafür um Stimmen geworben. Die Unionsparteien wollten nach erklärtem Willen  
16 ebenfalls keine Fortsetzung der Großen Koalition. Die WählerInnen haben ihnen in Kenntnis dieser Position das  
17 Mandat zur Bildung einer neuen Regierung erteilt. An diesem Auftrag sind Union, FDP und Grüne auf ganzer  
18 Linie gescheitert. Der Versuch, die Verantwortung für das eigene Scheitern auf Dritte abzuschieben, ist billig  
19 und erkennbar von dem Interesse geleitet, vom eigenen Versagen abzulenken. Den gescheiterten Jamaika-  
20 SondiererInnen steht es offen, ihre Verhandlungen wieder aufzunehmen oder – in welcher Konstellation auch  
21 immer – eine Minderheitsregierung zu bilden. Das Grundgesetz eröffnet diese Möglichkeit ausdrücklich. We-  
22 der befindet sich die Bundesrepublik in einer Verfassungskrise, welche nur durch eine Regierungsbeteiligung  
23 der SPD zu lösen wäre, noch ist es nach dem Scheitern der Mitte-Rechts-Parteien Aufgabe der SPD, Mehrheiten  
24 für bürgerliche Politik zu liefern.
- 25 Appelle, wonach die SPD nur in der Regierung ihrer vermeintlichen staatspolitischen Verantwortung gerecht  
26 werden könne, weisen wir zurück. In der parlamentarischen Demokratie ist es sehr wohl möglich und sogar  
27 explizit vorgesehen, der eigenen Verantwortung im Parlament gerecht zu werden, ohne in die Exekutive ein-  
28 zutreten. Die SPD hat mit ihrer deutlichen Haltung in der Koalitionsfrage gegenüber den WählerInnen ihr Wort  
29 gegeben und für klare Verhältnisse gesorgt. Als größte Oppositionsfraktion trüge sie im Bundestag Verantwor-  
30 tung für unsere Demokratie. Diese Aufgabe ist nach der vergangenen Wahl wichtiger denn je, um nicht der  
31 rechten Sammlungspartei AfD die Oppositions- und Wortführerschaft zu überlassen. Es wäre auch vor die-  
32 sem Hintergrund falsch, die Große Koalition zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik über eine  
33 Legislatur hinaus auszudehnen. Das Modell Große Koalition, das bereits in Österreich eine weitgehende Läh-  
34 mung der Parteienlandschaft verursacht hat, darf keine Dauereinrichtung werden. Eine stärkere Polarisierung  
35 zwischen den Volksparteien ist das dringliche Gebot der Stunde!
- 36 Kommt es doch noch zur Bildung einer Jamaika-Koalition oder bildet sich aus den Reihen der SondiererInnen  
37 eine Minderheitsregierung, ist die Aufgabe der SPD klar: Als Oppositionsführerin muss sie der Mitte-Rechts-  
38 Mehrheit im Parlament klare linke Alternativen entgegenstellen, das inhaltliche Profil der Sozialdemokratie

39 durch programmatische Weiterentwicklung und neue Konzepte schärfen und an strategischen Machtoptionen für andere Mehrheiten arbeiten. Etwaige Verhandlungsangebote einer möglichen Minderheitsregierung  
40 muss die SPD auf Grundlage einer klaren inhaltlichen Ausrichtung als linke Volkspartei beantworten. Jeder  
41 und jedem muss klar sein, dass wir angesichts der politischen Situation Entscheidungen nicht nach Kassenlage oder der Sorge um persönliche Perspektiven treffen können. Die anstehenden Entscheidungen haben  
42 weitreichende und existentielle Dimensionen für die Sozialdemokratie. Es muss zu jeder Zeit gelten: Die SPD  
43 scheut Neuwahlen nicht und ist bereit, den BürgerInnen eine Neubewertung der Lage zu ermöglichen. Scheitern die Mitte-Rechts-Parteien auch an der Bildung einer Minderheitsregierung, fordern wir die SPD auf, offensiv in die dann anstehende Wahlauseinandersetzung zu ziehen. Der begonnene Erneuerungsprozess der  
44 SPD hat bereits jetzt die notwendigen Erkenntnisse geliefert, um mutiger, zugespitzter und klarer abgegrenzt vom ehemaligen Koalitionspartner CDU/CSU den Wahlkampf zu führen.

50 Unabhängig vom Ausgang weiterer Sondierungen muss die SPD schnellstmöglich inhaltliche Konsequenzen aus den mit der verlorenen Bundestagswahl verbundenen Erkenntnissen ziehen. Tut sie dies nicht, wird sie weder zu erfolgreicher Oppositionspolitik, noch zu einem erfolgreichen Wahlkampf und erst recht nicht zum Zurückgewinnen verloren gegangenen Vertrauens in der Lage sein. Für uns Jusos bedeutet das insbesondere, dass folgende Grundsätze unverrückbare Eckpfeiler unserer Politik sein müssen:

- 55 • Die Verteilungsfrage neu stellen und mit tatsächlich wirksamen Konzepten dafür sorgen, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich zügig und spürbar schließt. Dazu muss die SPD vordringlich die zunehmende Vermögensungleichheit angreifen. Auch die Abkehr von der Agendapolitik und ein Ende der Hartz-IV-Sanktionen sind für dieses Ziel unerlässlich.
- 59 • Eine Steuerpolitik, die für Gerechtigkeit sorgt und deutlich mehr Investitionen in die Öffentliche Daseinsvorsorge möglich macht. Die SPD muss unmissverständlich klar machen: Es ist Schluss mit Privat vor Staat.
- 62 • Eine offensive Positionierung für ein offenes, soziales und demokratisches Europa. Das setzt insbesondere das Entstehen für ein Ende der Austeritätspolitik und Vorschläge für weitere Integrationsschritte voraus.
- 65 • Zeitgemäße Konzepte zur Gestaltung der gesellschaftlichen Umwälzungen, die sich bspw. in der Globalisierung, dem Wandel der Arbeitswelt sowie der Digitalisierung in den Bereichen Infrastruktur, Bildung, Wirtschaft und Arbeit ausdrücken. Dazu gehören insbesondere Antworten zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme, besonders vordringlich konkrete Vorschläge für eine Arbeitsversicherung.
- 69 • Eine Gleichstellungspolitik, die Diskriminierung und Abhängigkeiten von Frauen auf dem Arbeitsmarkt wie auch im Alltag tatkräftig bekämpft, Sorgearbeit gerechter verteilt und Entgeltgleichheit herstellt.
- 71 • Eine echte BürgerInnenversicherung für Gesundheit und Pflege, welche die Mehr-Klassen-Medizin beendet und hohe Standards für alle sichert.
- 73 • Eine gesetzliche Rentenversicherung, in die ausnahmslos alle einzahlen, die den Lebensstandard sichern und Altersarmut effektiv verhindert.
- 75 • Das klare Bekenntnis zu einer Zuwanderungsgesellschaft, die nach humanitären Prinzipien handelt, das Recht auf Asyl schützt und niedrigschwellige Möglichkeiten zur Arbeitsmigration eröffnet. Sowie linke Antworten, die auf dieser Basis für gesellschaftlichen Zusammenhalt in einer sich zunehmend individualisierenden Einwanderungsgesellschaft sorgen.
- 79 • Konkrete Ansatzpunkte für eine sozialökologische Wende, die unser Wirtschaften mit der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen in Einklang bringt, die Umwelt schützt und die dafür notwendigen Anstrengungen solidarisch schultert.
- 82 • Konsequente Friedenspolitik mit strengsten Kriterien für Waffenexporte und eine Neuausrichtung der internationalen Handelspolitik, welche nachhaltige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung ermöglicht und globaler Ungleichheit entgegenwirkt.

85 Wir Jusos stellen klar: Wir sind jederzeit bereit und vorbereitet, an der Seite einer linken Volkspartei SPD einen Bundestagswahlkampf für mehr Gerechtigkeit, fortschrittliche Gesellschaftspolitik, linke Antworten auf zentrale Zukunftsfragen, europäischen Zusammenhalt und internationale Solidarität zu führen. Die zentralen

88 Schlüsse aus der verlorenen Bundestagswahl 2017 müssen dabei zwingend Berücksichtigung finden. Sie lau-  
89 ten: Mehr Zuspitzung, mehr Mut zu echten Veränderungen, mehr Polarisierung zwischen den Volksparteien.  
90 Wir sind darüber hinaus überzeugt, dass die SPD nur dann die nötige Glaubwürdigkeit für ihre inhaltlichen  
91 Forderungen erlangen wird, wenn sie offensiv für Mehrheiten jenseits der Union wirbt und zielgerichtet auf  
92 eine rot-rot-grüne Machtoption hinarbeitet. Darauf müssen und werden wir bestehen.

93 Voraussetzung für eine in Zukunft wieder erfolgreiche Sozialdemokratie ist und bleibt die inhaltliche, perso-  
94 nelle und organisatorische Neuaufstellung der SPD. Die Neuaufstellung der SPD ist im Lichte der aktuellen  
95 politischen Entwicklungen keineswegs obsolet. Im Gegenteil hat sich ihre Dringlichkeit in den vergangenen  
96 Tagen nochmals zugespitzt. Wir Jusos werden auch gegen innerparteiliche Widerstände für eine grundsätzli-  
97 che Erneuerung der SPD kämpfen, denn die Zukunft der Sozialdemokratie ist zu wichtig, um sie kurzfristigen  
98 politischen Erwägungen zu opfern. Wir rufen alle SozialdemokratInnen auf, sich am Erneuerungsprozess der  
99 SPD zu beteiligen, damit wir in diesen hoch politisierten Zeiten die zentralen gesellschaftlichen Konflikte mit  
100 und im Sinne der solidarischen Mehrheit führen und entscheiden können!

# Z4

<b>Titel</b>	Solidarität mit den Siemens-Beschäftigten!
<b>AntragstellerInnen</b>	Thüringen, Bundesvorstand, NRW, Sachsen, Bayern, Berlin, Hessen-Süd

---

## Solidarität mit den Siemens-Beschäftigten!

- 1 Die reine Profitgier von Unternehmen erreicht neue Dimensionen. Die Schließung der Unternehmensstand-  
2 orte von Siemens deutschland- und europaweit und der massive Stellenabbau trifft die Beschäftigten, deren  
3 Familien und ganze Regionen zutiefst. Trotz Milliardengewinne des Konzerns sollen ca. 6900 Stellen abgebaut  
4 werden. Alleine davon in Deutschland ca. 3300. Aber nicht nur ganze Standorte in Deutschland sollen geschlos-  
5 sen werden: Siemens plant europaweite Schließungen. Der Stellenabbau wird von der Unternehmensführung  
6 als alternativlos dargestellt, anstatt, wie von den Betriebsräten gefordert, gemeinsam mit den Betriebsräten  
7 und den Gewerkschaften an langfristigen Alternativen und innovativen Standortkonzepten arbeitet.
- 8 Die Art und Weise der Informationspolitik ist für uns nicht akzeptabel. Dass die Beschäftigten über die Medien  
9 über die Entscheidungen der Unternehmensführung erfahren haben, ist verantwortungslos. Der Plan der Un-  
10 ternehmensführung, das Radolfzell-II-Abkommens aufzukündigen, würde zu unter anderem betriebsbeding-  
11 ten Kündigungen führen sowie die dadurch errungene Informationspflicht der Standortleitung gegenüber den  
12 Betriebsräten beschnitten. Ein derartiges Handeln lehnen wir auf das Schärfste ab.
- 13 Wir fordern:
- 14 • Dass es nicht zu Schließungen oder den Verkauf von Standorten kommt.
  - 15 • Dass die Bundesregierung sowie Landesregierungen sich klar auf die Seite der Beschäftigten stellen.
  - 16 • Dass Politik, Gewerkschaften und ArbeiterInnen sich gemeinsam solidarisieren und den Kampf gegen  
17 die Politik der Profitmaximierung auf Kosten der Menschen führen.
- 18 Dass Großkonzerne bei einem wirtschaftlichen Aufschwung reihenweise Betriebe schließen, auslagern oder  
19 verkaufen wollen, ist Ausdruck eines wirtschaftlichen Systems, in dem private UnternehmerInnen sich um rei-  
20 ne Profitmaximierung scheren, die Gewinne privatisieren und Risiken und etwaige Verluste der Allgemeinheit  
21 aufbürden.



# Z5

**Titel** Resolution – Für eine Reform

**AntragstellerInnen** Hessen-Nord

---

## Resolution – Für eine Reform

- 1 Am 24. November 2017 wurde die Gynäkologin Kristina Hänel vor dem Amtsgericht Gießen zu einer Geldstrafe  
2 von 6.000 Euro verurteilt, weil sie auf ihrer Homepage ein Informationsangebot über Schwangerschaftsabbrü-  
3 che unterbreitete, welches laut Anklage illegale Werbung darstelle.
- 4 Grundlage dieser Entscheidung war der §219a StGB (Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft). Die  
5 Vorsitzende Richterin begründete das Urteil damit, dass der Gesetzgeber nicht wolle, „dass über den Schwan-  
6 gerschaftsabbruch in der Öffentlichkeit diskutiert“ werde, als sei dieser „eine normale Sache“. [1]
- 7 Diese Begründung entbindet uns jedoch nicht über das Thema zu sprechen. Wir müssen darüber diskutieren,  
8 wie Menschen ihr Recht auf körperliche Selbstbestimmung auch bei Schwangerschaftskonflikten wahrnehmen  
9 können und über Möglichkeiten und Folgen informiert werden. Deshalb fordern wir die Abschaffung des §219a  
10 und die Überwindung der derzeitigen Gesetzeslage (insb. der Paragraphen 218, 219 und 219b), die die betrof-  
11 fenen Frauen\* und Ärzt\*innen kriminalisiert und stigmatisiert. Wir fordern eine progressive Reform im Sinne  
12 der Rechte der Frauen\*.
- 13 Solidarität mit Kristina Hänel!
- 14 [1] [http://www.spiegel.de/panorama/justiz/aerztin-kristina-haenel-muss-strafe-wegen-werbung-fuer-  
abtreibung-zahlen-a-1180165.html](http://www.spiegel.de/panorama/justiz/aerztin-kristina-haenel-muss-strafe-wegen-werbung-fuer-<br/>15 abtreibung-zahlen-a-1180165.html), abgerufen am 24.11.2017.